

MEHR FÜR DICH. BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

Antragsbuch zum

**außerordentlichen Bundesparteitag 2025
am 11. Januar 2025, Berlin**

INHALTSVERZEICHNIS

Mitglieder der Antragskommission.....	3
RP – Regierungsprogramm.....	5
RP01 – Kapitel 1 Worauf es ankommt.....	5
RP02 – Kapitel 2 Ein neuer Aufschwung für Deutschland.....	8
RP03 – Kapitel 3 Beschäftigte und ihre Familien entlasten.....	23
RP04 – Kapitel 4 Sich in Deutschland sicher und Hause fühlen.....	44
RP05 – Kapitel 5 Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende....	61
RP06 – Kapitel 6 Unser Versprechen.....	71
Kap02 – Anträge zum Kapitel 2.....	72
Kap03 – Anträge zum Kapitel 3.....	105
Kap04 – Anträge zum Kapitel 4.....	139
Kap05 – Anträge zum Kapitel 5.....	152
Th – Themenübergreifende Anträge.....	153
Impressum.....	180

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Vorsitzende:	Anke Rehlinger
Stimmberechtigte Mitglieder des Parteivorstands:	
	Klara Geywitz
	Kerstin Giese
	Bettina Martin
	Matthias Miersch
	Achim Post
	Svenja Schulze
	Alexander Schweitzer
Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:	
LV Schleswig-Holstein	Tim Klüssendorf
LV Mecklenburg-Vorpommern	Reem Alabali-Radovan
LO Hamburg	Mihat Capar
LO Bremen	Anke Kozlowski
BZ Nord-Niedersachsen	Dörte Liebetruth
BZ Weser-Ems	Siemtje Möller
BZ Hannover	Barbara Fahncke
BZ Braunschweig	Julius Schneider
LV Sachsen-Anhalt	Susi Möbbeck
LV Brandenburg	Ulrike Häfner
LV Berlin	Ina Czyborra
LV Nordrhein-Westfalen	Oliver Kaczmarek
BZ Hessen-Nord	Patrick Gebauer
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Oleg Shevchenko
LV Sachsen	Stefan Engel
LV Saar	Esra Limbacher
LV Rheinland-Pfalz	Tanja Machalet
LV Baden-Württemberg	René Repasi
LV Bayern	Sebastian Roloff

Der Antragsschluss für den außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin vom 11. Januar 2025 war satzungsgemäß am 16. Dezember 2024.

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einer/m Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Die Antragskommission hat am 3. Januar 2025 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 18 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Eine weitere Sitzung der Antragskommission findet am 10. Januar 2025 statt.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

RP01: Worauf es jetzt ankommt

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025

- 1 Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel bei
2 dieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa,
3 unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der
4 Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.
- 5 Deutschland steht vor bedeutenden Entscheidungen:
- 6 • Investieren wir *jetzt* weiter kraftvoll in unser Land? Oder lassen wir unsere
7 Bahn, unsere Straßen und Brücken verkommen?
 - 8 • Sorgen wir *jetzt* dafür, dass alle im Alltag gut auskommen – mit anständigen
9 Löhnen, bezahlbaren Lebensmitteln und erschwinglichen Mieten? Oder nehmen wir es
10 hin, wenn die Kaufkraft sinkt und Wohnen immer teurer wird?
 - 11 • Sorgen wir *jetzt* für stabile Renten, für gute Gesundheit und Pflege, für intakte
12 Schulen und Kitas? Oder setzen wir ausgerechnet da den Rotstift an?
 - 13 • Sichern wir *jetzt* Arbeitsplätze? Investieren wir *jetzt* in eine moderne
14 Wirtschaft und sorgen für günstigen Strom, den unsere Unternehmen dringend
15 brauchen? Oder gucken wir tatenlos zu, wenn überall um Deutschland herum mit
16 neuen Technologien die Zukunft entsteht?
 - 17 • Setzen wir *jetzt* die nötige Modernisierung unseres Landes fort? Oder legen wir
18 bei Klimaschutz und Gleichberechtigung den Rückwärtsgang ein?
 - 19 • Unterstützen wir *jetzt* weiter die Ukraine – standhaft und besonnen? Oder lassen
20 wir uns in Fragen von Krieg und Frieden auf gefährliche Abenteuer ein?
- 21 Selten in den vergangenen Jahrzehnten waren klare Haltung, Charakter und Erfahrung so
22 entscheidend.
- 23 Selten kam es so sehr darauf an, dass Respekt für alle herrscht. Respekt für jede und
24 jeden Einzelnen – egal, wieviel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie
25 kommen.
- 26 Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt
27 und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist
28 dringend nötig, das alles gehört zusammen!
- 29 Dafür stehen wir.
- 30 Heute wollen die Konservativen erreichte Fortschritte rückgängig machen und dort
31 sparen, wo es viele Bürgerinnen und Bürger persönlich trifft. Andere setzen auf eine
32 Politik, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Die Populisten von rechts und links
33 wiederum geben völlig falsche Antworten. Ihr Geschäftsmodell ist es, unsere
34 Gesellschaft zu spalten.
- 35 Wir sagen: Das alles schadet Deutschland. Das ist nicht unser Weg.

36 So schwierig die letzten Jahre auch gewesen sein mögen – immer, wenn es darauf ankam,
37 war auf Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD Verlass.

38 Die explodierenden Energiepreise infolge des Kriegs gegen die Ukraine haben wir unter
39 Kontrolle gebracht – und Deutschland schnell unabhängig gemacht von russischem Gas.
40 Die Renten sind kräftig gestiegen – und mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall in Ost
41 und West endlich angeglichen.

42 Den Mindestlohn haben wir auf zunächst 12 Euro erhöht – das bedeutet mehr Einkommen
43 und mehr Sicherheit für Millionen von Menschen! Familien profitieren von mehr
44 Kindergeld und unseren Investitionen in bessere Bildung und Betreuung.

45 Wir haben die irreguläre Migration begrenzt – und heißen zugleich diejenigen bei uns
46 willkommen, die hier in Deutschland arbeiten wollen.

47 Mit unserem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ermöglichen wir es, dass aus Mitmenschen
48 auch Mitbürgerinnen und Mitbürger mit allen Rechten werden.

49 Unsere Bundeswehr haben wir mit einem Sondervermögen ausgestattet, damit wir unser
50 Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.

51 Deutschland steht fest an der Seite der überfallenen Ukraine – und zugleich achtet
52 Bundeskanzler Olaf Scholz darauf, dass der Krieg nicht zur direkten Konfrontation
53 zwischen NATO und Russland eskaliert.

54 Mit klarer Haltung, mit klaren Werten, vernünftig und besonnen – nur so werden wir
55 auch künftige Herausforderungen bewältigen.

56 Genau deshalb braucht Deutschland in dieser schwierigen Zeit eine starke SPD:

57 • Wir sorgen dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt – mit einem höheren
58 Mindestlohn, Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der
59 Einkommenssteuer, weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie wirksamen Regeln
60 für bezahlbares Wohnen.

61 • Wir investieren weiter in Schienen, Brücken und digitale Netze.

62 • Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten
63 Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“-
64 Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze.

65 • Wir kämpfen für gute Löhne überall in Deutschland – in der Industrie, im Handel,
66 im Handwerk und in allen anderen Bereichen der Wirtschaft.

67 • Wir stabilisieren die Renten und sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege,
68 die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.

69 • Wir kämpfen für innere und äußere Sicherheit und stellen uns den Feinden der
70 offenen Gesellschaft konsequent entgegen.

71 • Wir sorgen dafür, dass Kitas und Schulen zuverlässig an der Seite der Familien
72 stehen.

73 • Wir setzen uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und
74 Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz.

75 • Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung
76 – und auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch.

77 Zupackende Politik für die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die unser Land

- 78 am Laufen halten und für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.
- 79 Politik mit Maß und Mitte, die verbindet und nicht spaltet.
- 80 Darauf kommt es jetzt an.
- 81 Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 23. Februar
- 82 2025.

RP02: Ein neuer Aufschwung für Deutschland

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand	
Status:	Empfehlung der AK liegt vor	
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung	
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 288	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 294 - 295	(Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung
	Zeile 477	(Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung
	Zeile 487 - 488	(Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) - Streichung
	Zeile 717	

83 Viele Menschen machen sich derzeit Sorgen um die Wirtschaft in unserem Land. Oder
84 noch schlimmer: Man sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Es geht um Fragen der
85 Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettstreit moderner industrieller
86 Produktionsstandorte. Es geht aber auch um die richtigen Strategien, den
87 Fachkräftebedarf im Handel, in der Gastronomie und in der Verwaltung zu sichern. Und
88 es geht nicht zuletzt um Fragen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, zum
89 Beispiel im Handwerk.

90 **Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum, soziale Gerechtigkeit und**
91 **Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Wir gestalten einen Aufschwung, der bei allen**
92 **Menschen ankommt. Dafür investieren wir in die Zukunft – in Bildung, Innovation,**
93 **Digitalisierung und Klimaschutz.** Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder auch in 30
94 Jahren noch Straßen, Brücken und Schienen nutzen können, und modernisieren unsere
95 Infrastrukturen. Diese Investitionen sind einerseits generationengerecht und sie sind
96 andererseits die Grundbedingung dafür, dass Unternehmen in Deutschland
97 wettbewerbsfähig bleiben können.

98 Gleichzeitig setzen wir auf gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze. Mit guten Löhnen
99 sichern wir die Kaufkraft in unserem Land und kurbeln die Binnennachfrage an. Wir
100 schaffen einen neuen Aufschwung für Deutschland als Grundlage für mehr Gerechtigkeit.

101 **1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.**

102 Dies ist das erste, aber sicher nicht das letzte Mal, dass wir die Wörter „Wir
103 kämpfen für“ verwenden. Wir könnten auch „Wir setzen uns ein für“ oder „Wir
104 engagieren uns, damit“ schreiben. Aber wir spüren alle, wie groß die Dringlichkeit
105 ist, mit der wir Themen anpacken müssen. Also: Lasst uns gemeinsam für das, was uns
106 am Herzen liegt und was unser Land in Zukunft führt, kämpfen. Zum Beispiel dafür: Mit
107 klaren Rahmenbedingungen und einem echten **Investitionsturbo** schaffen wir ein
108 Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen. Deutschland braucht ein **Jahrzehnt**
109 **zukunftsfähiger Innovationen und Investitionen.** Mit unserer Politik bringen wir
110 beides auf den Weg: kluge Erfindungen, die das Leben besser machen, die Arbeit und
111 Wohlstand sichern. Und dazu eine öffentliche Infrastruktur, die den Alltag leichter
112 macht, weil sie einfach funktioniert. In einem modernen Land mit den richtigen
113 **Rahmenbedingungen** können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und
114 Landwirtschaft aufblühen. Die Beschäftigten können durch fleißige Arbeit und gute

115 Ideen ihren Beitrag dazu leisten sowie gemeinsam mit ihren Familien ein gutes Leben
116 verbringen.

117 Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer herausfordernden Lage. Wichtige
118 Zukunftsinvestitionen bleiben derzeit aus. Das gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.
119 Mit zielgenauen Maßnahmen werden wir den Turbo für Zukunftsinvestitionen in unserem
120 Land zünden.

121 **Wir wollen Energiepreise senken und zentrale Erfolgsbranchen strategisch fördern.**

122 Wir brauchen bezahlbare Energie, sonst geht unseren Unternehmen in Deutschland die
123 Energie aus. Wir investieren in eine sichere und **bezahlbare Energieversorgung**, vor
124 allem mit erneuerbarem Strom. Wir wollen international wettbewerbsfähige
125 Energiepreise. Wir geben Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten
126 durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO2-Preis.
127 Besonders im Norden und Osten, wo ein großer Anteil der Windenergie Deutschlands
128 produziert wird, sind hohe Netzentgelte ein dringendes Problem.

129 Mit der Umstellung auf günstige Erneuerbare Energien ist ein massiver Ausbau der
130 Stromnetze verbunden. Der kostet viel Geld, das als Netzentgelte auf den Strompreis
131 aufgeschlagen wird. Das ist eine Herausforderung insbesondere für die im
132 internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaft und die Verbraucherinnen und
133 Verbraucher. Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz, das die Regionen in
134 Deutschland verbindet und massiv ausgebaut wird, zunächst stabilisieren, dann
135 schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln und so den Netzausbau
136 unterstützen. Das ist wegen der milliardenschweren Investitionen in dieses Netz
137 erforderlich.

138 Damit soll die derzeitige Belastung für Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt
139 halbiert und dauerhaft Planungssicherheit geschaffen werden – für industrielle
140 Investitionen, aber auch für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie das
141 Elektroauto oder die Wärmepumpe.

142 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein größerer Kreis besonders
143 stromintensiver Unternehmen von den bestehenden Regeln **reduzierter Netzentgelte**
144 profitieren kann. Dazu gehört auch, die energieintensiven Großabnehmer ohne
145 Flexibilisierungspotenzial wie bisher zu entlasten.

146 Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus gegenüber der Europäischen Kommission
147 dafür einsetzen, dass mehr energieintensive Branchen von den Entlastungen der
148 sogenannten Strompreiskompensation profitieren können, zum Beispiel die
149 Glasverarbeitung, weitere Teile der Chemie und die Batteriezellenproduktion. Das
150 würde den Strompreis in der energieintensiven Industrie in Deutschland deutlich
151 senken. Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische
152 Mindestmaß entfristen.

153 Deutschland ist ein Auto-Land. Die **Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität.**
154 Wer suggeriert, dass Verbrenner mit E-Fuels die Lösung seien, macht Autos nur noch
155 für Spitzenverdienende erschwinglich. Gleichzeitig steht die Automobilwirtschaft,
156 genau wie ihre Zulieferer, wie die Stahlindustrie und andere, heute vor erheblichen
157 Umwälzungen, machen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr konkrete
158 Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Wir nehmen diese Sorgen ernst.

159 Deutschland soll ein führendes Land für die Herstellung von Fahrzeugen bleiben. Wir

160 setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine
161 Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO₂-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten
162 müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und
163 die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir werden mit der EU-Kommission in
164 Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu
165 gestalten.

166 Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die von uns vorgeschlagenen **Maßnahmen zur**
167 **Senkung der Strompreise** – insbesondere die Deckelung der Übertragungsnetzentgelte –
168 werden Strom für die Produktion von Batterien und Autos und für das Laden noch einmal
169 günstiger machen. Das Laden an **öffentlichen Ladesäulen** muss in Zukunft so einfach wie
170 und auch günstiger werden als das Tanken. Wir werden beim Ladesäulenausbau weiter
171 Tempo machen und Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten. Wir
172 machen weiter **Tempo beim Ladesäulenausbau** – entlang der Straßen und Autobahnen und in
173 Depots und Betriebshöfen. Damit auch der Urlaub oder die Geschäftsreise elektrisch
174 werden, fordern wir eine europäische Schnellladesäulen-Offensive.

175 Wir werden außerdem den **Kauf von E-Autos stärker ankurbeln**.

176 Wir wollen mit einem zeitlich befristeten **Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung**
177 eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern. Das
178 ist einfach und unkompliziert umsetzbar: kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuss
179 direkt aufs Konto. Durch die Einbeziehung von jungen Gebrauchten sowie
180 **Leasingmodellen** helfen wir auch Menschen mit geringeren Einkommen. Mit diesem Paket
181 unterstützen wir vor allem Haushalte mit niedrigen und normalen Einkommen beim
182 Umstieg auf ein E-Auto, noch bevor sich die Mobilitätskosten der Verbrenner durch den
183 Anstieg des CO₂-Preises deutlich erhöhen. Wir wollen diesen **Weg gemeinsam mit unseren**
184 **europäischen Nachbarn** gehen und erwarten von der EU-Kommission kurzfristig eine
185 entsprechende Initiative für die ganze Union oder die Freigabe einer solchen
186 deutschen Lösung.

187 Ein Großteil der Neuwagen wird **gewerblich** genutzt. Hier werden wir durch **bessere**
188 **Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung** die
189 Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die **Kfz-Steuer Befreiung** für E-Autos
190 werden wir **bis 2035 verlängern**.

191 **Wir wollen, dass Unternehmen die besten Rahmenbedingungen haben, um in Deutschland zu**
192 **investieren.**

193 Wir können etwas tun für unsere Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort
194 Deutschland.

195 Wir schaffen einen **Deutschlandfonds**, der öffentliches und privates Kapital
196 mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei
197 Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim
198 Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam
199 und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds
200 soll anfangs mit **100 Milliarden Euro** ausgestattet werden. Er wird so ausgestaltet,
201 dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldenregel unseres Grundgesetzes
202 funktioniert – über sogenannte finanzielle Transaktionen. Das vom Bund zur Verfügung
203 gestellte Startkapital für den Deutschlandfonds schafft durch die damit verbundenen
204 Beteiligungen oder Darlehen nämlich Werte für den Bund. Der Deutschlandfonds nutzt

205 dieses Kapital dann, um Unternehmen und Einrichtungen mit den nötigen Finanzmitteln
206 für wichtige Zukunftsinvestitionen auszustatten – per Darlehen oder als Beteiligung.
207 Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert
208 werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder
209 Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen
210 investieren. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf breite Schultern und aktiviert
211 privates Kapital. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Privatisierung staatlicher
212 Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt.

213 Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch
214 pauschale Steuersenkungen für alle, sondern mit gezielten **Anreizen für Investitionen**
215 **in Deutschland.**

216 Investitionsprämie statt bürokratischer Förderprogramme („**Made in Germany**“-
217 **Bonus**): Bislang werden Unternehmens-Investitionen (zum Beispiel in klimafreundliche
218 Technologien) vor allem über Förderprogramme gefördert. Das dauert oft zu lange und
219 schafft für die Unternehmen jede Menge unnötige Bürokratie. Statt neuer
220 Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt,
221 um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Im Wachstumschancengesetz war bereits eine
222 Investitionsprämie für den Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen angelegt. Mit der
223 neuen Investitionsprämie für bestehende Unternehmen und Neuansiedlungen sollen nun
224 Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in der Breite angekurbelt
225 werden: Jede Betriebs- bzw. Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte (aus den
226 sogenannten Ausrüstungsinvestitionen) soll mit 10 Prozent der Anschaffungssumme
227 direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert werden. Die
228 erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden
229 fortgeführt.

230 Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich
231 entlasten. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine
232 eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im
233 Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge
234 einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung
235 ausgeschlossen.

236 Das europäische Beihilferecht werden wir modernisieren, um Unternehmen im
237 Strukturwandel zu unterstützen.

238 **Wir wollen Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.**

239 Damit unsere Wirtschaft wieder schnell in Schwung kommt, müssen sich auch viele
240 andere Zahnräder schneller bewegen. Denn nur so gewinnt das gesamte System an
241 Geschwindigkeit. Mehr Speed in verschiedenen oder allen Teilaspekten einzubringen,
242 das schafft einen echten Gewinn.

243 In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die
244 Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur
245 Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere
246 Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das
247 Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auch auf nationaler und EU-Ebene
248 werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und
249 Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze

250 müssen einem **Praxischeck** unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die
251 Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende
252 Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Beim Bürokratieabbau achten
253 wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen
254 Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des
255 Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine
256 Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung
257 durchführen.

258 Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche
259 Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir
260 wollen den **Europäischen Binnenmarkt** weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in
261 Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für
262 den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein
263 funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und
264 Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und
265 Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.

266 ***Wir wollen Innovationen ermöglichen, die Deutschland voranbringen.***

267 Der viel beschworene Erfindergeist in Deutschland muss wieder zur obersten Priorität
268 werden. Denn Erfindergeist war schon immer zentral für den wirtschaftlichen Erfolg,
269 den sozialen Fortschritt und damit auch den gesellschaftlichen Wohlstand. In den
270 letzten Jahren und Jahrzehnten wurden in Deutschland zahlreiche technologische und
271 soziale Innovationen erdacht, entwickelt und umgesetzt. Mit fundamental neuen
272 Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss
273 sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die
274 **Weiterentwicklung der KI-Strategie** an erster Stelle. Der Fokus soll dabei
275 insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen. Dazu zählen unter
276 anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung
277 generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung.
278 Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut
279 werden. Auch bei der KI-Förderung wollen wir **soziale Innovationen und**
280 **gemeinwohlorientierte Projekte und Strukturen** besonders berücksichtigen. Weitere
281 Schwerpunkte sollen die Themen Quantencomputing, Robotik sowie Netzwerktechnologien
282 der nächsten Generation sein.

283 Wir setzen uns für eine **Stärkung der Forschungsförderung**, insbesondere in der
284 Grundlagenforschung der Schlüsselindustrien und des GreenTech ein. Forschende sollen
285 einfachere Zugänge zu Fördermitteln erhalten und bei der Beantragung und Durchführung
286 von Forschungsprogrammen weniger überflüssige Bürokratie erleben. Außerdem wollen wir
287 den Übergang von der Forschungsidee bis hin zur Marktreife gezielt unterstützen.

Empfehlung der Antragskommission:

288 Dabei spielen Inkubatoren, **Gründerzentren** Gründungszentren und **regionale**
Innovationscluster wichtige

289 Rollen. Auf europäischer Ebene werden wir uns für ein starkes
290 Forschungsrahmenprogramm (FP10) einsetzen.

291 Wir werden die **Wissenschafts- und Innovationspolitik** in eine neue Ära führen, indem
292 wir den Beitrag der Wissenschaft für die Transformation und die Ausbildung von
293 Fachkräften stärken. Dafür werden wir die Hochschulen weiter fördern. Wir werden die

Empfehlung der Antragskommission:

294 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durch die Förderung planbarer Karrierewege ,
insbesondere zur Verwirklichung von Gleichstellung,
295 verbessern. Wir werden den **Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation**
296 zum Erfolg führen.

297 An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich.
298 Darauf gibt es falsche Antworten, wie „Wir müssen länger arbeiten“ oder „weniger
299 Schutzrechte für die Beschäftigten“. Diesen Ton schlägt die CDU an, wir nicht.
300 Notwendig sind vielmehr eine richtig gute Ausbildung und mehr **Investitionen in die**
301 **Qualifizierung**. Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben,
302 die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss
303 und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs. Darüber hinaus benötigen wir
304 weiterhin die Zuwanderung von Fachkräften. Studien belegen, dass wir mehrere
305 Hunderttausend Fachkräfte pro Jahr für Deutschland brauchen werden.

306 2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.

307 Made in Germany – was war und ist das für ein schönes Qualitätssiegel. Und das soll
308 noch lange, lange so bleiben. Deutschland ist zu einem Spitzenreiter im Welthandel
309 mit den Motoren und Maschinen des 20. Jahrhunderts geworden. Wir wollen, dass *Made in*
310 *Germany* auch bei den Technologien des 21. Jahrhunderts Weltspitze bleibt. Im harten
311 Wettbewerb einer sich wandelnden Weltwirtschaft steht unser Industrie- und
312 Wirtschaftsstandort unter Druck. Wir erleben einen globalen Wettlauf um Technologien,
313 Ressourcen und Standards. Ganz konkret geht es um die Frage, ob wir mit den
314 Entwicklungen mithalten und es schaffen, Deutschland als Teil des europäischen
315 Wirtschaftsraums stark für die Zukunft zu machen. Dafür verfolgen wir eine
316 verlässliche, langfristige und europäisch verankerte Industriestrategie, die
317 Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.

318 In unseren Erfolgsbranchen Stahl- und Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie
319 und Pharma, bei den Halbleitern und in der Batterieproduktion muss Deutschland ein
320 Standort bleiben für große Konzerne wie auch für den starken Mittelstand.

321 ***Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und zukunftsfähige Wirtschaft.***

322 Unsere Unternehmen müssen sicher sein, dass sie ihren Weg zur Klimaneutralität
323 weitergehen können und dass sie uns als Politik dabei fest an ihrer Seite wissen. Vor
324 allem bei den Energiepreisen und der Regulatorik brauchen sie ein faires, klares
325 Umfeld, um investieren zu können und um ihre neuen Ideen auf den Markt zu bringen. In
326 den vergangenen Jahren haben verschiedene globale Krisen deutlich gezeigt, dass eine
327 breit diversifizierte Wirtschaftsstruktur für die wirtschaftliche Stabilität
328 entscheidend ist. In dieser herausfordernden Zeit kämpft die SPD um jeden
329 Industriearbeitsplatz genauso wie um die Wertschöpfung der Zukunft mit ihren neuen,
330 hochqualifizierten Jobs. Manchmal haben wir uns an Unternehmen vorübergehend
331 beteiligt, um Arbeitsplätze in einer Krise zu sichern. Das werden wir auch in Zukunft
332 tun, wenn das notwendig wird.

333 Bei den Technologien sagen wir zweifelsfrei, wo es hinget: Der klare Fokus liegt auf
334 Elektrifizierung, zum Beispiel beim Auto. Aber auch der **Wasserstoff** wird für unsere
335 Industrie eine ganz wesentliche Rolle spielen, gerade bei den energieintensiven
336 Industrien. Damit Wasserstoff in Deutschland wirklich Fuß fassen kann, schaffen wir

337 **Leitmärkte für grünen Stahl *made in Germany*** – das heißt, feste Anteile von grünem
338 Stahl, zum Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen. Wir brauchen außerdem
339 ein klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz. Gleichzeitig müssen ausreichende
340 Speicherkapazitäten, etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve, aufgebaut
341 werden. Mit einer pragmatischen und beherzten Politik wollen wir somit diesem
342 entscheidenden Baustein für die neue Energiewelt das Fundament legen.

343 In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den europäischen Clean Industrial Deal.
344 Um unsere heimische Industrie mit Rohstoffen zu versorgen, setzen wir auf den neu
345 geschaffenen Rohstofffonds, werden die heimische Rohstoffgewinnung voranbringen und
346 uns für eine **koordinierte Rohstoff-Strategie der EU** einsetzen. Die
347 **Kreislaufwirtschaftsstrategie** wollen wir pragmatisch umsetzen, zum Beispiel mit
348 Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem
349 Materialeinsatz.

350 ***Wir wollen, dass unsere Industrie weiterhin bei Zukunftstechnologien ganz vorne***
351 ***mitspielt.***

352 Klimafreundlich zu produzieren oder zu arbeiten, darf kein Wettbewerbsnachteil sein!
353 Einen Platz an der Weltspitze können wir nur behaupten mit einer zielgerichteten und
354 europäisch koordinierten Strategie für die wichtigsten Schlüsselbranchen
355 Deutschlands. Wir in Europa stellen unsere industrielle Produktion in hohem Tempo auf
356 klimafreundliche Verfahren um. Es nützt dem Klima aber nicht, wenn die Produktion ins
357 Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Deshalb stärken wir den
358 unbürokratischen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, **CBAM**) und
359 schützen so die europäischen Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber der
360 Produktion aus Ländern mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) – so
361 lange, bis die weltweiten Spielregeln fair sind. Außerdem setzen wir unseren
362 erfolgreichen **Klimaclub** fort, einen wachsenden Kreis aus Staaten, die gemeinsame
363 Standards festlegen, damit es nicht mehr 28 verschiedene Standards für grünen Stahl
364 gibt.

365 Die EU muss sich unabhängiger aufstellen und strategische Wertschöpfung wieder
366 stärker nach Europa verlagern. Dazu braucht es eine **europäische Resilienzstrategie**,
367 die Risiken verringert (De-Risking), kritische Infrastrukturen effektiv schützt und
368 strategisch wichtige Schlüsselindustrien wieder in Europa ansiedelt. Gemeinsam mit
369 unseren europäischen Partnern werden wir Local-Content-Regeln und
370 Lokalisierungspflichten prüfen.

371 Soziale Standards sind ein geopolitischer Standortvorteil unseres Wirtschaftsraumes.
372 Wir unterstützen Industrie und Wirtschaft, nehmen sie aber auch in die Pflicht.
373 Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.
374 Deswegen setzen wir die **Europäische Säule sozialer Rechte** entschieden national wie
375 europäisch um. Wir wollen eine echte **Europäische Sozialunion**. Wir wollen
376 einen Binnenmarkt, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dient. Um eine
377 angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir
378 uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein.

379 **3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute**
380 **Arbeitsbedingungen.**

381 Eines können wir versprechen: Wir als SPD, **wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz**. Denn
382 gute Arbeit ist der Anker für ein Leben in Würde und Wohlstand. Doch wenn sich alles
383 ändert, wachsen die Sorgen. Wenn sich alles ändert, dann brauchen Arbeitnehmerinnen
384 und Arbeitnehmer Sicherheit. Und diese muss gestaltet werden. Für die SPD geht das
385 nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Beschäftigten
386 erarbeiten den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Sie haben einen Anspruch auf
387 Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen und demokratische Teilhabe. Gute
388 Arbeitsbedingungen sind zudem wesentliche Voraussetzung für die Sicherung einer guten
389 Fachkräftebasis in unserem Land.

390 ***Wir wollen für Deine Arbeit Sicherheit in der Veränderung.***

391 Wir wissen, dass sich viele Beschäftigte wegen der wirtschaftlichen Umbrüche und der
392 Stagnation der Konjunktur um ihren Arbeitsplatz sorgen. Wir wollen Beschäftigung
393 sichern. Wir wollen zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb erreichen.
394 Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die **Förderung der**
395 **Qualifizierung** und in schwierigen Phasen auf Arbeitsplatzzerhalt, zum Beispiel durch
396 **gute Regelungen für Kurzarbeit**.

397 Wir werden die Förderung von **regionalen Verbänden, Weiterbildungsagenturen und**
398 **Transformationsclustern** fortsetzen und intensivieren. Es braucht niedrigschwellige
399 Beratungsangebote, um Betriebe und Beschäftigte vor allem in kleinen und mittleren
400 Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

401 Wenn ein Beschäftigungsverhältnis endet, soll ein möglichst nahtloser Übergang von
402 Arbeit zu Arbeit ermöglicht werden. Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von
403 Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit **Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-**
404 **Job-Vermittlung** fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.
405 Beschäftigten aus Betrieben, die Personal abbauen, sollen neue Perspektiven in
406 Betrieben geboten werden, die Beschäftigte suchen. Dabei kommt es insbesondere auf
407 den richtigen Zeitpunkt und die enge Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte
408 sowie auf tarifvertragliche Regelungen an. Daneben werden wir das bestehende
409 Instrument der **Transfergesellschaften** weiterentwickeln, damit auch kleinere
410 Unternehmen sie besser nutzen können.

411 Die **Versicherungsleistung des Arbeitslosengelds** muss wieder gestärkt werden. Wir
412 wollen mehr Sicherheit für die arbeitende Mitte, die sich gerade in den
413 transformationsbetroffenen Branchen um ihre Zukunft sorgt. Deshalb werden wir Zeiten
414 einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit nicht mehr auf die Bezugsdauer des
415 Arbeitslosengelds anrechnen, so dass sich der Anspruch auf Unterstützung durch die
416 Arbeitslosenversicherung entsprechend verlängert.

417 Wir werden dafür sorgen, dass in einer digitalen Arbeitswelt gute Arbeitsbedingungen
418 gelten. Dafür werden wir einen fairen und rechtssicheren Umgang mit Daten im Betrieb
419 regeln und Plattformbeschäftigten den Rücken stärken.

420 ***Wir wollen, dass Deine Stimme auch am Arbeitsplatz stärker zählt.***

421 Wir reformieren das **Betriebsverfassungsgesetz** und werden die **Mitbestimmung** der
422 Betriebsräte bei strategischer Personalplanung und -bemessung, bei der Einführung von
423 Künstlicher Intelligenz sowie bei Gesundheitsschutz und Weiterbildung im Betrieb zu
424 echten Mitbestimmungsrechten mit Einigungserfordernis ausbauen. Wir werden
425 Wahliniatiator*innen von Betriebsratswahlen besser schützen. Die Behinderung

426 demokratischer Mitbestimmung stufen wir künftig als Offizialdelikt ein.

427 In den Unternehmen muss es einen **gesetzlich festgelegten Mindestkatalog**
428 **zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat** geben. **Schlupflöcher** zur Umgehung
429 der Mitbestimmung im Aufsichtsrat werden wir **schließen**, wie zum Beispiel bei der
430 Aushebelung der Mitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht.

431 **Wir wollen, dass Arbeit nicht krank macht und Sicherheit bietet.**

432 Arbeit darf nicht krank machen. Deswegen werden wir eine deutliche Steigerung der
433 durchgeführten ganzheitlichen **Gefährdungsbeurteilungen** vorantreiben, das betriebliche
434 Eingliederungsmanagement (**BEM**) stärken und verbindlicher machen, sowie Reha und
435 Prävention ausbauen und Zugänge vereinfachen und verbessern. Insbesondere werden wir
436 psychische Belastungen bei der Arbeit, die stark zugenommen haben, beim Arbeitsschutz
437 stärker in den Blick nehmen. Zudem brauchen wir ein umfassendes Informations- und
438 Beratungsangebot. Die **betriebliche Gesundheitsförderung** muss bei allen
439 unternehmerischen Entscheidungen mitgedacht werden. Das Angebot der
440 Koordinierungsstellen für betriebliche Gesundheitsförderung wollen wir weiter
441 ausbauen.

442 Wir werden **sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen abschaffen** und die
443 Sachgründe für Befristungen kritisch überprüfen.

444 **Wir wollen mit den richtigen Strategien den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken.**

445 Gute Aus- und Weiterbildung sind die Voraussetzung für gute Arbeit und
446 Fachkräftesicherung. Wir setzen unseren **Weg der Ausbildungsgarantie** fort. Frühere
447 Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für
448 Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen
449 werden wir weiter stärken. Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für Ausbildung
450 stärker gerecht werden. Branchenbezogene Umlagefonds für gute Ausbildung können
451 dieses Ziel gewährleisten.

452 Wir werden dafür sorgen, dass es Sicherheit in der Veränderung gibt und garantieren
453 Unterstützung, wenn berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung nötig oder gewollt
454 ist. Damit die Beschäftigten von heute auch die Kenntnisse und Fähigkeiten für die
455 Arbeit von morgen erwerben können, haben wir unter anderem mit dem
456 Transformationszuschuss und dem Qualifizierungsgeld die **Weiterbildungsförderung** der
457 Bundesagentur für Arbeit **erneuert** und erreichen damit den kleinen Handwerksbetrieb
458 oder Dienstleister ebenso wie den DAX-Konzern.

459 Unser Ziel ist ein **Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart** in allen
460 Lebensphasen. Berufsbilder sollten so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten
461 mit Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt
462 halten können.

463 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit** ist unsere Antwort auf den immer
464 noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit
465 Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter. Mini-Jobs sind
466 vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Sie müssen ausschließlich Schülerinnen und
467 Schülern, Studierenden und Menschen im Rentenalter vorbehalten sein.

468 Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit. Deshalb soll jeder
469 Bürgergeldbezieher ein passendes Angebot erhalten. Wir setzen dafür auf eine **stärkere**

470 **Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.** Wir wollen Arbeit statt
471 Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb den **Passiv-Aktiv-Transfer** ausweiten,
472 vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen, dass die meisten Menschen im
473 Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das **Bürgergeld** ist eine
474 steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen
475 wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir
476 fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und

Empfehlung der Antragskommission:

477 Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Wir wollen
die Jobcenter dafür personell und finanziell so ausstatten, dass sie eine
individuelle und engmaschige Beratung sicherstellen können. Wir müssen jedoch auch
anerkennen, dass ein erheblicher Anteil von Bürgergeldbeziehenden gesundheitlich
eingeschränkt ist. Sie müssen besser im Betreuungs- und Integrationsprozess
unterstützt werden. Neben

478 Weiterbildung hat sich auch das Instrument des sozialen Arbeitsmarktes, der neue
479 Chancen einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen eröffnet, bewährt. Wir haben die
480 Regelungen für den **sozialen Arbeitsmarkt** deshalb entfristet. Wir wollen so
481 Arbeitsuchenden Teilhabe ermöglichen und sie aus der Langzeitarbeitslosigkeit und dem
482 Bürgergeldbezug holen, und Perspektiven für die Aufnahme einer regulären
483 Beschäftigung schaffen.

484 Deutschland profitiert seit langem davon, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wir
485 treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit
486 klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich

Empfehlung der Antragskommission:

487 transparenteren und vereinfachten **Anerkennung von im Ausland erworbenen**
488 **Abschlüssen und Qualifikationen.** Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu
Ausbeutung, Lohndumping,
489 unfäirem Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Durch den **Ausbau**
490 **und die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der für gelingende Integration**
491 **notwendigen Strukturen**, wie breit verfügbare Deutschsprachförderung und
492 Beratungsangebote, ermöglichen wir eine gelingende Einwanderung.

493 Wir werden das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln**, und die
494 Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den
495 **Job-Turbo** zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.

496 **4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig** 497 **gelingt.**

498 Gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist die Basis für eine
499 gute Zukunft unseres Landes. Für den einzelnen Menschen schafft sie die
500 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die Gesellschaft die Grundlage
501 für Zusammenhalt und Demokratie und für unsere Volkswirtschaft die Bedingungen für
502 wirtschaftliches Wachstum mit gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig sind
503 berufstätige Eltern ebenso wie ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber darauf
504 angewiesen, dass Kitas und Schulen allen Kindern verlässliche Betreuung und
505 gelingende Bildung garantieren. Ganz gleich, wie die Voraussetzungen sind, wir
506 wollen, dass gute Bildung unabhängig von der Lebenssituation gelingt. Nachfolgend

507 führen wir auf, wie wir das in die Tat umsetzen wollen.

508 ***Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule verlässlich für alle Kinder gelingt.***

509 Der Mangel an Fachkräften darf nicht zur Achilles-Ferse unseres Bildungssystems
510 werden. Gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl sind die entscheidende
511 Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, den Ganzttag im Grundschulalter, bessere
512 Bildungsqualität, einen Ausbau der Betreuungszeiten und eine Reduzierung von
513 Schließzeiten. Wir wollen daher eine **Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen**
514 **verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren**, die unter anderem den Ausbau
515 von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher,
516 multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen
517 Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen
518 Beschäftigten umfasst.

519 Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines
520 die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und
521 rechnen zu können. Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung muss der
522 Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt und wenn nötig eine **verbindliche**
523 **Förderung** angeboten werden.

524 Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende
525 Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. Für eine gezielte
526 Förderung von **Kitas in benachteiligten Lagen** wollen wir auch mit Bundesmitteln ein
527 Startchancenprogramm schaffen und das **Startchancenprogramm an Schulen** sukzessive
528 ausbauen. Auch der **Digitalpakt Schule** muss fortgesetzt und inhaltlich
529 weiterentwickelt werden. Der ab 2026 schrittweise geltende **Rechtsanspruch auf**
530 **Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder** ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral
531 wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in
532 politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute
533 Qualität des Angebotes Sorge tragen.

534 ***Wir wollen, dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.***

535 In Deutschland soll jeder junge Mensch das Beste aus sich und seinen Fähigkeiten
536 machen können. Allen jungen Menschen müssen alle Ausbildungswege offenstehen. Das ist
537 unser Versprechen vom **Aufstieg durch Bildung**.

538 Für junge Menschen am Beginn von Ausbildung oder Studium sind derzeit – noch mehr als
539 in der Bevölkerung insgesamt – die steigenden Lebenshaltungskosten das zentrale
540 Problem. Wir wollen deshalb die **Mindestausbildungsvergütung anheben**. Mit einer **Reform**
541 **des BAföG** wollen wir dafür sorgen, dass die Höhe der Ausbildungsförderungsregelmäßig
542 an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Darüber hinaus müssen die
543 Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge verkürzt werden – durch weitere Digitalisierung
544 und Vereinfachung. Das erfolgreiche **Bundesprogramm Junges Wohnen** wollen wir **fortsetzen**
545 **und aufstocken**, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu
546 schaffen.

547 Darüber hinaus werden wir das **duale Studium** stärker fördern und die Schutzrechte des
548 Berufsbildungsgesetzes auch auf diesen Ausbildungsweg ausweiten.

549 ***Wir wollen gute Arbeitsbedingungen an Schulen und Kitas.***

550 Kitas und Schulen müssen **attraktive Lern- und Arbeitsorte mit guten**

551 **Arbeitsbedingungen sein.** Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen
552 bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir
553 deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.

554 ***Wir wollen das Bildungssystem fit machen für die Einwanderungsgesellschaft.***

555 Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das Kindern
556 unterschiedlicher Herkunft **alle Möglichkeiten eröffnet, Kitas und Schulen mit Erfolg**
557 **zu besuchen. Wir wollen Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den**
558 **pädagogischen Berufen** widerspiegeln. Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft sollen
559 sich mit ihnen identifizieren können.

560 Beste Bildung braucht eine **kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung.**
561 Wir wollen deswegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, um **gezielt in**
562 **bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen** investieren zu können. Wie schon
563 beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo
564 vorgefundene Nachteile bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder
565 Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.

566 **5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres** 567 **Landes dient.**

568 Darüber reden, was alles nicht gut ist, das können viele. Wir wollen anpacken. Für
569 eine gute Zukunft des Landes und unserer Kinder ist heute eine umfassende
570 Modernisierung nötig. Dies gilt sowohl für die private Wirtschaft als auch für die
571 öffentliche Daseinsvorsorge: von Kitas, Schulen und Hochschulen, über das
572 Gesundheitssystem bis hin zur Pflege. Auch Klimaschutz (Erneuerbare Energien und
573 Netze), Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, erhöhte Verteidigungsbereitschaft
574 und verbesserte Verkehrsinfrastruktur bedürfen einer großen
575 Modernisierungsanstrengung. Daher wollen wir eine Ära der Investitionen in die
576 Zukunft begründen und zeitgleich für finanzielle Solidität sorgen. Dies erfordert
577 einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen.

578 ***Wir wollen, dass bei der Modernisierung unserer Infrastruktur alle gemeinsam***
579 ***anpacken.***

580 Wir müssen in das Morgen, Übermorgen und auch in das Überübermorgen investieren. Die
581 erforderlichen öffentlichen Investitionen müssen rasch getätigt werden, damit der
582 vorhandene Investitionsstau aufgelöst wird und um bessere Voraussetzungen für private
583 Investitionen zu schaffen. Eine Privatisierung von Infrastruktur bleibt
584 ausgeschlossen. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die
585 notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Unsere
586 Finanzpolitik ist strategisch angelegt und sichert Wachstum ebenso wie den Wandel.
587 Die Finanzierung des Wandels wird über stabile Staatsfinanzen gewährleistet.

588 Wir möchten die Finanzierung von wichtigen Zukunftsinvestitionen auf allen Ebenen des
589 Staates sicherstellen. Denn wir wollen verhindern, dass kommenden Generationen
590 „Investitionsschulden“ vermachet werden, etwa ein sanierungsbedürftiges Schienennetz
591 der Bahn, veraltete Schulgebäude oder abgewanderte Arbeitsplätze. Für die
592 Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen.
593 Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt.
594 Auch kommende Generationen übernehmen einen angemessenen Teil der Rückzahlung, denn

595 diese Investitionen sollen sowohl den heutigen als auch den künftigen Wohlstand
596 sichern und steigern.

597 Die Möglichkeit, öffentliche wie auch private Investitionen über **finanzielle**
598 **Transaktionen** zu fördern, soll stärker genutzt werden, sowohl vom Bund als auch von
599 den Ländern. Dies erlaubt das Grundgesetz bereits heute. Diese Art der Finanzierung
600 schafft langfristige Planungssicherheit und ermöglicht die Ausweitung von notwendigen
601 Zukunftsinvestitionen, bei gleichzeitiger Verteilung der Finanzierungslast auf die
602 profitierenden Generationen. Wir können auf diesem Wege unter anderem die
603 Eigenkapitalbasis von öffentlichen Unternehmen stärken und deren öffentliche
604 Investitionen steigern.

605 Außerdem wollen wir die veralteten Kriterien der Konjunktur-Komponente der
606 Schuldenregel an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anpassen, damit unser
607 Gemeinwesen gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein stetiges und
608 hohes Investitionsniveau sorgen kann.

609 Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der
610 Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die **Schuldenregel im Grundgesetz so**
611 **reformieren**, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den
612 Wohlstand nicht behindert werden. Nur so wird das gute Leben auch kommender
613 Generationen möglich. Nur so werden die nötigen Spielräume für die verabredeten
614 Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung verlässlich gesichert. Zusätzlich gilt es,
615 die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von
616 Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine
617 flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein. Die Länder sollen Möglichkeiten
618 der Kreditaufnahme erhalten. Dies geschieht im Einklang mit den europäischen
619 Fiskalregeln.

620 Um in Krisenfällen mehr Sicherheit und langfristige Planung zu ermöglichen, streben
621 wir eine **Reform der Notlagenregelungen** an, so dass unser Staat jederzeit und
622 jahresübergreifend handlungsfähig ist.

623 Die **Tilgungsverpflichtungen** führen zu Einsparzwängen in künftigen Staatshaushalten.
624 Damit wird die finanzielle Krise künstlich verlängert und die Lasten einer einmaligen
625 Notsituation werden auf künftige Generationen verschoben. Wir setzen uns daher dafür
626 ein, diesen ungerechten Mechanismus zu ändern.

627 Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und
628 digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab
629 modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die
630 nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen **Zukunftspakt Bund,**
631 **Länder, Kommunen** vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel,
632 um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen
633 wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft
634 stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie
635 Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus
636 diesen Steuern zusteht. Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen
637 eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zulassen.

638 Auf der **kommunalen Ebene** fällt ohnehin ein großer Teil der für den Strukturwandel
639 notwendigen Investitionen an. Gleichzeitig ist die finanzielle Situation vieler

640 Kommunen ernst. Das müssen und wollen wir ändern. Es bedarf endlich einer **Lösung des**
641 **spezifischen Problems der kommunalen Altschulden**. Dabei wollen wir dafür Sorge
642 tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche
643 ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die
644 Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und
645 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Darüber hinaus setzen wir uns für
646 langfristige Unterstützung- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen
647 Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,
648 Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein. Außerdem sind **größere und moderne**
649 **Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen** erforderlich, etwa für
650 kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz. Wir
651 wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen. Über den
652 Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und
653 Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken.

654 Auf europäischer Ebene hat Next Generation EU einen entscheidenden Impuls für
655 nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Wir wollen die europäische Wirtschaft und
656 ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation unterstützen.

657 Wir wollen den **Mehrjährigen Finanzrahmen** reformieren und ihn stärker auf zentrale
658 Politikbereiche der EU ausrichten, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert
659 liefern und in diesen verstärkt investieren. Die Rückzahlung von Next Generation EU
660 darf nicht zulasten bereits jetzt unterfinanzierter Programme und strategisch
661 wichtiger Investitionen gehen. Durch echte EU-Eigenmittel machen wir die EU
662 finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen.

663 Die **Regionalförderung der EU** (Kohäsionspolitik) hat seit der Wiedervereinigung
664 erheblich dazu beigetragen, strukturschwache Regionen Ostdeutschlands zu
665 wettbewerbsfähigen und lebenswerten Regionen zu entwickeln. Dies muss auch zukünftig
666 gesichert sein. Einer Zentralisierung der Kohäsionspolitik werden wir nicht
667 zustimmen. Wir setzen uns dafür ein, die Kohäsionspolitik bedarfsgerecht
668 weiterzuentwickeln, damit der ökologische und digitale Strukturwandel gemeistert
669 werden kann. Den Just Transition Fund werden wir auf alle Industrieregionen
670 ausweiten.

671 Wir benötigen überdies eine Stärkung der Staatseinnahmen durch ein gerechtes
672 Steuersystem. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität weiter zu
673 bekämpfen. So gilt es, **Umsatzsteuerbetrug** vor allem in bargeldintensiven Branchen
674 weiter zurückzudrängen und die bisher ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu
675 ergänzen. Wir setzen uns für den Aufbau und die Stärkung einer Behörde im Kampf gegen
676 Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche ein. Außerdem gehen wir
677 weiterhin entschieden gegen Geldwäsche vor, schließen die Lücken im
678 **Transparenzregister**, machen es wieder für die Zivilgesellschaft zugänglich und setzen
679 uns für die effektive Bekämpfung von Vermögensverschleierung ein. Wir wollen weiter
680 bei Steuervermeidung und schädlichem Steuerwettbewerb gegensteuern. Dazu gehört eine
681 **Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen**. Außerdem setzen wir uns
682 für **eine einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen**
683 **Bemessungsgrundlage** in Europa ein.

684 Bei der Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung hat sich der
685 **Solidaritätszuschlag** bewährt. Wir werden dieses Instrument weiterführen; es dient der

686 Finanzierung der Transformation unseres Landes. In der Einkommensteuer haben wir 90
687 Prozent der Steuerpflichtigen bereits vor einiger Zeit von der Zahlung des
688 Solidaritätszuschlags entlastet. Nur die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen
689 (10 Prozent) gehören zum Kreis der Soli-Zahler. Außerdem gehören
690 Kapitalgesellschaften und Bezieher von Kapitalerträgen dazu. Wir stellen sicher, dass
691 der Kreis der betroffenen Steuerpflichtigen nicht größer wird und nicht mehr
692 Bürgerinnen und Bürger als heute den Soli entrichten.

693 **Wir wollen, dass auch (Hoch-)Vermögende einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der**
694 **Investitionen in unsere Zukunft leisten.**

695 In Deutschland werden Einkommen aus Arbeit stärker als Vermögen besteuert. Dies
696 wollen wir verändern und mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Eigentum gibt Sicherheit,
697 aber Eigentum verpflichtet auch. Daher wollen wir die vermögensbezogene Besteuerung
698 stärken und Spitzenvermögen stärker an der Finanzierung der Modernisierung unseres
699 Landes und unserer Gemeinschaft beteiligen. Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** in
700 ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer
701 Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen-
702 oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden.
703 Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven
704 Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen
705 ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Die persönlichen
706 Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreissteigerungen seit der letzten
707 Anpassung Rechnung zu tragen. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft
708 unangetastet. Die ausgesetzte **Vermögensteuer** wollen wir für sehr hohe Vermögen
709 revitalisieren. Darüber hinaus unterstützen wir auch die von Brasilien im Rahmen der
710 G20 angestoßenen Pläne für eine **international koordinierte Mindeststeuer für**
711 **Superreiche**. Ein international abgestimmtes Vorgehen schafft notwendige Transparenz
712 über Vermögensanhäufung und macht Steuervermeidung unattraktiv. Die Steuereinnahmen
713 aus Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer stehen den Ländern zu, in
714 deren Verantwortungsbereich die Bildungspolitik liegt. Es ist daher unser Ziel, dass
715 die Länder, die aufgrund unserer Reformen erzielten Mehreinnahmen für die dringend
716 erforderliche Stärkung und Modernisierung des Bildungssystems aufwenden.

Empfehlung der Antragskommission:

717 Außerdem wollen wir ~~die Abgeltungsteuer abschaffen und~~ **Einkommen aus Kapital wieder**
718 **über den Einkommensteuertarif besteuern.** Anders als an den Finanzplätzen Paris oder
719 Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher
720 wollen wir eine **Finanztransaktionssteuer** einführen. Dies soll möglichst im Einklang
721 mit unseren europäischen Partnern geschehen.

722 Wenn eine nicht selbst genutzte **Immobilie** privat verkauft wird, ist der Gewinn nach
723 Ablauf einer **Spekulationsfrist** von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir
724 ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Außerdem werden auf diese Weise
725 Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für
726 langfristige Investitionen in Immobilien erhöht. Daraus können sich auch positive
727 Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.

RP03: Beschäftigte und ihre Familien entlasten

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand	
Status:	Empfehlung der AK liegt vor	
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung	
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 767 - 768	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 961	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 962	Ergänzung
	Zeile 1040 -	(Empfehlung der Antragskommission) -
	1041	Ergänzung
	Zeile 1138	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1213	Ergänzung
	Zeile 1215	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1216	Ergänzung
	Zeile 1218	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1221	Ergänzung
	Zeile 1232	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1419	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1441	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1568	Ergänzung
	Zeile 1576	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1586	Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) -
		Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) -
		Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) -
		Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) -
		Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) -
		Ergänzung

728 Viel ist in diesen Zeiten in der Politik, der Wirtschaft und den Medien von
729 Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern die Rede. **Für uns sind das die, die viel**
730 **leisten – und nicht nur die, die sich viel leisten können.** Mit ihrer Arbeit – sei sie
731 bezahlt oder unbezahlt – sichern sie den Zusammenhalt und den Wohlstand in unserer
732 Gesellschaft. Das sind die vielen Beschäftigten in der Industrie, die Pflegekräfte,
733 Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Handwerkerinnen und Handwerker, aber auch Menschen, die
734 sich um andere Familienmitglieder kümmern, beispielsweise um die Kinder oder auch um
735 pflegebedürftige ältere Menschen. Unser Respekt bemisst sich nicht an ihrem Gehalt.
736 Unser Respekt bemisst sich an ihrer Leistung, die sie viel zu oft unter enormen
737 Belastungen und ohne die Anerkennung erbringen, die sie verdienen. **Unseren Respekt**
738 **und unsere Anerkennung zeigen wir, indem wir für bessere Löhne, gerechte Steuern und**
739 **Abgaben, für sichere Arbeitsplätze und eine stabile Rente sorgen.**

740 Es gehört aber auch zu unserem Respekt, die Auswirkungen der Inflation abzufedern,
741 für bezahlbaren Wohnraum und ein verlässliches System von Bildung, Betreuung und
742 Pflege zu sorgen. Die Beschäftigten und ihre Familien brauchen Verlässlichkeit im

743 Alltag, Erleichterungen wie zum Beispiel eine Termingarantie beim Arzt und eben einen
744 Staat, der einfach funktioniert.

745 **6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.**

746 Wohnen ist ein Menschenrecht! Wer wohnt, hat eine kleine Heimat für sich und die
747 Familie. Wohnen definiert die Lebensqualität eines jeden von uns. Und wir stehen
748 dafür ein! Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf,
749 sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Deshalb
750 ist Wohnen für uns ein öffentliches Gut, das nicht allein dem privaten Markt
751 überlassen bleiben darf. **Das ist eine öffentliche Angelegenheit.** Wir wollen den
752 akuten Wohnraumangel mit einer Investitions-, Steuer- und
753 Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren
754 beschleunigen. Wohnungslosigkeit wollen wir 2030 überwunden haben. Die Schaffung und
755 der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist eine staatliche Daueraufgabe. Wir stärken
756 gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren
757 Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen. Mieterinnen
758 und Mieter wollen wir vor Mietwucher und Überforderung schützen.

759 ***Wir wollen die Mietpreisentwicklung bremsen.***

760 Ende 2025 laufen die Mietpreisbremsen aus. Die Mietpreisbremse ist ein sehr gutes
761 Instrument, um die steigenden Mieten einzudämmen. Und wir wollen langfristig für
762 stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten sorgen. In
763 Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die
764 **Mietpreisbremse** soll unbefristet gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare
765 Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass die
766 Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete

Empfehlung der Antragskommission:

767 Wohnungsangebote umgangen werden kann. Auch Indexmietverträge sollen nur noch an die
768 Entwicklung werden in Zukunft durch die Kappungsgrenzen normaler Mietverträge, wie der
Nettokaltmieten statt an die Inflationsrate gekoppelt sein dürfen ortsüblichen
Vergleichsmiete, gedeckelt.

769 **Zweckentfremdung** und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu
770 unterbinden. Es soll mehr **Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungsmieten**
771 **geben. Mietwucher** muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung
772 des Wirtschaftsstrafrechts.

773 Wir wollen den dramatischen Anstieg der Mieten in Ballungsgebieten stoppen. Deswegen
774 wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale
775 Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete
776 gestattet ist. Den Mietspiegel-Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre
777 ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen. Die
778 Nebenkosten für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher
779 nachvollziehbar sein.

780 Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Eigentum an Grund und Boden. Mieterinnen und
781 Mieter wollen wir bei der Grundsteuer entlasten. Die **Umlagefähigkeit der Grundsteuer**
782 darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die
783 Mietparteien umlegen darf.

784 Mit dem Wohngeld unterstützen wir gezielt Erwerbstätige sowie Rentnerinnen und

785 Rentner. Wir haben die Erweiterung des Wohngelds zu Wohngeld plus umgesetzt, das
786 heißt, deutlich mehr Menschen profitieren von einer Unterstützung. Im Wohngeldgesetz
787 haben wir außerdem die regelmäßige automatische Erhöhung des Wohngelds an die reale
788 Preis- und Mietpreisentwicklung festgeschrieben. Ähnlich wollen wir auch für Menschen
789 in Ausbildung eine regelmäßige und **automatische Erhöhung der BAföG-**
790 **Wohnkostenpauschale** festschreiben. Die Unterstützung muss kontinuierlich den realen
791 Mietpreisentwicklungen folgen.

792 *Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden.*

793 Um das Angebot bezahlbaren Wohnraums mittel- und langfristig zu stabilisieren, sind
794 gemeinschaftliche Kraftanstrengungen für schnelleres Bauen und eine soziale
795 Bodenpolitik notwendig. Wir wollen dafür die richtigen Rahmenbedingungen und Impulse
796 setzen.

797 Wir wollen die **Investitionen in den sozialen Wohnungsbau** auf hohem Niveau stärken und
798 verstetigen. Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen
799 differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für
800 die dazu notwendige Förderung. Über den Deutschlandfonds werden wir
801 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital
802 versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.

803 Der Bund geht mit einer neuen **bundeseigenen Wohnungsgesellschaft** voran, um durch
804 eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten und Wohnraum für Angestellte und
805 Beamte des Bundes zu schaffen. Das **Genossenschaftsprogramm** soll verstetigt und
806 ausgebaut werden.

807 Wir wollen die in vielen Regionen rasante Preisentwicklung bei Grund und Boden
808 stoppen. Wir brauchen eine **Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik**, denn Boden ist
809 ein unvermehrbares Gut. Seine Nutzung soll auch dem Gemeinwohl dienen. Um eine
810 langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim
811 Aufbau von **Bodenfonds** unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch
812 die Kommunen von **Bodenwertsteigerungen** durch Planung profitieren. Das **Vorkaufsrecht**
813 **für Kommunen** muss gestärkt werden.

814 Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der
815 **Bürokratieabbau** muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen
816 Digitalisierungsschub erhalten. Zuviel Bürokratie und fehlende Digitalisierung
817 verlängern Prozesse und Entscheidungswege. Das **Bündnis bezahlbarer Wohnraum** soll
818 verstetigt und ausgebaut werden. Vereinfachte Baustandards wie der Gebäudetyp E
819 müssen weiterentwickelt werden. Im **seriellen und modularen Bauen** stecken große
820 Potenziale, die wir heben wollen. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu
821 festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten
822 werden.

823 **Barrierefreiheit und lebensphasengerechtes Wohnen** sind unser Ziel. Wir wollen den
824 Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern.
825 Barrierefreiheitsoll als Standard stärker in der Fördersystematik verankert werden.

826 *Wir wollen den Traum vom Wohneigentum unterstützen.*

827 Viele Menschen träumen von den eigenen vier Wänden. Aber diese Träume sind immer
828 schwieriger zu erreichen. Auch hier packen wir an. Wir wollen, dass Träume vom
829 Eigenheim Wirklichkeit werden können. Wohneigentum dient der Wohnraumversorgung und

830 ist darüber hinaus Teil der Vermögensbildung und Alterssicherung. Das Programm „**Jung**
831 **kauft Alt**“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der
832 Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden
833 auf der Suche nach einem Eigenheim sind. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur
834 energetischen Sanierung bekommen sie die Chance, sich ihren Traum zu erfüllen.
835 Zugleich leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Innenstädte und
836 Dörfer, insbesondere in den ländlichen Regionen.

837 Um eine soziale und demografische Stabilität in den Gemeinden zu gewährleisten,
838 sollen außerdem **Einheimischen-Modelle** und **Konzeptvergaben** bei der Vergabe von Bauland
839 gestärkt werden. Einheimischen-Modelle ermöglichen es Kommunen, ortsansässigen
840 Familien und Personen vergünstigtes Bauland anzubieten. Dies gibt wiederum
841 insbesondere jungen Familien die Chance, in ihrer Heimatgemeinde Eigentum zu
842 erwerben, und trägt dazu bei, den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.
843 Gleichzeitig wirken diese Modelle spekulativen Preissteigerungen entgegen.

844 Mit Konzeptvergaben wird gewährleistet, dass die Vergabe von Grundstücken nicht
845 ausschließlich nach Höchstgeboten erfolgen muss. Soziale Durchmischung, nachhaltiges
846 Bauen und innovative Wohnformen sollen besonders berücksichtigt werden. Dadurch
847 können Kommunen gezielt Projekte fördern, die langfristig einen Mehrwert für das
848 Gemeinwesen schaffen, zum Beispiel Wohnen für Alleinerziehende, genossenschaftliche
849 Wohnprojekte oder generationenübergreifendes Wohnen.

850 **7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.**

851 Wer jeden Tag arbeitet, muss ein selbstbestimmtes Leben mit einem guten Auskommen
852 führen können. Wir wollen für eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Wohlstands
853 sorgen. Wir stehen sowohl für gerechte Bezahlung als auch für gerechte Besteuerung.

854 ***Wir wollen guten Lohn für alle.***

855 Die Höhe des **gesetzlichen Mindestlohns** muss sich an den Empfehlungen der europäischen
856 Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in
857 Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der
858 Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der
859 Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

860 Gerade in Ostdeutschland, wo viele Regionen nach wie vor mit niedrigeren
861 Durchschnittslöhnen und einer geringen Tarifbindung zu kämpfen haben, und in den
862 Berufen, die viele Frauen ausüben, ist wegen der oft schlechten Bezahlung der
863 gesetzliche Mindestlohn von enormer Bedeutung. Entscheidend bleibt aber, die
864 Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristig
865 Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.

866 Wir werden die **Tarifbindung deutlich erhöhen**. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, bekommt
867 höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden mit einem
868 **Bundestariftreugesetz** dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an
869 Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Dieser Grundsatz muss
870 auch für europäische öffentliche Aufträge gelten. Deshalb setzen wir uns auch für ein
871 **europäisches Tariftreugesetz** ein. Wenn öffentliche Gelder und Fördermittel für die
872 Bewältigung der Transformation von Unternehmen eingesetzt werden, sollen sie
873 konsequent an die Kriterien Tarifbindung, Standortentwicklung,

874 Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien gebunden werden. Wir werden die
875 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** erleichtern und ein
876 **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** einführen.

877 Das Streikrecht gewährleistet Tarifverhandlungen auf Augenhöhe. Die Sozialdemokratie
878 erteilt allen Versuchen, das **Streikrecht** einzuschränken, eine klare Absage.

879 Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als
880 Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht
881 umsetzen. Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem **wirksamen**
882 **Lohnngerechtigkeitsgesetz** weiterentwickeln. Wir setzen uns zudem weiter für eine
883 Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe ein.

884 ***Wir wollen, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Netto vom Brutto haben.***

885 Wir sind die Partei der Mitte. Und als solche setzen wir uns auch dafür ein, dass die
886 arbeitende Mitte der Gesellschaft mehr Netto vom Brutto erhalten soll. Das aktuelle
887 Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ
888 gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der
889 **Einkommensteuertarif** nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in
890 Anspruch. Wir wollen **die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten**
891 **(etwa 95 Prozent)** und dafür unter anderem **Spitzeneinkommen und -vermögen** stärker an
892 der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen.
893 Aufgrund von **Steuerbürokratie** geben viele Einkommensteuerpflichtige aktuell keine
894 Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen
895 Steuerbürokratie abbauen: Die **vorausgefüllte Einkommensteuererklärung** soll zum
896 Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die
897 Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche **Erstattungen** sollen **automatisch**
898 erfolgen. Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über
899 die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuer- und beitragsfrei
900 gestellt. Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit
901 von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung
902 der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen. Missbrauch
903 werden wir ausschließen.

904 ***Wir wollen bezahlbare Lebensmittelpreise.***

905 Die Preise für Lebensmittel sind seit der Corona-Pandemie empfindlich gestiegen.
906 Davon profitieren aber nicht die Erzeuger, sondern wenige große Lebensmittelkonzerne.
907 Und es belastet vor allem Familien, Alleinerziehende oder von Armut betroffene
908 Menschen.

909 Höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen, die sich konsequent an der Entwicklung der
910 Lebenshaltungskosten orientieren, sind darauf eine wesentliche, aber nicht die
911 einzige Antwort.

912 In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen
913 wir den ermäßigten **Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf**
914 **Prozent senken**. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger nach Jahren der
915 massiven Preissteigerungen. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Senkung der
916 Mehrwertsteuer die Händler den überwältigenden Teil der Steuersenkung an
917 Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Senkung der Mehrwertsteuer kommt
918 bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf an, denn auf den Kauf von

919 Grundnahrungsmitteln kann niemand verzichten. Die Senkung der Mehrwertsteuer hilft
920 insbesondere Haushalten mit geringeren Einkommen, da die Ausgaben für Lebensmittel
921 einen besonders hohen Anteil am Einkommen ausmachen.

922 Zudem müssen wir die Marktmacht der wenigen großen Lebensmittelhändler scharf
923 beobachten, die zu übermäßigen Preissteigerungen zwecks Ausdehnung der Gewinnmargen
924 führen kann. Dazu wollen wir **die zuständigen Behörden stärken**, die die Entwicklung
925 und Zusammensetzung ausgewählter Lebensmittelpreise von der Produktion bis zum
926 Verkauf transparent und öffentlich machen. Die zuständigen Behörden sollen prüfen, ob
927 es zu wettbewerbsrechtlichen Verstößen kommt.

928 **8. Wir kämpfen für stabile Renten.**

929 Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer
930 jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können.
931 Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für
932 die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge
933 zahlen werden. Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab.

934 ***Wir wollen, dass Deine Arbeit auch in der Rente ihren Wert behält.***

935 Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und
936 muss es bleiben. Es geht uns um einen guten Lebensstandard im Alter. Das
937 Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Für die
938 Lebensstandardsicherung müssen aber auch die zweite, betriebliche Säule und die
939 dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener
940 überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen.

941 Wir sorgen dafür, dass das Niveau der **gesetzlichen Rentenversicherung** dauerhaft bei
942 mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in
943 Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des
944 Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw.
945 stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in
946 absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft.
947 Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch
948 künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient,
949 die früh begonnen haben zu arbeiten. **Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir**
950 **ab.**

951 Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte
952 verbessert. Darauf werden wir aufbauen.

953 Wir wollen all diejenigen besser unterstützen, die nach dem Erreichen des
954 Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Darum schaffen wir das
955 Vorbeschäftigungsverbot ab, es kann also ein neuer befristeter Arbeitsvertrag mit
956 demselben Arbeitgeber geschlossen werden. Für alle, die das Rentenalter erreicht
957 haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der
958 Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Zudem sollen sie
959 anstelle monatlicher Zuschläge auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch
960 nehmen können.

Empfehlung der Antragskommission:

961 Wir wollen mehr **Erwerbstätige** und langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität

der gesetzlichen Rentenversicherung

Empfehlung der Antragskommission:

962 einbeziehen. Wir wollen **zunächst** alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes
963 Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden
964 Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine
965 Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

966 Die Hinterbliebenenrenten wollen wir verbessern, indem wir die Anrechnung von
967 Einkommen anpassen.

968 Wir wollen eine attraktive **betriebliche Altersvorsorge** stärker fördern, die im Rahmen
969 von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit
970 höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern. Hierzu werden wir
971 insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener
972 ausbauen.

973 Eine ergänzende **private Altersvorsorge** kann einen Beitrag dazu leisten, den
974 Lebensstandard im Alter zu halten. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge
975 wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten
976 transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert
977 ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die
978 sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

979 **9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.**

980 Familie – das ist dort, wo Menschen aufeinander achtgeben und füreinander eintreten
981 wollen. Familie heißt, verbunden und geborgen zu sein. Familie – dahinter steckt ein
982 Wertesystem aus Verantwortung, Fürsorge, Liebe und Respekt. Familie fängt uns auf,
983 gibt uns Schutz, Kraft und Mut für die manchmal raue Außenwelt. Auch unsere
984 Demokratie ist in der Familie angelegt, denn im Familienrat werden alle gehört, alle
985 haben eine Stimme. Eine Gesellschaft wird davon geprägt, wie gut es den Familien
986 geht.

987 Was Familien für unsere Gesellschaft leisten, dürfen wir nicht als selbstverständlich
988 erachten. Doch von warmen Worten alleine hat es die Familie nicht leichter. Wir
989 machen Familien stark. Wir setzen auf ein Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu
990 bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und
991 Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich
992 verlassen kann. Denn der Alltag von Familien ist auch ohne Unterrichtsausfall und
993 überraschende Schließzeiten stressig genug.

994 ***Wir wollen den Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Partnerschaftlichkeit
995 fördern.***

996 Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen
997 Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine
998 **Familienstartzeit einführen**: Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die
999 ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter
1000 Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Wir wollen einen **gestaffelten Mutterschutz**
1001 bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste
1002 Bundesregierung ein Konzept für einen **Mutterschutz für Selbstständige** entwickelt.

1003 Das **Elterngeld und die Elternzeit** bleiben eine Erfolgsgeschichte. Während andere hier

1004 kürzen wollen, setzen wir auf eine Weiterentwicklung, um noch stärkere Anreize für
1005 Väter zu setzen, deren Verhandlungsposition am Arbeitsplatz zu stärken und Familien
1006 in der frühen Phase besser zu unterstützen. Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs
1007 nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs
1008 Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. **Damit steigt die**
1009 **Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.**

1010 Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit ist ein Kernbestandteil der
1011 Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die
1012 jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden.
1013 Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten
1014 Bedürfnis der Beschäftigten nach flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung
1015 oder mehr Wahloptionen und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von
1016 Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen.

1017 ***Wir wollen Eltern und Familien entlasten.***

1018 Um Eltern im Alltag wirksam zu entlasten, braucht es darüber hinaus eine **gute und**
1019 **verlässliche Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Alltagshilfen.** Familien müssen
1020 sich auf die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen verlassen können – in
1021 zeitlicher und auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder sollen von Anfang an beste
1022 Chancen für ein gutes Aufwachsen haben. Sie sollen die Unterstützung bekommen, die
1023 sie brauchen.

1024 Wir wollen Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Arbeit,
1025 Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu können. Mit einem jährlichen
1026 Familienbudget für Alltagshilfen wollen wir sozialversicherungspflichtige
1027 haushaltsnahe Dienstleistungen direkt fördern und einfach digital zugänglich machen.
1028 Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.

1029 Wir wollen die **Frühen Hilfen** für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis
1030 zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe,
1031 Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote
1032 zusammenführen, vor allem in **Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien**
1033 **erreichen.**

1034 In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine **gute und kostenfreie**
1035 **Verpflegung** ein. Dabei werden wir die Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema
1036 „Ernährung im Wandel“ beachten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen,
1037 dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen ein
1038 gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten. Wir wollen die **Besteuerung von**
1039 **Familien reformieren** und für Paarfamilien die bereits eingeleitete Überführung der
Empfehlung der Antragskommission:

1040 Steuerklassen-Kombination III/V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV
schnellstmöglich umsetzen.

1041 Die Auswirkungen dieser Neuregelung und weitere Reformschritte werden wir zu
gegebenen Zeit prüfen. Für Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen
Abzug von der

1042 Steuerschuld umwandeln.

1043 ***Wir wollen soziale Teilhabe für Kinder und Familien sichern.***

1044 Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags haben wir eine bessere

1045 Unterstützung von Familien erreicht. Wir wollen, dass Familien mit eigenem niedrigen
1046 Lohneinkommen mit einer Kombination aus **Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld** nicht
1047 auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer **zentralen Ansprechstelle** soll
1048 die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung
1049 weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und
1050 ausgezahlt werden.

1051 Einsamkeit kann jeden Menschen betreffen. Es ist eine komplexe gesellschaftliche
1052 Herausforderung mit zahlreichen möglichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit
1053 und das soziale Miteinander. Wir setzen uns für eine grundlegende Erforschung und
1054 Bekämpfung von Einsamkeit ein.

1055 ***Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen stark und sicher aufwachsen können.***

1056 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung! Wir werden **starke**
1057 **Kinderrechte** auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung
1058 sicherzustellen. Ab 16 Jahren sollen junge Menschen mitentscheiden können, deswegen
1059 **senken wir das aktive Wahlalter**. Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in
1060 politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen
1061 wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen
1062 leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.

1063 Es geht darum, junge Menschen zu **selbstbestimmten und selbstbewussten Bürgerinnen und**
1064 **Bürgern** zu erziehen. Gerade in Schulen muss **Demokratiebildung** in allen Bereichen
1065 **gelebt werden** – indem Kinder und Jugendliche alles, was die **Schulgemeinschaft, ihre**
1066 **Lernprozesse und Lerninhalte** betrifft, aktiv mitgestalten können.

1067 Auch das **Engagement in der Zivilgesellschaft** ist für Kinder und Jugendliche eine
1068 wertvolle Erfahrung und muss als Teil ihrer Bildung gesehen werden. Ein
1069 **Freiwilligendienst** bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinschaft
1070 einzusetzen und dabei wertvolle soziale Kompetenzen zu entwickeln. Derzeit gibt es
1071 vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir wollen daher **die**
1072 **Finanzierung der Freiwilligendienste** auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung
1073 weiterentwickeln.

1074 Das „Taschengeld“ wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus
1075 einkommensärmeren Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.

1076 Kinder und Jugendliche haben ein **Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen**. Wir wollen
1077 das Familienrecht stärker an den Kinderrechten orientieren und Anreize für
1078 Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche
1079 regelmäßig aufhalten.

1080 Wir wollen **strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen** für Energy-
1081 Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte. Zusätzlich stärken
1082 wir mit Aufklärungskampagnen und präventiven Maßnahmen in Schulen das Bewusstsein für
1083 die Gefahren. Um den Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren Lebensmitteln zu
1084 reduzieren, legen wir verbindliche Ziele fest und setzen ökonomische Anreize für
1085 weniger gesundheitsschädliche Produkte – über eine Herstellerabgabe für zuckerhaltige
1086 Getränke.

1087 **10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und**
1088 **Land.**

1089 Das Gesundheitssystem und die Qualität der Leistungen hängen für zu viele Menschen
1090 spürbar von ihrem Lohn und Geldbeutel ab. Wir kämpfen für ein Gesundheitssystem, das
1091 gerecht ist – für alle, überall im Land. Unabhängig von Einkommen und Wohnort sollen
1092 jeder und jede schnellen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung haben. Mit Maßnahmen
1093 wie einer Termingarantie, der Begrenzung finanzieller Belastungen und solidarischen
1094 Finanzierungsmodellen sorgen wir für mehr Sicherheit und Verlässlichkeit im
1095 Gesundheitswesen. Wir setzen auf Prävention, regionale Versorgungsnetze,
1096 Digitalisierung sowie auf mehr Gemeinwohl statt Profit und stellen die Versicherten
1097 in den Mittelpunkt, ohne sie finanziell zu überfordern.

1098 ***Wir wollen in unserem Land ein Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu
1099 gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert.***

1100 Die Gesundheit aller ist Indikator dafür, wie ein Land Politik macht. Unser Ziel ist
1101 ein **gerechtes Gesundheitssystem**, das unabhängig von Krisen eine schnelle und
1102 qualitätsvolle Versorgung sichert, ohne die Menschen finanziell zu überlasten. Die
1103 **Unterschiede bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten** zwischen privat und
1104 gesetzlich Versicherten müssen **dringend beseitigt** werden.

1105 Wir wollen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen.
1106 Deshalb streben wir Reformen an, die Effizienz und Qualität verbessern. Zugleich
1107 unterstützen wir eine bessere Prävention, wodurch wir auch Kosten senken können.
1108 Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab. Wir
1109 setzen auf ein **solidarisches System**, das allen Menschen gleichen Zugang zu
1110 Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht. Der Finanzausgleich zwischen
1111 den Krankenkassen soll dabei gerechter ausgestaltet werden, und auch die privaten
1112 Versicherungen sollen zum Risikostrukturausgleich beitragen. Ein solidarisches
1113 Finanzierungssystem schafft Vertrauen und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Sorge
1114 vor finanziellen Belastungen. **Versichertedürften nicht durch ihre Wahl der
1115 Krankenkasse benachteiligt werden.** Deshalb stärken wir das beitragsfinanzierte
1116 Umlagesystem. Krankenkassen und private Krankenversicherungen bilden so ein System
1117 einer **solidarischen Bürgerversicherung aus.**

1118 Die Beiträge der Versicherten sollen sich noch stärker als jetzt an ihrer
1119 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Unser Ziel ist zudem ein
1120 **einheitliches und einfaches Vergütungssystem**, das zugleich die Vorhaltekosten der
1121 Leistungserbringer absichert. **Versicherungsfremde Aufgaben** im Gesundheitswesen wollen
1122 wir zukünftig verstärkt **aus Steuermitteln** finanzieren. So bleiben die Beiträge für
1123 Versicherte sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stabil, und die Ungleichheiten
1124 zwischen verschiedenen Versichertengruppen werden beendet. Wir wollen, dass alle
1125 Hilfe und Termine bekommen und schnell und gut in jeder Lebenslage versorgt werden.

1126 Bei der Gesundheit stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt: als Ratsuchende,
1127 Behandlungs- und Pflegebedürftige oder Angehörige, aber auch als Beschäftigte in
1128 medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Berufen. Sie alle denken wir mit,
1129 wenn wir das System durch die Herausforderungen des demografischen Wandels navigieren
1130 und die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen.

1131 Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine **erreichbare und qualitativ
1132 hochwertige Gesundheitsversorgung** vertrauen können. Dafür setzen wir den
1133 eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine
1134 längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren

1135 Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine **bessere ambulante Versorgung** – wie
1136 beispielsweise die Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte, die Erleichterung
1137 der Gründung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und

1138 Gemeindeschwestern - vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.

1139 Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch
1140 weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische **Versorgung in**
1141 **strukturschwachen Regionen zu sichern**. Unser Ziel ist eine **passgenaue Zusammenarbeit**
1142 **vom Notfall bis zur planbaren Operation und Nachsorge**. Wir möchten die
1143 **Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren** zwischen Praxen,
1144 Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen **aufheben** und die Zusammenarbeit
1145 im Gesundheitswesen auch durch den **Einsatz von Telemedizin** und Telepharmazie
1146 verbessern. Wir sind für mehr Regionalisierung, bedarfsgerechte Steuerung und ein
1147 Versorgungssystem, das nicht auf Gewinnorientierung, sondern auf **Gemeinwohl und**
1148 **Nachhaltigkeit** ausgerichtet ist. **Schnelle Hilfe im Notfall** sowie der verlässliche
1149 **Zugang zur notwendigen Behandlung** müssen für alle garantiert sein. Um **Wartezeiten** zu
1150 verringern, werden wir eine **Termingarantie** der Krankenkassen und Kassenärztlichen
1151 Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie
1152 Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie
1153 sollen sie einen **Anspruch auf Beitragsreduzierungen** haben.

1154 Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf **Digitalisierung und Prävention**. Denn
1155 wir haben die Digitalisierung im Gesundheitswesen massiv vorangetrieben, um die
1156 Diagnostik und Behandlung zu verbessern und eine schnelle Datenverfügbarkeit zu
1157 gewährleisten. Die **elektronische Patientenakte** kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand,
1158 und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren. Ärztinnen und Ärzte sowie
1159 Pflegekräfte haben zukünftig mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten – durch
1160 Erleichterung der Dokumentation und Diagnostik durch KI. Der **digitalisierte**
1161 **Datenaustausch** wird schon bald die Erforschung neuer Therapien nachhaltig
1162 unterstützen. Für die Krebsbehandlung und Demenz wird KI, Heilungen ermöglichen.

1163 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch im Bereich der Prävention nutzen und
1164 die **elektronische Patientenakte zu einem persönlichen Gesundheitsberater** für die
1165 Versicherten **weiterentwickeln**. Dieser soll die besten Wege für die Förderung der
1166 individuellen Gesundheit aufzeichnen. **Prävention und Früherkennung stehen für uns im**
1167 **Mittelpunkt**. Durch die Vermeidung nicht übertragbarer Erkrankungen wie Herzinfarkt
1168 oder Schlaganfall wollen wir individuelles Leid verringern.

1169 Zudem wollen wir die Suchtprävention und die **Prävention psychischer Erkrankungen**
1170 stärken. Für junge Menschen in **psychisch** schwierigen Lebenslagen streben wir
1171 bundesweit niedrigschwellige, auch digitale Beratungsangebote an. **Wir arbeiten weiter**
1172 **konsequent daran, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen**
1173 **Therapieplatz erhalten**. Der mutige Schritt, eine Psychotherapie zu machen, darf nicht
1174 zum Nachteil im Berufsleben werden.

1175 Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen,
1176 beispielsweise durch **Gesundheitskioske**, weiter ausbauen und unterschiedliche
1177 **gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern** stärker berücksichtigen. Für
1178 Erkrankungen wie Endometriose und Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir
1179 gezielte Lösungen entwickelt. Überdies werden wir die **Versorgung für Kinder und**

1180 **Jugendliche weiter stärken.**

1181 Ferner wollen wir dafür sorgen, dass die Verbesserungen der letzten Jahre bei der
1182 **Liefersicherheit von Arzneimitteln** schnell für alle Arzneimittel greifen. Denn dort,
1183 wo die neuen Regeln angewendet werden, gibt es schon heute kaum noch Engpässe.
1184 Außerdem wollen wir für eine **stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und**
1185 **Europa** sorgen: Krankenkassen sollen zusammen mit anderen nationalen und europäischen
1186 Akteuren größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen dürfen, wenn
1187 diese bei uns hergestellt werden. Wir stärken Apotheken als wichtige Anlaufstellen
1188 für Prävention, Therapiebegleitung und eine sichere Arzneimittelversorgung. Wir
1189 setzen zudem auf eine **starke Gesundheitswirtschaft** sowie Forschung und möchten
1190 personalisierte Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu
1191 erschwinglichen Preisen gemeinsam vorantreiben.

1192 Darüber hinaus wollen wir uns auch besser **auf zukünftige Ereignisse, wie zum Beispiel**
1193 **eine erneute Pandemie, vorbereiten** und das staatliche Krisenmanagement in der Corona-
1194 **Pandemie umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können.**

1195 **11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die** 1196 **Pflegekosten.**

1197 Wir haben uns fest vorgenommen unser Pflegesystem zu verbessern. Wir stellen das
1198 Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum. Wir schaffen ein solidarisches Pflegesystem,
1199 das niemanden zurücklässt, niemanden überfordert und für alle Beteiligten ein gutes
1200 Umfeld bietet: Pflegebedürftige, Angehörige und die pflegenden Berufe. Wir verhindern
1201 finanzielle Überforderung, begrenzen hohe Eigenanteile, sichern eine umfassende,
1202 qualitativ hochwertige Versorgung – zu Hause wie im Pflegeheim – und verbessern die
1203 Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich.

1204 **Wir wollen Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln und mehr Zeit für die Pflege**
1205 **von Angehörigen geben.**

1206 Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deswegen wollen wir das bisherige
1207 Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden. Stattdessen
1208 schaffen wir ein **gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem**, das allen
1209 Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor
1210 finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.

1211 Im ersten Schritt wollen wir so schnell wie möglich die **privaten Pflegeversicherungen**
1212 **in den Risikostrukturausgleich** zwischen allen Pflegekassen und damit in eine faire
Empfehlung der Antragskommission:

1213 und leistungsgerechte Finanzierung einbeziehen ~~und~~ sowie die hohen pflegebedingten
Eigenanteile in der

1214 stationären Langzeitpflege durch eine **Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat**

Empfehlung der Antragskommission:

1215 ~~(sogenannter „Pflege-Deckel“) maßgeblich reduzieren. Für Menschen, die bereits länger~~

(sogenannter „Pflege-Deckel“) maßgeblich reduzieren. Für Menschen, die bereits jetzt länger

Empfehlung der Antragskommission:

1216 stationär gepflegt werden, garantieren wir Besitzstandsschutz. ~~So~~ Damit wollen wir
1217 sicherstellen, dass niemand schlechter gestellt wird. Die häusliche Pflege werden wir

Empfehlung der Antragskommission:

1218 genauso unterstützen und ebenso eine entsprechende Begrenzung einführen. So werden

wir

1219 alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erheblich entlasten. Außerdem sollen die
1220 Investitionsaufwendungen der Heime zukünftig **nicht mehr vollständig auf die Bewohner**
Empfehlung der Antragskommission:

1224 ~~umgelegt werden dürfen. Besonders in Ostdeutschland, wo die verfügbaren Einkommen~~

umgelegt werden dürfen. Wir wollen die dafür notwendigen Mittel gerechter finanzieren. Besonders in Ostdeutschland, wo die verfügbaren Einkommen

1222 vieler Menschen im Vergleich zu Westdeutschland oft niedriger sind, stellt der hohe
1223 Eigenanteil für Pflegebedürftige und ihre Familien eine immense finanzielle Belastung
1224 dar. Durch die Begrenzung dieser Kosten wollen wir sicherstellen, dass niemand
1225 aufgrund seines finanziellen Hintergrunds Angst vor den Kosten einer angemessenen
1226 Pflege haben muss. Gleichzeitig stärken wir damit die Solidarität im Sozialstaat und
1227 setzen ein klares Signal: Pflege darf kein Luxus sein, sondern muss für alle
1228 bezahlbar bleiben – unabhängig von regionalen und wirtschaftlichen Unterschieden.
1229 Außerdem wollen wir den bürokratischen Aufwand reduzieren und die Pflegebedürftigen,
1230 ihre Angehörigen sowie die Pflegeeinrichtungen zusätzlich entlasten, z.B. durch eine
1231 vereinfachte Antragstellung auf Hilfe zur Pflege.

Empfehlung der Antragskommission:

1232 ~~Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten~~

Die ambulante Pflege ist und bleibt der wichtigste Anker für eine verlässliche Finanzierbarkeit der sozialen Pflegeversicherung. Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten

1233 Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege,
1234 damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.
1235 Deswegen werden wir uns für mehr **Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen** und
1236 nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld –
1237 analog zum Elterngeld – einsetzen. Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und
1238 Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue
1239 Wohnformen verstetigen, **um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur** zu stärken.
1240 Uns ist dabei wichtig, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu
1241 entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft die Einrichtungen und Pflegedienste sich
1242 ansiedeln. Die Versorgung muss sich an den **pflegerischen und**
1243 **haushaltswirtschaftlichen Bedürfnissen** der Pflegebedürftigen orientieren und so
1244 organisiert werden. Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen zudem bei
1245 **der Vergabe von sozialem Wohnraum** aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die
1246 Pflege bevorzugt werden. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung
1247 nutzen, um die Pflege durch **digitale Produkte und Beratungsangebote** noch besser zu
1248 unterstützen. Denn die Digitalisierung in der Pflege kann Prävention fördern,
1249 Pflegebedürftigkeit vorbeugen, verlässliches Monitoring ermöglichen und bestehende
1250 Versorgungsangebote besser vernetzen.

1251 **Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen verbessern.**

1252 Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn der Fachkräftemangel in
1253 Gesundheitsberufen noch weiter ansteigt. Deshalb ist es für uns absolut zwingend
1254 notwendig, hier Veränderungen hin zum Guten durchzusetzen. Lohn, Arbeitszeiten,
1255 Befugnisse – wir müssen jetzt die Chance nutzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres
1256 Versorgungssystems zu verbessern. Und das geht über die Berufe innerhalb des Systems.

1257 Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten
1258 Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen
1259 und allen Beschäftigtengruppen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die
1260 bedarfsgerechte Personalausstattung **bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen**
1261 **im Gesundheitswesen** eingeführt wird. Damit verbessern wir entscheidend die
1262 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

1263 Zudem setzen wir uns weiterhin für **gute Löhne** ein: Die Stabilisierung der Kranken-
1264 und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, **um tarifgebundene**
1265 **Gehälter** zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die **Zusammenarbeit aller**
1266 **Gesundheitsberufe** stärken, **mehr Durchlässigkeit** schaffen und die **Befugnisse von**
1267 **Pflegefachpersonen erweitern**. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und
1268 gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.

1269 Bei den ärztlichen Berufen wollen wir den Schwerpunkt auf die **Haus- und**
1270 **Kinderärztinnen und -ärzte** legen und den Ausbau der Ausbildungs- und
1271 Weiterbildungskapazitäten vorantreiben sowie die Budgets für Hausärztinnen und -ärzte
1272 abschaffen. Denn wir brauchen nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr Haus-
1273 und Kinderärztinnen und -ärzte.

1274 Der oft hohe Dokumentationsaufwand belastet viele Beschäftigte im Gesundheitswesen.
1275 Um dies zu verringern, setzen wir auf den **Ausbau von KI-gestützter Dokumentation**.
1276 Außerdem treten wir für **mehr Freizeitausgleich** ein – beispielsweise durch eine
1277 verkürzte Wochenarbeitszeit.

1278 Um dem durch den demografischen Wandel bedingten Personalmangel entgegenzuwirken,
1279 werden wir die **weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen**.
1280 Gleichzeitig wollen wir die **Attraktivität der Ausbildungen** steigern, denn die
1281 Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb setzen wir uns für
1282 praxisnahe und **kostenfreie Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen** ein.
1283 **Einheitliche Standards** sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von
1284 hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe, die
1285 stark interdisziplinär arbeiten. Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine **faire**
1286 **Vergütung** erhalten und **Mitbestimmungsmöglichkeiten** im Betrieb haben. Gleichzeitig
1287 muss die Ausbildungsqualität insgesamt gestärkt werden: In den Pflegeberufen setzen
1288 wir uns insbesondere für **Nachbesserungen bei der Praxisanleitung** und bei den
1289 Ärztinnen und Ärzten für verlässliche Regeln bei **Vergütungen und Dienstzeiten während**
1290 **des praktischen Jahres** ein.

1291 **12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.**

1292 Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Aber dennoch hat
1293 eine große Mehrheit den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Unsere Überzeugung ist:
1294 Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen,
1295 Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. Niemand kann alleine
1296 ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir
1297 sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass
1298 alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für
1299 uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser,
1300 bequemer und vor allem günstiger sein.

1301 **Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.**

1302 Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf
1303 gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein
1304 ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und
1305 kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

1306 Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance
1307 haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen
1308 vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine
1309 Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel,
1310 wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch**
1311 **Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue
1312 Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem
1313 brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden
1314 Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform
1315 der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir
1316 unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen
1317 können. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem
1318 nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg
1319 leisten können.

1320 Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu
1321 einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine
1322 klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene
1323 sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und
1324 technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die
1325 Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

1326 Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den
1327 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius
1328 begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den
1329 **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine
1330 Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere
1331 Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir
1332 wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land,
1333 unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

1334 Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders
1335 belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das
1336 finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und
1337 kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der
1338 bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal
1339 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden
1340 wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel
1341 Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

1342 Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion.
1343 Ihr konsequenter Ausbau wird die Strompreise senken. Damit diese geringen Kosten auch
1344 bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht
1345 weiter steigen. Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-**
1346 **Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen.

1347 Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-
1348 Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und
1349 Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir
1350 eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

1351 An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer,
1352 sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum
1353 die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis
1354 zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das
1355 Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen
1356 Land.

1357 ***Wir wollen unsere Kommunen klimafit machen.***

1358 Wir wollen eine **Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel**, um den Städten
1359 zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung
1360 umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und
1361 Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher
1362 Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern
1363 und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.

1364 **13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für**

1365 **alle.**

1366 In der Schweiz lässt man viele ICEs aus Deutschland nicht mehr einfahren, weil sie
1367 die Pünktlichkeit im Schweizer Netz gefährden. Man mag darüber schmunzeln, aber gut
1368 ist das nicht. Die Bahn ist mehr als die Bahn. Sie ist ein Reputationsfaktor für
1369 unser Land. Sie bestimmt unseren Alltag und hier und da sogar unsere Emotionen. Die
1370 Bahn steht für Werte, die wir als Gesellschaft in Deutschland haben und pflegen
1371 wollen: Genauigkeit, Pünktlichkeit, Funktionstüchtigkeit. Da ist etwas verloren
1372 gegangen. Wir brauchen eine sehr gut funktionierende Bahn für einen sehr gut
1373 funktionierenden Alltag. Wir wollen wieder stolz sein auf unsere Bahn.

1374 Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt
1375 schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind. Auch für die Logistik muss der
1376 Transport von Waren und Gütern reibungslos funktionieren. Wir alle spüren, dass das
1377 vielerorts nicht mehr der Fall ist. Die Bahn ist oft zu spät, das Schienennetz ist
1378 überlastet, Brücken und Straßen sind marode. Wenn die Infrastruktur bröckelt,
1379 stockt der Verkehr.

1380 Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur
1381 auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter: Wir machen unsere
1382 Schienen, Straßen und Wasserwege wieder fit und sorgen dafür, dass sie wieder zu
1383 einem Standortvorteil für Deutschland werden. Wir werden Verkehr von der Straße vor
1384 allem auf die Schiene und auch auf die Wasserstraße lenken. Unser Ziel ist eine
1385 nutzerorientierte und klimaneutrale Mobilität. Den Weg dahin gestalten wir sozial
1386 gerecht: Mobilität muss für alle barrierefrei und bezahlbar sein. Eine
1387 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt, schafft und sichert Jobs und erweitert
1388 die Freiheit der Menschen, so mobil zu sein, wie sie es wollen.

1389 ***Wir wollen, dass die Bahn wieder pünktlich fährt.***

1390 Die Grundvoraussetzung für eine pünktliche Bahn ist ein **funktionierendes Schienennetz**

1391 . Wir haben Rekordinvestitionen in die Schiene durchgesetzt und werden sie
1392 fortsetzen. Das hat für uns Priorität. Gemeinsam ermöglichen wir, dass die Deutsche
1393 Bahn die wichtigsten Bahnstrecken einer Generalsanierung unterzieht. Wir machen unser
1394 Schienennetz durch Digitalisierung, Elektrifizierung und Lärmschutz wieder
1395 leistungsfähig und zukunftsfest. Mit gezieltem Aus- und Neubau erweitern wir es im
1396 Sinne eines Deutschland- und Europataktes. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss auf
1397 Dauer leistungsfähig bleiben.

1398 Die Privatisierung von Daseinsvorsorge bleibt ausgeschlossen. Wir erhalten die
1399 Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum. Die neue
1400 gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte DB InfraGO sowie den Gesamtkonzern
1401 entwickeln wir mit mehr Kontrolle und Steuerung des Bundes weiter. Insbesondere für
1402 mehr Güter auf der Schiene reformieren wir das Trassenpreissystem und fördern die
1403 Umsetzung der Digitalen Automatischen Kupplung.

1404 Wir wollen **alle Großstädte an das Fernverkehrsnetz** anschließen und mehr ICE-Sprinter,
1405 Nachtzüge und europaweite Schnellzugverbindungen einführen. Kurze Bahnfahrzeiten sind
1406 die erste Alternative zum Kurzstreckenflug. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn wollen
1407 wir **Bahnfahren ganz einfach machen**: Erstattungen sollen möglichst automatisch
1408 ausgezahlt werden, das Deutschlandticket soll besser in Bahn-Buchungen integriert
1409 werden. Wir wollen leistungsfähige und attraktive Bahnhöfe, an denen man gerne eine
1410 Pause macht.

1411 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir haben es auch gegen Widerstand
1412 erhalten. Priorität hat jetzt Verlässlichkeit: Wir wollen **das Deutschlandticket**
1413 **dauerhaft anbieten**. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell
1414 absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und
1415 attraktiv zu machen. Einen günstigen Preis wollen wir mit einem transparenten
1416 Preismechanismus erhalten: Das schafft Verlässlichkeit für alle.

1417 Wir werden die **Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs** gemeinsam mit Ländern und
1418 Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes
Empfehlung der Antragskommission:

1419 wichtig. Wir werden die verpflichtende Personalübernahme für alle Beschäftigten beim
1420 Betreiberwechsel im Nah- und Regionalverkehr gesetzlich festschreiben. Auch die
1421 Pflicht zur Tariftreue in Vergabeverfahren werden wir durchsetzen. In Ballungsräumen
1422 soll der öffentliche Verkehr, wo immer möglich, Vorrang

1420 erhalten. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu
1421 sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem
1422 Land als auch in der Stadt.

1423 **Wir wollen gute Mobilität für alle.**

1424 Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer
1425 nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung. Aber: Für viele ist das
1426 Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir
1427 beim nächsten Autokauf oder Leasing den **Umstieg auf ein E-Auto attraktiv** machen. Den
1428 flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin
1429 zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das
1430 Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem
1431 Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und
1432 einheitliches Bezahlsystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher

1433 zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen
1434 Preisaufschlägen bestraft werden.

1435 Der Führerschein ist für viele junge Menschen einfach zu teuer geworden. Das führt
1436 gerade im ländlichen Raum zu Problemen. Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht
1437 bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die **Fahrausbildung samt**
1438 **Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren**, auch mit
1439 dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im
1440 17. Lebensjahr sollen daher einen **MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben**, etwa für
Empfehlung der Antragskommission:
1441 Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten. Zudem wollen wir Arbeitgebern
ermöglichen, einen Führerscheinzuschuss von bis zu 2.000 Euro steuer- und abgabenfrei
an Auszubildende und junge Beschäftigte auszuzahlen.

1442 Für eine echte Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden werden wir das
1443 **Straßenverkehrsrecht weiter reformieren** und die Vision Zero fest verankern. Im Sinne
1444 der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten
1445 Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie
1446 des Bundes weiter. Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um
1447 Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und
1448 Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen. Wir stärken ein innovatives
1449 Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen für die Einhaltung
1450 von sozialen Standards durch Fahrdienstleister.

1451 Das deutsche Autobahnnetz muss aber dringend saniert werden, insbesondere die
1452 Brücken. Wir bringen einen **neuen Bundesmobilitätsplan** auf den Weg. Auch künftig
1453 sollen Engpässe auf der Straße beseitigt werden. Dabei denken wir Infrastruktur
1454 integriert: Wo möglich, soll über Schiene oder Wasserstraße entlastet werden.

1455 Wir wollen ein **Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen** einführen. Ein Tempolimit
1456 bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht
1457 einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv
1458 hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn
1459 ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht?
1460 Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist,
1461 warum führen wir es nicht ein? Es ist Zeit.

1462 Die Beschaffung von **klimafreundlichen Lkw** und Nahverkehrsbussen werden wir fördern:
1463 Hier können besonders schnell CO₂-Emissionen eingespart werden. Wir treten dem Mangel
1464 an Fahrerinnen und Fahrern im Straßengütertransport aktiv entgegen und setzen
1465 menschenwürdige, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen
1466 und -fahrer inner- und außerhalb ihres Fahrzeugs durch, zum Beispiel die Aufnahme der
1467 Lkw-Fahrkabine in den Schutz der Arbeitsstättenverordnung.

1468 Den Weg zu einem **klimaneutralen Luftverkehr** wollen wir im Sinne eines fairen
1469 Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir
1470 streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO₂-Emissionen
1471 (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die **Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe**
1472 umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir
1473 werden die **Wasserstraßeninfrastruktur** ertüchtigen, die **Nationale Hafenstrategie** zügig
1474 umsetzen und die **Modernisierung der Schiffsflotten** unterstützen. Forschung und
1475 Markthochlauf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr

1476 und Schifffahrt zentral.

1477 **14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.**

1478 Die SPD sorgt für einen Sozialstaat, der den Menschen verlässlich Sicherheit in
1479 wichtigen Lebenslagen bietet. Wir wollen einen bürgerfreundlicheren Staat, der
1480 unterstützt und hilft – schnell, unbürokratisch und gerecht. Mit einem starken
1481 öffentlichen Dienst, modern und digital, der als guter Arbeitgeber beispielhaft
1482 vorangeht.

1483 ***Wir wollen einen bürgernahen Staat, der unnötige Wege erspart.***

1484 Unser Sozialstaat soll an Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet
1485 werden und nicht an Zuständigkeiten. Indem wir **Antragsverfahren vereinfachen,**
1486 **Leistungen zusammenfassen und aufeinander abstimmen,** wollen wir verhindern, dass man
1487 von einer Stelle zur nächsten verwiesen wird. Dazu werden wir Servicestellen für gute
1488 Beratung einrichten. Leistungen wie das Kindergeld sollen automatisch gewährt werden.
1489 Die Verwaltung prüft eigenständig, welche Ansprüche bestehen, und leitet diese ohne
1490 zusätzliche Anträge ein.

1491 Das Ressortprinzip der Bundesregierung hat Verfassungsrang. Doch zugleich erschweren
1492 das Denken in diesen Ressort-Säulen sowie das Nebeneinander vieler „Strategien“ und
1493 Programme die Bewältigung komplexer Herausforderungen – auch in Zeiten knapper
1494 Mittel. Wir brauchen zu den großen Themen eher wenige, dafür **zentrale**
1495 **ressortübergreifende Strategien** (Missionsorientierung). Zugleich werden wir prüfen,
1496 welche Aufgaben, Dienste und Zuständigkeiten der Ministerien gebündelt werden können,
1497 um so die Effizienz und Steuerungsfähigkeit der Bundesverwaltung zu erhöhen.

1498 Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novellierungen vor Verabschiedung auf
1499 Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit testen und
1500 bestehende Gesetze schrittweise entsprechend überprüfen. Dazu werden wir die
1501 Instrumente des **Bürgerchecks**, des **Praxischecks** und des **Digitalchecks** verzahnen und
1502 verbindlich in der Gesetzgebungsarbeit verankern.

1503 **Effektiver Bürokratieabbau** geht nur mit der Einbeziehung derjenigen, die ihn erleben
1504 und die Bürokratie zu verantworten haben. Darum werden wir nach einer
1505 Regierungsbildung Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen, der
1506 weitere konkrete nötige Maßnahmen erfasst und verabredet.

1507 Wir führen eine **Genehmigungsfiktion ein, bei der Anträge automatisch genehmigt** sind,
1508 wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert. Das gibt Bau- und
1509 Investitionsprojekten mehr Planungssicherheit.

1510 ***Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen.***

1511 Die Digitalisierung der deutschen öffentlichen Verwaltung hat hohe Priorität. Seit
1512 2023 gibt es eigentlich einen gesetzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, dass
1513 sie jede Verwaltungsleistung digital beauftragen können. Wir brauchen mehr Tempo und
1514 Konsequenz bei der Realisierung dieses Anspruchs. Wir werden **alle Zuständigkeiten der**
1515 **Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln** und dieses mit den nötigen
1516 finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Die nachgeordneten Stellen und
1517 Dienstleister (unter anderem ITZBund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI,
1518 Digitalservice, FITKO) müssen so aufgestellt sein und zusammenarbeiten, dass die
1519 zentralen Projekte im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung endlich schnell und

1520 nutzerfreundlich realisiert werden.

1521 Der Staat soll bürgernah und vorausschauend agieren. Anstatt die Menschen durch
1522 mühsame Antragsprozesse zu belasten, sollen sie Leistungen einfach und unbürokratisch
1523 erhalten. Unser Ziel ist eine **Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und**
1524 **Bürger gerecht wird**, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderliche
1525 Maß reduziert.

1526 Ein Schlüssel dafür ist der **digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden**. Er muss
1527 problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von
1528 Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern
1529 zügig abschließen.

1530 Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur
1531 Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir **das Ausländerzentralregister (AZR)**
1532 **modernisieren** und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht
1533 machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital
1534 bereitgestellt.

1535 Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die
1536 es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, **sich sicher digital auszuweisen**. Damit
1537 schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen und sorgen für
1538 eine EU-weite Kompatibilität, damit die digitale Identität auch grenzüberschreitend
1539 nutzbar ist. Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen,
1540 führen wir die **DeutschlandID** ein.

1541 Das schafft einen modernen Zugang zu staatlichen Leistungen. Wir nutzen
1542 **Automatisierung und Künstliche Intelligenz**, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen
1543 und effizienter zu gestalten. So entlasten wir die Beschäftigten und verbessern den
1544 Service für die Bürgerinnen und Bürger.

1545 ***Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Dienst.***

1546 Wir wollen den **Staat als Arbeitgeber attraktiver** machen – mit flächendeckendem
1547 Homeoffice, Job-Sharing und Teilzeitmodellen im öffentlichen Dienst. Wir wollen einen
1548 Staat, der als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Einen attraktiven
1549 Arbeitgeber, der Fachkräfte ausbildet, findet und hält, der die Vereinbarkeit von
1550 Beruf und Privatleben verbessert. Lebenslanges Lernen soll zur Grundlage für einen
1551 leistungsfähigen öffentlichen Dienst werden. Dabei setzen wir auf gezielte
1552 Weiterbildung und Qualifizierung, damit Fachkräfte ihre Kompetenzen ausbauen können.
1553 Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst wollen wir deutlich reduzieren.
1554 Unbefristete Stellen sollen die Regel sein, um Sicherheit und Perspektiven für die
1555 Beschäftigten zu schaffen.

1556 ***Wir wollen echte Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft.***

1557 Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
1558 ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können.
1559 Dazu werden wir die **Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich**
1560 **verbessern**. Wir werden private Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten,
1561 Barrieren abzubauen oder – wo dies nicht möglich ist – angemessene Vorkehrungen zu
1562 ergreifen. Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der
1563 Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.

1564 Wir sichern die **Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit**
1565 **Behinderungen**. Dazu werden wir die Aufnahme einer Arbeit auf dem allgemeinen
1566 Arbeitsmarkt verstärkt fördern und die Weiterentwicklung der Werkstätten für
1567 behinderte Menschen zügig umsetzen. Dabei werden wir auch die Einkommenssituation der
Empfehlung der Antragskommission:

1568 Werkstattbeschäftigten verbessern. Zudem wollen wir neben besseren Chancen für
Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt auch die Schwerbehindertenvertretungen
in den Betrieben sowie die politische Selbstvertretung stärken.

Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache bundesweit fördern und möglichst viele Menschen beim
Erlernen dieser Sprache unterstützen - ob sie darauf angewiesen sind oder nicht. Auf Bundesebene
werden wir dazu ein Bundeskompetenzzentrum für Leichte Sprache und Gebärdensprache einrichten.

1569 Wir stehen für einen **effektiven Gewaltschutz** und schärfen die gesetzlichen Regelungen
1570 für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe.

1571 Wir verbessern Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit psychischen
1572 Beeinträchtigungen. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich
1573 angestiegen – auch als Folge der Covid-19-Pandemie. Wir stellen sicher, dass der
1574 Bedarf von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im gegliederten System der
1575 Rehabilitation und Teilhabe besser als bisher erkannt und bedarfsorientiert

Empfehlung der Antragskommission:

1576 adressiert wird. Wir werden den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und
barrierefreies Gesundheitswesen zügig umsetzen.

1577 ***Wir wollen den Verbraucherschutz stärken.***

1578 Dank unseres starken Verbraucherschutzes sind die Produkte und Dienstleistungen, die
1579 man in Deutschland kaufen kann, sicher und unbedenklich. Das ist eine Errungenschaft,
1580 die wir verteidigen werden. Doch es braucht noch mehr: Mündige Verbraucherinnen und
1581 Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine
1582 Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle
1583 setzen. In diesem Sinne wollen wir den Verbraucherschutz auf nationaler und
1584 europäischer Ebene stärken.

1585 Dies gilt insbesondere im digitalen Raum. Hier bedarf es eines besonderen Schutzes

Empfehlung der Antragskommission:

1586 gegen Abzocke und Manipulation, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Zudem
sprechen wir uns für eine Wahrung der Netzneutralität aus.

RP04: Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand	
Status:	Empfehlung der AK liegt vor	
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung	
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025	
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1641	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1650 - 1653	Ergänzung
	Zeile 1667 - 1673	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1750 - 1756	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1761 - 1765	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1810 - 1814	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1815 - 1820	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1874 - 1878	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1880	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 1881	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 1918 - 1921	Ergänzung
	Zeile 1950	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 2066 -	Ergänzung
	2069	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 2076 - 2077	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 2095 -	Ergänzung
	2098	(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
	Zeile 2240 - 2244	(Empfehlung der Antragskommission) -
	Zeile 2245 - 2251	Ergänzung
		(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
		(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung
		(Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

1587 Deutschland ist eine starke Demokratie und eines der sichersten Länder der Welt. Wir
 1588 sorgen mit Herz und Hand dafür, dass beides so bleibt. Wir wissen aus unserer eigenen
 1589 Geschichte: Demokratie ist die Grundlage von allem. Sie garantiert Freiheit,
 1590 Gerechtigkeit und Solidarität. Demokratie schafft eine starke innovative Wirtschaft,
 1591 sichere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt. Sie ist der Schlüssel für Stabilität
 1592 auch und gerade in unsicheren Zeiten. Deshalb verteidigen und stärken wir sie – als
 1593 Kern unserer Gesellschaft und Basis für eine gute Zukunft.

1594 Eine starke Demokratie sorgt für Sicherheit. Sie bedeutet Freiheit von Angst. Mit
 1595 unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor
 1596 Kriminalität, Gewalt und Hetze. Wir sorgen für einen modernen Bevölkerungsschutz, der
 1597 auf die Folgen der Klimaveränderung reagiert und neue geopolitische Spannungen
 1598 berücksichtigt. Wir schützen unsere kritische Infrastruktur, stärken die
 1599 Cybersicherheit und verteidigen unser Land vor hybrider Kriegsführung und Sabotage
 1600 durch feindliche Akteure. Unser Ziel ist es, dass die Menschen sich sicher fühlen und
 1601 sich sicher sein können, Zugehörigkeit zu erleben.

1602 Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt,
 1603 Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen
 1604 wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen
 1605 und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus
 1606 wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir.

1607 Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie
1608 Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.

1609 15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der 1610 Demokratie.

1611 Demokratie ist eine hohe zivilisatorische Errungenschaft. Sie muss gelernt, gelebt
1612 und verteidigt werden. Es ist die Zivilgesellschaft, auf die es hier maßgeblich
1613 ankommt. Wir bekämpfen Fake News, Hass und Hetze und treten entschlossen gegen jede
1614 Form von Extremismus ein. Im ganzen Land und vor allem in Ostdeutschland leisten
1615 zahlreiche engagierte Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort wertvolle
1616 und mutige Arbeit. Gemeinsam mit einer starken Gemeinschaft der Demokratinnen und
1617 Demokraten wollen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen alte und neue
1618 Feinde der Demokratie verteidigen.

1619 *Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement*
1620 *unterstützen.*

1621 Wir fördern Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen
1622 befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Aus diesem Grund muss eine erlebbare
1623 Demokratie bereits im jungen Alter beginnen, sich in Schule und Betrieben fortsetzen,
1624 um Mitbestimmung und Verantwortung von Anfang an zu stärken. Schulen, außerschulische
1625 Bildungseinrichtungen und Initiativen der politischen Bildung werden wir
1626 unterstützen.

1627 Geschichtsverfälschungen und Desinformation gefährden die Demokratie im Kern. Deshalb
1628 brauchen wir eine **bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen**
1629 **Geschichtsbewusstseins**. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und
1630 Erinnerungsorten stärken. Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und
1631 Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie
1632 ehrenamtlichen Initiativen.

1633 Wir wollen **Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren**. Geloste
1634 Bürgerräte beraten zu schwierigen Themen und stärken das Vertrauen in die Demokratie.
1635 Sie machen Demokratie erlebbar, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Positionen
1636 zum Austausch einladen, zur Kompromissfindung ermutigen und erreichen, dass der
1637 Interessenausgleich als Kern der Demokratie verstanden wird. Ihre Empfehlungen
1638 fließen in die parlamentarischen Beratungen ein, während die Entscheidungen bei den
1639 gewählten Institutionen bleiben.

1640 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem
Empfehlung der Antragskommission:

1641 **Demokratieförderungsgesetz** schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen
, die durch Programme wie das Bundesprogramm "Demokratie leben!" gefördert werden,
1642 nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren.

1643 **Unabhängige Forschung an Universitäten und die Arbeit von Gedenkstätten sowie Museen**
1644 **sind unverzichtbar**. Wir stellen sicher, dass diese Einrichtungen ausreichend
1645 finanziert werden. Gleichzeitig schützen wir ihre Aufsichtsgremien vor rechtsextremen
1646 Einflussnahmen.

1647 Staatliche Institutionen sollen die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Mit
1648 gezielten Maßnahmen schaffen wir eine **Kultur der Offenheit und Integration im**

1649 **öffentlichen Dienst.**

Empfehlung der Antragskommission:

1650 Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser

1651 Zusammenleben. Wir fördern den interreligiösen Dialog und schützen die

1652 ~~Religionsfreiheit~~ **Religions- und Weltanschauungsfreiheit.** ~~um die Vielfalt unserer~~
~~Gesellschaft als Chance für ein~~

1653 ~~weltoffenes Miteinander zu stärken.~~

1654 **Wir wollen Diskriminierung entschlossen bekämpfen.**

1655 Diskriminierung verletzt die Würde der Betroffenen, gefährdet den gesellschaftlichen

1656 Zusammenhalt und untergräbt das Vertrauen in eine gerechte Gesellschaft. Wir kämpfen

1657 dafür, dass **alle Menschen in Deutschland frei und gleich an Würde und Rechten** leben

1658 können.

1659 Ein Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung kann helfen, Diskriminierung in allen

1660 Lebensbereichen zu bekämpfen.

1661 Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und

1662 zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte

1663 Unterstützung erhalten.

1664 Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um

1665 effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

1666 **Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen.**

Empfehlung der Antragskommission:

1667 ~~Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und~~

1668 ~~zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine~~

1669 ~~Gesellschaft. Unser Bestreben hierbei ist es, den Anfängen zu wehren. Deshalb setzen~~

1670 ~~wir auf Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit~~

1671 ~~frühzeitig zu bekämpfen. Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und~~

1672 ~~umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task~~

1673 ~~Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben.~~

Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine Gesellschaft. **Menschen, die aus Verunsicherung oder Frust an der Demokratie zweifeln und sich abwenden, machen wir ein Angebot: Wir wollen durch bessere Bürgerbeteiligung und nachvollziehbare Entscheidungen die demokratische Mitgestaltung unseres Landes verbessern und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.**

Im Kampf gegen Extremismus setzen wir zuvorderst auf **Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit frühzeitig zu bekämpfen.** Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben.

1674 Wir sorgen dafür, dass die **Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke** offengelegt

1675 und ausgetrocknet werden. Wir wollen, dass die Strukturen rechtsextremistischer

1676 Gruppen konsequent aufgedeckt und unterbunden werden. Hierfür überprüfen wir, ob die

1677 bisherigen Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichen.

1678 **Extremistische Bestrebungen werden weiterhin intensiv überwacht, unsere**

1679 Sicherheitsbehörden müssen frühzeitiger bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten

1680 eingreifen können. Der Schutz unserer Demokratie hat oberste Priorität.

1681 Hierzu werden wir auch weiterhin prüfen, wie wir den **Zugang zu Waffen noch besser**

1682 **kontrollieren** und Extremisten noch schneller entwaffnen können. Personen mit

1683 psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben.

1684 **Wir bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft** und voller Härte und stärken die

1685 Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen

1686 damit klar, dass Islamismus und Antisemitismus keinen Platz in Deutschland haben. Wir

1687 wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und

1688 zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen Mitteln ausstatten, um islamistische

1689 Netzwerke konsequent zu zerschlagen.

1690 **Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz.** Mit dem bereits

1691 reformierten Bundesdisziplinarrecht stellen wir sicher, dass Verfassungsfeinde nicht

1692 mehr im Staatsdienst verbleiben und das Vertrauen in staatliche Institutionen

1693 zerstören.

1694 **Wir stärken den Kampf gegen ausländische Desinformationskampagnen** weiter und legen

1695 Einflussversuche staatlicher Akteure auf die demokratische Meinungsbildung in

1696 Deutschland offen.

1697 **16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor**

1698 **Gewalt.**

1699 Dank der professionellen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist Deutschland weiter

1700 eines der sichersten Länder der Welt. Wir wollen, dass die Menschen sich auch sicher

1701 fühlen. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitiger

1702 Gefahren und Bedrohungen abzuwehren. Deshalb reagieren wir konsequent und spürbar auf

1703 Bedrohungen. Das gilt besonders mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und Kinder

1704 sowie politisch motivierte Kriminalität. Das gilt auch für die Bedrohungen durch

1705 Organisierte Kriminalität, Finanzkriminalität und Straftaten im und aus dem Internet

1706 (Cybercrime). Dem Nährboden für Terror, Angst und Hass begegnen wir fokussiert und

1707 konsequent. Dafür setzen wir weiter auf starke Sicherheitsbehörden und moderne

1708 Instrumente. Wir kümmern uns um einen soliden Bevölkerungsschutz und schützen unsere

1709 kritische Infrastruktur. Wir sorgen für Sicherheit, die schützt und Vertrauen

1710 schafft.

1711 ***Wir wollen Sicherheitsbehörden und Justiz stärken.***

1712 Besonders in herausfordernden Zeiten ist die Sichtbarkeit der Polizei von erheblicher

1713 Bedeutung. Auch dafür wollen wir den **Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden**

1714 **konsequent fortsetzen** und sichern so auch ihre Stärke, wenn Kolleginnen und Kollegen

1715 in den kommenden Jahren verstärkt in den Ruhestand gehen. Dabei ist für uns klar,

1716 dass wir die **Pensionsaltersgrenze im Polizeivollzugsdienst des Bundes** bei 62 Jahren

1717 stabil halten.

1718 **Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen bei der Bundespolizei** und stärken den

1719 Polizistinnen und Polizisten den Rücken bei ihrer Arbeit für unsere Sicherheit. Zudem

1720 sorgen wir für **moderne Ausrüstung und zeitgemäße Befugnisse** von Polizei- und

1721 Sicherheitsbehörden.

1722 **Wir schaffen ein modernes Bundespolizeigesetz**, das der Bundespolizei klare Befugnisse

1723 gibt, um den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.
1724 Wir wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten den Respekt und die Anerkennung für
1725 ihre unverzichtbaren Dienste an unserer Gesellschaft bekommen. **Angriffe auf sie,**
1726 **genauso wie auf Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer müssen konsequent geahndet**
1727 **und härter bestraft werden.** Zudem wollen wir den Schutz der Einsatzkräfte durch
1728 verbesserte technische Ausrüstung, Schulungen und einen überlegenen Kräfteansatz in
1729 bedrohlichen Situationen schnell erhöhen. Wir müssen den Menschen, die täglich für
1730 unsere Sicherheit ihr Leben riskieren, stark zur Seite stehen.

1731 Darüber hinaus werden wir mit den Ländern eine Initiative starten, um die föderalen
1732 Unterschiede im Bereich des **Polizei- und Versammlungsrechts zu harmonisieren.**
1733 Parallel dazu sollen die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes gestärkt
1734 werden, damit das Grundrecht auf Versammlung überall geschützt werden kann.

1735 Unsere Polizei soll **automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen** vornehmen können. Das
1736 ermöglicht eine wesentlich schnellere Kriminalitätsbekämpfung, deshalb schaffen wir
1737 rechtsstaatliche Instrumente für das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei.
1738 Besonders im wichtigen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir sie
1739 stärker befähigen, riesige Datenmengen effizient auswerten und Kriminalität gezielt
1740 bekämpfen zu können.

1741 **Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette:** Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir
1742 die Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken. Die Justiz darf nicht zum
1743 Flaschenhals werden. Mit einem erneuten **Pakt für den Rechtsstaat** werden wir gemeinsam
1744 mit den Ländern die Justiz personell und materiell besser ausstatten. Zudem wollen
1745 wir die **Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren** und die **Digitalisierung der**
1746 **Justiz** mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.

1747 ***Wir wollen Frauen vor Gewalt schützen.***

1748 **Femizide stellen extreme Formen der Gewalt gegen Frauen dar.** Frauen werden getötet,
1749 allein auf Grund der Tatsache, dass sie Frauen sind. Es sind die zugrundeliegenden
Empfehlung der Antragskommission:

1750 gesellschaftlichen und patriarchalen Strukturen, die diese Taten erst ermöglichen.
1751 Diese sind Ausdruck tiefer Menschenfeindlichkeit. Dagegen gehen wir präventiv wie
1752 repressiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Wir schließen Schutzlücken
1753 im Strafrecht, verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von
1754 Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder. Wir setzen uns für eine
1755 vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Häusliche Gewalt **ist und**
Partnerschaftsgewalt sind auch im
1756 Sorge- und Umgangsverfahren zu berücksichtigen.

1757 Wir stellen erhebliche **sexuelle Belästigungen unter Strafe:** Unerwünschte,
1758 erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt
1759 werden können. Damit wollen wir Betroffene besser schützen und gesellschaftliche
1760 Grenzen klar aufzeigen.

Empfehlung der Antragskommission:

1761 Mit einer **Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes** wollen wir Betroffenen häuslicher
1762 Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische
1763 Fußfesseln, **verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings für Täter und** Aufenthaltsverbote **und**
sowie Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und

1764 ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir
1765 die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.

1766 Wir wollen, dass **geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand**
1767 festgeschrieben wird. Unser Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der
1768 Strafverfolgung in allen Mitgliedstaaten.

1769 Wir wollen einen **Anspruch auf Schutz und Beratung**: Mit einem bundesweiten
1770 Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu
1771 Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr
1772 Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem
1773 **Gewalthilfegesetz** wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig
1774 absichern.

1775 Wir bekämpfen konsequent Menschenhandel und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene
1776 müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.

1777 Wir wollen auch **geflüchtete Frauen** besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher
1778 Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen,
1779 außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht
1780 praxistauglicher ausgestalten.

1781 **Wir wollen Gewalt und Kriminalität im Netz unterbinden.**

1782 Leider verbreitet sich Gewalt auch in der digitalen Welt. Rasant und mit einem nie
1783 dagewesenen Ausmaß. Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu
1784 schaffen wir ein **digitales Gewaltschutzgesetz**. Hierfür schließen wir
1785 Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten
1786 Spionage-Apps ein. Zudem sollen die Täter-Accounts einfacher gesperrt werden können.
1787 Versehen mit einem Verbandsklagerecht sollen Rechte der Betroffenen effektiv
1788 durchgesetzt werden können.

1789 Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (**BSI**) zu einer
1790 **Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit**. Zudem stärken wir die
1791 Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime. Dadurch verbessern wir die
1792 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und stärken die Verteidigung gegen
1793 Cyberangriffe auf Menschen und Wirtschaft - insbesondere IP-Adressen und Port-
1794 Nummern. Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer,
1795 stärken die IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung im Kampf
1796 gegen Hass und Hetze im Netz. Gleichzeitig schaffen wir damit eine bessere Grundlage
1797 für die wirksame Strafverfolgung bei konkreten Tatverdachten. Ergänzend setzen wir
1798 dabei auf die **Log-in-Falle**, die bei der Anmeldung an einem verdächtigen Benutzerkonto
1799 die IP-Adresse erfasst, wodurch per Justiz-Schnittstellen Stammdaten ermittelt werden
1800 können – selbstverständlich unter strikter Wahrung der Grundrechte und des
1801 Datenschutzes.

1802 Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum
1803 Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur **Bekämpfung von**
1804 **Hasskriminalität und Netzstraftaten** um. Plattformbetreiber werden verpflichtet,
1805 illegale Inhalte zu entfernen, während wir gleichzeitig den Jugendschutz stärken,
1806 etwa durch effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation.

1807 **Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen.**

1808 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1809 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen.

Empfehlung der Antragskommission:

1810 Wir stellen uns weiterhin entschlossen **gegen jede Form von gruppenbezogener**
1811 **Menschenfeindlichkeit**. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt
1812 sich in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber
1813 auch in Sexismus, ~~Homophobie~~Antifeminismus oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese
Ausgrenzung von
1814 Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.

Empfehlung der Antragskommission:

1815 ***Wir kämpfen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland.***
1816 Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir
1817 müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten, egal ob er von
Rechtsextremisten, Islamisten oder anderen menschenfeindlichen Bestrebungen ausgeht.

Das ist eine

1818 **gesamtgesellschaftliche Verpflichtung**. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen
1819 Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren
1820 Reihen kein Platz ist.
1821 Wir sind dankbar für das **jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland**. Sie
1822 ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine
1823 besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.
1824 Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in
1825 Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land.
1826 Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der
1827 Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.
1828 Die **Sicherheit jüdischen Lebens** muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen
1829 Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere
1830 Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten
1831 konsequent geahndet wird.

1832 ***Wir verbessern den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe.***

1833 Wir stärken die **Vorsorge gegen Klimafolgen** wie extreme Niederschläge, Hitzewellen und
1834 Dürre. Zudem stärken wir die **Zivilverteidigung**, um auf geopolitische Bedrohungen wie
1835 hybride Angriffe oder militärische Konflikte besser vorbereitet zu sein.
1836 Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere
1837 kritische **Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen**. Dafür werden wir Kommunen,
1838 Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur
1839 besser miteinander verzahnen und dafür auch die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze
1840 aktualisieren und anpassen. Zudem wollen wir eine Stärkung der Befugnisse der
1841 Sicherheitsbehörden zur Cyberabwehr.
1842 Ein zentraler Schritt ist hierbei das KRITIS-Dachgesetz, das bundeseinheitliche und
1843 sektorenübergreifende Vorgaben für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen
1844 (KRITIS) einführt. Dieses Gesetz zielt in erster Linie auf die Resilienz von
1845 Unternehmen ab, um die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft mit lebenswichtigen
1846 Dienstleistungen zu gewährleisten.
1847 Das **Technische Hilfswerk (THW)** ist unerlässlich für Schutz und Hilfe im Fall der

1848 Fälle. Wir wollen es weiter mit den erforderlichen personellen und materiellen
1849 Ressourcen ausstatten.

1850 Als *die* Ehrenamts-Partei wollen wir weiter die Engagierten in den Freiwilligen
1851 Feuerwehren, dem THW, bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) sowie in
1852 den Rettungs- und Sanitätsdiensten unterstützen. Unsere „Hilfen für Helfer“ werden
1853 wir fortsetzen.

1854 Wir werden weiter für eine **solide ergänzende Ausstattung für die Feuerwehren** sorgen.
1855 Wir wollen, dass der Bund hier hilft, auf komplexe Gefahrenlagen vorbereitet zu sein,
1856 etwa beim Hochwasserschutz und dem CBRN-Einsatz.

1857 Wir wollen, dass die Menschen besser und schneller vor Gefahren gewarnt werden. Dazu
1858 werden wir den **flächendeckenden Ausbau mit Sirenen** weiter fördern und die bestehenden
1859 Warn-Apps verbessern.

1860 Wir wollen, dass wieder mehr **Übungen für den Katastrophenfall** stattfinden. Damit die
1861 Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit gewährleistet sind, sollen alle Ebenen
1862 einbezogen werden, unter Einsatz moderner Technologien wie Virtual Reality.

1863 17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei 1864 von Rassismus und Diskriminierung.

1865 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich an Würde, gleich an
1866 Chancen und frei von Diskriminierung, oder gar Angst vor Bedrohung und Gewalt sicher
1867 leben und ihre Träume verwirklichen können.

1868 Unser Feminismus kämpft gegen strukturelle Benachteiligungen jeglicher Art, wie er
1869 gegen Frauen, People of Color und queere Personen leider auch weiterhin an der
1870 Tagesordnung ist.

1871 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1872 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir
1873 stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit klar entgegen.

Empfehlung der Antragskommission:

1874 **Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung ~~weiter voranbringen~~ bis 2030 verwirklichen.**

1875 Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an
1876 Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen. So
1877 tragen wir zu einer nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Zukunft
1878 bei.

1879 Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des **Gender Mainstreaming** – zu einem
Empfehlung der Antragskommission:

1880 Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. Dabei orientieren wir uns an den
"drei R" der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik: Rechte, Ressourcen,
Repräsentanz. Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des
Bundshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung. Die ressortübergreifende

Empfehlung der Antragskommission:

1881 **Gleichstellungsstrategie des Bundes soll weiterentwickelt und auf eine gesetzliche
Grundlage gestellt** werden.

1882 **Antifeminismus und Anti-Gender-Bewegungen bedrohen unser freiheitliches**

1883 **Zusammenleben.** Wir werden dem entgegenzutreten, indem wir Antifeminismus, Sexismus und

1884 jegliche Formen von Diskriminierungen bekämpfen und gegen Herabwürdigungen und
1885 Hassreden vorgehen.

1886 Wir wollen, dass die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch Anti-Feminismus** in
1887 den Fokus nimmt, um gezielt frauenfeindliche Diskriminierung zu verhindern.

1888 Die **Modernisierung von Arbeitszeitmodellen** ermöglicht eine bessere Balance zwischen
1889 Beruf und Privatleben. Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die
1890 Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten
1891 deutlich.

1892 Die **gerechte Verteilung von Sorgearbeit** muss selbstverständlich werden. Zusätzliche
1893 Urlaubstage für sorgearbeitende Eltern fördern eine partnerschaftliche Organisation
1894 des Familienalltags und entlasten insbesondere diejenigen, die Pflege und Beruf
1895 vereinbaren müssen. Wir wollen Eltern und vor allem **berufstätigen Müttern ihren**
1896 **Alltag** erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche
1897 **Betreuungsinfrastruktur** in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.
1898 Unser verbessertes Modell beim Elterngeld, nach dem jeder Elternteil Anspruch auf 6
1899 Monate Elterngeld erhält und weitere 6 Monate frei verteilt werden können, erhöht die
1900 Gesamtzahl der Elterngeldmonate von 14 auf 18 Monate, unterstützt echte
1901 Partnerschaftlichkeit und gibt Eltern gleiche Chancen auf Familienzeit.

1902 **Frauen sollen besser vor Altersarmut** geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung
1903 von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für
1904 alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken,
1905 dass Frauen im Alter gut versorgt sind.

1906 Wir wollen, dass **pfliegende Angehörige noch besser unterstützt** werden. Es ist ein
1907 Fakt, dass vor allem Frauen diese große Leistung erbringen. Mit einer
1908 Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld,
1909 ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen.

1910 Wir wollen, dass **Frauengesundheit noch mehr Aufmerksamkeit** bekommt. Wir schließen
1911 Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt,
1912 Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den
1913 spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.

1914 Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts
1915 regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir
1916 wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung
1917 machen.

Empfehlung der Antragskommission:
1918 Die **Zeit für Parität** ist jetzt - es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür
1919 werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische
1920 Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und
1921 Direktmandaten sicherstellt. 50/50 ist unser Standard in allen Parlamenten und an
allen Kabinettstischen.

1922 Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen.
1923 Dazu werden wir das **Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln** mit dem Ziel, bis 2030
1924 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben
1925 wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** an.

1926 Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **EU-Charta der Frauenrechte** verabschiedet

1927 und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.

1928 **Wir wollen gegen Lügen, Hass und Hetze vorgehen.**

1929 **Wir schließen die Schutzlücken bei menschenverachtender Hetze.** Rechtsextreme
1930 Äußerungen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie in Schulen werden wir besonders
1931 in den Blick nehmen und den Volksverhetzungsparagrafen entsprechend überarbeiten.

1932 **Wir verbessern den Datenschutz bei Hassdelikten.** Im Strafverfahren soll die Wohn-
1933 oder Aufenthaltsanschrift künftig nicht mehr durch Akteneinsicht offengelegt werden
1934 müssen, um Betroffene besser zu schützen.

1935 Hasskriminalität im Internet und gezielte Desinformationskampagnen gefährden unsere
1936 Demokratie. Wir werden konsequent dagegen vorgehen und die **Zentralstelle für**
1937 **strafbare Inhalte im Internet beim Bundeskriminalamt weiter ausbauen**, um die
1938 Verfolgung von Online-Hasskriminalität effektiver zu gestalten. Wir stärken die neue
1939 Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.

1940 **Wir wollen queere Lebensentwürfe noch besser vor Diskriminierung schützen.**

1941 Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle**
1942 **Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern.** Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir
1943 daher entsprechend erweitern.

1944 Wir wollen dafür sorgen, dass alle **Diskriminierungen queerer Familien**
1945 **(„Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden: Queere
1946 Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.

1947 Den **Aktionsplan „queer Leben“** der Bundesregierung werden wir unter Beteiligung der
1948 Zivilgesellschaft weiterentwickeln: Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit der
1949 Zivilgesellschaft fortgeschrieben, um die Lebensrealität queerer Menschen besser zu
Empfehlung der Antragskommission:
1950 berücksichtigen. [Die SPD steht hinter dem Selbstbestimmungsgesetz und den bisherigen queerpolitischen Errungenschaften. Ein Zurück wird es mit uns nicht geben.](#)

1951 **18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und**
1952 **Kultur und für einen starken Sport.**

1953 Kreativität gilt im Zeitalter der stetigen Veränderungen als die Kompetenz
1954 schlechthin. Dazu kommt, dass wir auch in der Ära der Künstlichen Intelligenz immer
1955 noch das Land der Dichter und Denker, der Dichterinnen und Denkerinnen bleiben
1956 wollen. Kunst inspiriert, irritiert und eröffnet neue Perspektiven. Ohne freie und
1957 kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit,
1958 unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns
1959 ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert,
1960 sondern politischer Auftrag.

1961 Sport begeistert Millionen, ob im Ehrenamt, als Amateur oder Profi. Er fördert
1962 Integration und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis
1963 ins hohe Alter. Deshalb unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen:
1964 Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und
1965 Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport.

1966 Freie und unabhängige Medien sind unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs. Wir
1967 wollen, dass man sich auf Fakten in den Nachrichten verlassen kann. Deshalb stärken

1968 wir die Medienvielfalt als Fundament der Demokratie.

1969 ***Wir wollen die Medienvielfalt als wichtige Grundlage der Demokratie fördern.***

1970 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** bleibt eine zentrale Säule des dualen

1971 Mediensystems und muss durch eine auftragsgerechte, rechtssichere Finanzierung

1972 gestärkt werden. Er soll alle Generationen mit hochwertigen, unabhängigen Angeboten

1973 erreichen. **Private Medienunternehmen** sind eine wichtige zweite Säule und sollen durch

1974 gute regulatorische und ordnungspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden, um

1975 auch im digitalen Zeitalter ihre wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche

1976 Relevanz zu sichern. Wir wollen **lokale und regionale Medien fördern** und innovative

1977 Medienformate unterstützen, um die Teilhabe und Vielfalt im Mediensystem zu sichern.

1978 Der **Kampf gegen Desinformation** ist angesichts des schon heute immensen Ausmaßes eine

1979 herausragende gesellschaftliche Aufgabe. **Medienkompetenz** ist eine Grundkompetenz im

1980 digitalen Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung der Medien-

1981 und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und

1982 Desinformation entgegenzuwirken.

1983 Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre **Algorithmen und Entscheidungsprozesse**

1984 **zur Inhaltendarstellung offenzulegen** und auf diskriminierende oder manipulative

1985 Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind

1986 zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen. Im Kampf gegen

1987 Desinformation muss staatliche Aufsicht sich zurückhalten, um kein Gefühl von

1988 staatlicher Zensur aufkommen zu lassen. Aber der Staat kann wirksame Moderation von

1989 Plattformen einfordern, unabhängige Medien fördern, die unter anderem auch

1990 Faktenchecks durchführen, die Zusammenarbeit und den Ausbau mit Berufsverbänden und

1991 Gremien der Selbstregulierung, beispielsweise dem Presserat, stärken.

1992 Wir wollen außerdem eine **strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht** aus der

1993 KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es

1994 gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die

1995 Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen

1996 gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.

1997 ***Wir fördern kulturelle Teilhabe, geben Künstlerinnen und Künstlern soziale Sicherheit***

1998 ***und stärken die Kreativwirtschaft.***

1999 „**Kultur für alle**“ ist unser **Kernversprechen**, für das wir unermüdlich weiterarbeiten

2000 werden. Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur

2001 finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle

2002 Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass

2003 kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden. **Kultur soll als**

2004 **Staatsziel in der Verfassung** verankert werden. Damit geben wir der Bedeutung von

2005 Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft einen festen Platz.

2006 Wir bekennen uns dazu, dass der Staat auf allen seinen Ebenen die Verantwortung

2007 trägt, die Kultur zu fördern und die Freiräume für künstlerisches Schaffen zu

2008 sichern. Wir gewährleisten die **zukunftsgerichte Organisation und Finanzierung der**

2009 **Kultur**. Das gilt insbesondere für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die

2010 Kulturstiftung des Bundes, die Förderfonds und kulturelle Angebote von nationaler

2011 Reichweite. Wir werden den Denkmalschutz stärken, das kulturelle und bauliche Erbe

2012 erhalten und die nachhaltige Transformation der Kultur fördern.

2013 Zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss die Kulturpolitik
2014 des Bundes mehr sein als bloß eine Ergänzung der vielen Aufgaben, die in der
2015 Kulturhoheit der Länder geleistet werden. Wir verstehen sie als **Gesellschaftspolitik**
2016 und als Arbeit an den kulturellen und diskursiven Formationen der Bundesrepublik.

2017 Wir lernen aus der Geschichte für die Gegenwart. Deshalb ist **erinnerungskulturelle**
2018 **Arbeit** in einer Demokratie unabdingbar. Wir werden gerade jetzt die Erinnerung an die
2019 NS-Verbrechen und die Shoah wachhalten und künftigen Generation vermitteln. Auch die
2020 weitere Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Zeit und des Kolonialismus muss
2021 weitergehen. Wir werden die Opfer der Diktaturen in Deutschland nicht vergessen.

2022 Im Jahr 2025 feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Wir wollen positive Ereignisse in
2023 der deutschen Demokratieggeschichte noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit
2024 rücken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

2025 Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das **Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur**
2026 gleichermaßen anerkennt. Wir werden uns um kulturelle und kreative Tätigkeiten in
2027 ihrer ganzen Vielfalt kümmern.

2028 Wir sorgen für die **Absicherung und faire Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern.**
2029 Die Künstlersozialkasse werden wir ausbauen und die soziale Absicherung grundsätzlich
2030 besser auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kunstbranche
2031 abstimmen.

2032 Wir **gewährleisten auch künftig Urheber- und Leistungsschutzrechte.** Dafür schützen wir
2033 kreative Produkte und sorgen für eine angemessene Vergütung. Wir werden insbesondere
2034 im digitalen Musikmarkt mithelfen, faire und transparente Vergütungsmodelle zu
2035 entwickeln. Zudem sorgen wir dafür, dass KI-generierte Inhalte klar erkennbar sind.

2036 Wir sorgen bei der **Regulierung von digitalen Plattformen und Künstlicher Intelligenz**
2037 für Augenhöhe zwischen Kreation und Technologie und für faire Vergütungsregeln. Für
2038 mehr Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen prüfen wir,
2039 inwieweit Alternativen für europäische Kulturproduzenten entstehen und gefördert
2040 werden können.

2041 **Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft.** Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
2042 ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch
2043 klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken. Ein zentraler Koordinator in der
2044 Bundesregierung soll ihr Potenzial besser nutzen und technologische Entwicklungen wie
2045 Künstliche Intelligenz gezielt unterstützen

2046 **Den deutschen Film wollen wir stärken.** Die SPD steht für Arbeitsplätze und den
2047 heimischen Filmstandort ein. Wir setzen uns daher für eine umfassende Reform der
2048 Filmförderung, bestehend aus einem steuerlichen Anreizsystem sowie einer
2049 Investitionsverpflichtung für internationale Streaming-Plattformen, ein. So sichern
2050 wir die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft. **Kinos im ländlichen Raum** sind
2051 wichtige kulturelle Treffpunkte. Wir wollen sie durch langfristige Förderprogramme
2052 erhalten und stärken.

2053 **Die Förderung von Popkultur** wollen wir ausbauen, um insbesondere für jüngere
2054 Zielgruppen vielfältige kulturelle Angebote zu schaffen. Mit „**Kulturschutzgebieten**“
2055 **im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs** vor Verdrängung und
2056 sichern ihnen eine langfristige Perspektive.

2057 **Games wollen wir als gemeinnütziges Kulturgut und Innovationstreiber gezielt fördern.**
2058 Sie verbinden Kultur, Technik und Wirtschaft und tragen zur kreativen Vielfalt bei.

2059 ***Wir wollen den Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern.***

2060 Sowohl im Spitzen- als auch im Breitensport wollen wir Deutschland voranbringen. Dazu
2061 werden wir das professionelle Umfeld für Trainerinnen, Trainer sowie Athletinnen und
2062 Athleten gezielt stärken, indem wir die **Reform des Spitzensports konsequent**
2063 **fortsetzen und das Sportfördergesetz entsprechend weiterentwickeln.** So schaffen wir
2064 die Grundlage für langfristigen Erfolg, fördern Talente und unterstützen die
2065 sportliche Vielfalt in Deutschland.

Empfehlung der Antragskommission:

2066 Wir wollen **Sport als Staatsziel im Grundgesetz** verankern, um mit der Kraft des Sports
2067 Gesundheit, soziale Teilhabe, Inklusion und Integration zu stärken. Wir helfen
Ländern, Kommunen
2068 und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und
2069 Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport.

2070 Wir schreiben **Schutz vor Gewalt im Sport** groß: Deshalb stehen wir weiter an der Seite
2071 des Zentrums für Safe Sport zur Bekämpfung physischer, psychischer und sexualisierter
2072 Gewalt.

2073 Wir sagen **Ja zu Sportgroßveranstaltungen** in Deutschland und unterstützen den
2074 Deutschen Olympischen Sportbund bei der Bewerbung für **Olympische Spiele und**
2075 **Paralympics in Deutschland.**

Empfehlung der Antragskommission:

2076 **19. Wir kämpfen für starke Kommunen-und, gleiche Chancen in Land**
2077 **und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft.**

2078 Wir wollen, dass Menschen frei wählen können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land
2079 leben – mit gleichen Chancen überall. Wir stärken den ländlichen Raum und sichern die
2080 Daseinsvorsorge vor Ort. Klimagerechte Städte, lebendige Dörfer und moderne
2081 Infrastruktur sind der Schlüssel für ein gutes Leben überall in Deutschland.

2082 ***Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken.***

2083 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir
2084 Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen
2085 in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik
2086 und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich
2087 dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen
2088 bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben,
2089 Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor
2090 Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden.

2091 Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir **Breitbandinternet ausbauen** und
2092 nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern. Kleine Städte entwickeln wir als
2093 Ankerpunkte für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Netzwerke, um regionale
2094 Entwicklung zu fördern.

Empfehlung der Antragskommission:

2095 Wir sichern den **Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen** unabhängig vom Wohnort. Mit
2096 Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die

2097 Gesundheitsversorgung und investieren in Bildungs- und Betreuungsangebote für
2098 Chancengleichheit. Wir bauen die Städtebauförderung aus und stärken den stationären Einzelhandel.

2099 Wir fördern **regionale Wirtschaftsstrukturen**, stärken Wertschöpfungsketten und
2100 schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die
2101 Stabilität ländlicher Regionen.

2102 Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale
2103 Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das **Ermöglichen von**
2104 **kommunalen Entwicklungsbeiräten**, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik,
2105 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige
2106 Entscheidungen erarbeiten.

2107 **Mobilität** ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse
2108 gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum
2109 und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allen in ländlichen
2110 Regionen unverzichtbar ist.

2111 Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die
2112 Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine
2113 umfassende **Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum**. Durch gezielte
2114 Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden,
2115 leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln.

2116 **Wir wollen Natur und Ökosysteme schützen.**

2117 Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen
2118 Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden
2119 Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Wir wollen eine
2120 Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und
2121 ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie,
2122 Wohnen und Naturschutz ermöglicht. Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher
2123 Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um
2124 **Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün** zu schützen. Wir wollen **Meeresschutzgebiete**,
2125 die echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten sind.

2126 Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch
2127 den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement,
2128 Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen
2129 deshalb dem Grundsatz „**CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung**“.

2130 Die **Atomkraft** in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so. Jetzt braucht es die
2131 sichere Endlagerung der radioaktiven Stoffe. Wir werden das Endlager-Suchverfahren
2132 konstruktiv begleiten und beschleunigen, ohne die Sicherheit zu gefährden.

2133 **Wir wollen eine moderne Land- und Forstwirtschaft sowie ökologische Vielfalt stärken.**

2134 Landwirtschaftliche Betriebe gehören in Deutschland zum Kernbereich der
2135 mittelständisch geprägten Wirtschaft. Von der Landwirtschaft hängt direkt oder
2136 indirekt etwa jeder zehnte Arbeitsplatz ab. Die Produktion von Lebensmitteln ist aber
2137 mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Landwirtschaft hat jahrhundertlang die Identität
2138 der ländlichen Räume geprägt und die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient
2139 unseren Respekt.

2140 Für uns ist die Zukunft der **Landwirtschaft digital und bürokratiearm**. Auch deshalb
2141 wollen wir Landwirtinnen und Landwirte dabei stärken, die Herausforderungen der
2142 Zukunft zu meistern. Landwirtschaftliche Tätigkeiten brauchen regionale und
2143 nachhaltige Perspektiven, um langfristig und verantwortungsvoll zu wirken.

2144 Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die **Reform der Agrarförderung**
2145 Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen
2146 Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen,
2147 die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem
2148 Tierschutz zugutekommen.

2149 Mit der neuen **GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die**
2150 **die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen**, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen
2151 und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir
2152 schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.

2153 Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft
2154 gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir
2155 wollen es leichter machen, das zu tun.

2156 Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen
2157 Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen **Ökosystemleistungen unserer Wälder**
2158 auch für kommende Generationen zu sichern.

2159 Wir wollen die **Fischerinnen und Fischer** dabei unterstützen, sich durch eine stärkere
2160 Kombination ihrer Einkünfte zukunftsfähig aufzustellen.

2161 20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.

2162 Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland seine Stärken voll
2163 ausschöpfen kann. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen.
2164 Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser
2165 und schneller gelingt. Deshalb war es so wichtig, dass wir das
2166 Staatsangehörigkeitsrecht endlich modernisiert haben. Mit der erleichterten
2167 Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, haben wir vielen Menschen
2168 die Identifikation mit Deutschland erleichtert und ein starkes Zeichen für Teilhabe
2169 und Zugehörigkeit gesetzt. So stärken wir den sozialen Zusammenhalt und schaffen die
2170 Basis für ein modernes, weltoffenes Deutschland. Die CDU/CSU hingegen hat dieses
2171 zentrale Vorhaben aus ideologisch geprägter Abwehrhaltung heraus blockiert. Sie macht
2172 deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an
2173 veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich
2174 gegen eine moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und
2175 Chancengerechtigkeit basiert. Dagegen überprüfen wir kontinuierlich bestehende
2176 Strukturen, um aus der Geschichte der Integration weiter eine Erfolgsgeschichte zu
2177 machen.

2178 Die Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen stellt uns weiter vor
2179 große Herausforderungen. Wir begegnen ihr auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit
2180 Humanität und Ordnung. Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder
2181 gehen. Doch wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz. Wer als
2182 Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt
2183 und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die

2184 Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.

2185 ***Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen.***

2186 Wir werden die **Integrationskurse ausbauen** und sicherstellen, dass sie mit
2187 angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei
2188 der Erstintegration weiterhin erfüllen können.

2189 Wir wollen ein **Partizipationsgesetz auf den Weg bringen**: Durch verbindliche
2190 Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von
2191 Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden. Ziel ist
2192 es, Teilhabehürden abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen und so Integration sowie
2193 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2194 Wir wollen das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig**
2195 **weiterentwickeln**, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach
2196 Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren
2197 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen
2198 wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.

2199 Wir wollen den **Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung weiter stärken**.
2200 Dazu werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ausweiten und die Stelle der
2201 Anti-Rassismus-Beauftragten dauerhaft verankern. Wir nehmen nicht hin, dass Millionen
2202 von Menschen in Deutschland, die zu uns gehören und jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu
2203 beitragen, dass unser Land erfolgreich ist, angefeindet und ausgegrenzt werden. Es
2204 schmerzt uns, dass viele von ihnen sich Gedanken machen, ob es in Deutschland noch
2205 sicher für sie ist und ob es für sie und ihre Kinder eine gute Zukunft gibt.

2206 Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die
2207 **Ankunftsstrukturen optimieren**, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven
2208 zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch
2209 und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir
2210 unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.

2211 ***Wir wollen mit humanitärer Verantwortung Migration steuern.***

2212 Wir haben für neue Klarheit in der Migrationspolitik gesorgt – für einen
2213 Paradigmenwechsel hin zu einer geordneten Migration auf den Arbeitsmarkt und eine
2214 deutlich bessere Kontrolle der irregulären Migration. So ist es nach jahrelangem
2215 Stillstand gelungen, die EU-Migrationspolitik zu reformieren: Das Gemeinsame
2216 Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration insgesamt zu steuern
2217 und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu garantieren und Migration
2218 insgesamt besser zu managen. Auch bei künftigen Grenzverfahren müssen alle
2219 rechtsstaatlichen und humanitären Standards erfüllt sein. Diese europäische Antwort
2220 auf die Herausforderungen der Migration werden wir konsequent umsetzen.

2221 Wir setzen auf eine deutliche **Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim**
2222 **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen**
2223 **Verfahren**. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir
2224 sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden
2225 können.

2226 Wir werden die **Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin**
2227 **ermöglichen**, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration

2228 darstellt.

2229 Wir wollen, dass die **Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden.**

2230 Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu

2231 gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte

2232 des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex

2233 überwachen und rechtsstaatlich stärken. Pushbacks darf es nicht geben.

2234 **Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen.** Freiwillige Ausreisen bevorzugen

2235 wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente

2236 Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern. Die **Externalisierung von Asylverfahren**

2237 **lehnen wir ab.** Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren

2238 in der EU erhalten.

2239 **Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.**

Empfehlung der Antragskommission:

2240 Wir stellen klar: **Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden.** Zivile

2241 Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. ~~Zudem wollen wir,~~

2242 ~~dass, sondern muss auch staatlich durch die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in-~~

2243 ~~Seenot aufbaut~~ gewährleistet werden. Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchttrouten ein,

2244 sowie für Resettlement- und humanitäre Aufnahmeprogramme, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.

Empfehlung der Antragskommission:

2245 Wir engagieren uns für **umfassende Migrationsabkommen**, die Zuwanderungswege in

2246 Ausbildung und Arbeit eröffnen und vor Ort die Aufnahme von Geflüchteten unterstützt.

Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für

2247 die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der

2248 Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür

2249 sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar

2250 ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer

2251 zurückgeführt werden können.

2252 Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir

2253 wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.

2254 Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir **Fluchtursachen wirksam**

2255 **bekämpfen.** Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und

2256 wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach

2257 Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten

2258 vor Ort zu schaffen.

RP05: Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2292 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 2517 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 2628 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 2633

2259 Die SPD steht für einen verantwortungsbewussten und klaren Kurs in herausfordernden
2260 Zeiten. Einfache Antworten wie die Rückbesinnung aufs Nationale oder die
2261 rücksichtslose Verfolgung kurzfristiger eigener Interessen werden unsere Sicherheit
2262 und unseren Wohlstand nicht schützen. Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für
2263 ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die
2264 internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu
2265 schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang
2266 aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und
2267 die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der
2268 Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen. Diplomatie, die Suche
2269 nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns
2270 zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und
2271 Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

2272 21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.

2273 Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen erarbeitet, gesichert
2274 und verteidigt werden. Das hat uns der Krieg gegen die Ukraine auf schreckliche Weise
2275 gezeigt. Bereits unter Willy Brandt als Kanzler galt: Nur aus einer Position der
2276 Stärke heraus ist die Wahrung von Frieden möglich. Deshalb sind für uns militärische
2277 Stärke und Diplomatie zwei Seiten der gleichen Medaille. Unsere Antwort auf eine Welt
2278 im Umbruch ist eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die mehr Verantwortung
2279 beim Schutz Europas übernimmt. Die Sicherheit auf unserem Kontinent müssen wir vor
2280 Russland organisieren.

2281 *Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.*

2282 Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das Sondervermögen für die
2283 Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere **Verteidigungsausgaben** haben wir
2284 nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns
2285 daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens
2286 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die
2287 **nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr** einsetzen, damit die Soldatinnen und
2288 Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und
2289 Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. Dies gebietet der
2290 Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten. Es ist unser Ziel, die Bundeswehr als
2291 Arbeitgeber attraktiv zu machen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familien und Dienst

Empfehlung der Antragskommission:

2292 ebenso wie die weitere berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst. Wir haben den Nationalen Veteranentag am 15. Juni eingeführt und setzen uns für den empathischen Umgang und die Verbesserung der Versorgung einsatzgeschädigter Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Familien ein. Als SPD stehen

2293 wir für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“.

2294 Die NATO ist ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für die
2295 europäische Sicherheit unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass
2296 Washington nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas tragen wird. Die
2297 Entscheidungen, das neue Ostseekommando in Rostock durch die Deutsche Marine
2298 einzurichten, neue europäische Abstandswaffen (European Long-Range Strike Approach,
2299 ELSA) zusammen mit unseren europäischen Verbündeten zu entwickeln und die europäische
2300 Luftverteidigungsinitiative Sky Shield (European SkyShieldInitiative, ESSI) zu
2301 starten, zeigen, dass wir bereit sind, **mehr Verantwortung bei der Bündnisverteidigung**
2302 zu übernehmen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Westen Deutschlands
2303 bietet uns in der gegenwärtigen Sicherheitslage mehr Schutz. Wegen seiner geografisch
2304 zentralen Lage in Europa soll **Deutschland als zentrale Drehscheibe** für die Logistik
2305 weiter ausgebaut werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen der NATO auf
2306 sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen. Mit der **Brigade**
2307 **Litauen** werden wir erstmals deutsche Truppen dauerhaft im Ausland stationieren. Damit
2308 zeigen wir unseren Alliierten an der Ostflanke der NATO, dass sie sich auf uns
2309 verlassen können. Ihren Aufbau und ihre Aufstellung werden wir in Bezug auf
2310 Ausstattung, Finanzierung und Personalbedarf vorrangig unterstützen.

2311 Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung
2312 eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit
2313 basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die
2314 Grundlagen für eine Wehrrfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient
2315 zentral dem Aufbau einer durchhaltefähigen Reserve.

2316 **Wir unterstützen die Ukraine.**

2317 Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und
2318 humanitären **Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer** in ihrem Kampf gegen die
2319 völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die
2320 bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die
2321 Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen
2322 russischen Diktatfrieden zulasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren.
2323 Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg darf es nicht
2324 geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt
2325 bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa
2326 unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung
2327 von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß. Denn für uns gilt, dass
2328 Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur
2329 Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den
2330 Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.

2331 Die **zivile Unterstützung** für die Ukraine ist unverzichtbar. Denn die Frage, ob sich
2332 die Ukraine im russischen Angriffskrieg behaupten kann, hängt auch davon ab, wie
2333 widerstandsfähig ihre Zivilbevölkerung ist. Eine starke Gesellschaft braucht eine

2334 funktionierende Stromversorgung und funktionierende Krankenhäuser. Das weiß auch
2335 Putin, wenn er bewusst die zivile Infrastruktur beschießen lässt. Hier wollen wir
2336 also weiterhin unterstützend vorgehen und den Menschen in der Ukraine helfen, durch
2337 diese harte Zeit zu kommen.

2338 Wir begrüßen ausdrücklich **Friedensinitiativen**, wie sie vom ukrainischen Präsidenten
2339 Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens
2340 zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben
2341 für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen
2342 erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle
2343 Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die
2344 Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in
2345 Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine
2346 konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges
2347 Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns
2348 bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin
2349 eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.

2350 Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie
2351 wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger
2352 **Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen
2353 bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den
2354 Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die
2355 Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von
2356 strategischen Nuklearwaffen ein.

2357 **22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.**

2358 Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen,
2359 die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, und den Druck, dem sich
2360 die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir
2361 mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in
2362 der Welt Gehör zu verschaffen. Doch die EU und ihre Grundwerte werden von außen wie
2363 innen bedroht. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg zurück auf den
2364 europäischen Kontinent gebracht. Zugleich schränkt der Rechtspopulismus in der EU
2365 ihre Handlungsfähigkeit ein und stellt die Werte des europäischen Friedensprojekts in
2366 Frage. Wir müssen daher dafür sorgen, dass diese gemeinsamen Werte auch nach innen,
2367 in allen Mitgliedstaaten der Union, gelebt werden. Zudem müssen wir Europa in die
2368 Lage versetzen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

2369 ***Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.***

2370 Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken, indem wir Investitionen
2371 abgestimmt tätigen und unsere Streitkräfte partnerschaftlich organisieren. Dadurch
2372 schaffen wir wichtige Synergieeffekte, indem wir die langfristige Integration
2373 europäischer Streitkräfte fördern. Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der
2374 EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei
2375 gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen
2376 Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen.

2377 Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**,

2378 mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig
2379 deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. Aufbauend auf die
2380 deutsch-französische Kooperation für Panzer und Kampflugzeuge der Zukunft wollen wir
2381 europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. Dafür setzen
2382 wir noch stärker als bislang auf europäische Instrumente wie die Europäische
2383 Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen
2384 Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO).

2385 Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Rüstungsexportpolitik**
2386 ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und
2387 strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in
2388 falsche Hände geraten.

2389 *Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.*

2390 Deutschland kommt als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitgliedstaat innerhalb
2391 der EU eine besondere Verantwortung zu. Dafür ist es wichtig, dass die Partner in der
2392 Bundesregierung auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen. Wir erwarten von allen
2393 demokratischen Parteien, dass sie die Brandmauer gegen Rechtspopulismus und -
2394 extremismus, auch im Europäischen Parlament aufrechterhalten.

2395 Zusammen mit Frankreich und Polen haben wir das **Weimarer Dreieck** neu belebt. In den
2396 kommenden Jahren werden wir diesen wichtigen Motor nutzen, um neue Wege in der EU
2397 schneller und geeinter zu beschreiten und die EU zu einer starken und solidarischen
2398 Gemeinschaft weiterzuentwickeln.

2399 Die **Erweiterungspolitik** der EU ist ein Instrument von hoher transformativer Kraft und
2400 eine geopolitische Notwendigkeit. Wir haben sie neu belebt. Sie war und ist ein Motor
2401 für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen
2402 diese Erfolgsgeschichte fortschreiben und die Gelegenheit wahrnehmen, unsere
2403 europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften demokratischen Transformation zu
2404 begleiten. Auch damit nicht andere Akteure an die Stelle der EU treten. Wir setzen
2405 uns für eine zügige Aufnahme der **westlichen Balkanstaaten** ein. Durch spürbare
2406 Fortschritte im Erweiterungsprozess, wie etwa dem Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt,
2407 sollen die Menschen spüren, dass sich der Weg in die EU lohnt.

2408 Auch die **Ukraine und Moldau** sollen ein Teil der EU werden. Beide Länder lassen keinen
2409 Zweifel daran, dass sie sich schon heute an den gemeinsamen Werten der EU orientieren
2410 und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können,
2411 sehnen. Mit der Erweiterung nach Osteuropa setzen wir ein klares Zeichen gegen den
2412 Versuch der einseitigen Grenzverschiebungen durch Russland, bekennen uns zum
2413 gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen den Zugang zu
2414 unserer Wertegemeinschaft. Auch die Kräfte in Georgien, die für Freiheit, Demokratie
2415 und Wohlstand eintreten und eine Zukunft in Europa fordern, unterstützen wir. Klar
2416 ist, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbar
2417 sind. Die **Kopenhagener Kriterien** müssen immer erfüllt sein.

2418 Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen
2419 Menschenrechtskonvention. Wir werden den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
2420 stärken sowie die konsequente Umsetzung seiner Gerichtsurteile einfordern. Wir
2421 schützen mit dem **Europarat** und seiner Parlamentarischen Versammlung die Grundwerte
2422 der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent.

2423 **Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.**

2424 Wenn grundlegende Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU ihren Wertekanon
2425 nachdrücklich auch gegenüber Mitgliedstaaten schützen. Wir wollen künftig noch
2426 konsequenter gegen all jene vorgehen, die unsere gemeinsamen Werte innerhalb der EU
2427 verletzen. Dafür müssen bestehende Schutzinstrumente bei **Rechtsstaatsverstößen**, von
2428 Vertragsverletzungsverfahren bis hin zur Entziehung der Stimmrechte, deutlich
2429 konsequenter als bisher eingesetzt und fortentwickelt werden. Darüber hinaus setzen
2430 wir uns für verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten und ein unabhängiges
2431 Kontrollgremium zur Überwachung des konsequenten Einsatzes bestehender Instrumente
2432 ein.

2433 Ein wachsendes Europa muss auch ein besseres Europa sein. Schon heute kommt die EU an
2434 die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Spätestens mit der EU-Erweiterung müssen
2435 **Europäische Vertragsreformen** erfolgen. Hierfür setzen wir uns für eine
2436 ergebnisorientierte Einsetzung eines Europäischen Konvents ein. Ein wesentlicher
2437 Bestandteil institutioneller Reformen ist für uns, das Einstimmigkeitsprinzip im
2438 Europäischen Rat und Ministerrat durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen
2439 abzulösen. Vetorechte einzelner Mitgliedstaaten sind nicht mehr zeitgemäß, da sie
2440 schon heute sachfremd als Druckmittel eingesetzt werden. Deswegen wollen wir alle
2441 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entscheidungsverfahren schon kurzfristig so
2442 effizient wie möglich zu machen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller
2443 und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind
2444 Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

2445 **23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.**

2446 Eine Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, kann ihr Gewicht in der Welt
2447 besser zur Geltung bringen. Die Europäischen Partner dürfen sich nicht
2448 auseinanderdividieren lassen. Wir müssen gemeinsame Positionen und Interessen
2449 formulieren und für diese gemeinsam eintreten.

2450 **Wir wollen unsere Allianzen stärken.**

2451 Wir werden unsere traditionellen Allianzen und Kooperationen vertiefen. Für uns
2452 bleiben die Beziehungen zu Frankreich zentral. Sie bilden den Kern des europäischen
2453 Einigungsprozesses. Bei der Entwicklung eines starken Europas hat die
2454 **deutsch-französische Partnerschaft** eine zentrale Rolle gespielt. Unsere besondere
2455 Aufmerksamkeit gilt auch den **deutsch-polnischen Beziehungen** und dem **demokratischen**
2456 **Ostseeraum** mit seinen vielfältigen traditionellen Partnern Deutschlands. Es liegt im
2457 europäischen Interesse, die Zusammenarbeit mit dem **Vereinigten Königreich** zu
2458 verbessern. Basierend auf der deutsch-britischen Vereinbarung über
2459 Verteidigungspolitik (Trinity-House-Vereinbarung) werden wir die Verhandlungen zu
2460 einem umfassenden bilateralen Abkommen mit der britischen Regierung unterstützen,
2461 welches unsere Beziehungen mit London breiter aufstellt und intensiviert – von
2462 Bildung über Wirtschaft bis zu Sicherheitsfragen.

2463 Die **USA** sind unser engster außereuropäischer Partner. Das transatlantische Verhältnis
2464 ist zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen. Wir stehen bereit,
2465 diese enge transatlantische Kooperation fortzusetzen. Die Zeitenwende durch den
2466 russischen Angriffskrieg hat zuletzt den Wert des transatlantischen Bündnisses noch

2467 mal verdeutlicht, es zeigt sich aber gleichzeitig die Notwendigkeit, Europa auch
2468 sicherheitspolitisch selbstständiger aufzustellen. Die Gefahr protektionistischer
2469 Maßnahmen der USA ist weiter gestiegen. Wir setzen alles daran, Handelshemmnisse
2470 abzubauen und einen Subventionswettlauf mit den USA zu vermeiden. Dafür ist es
2471 wichtig, dass Europa mithilfe einer Investitions- und Innovationsoffensive in
2472 Zukunftstechnologien an wirtschaftlicher Kraft gewinnt.

2473 ***Wir setzen auf Dialog und Kooperation.***

2474 Peking ist kein einfacher Partner. Die SPD unterstützt die Umsetzung der ersten
2475 deutschen China-Strategie und setzt sich für eine europäisch abgestimmte China-
2476 Politik ein. In der EU definieren wir **China** als Partner, Wettbewerber und
2477 Systemrivalen. Die Volksrepublik ist zu einer führenden globalen Gestaltungsmacht
2478 aufgestiegen, ohne deren Mitwirkung globale Herausforderungen wie der Klimawandel,
2479 Fragen der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die
2480 Verschuldungskrise in Ländern des Globalen Südens nicht zu lösen sind. Nach außen
2481 tritt China immer selbstbewusster und auch aggressiver auf. Etwa indem es seine
2482 Machtansprüche in seiner Nachbarschaft immer wieder deutlich macht. Auch distanziert
2483 sich China nicht ausreichend von Russlands völkerrechtswidrigem Krieg gegen die
2484 Ukraine. Vielmehr hat China seine Unterstützung für Russland ausgebaut. Das betrifft
2485 die europäische Sicherheit. Wir sehen das kritisch. Der Aufstieg Chinas bedarf einer
2486 besonnenen und gemeinsamen europäischen Chinapolitik. Europa muss seine geopolitische
2487 Macht nutzen und mit einer europäischen Stimme für seine Interessen und Werte
2488 sprechen. Gleichzeitig müssen wir in kritischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger
2489 werden (De-Risking). Wir bekennen uns weiterhin zur Ein-China-Politik und sind der
2490 Überzeugung, dass die Taiwan-Frage nur einvernehmlich in einem friedlichen Verfahren
2491 geklärt werden kann. Ob Menschenrechte, wettbewerbsverzerrende Industriepolitik oder
2492 Russlandpolitik: Wir bleiben mit Peking in einem robusten Dialog, in dem wir auch
2493 kontroverse Themen offen diskutieren.

2494 Gemeinsam mit Ländern wie **Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien** engagieren wir
2495 uns für Multilateralismus, für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung und
2496 für die Verteidigung der Demokratie – auch wenn sie zusammen mit Russland Mitglieder
2497 der BRICS-Staatengruppe sind. Den Dialog mit diesen Ländern gilt es mit dem Ziel
2498 einer neuen Nord-Süd-Politik zu vertiefen. Wir werden strategische Partnerschaften
2499 mit Ländern des Globalen Südens ausbauen. Wir wollen koloniale Kontinuitäten
2500 überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen. Die Aussöhnung mit Namibia
2501 bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und
2502 moralischen Verantwortung erwächst.

2503 Wir setzen auf die **auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** als eine wichtige Säule
2504 unserer Außenpolitik. Durch Verbindungen in Kultur und Wissenschaft vertiefen wir die
2505 Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften in der Welt.

2506 ***Wir wollen Frieden im Nahen Osten.***

2507 Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf **Israel** vom 7. Oktober 2023
2508 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Das
2509 Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar. Wir fordern die
2510 unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf
2511 Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht
2512 verpflichtet, auf die Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten und Zivilisten zu

2513 schützen. Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza, darunter mehrheitlich
2514 Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur fordern
2515 wir einen sofortigen Waffenstillstand. Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf
2516 und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale
Empfehlung der Antragskommission:
2517 humanitäre Lage im ~~Gaza-Streifen~~Gazastreifen ist inakzeptabel und muss umfassend
adressiertsofort beendet werden. Hilfskonvois müssen uneingeschränkten Zugang zu den
Menschen in Gaza haben. Die Bevölkerung
2518 muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region
2519 zeigen, dass es dringend einen neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung
2520 braucht. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die
2521 zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr
2522 ausgehen.

2523 Es muss es zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den
2524 palästinensischen Gebieten kommen. Pläne zur Annektierung von Gebieten im
2525 Westjordanland und Gaza-Streifen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die friedliche
2526 Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer
2527 Verhandlungslösung. Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit Israels
2528 dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit Israel und die Einhaltung des
2529 Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein.
2530 Ebenso müssen die Waffen im Libanon schweigen. Die Resolution 1701 des UN-
2531 Sicherheitsrats aus dem Jahr 2006 muss von allen Konfliktparteien befolgt werden.

2532 Das Regime im Iran trägt zu einer weiteren Eskalation der Sicherheitslage im Nahen
2533 Osten bei. Mit seiner Ablehnung der internationalen regelgebundenen Ordnung trägt der
2534 Iran eine Mitverantwortung für viele aktuelle Konflikte und Krisen in der Welt. Das
2535 Regime unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine mit Raketen und Drohnen. Es
2536 hat Israel direkt angegriffen und versucht, den Nahen Osten über die sogenannte Achse
2537 des Widerstands zu destabilisieren. Es verweigert die Kontrolle seiner Atomanlagen.
2538 Zugleich nimmt die Repression gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die
2539 für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, im Land zu. Sie werden dabei erbarmungslos
2540 verfolgt. Wir unterstützen daher die internationalen Sanktionen gegen das Regime und
2541 fordern, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

2542 **24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.**

2543 Ein attraktives und starkes Europa kann entscheidend dazu beitragen, auf globale
2544 Herausforderungen globale Antworten zu geben. Eine regelbasierte internationale
2545 Ordnung ist dafür die beste Grundlage. Sozialdemokratische internationale Politik hat
2546 das Ziel einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt. Autoritäre Regime
2547 drängen allerdings darauf, die regelbasierte Ordnung zu ihren ganz eigenen Gunsten zu
2548 verschieben, während viele Staaten im Globalen Süden sich von den liberalen
2549 Demokratien abwenden. Sie sehen ihre Erwartungen auf Wachstum und Wohlstand nicht
2550 erfüllt. Wir haben es in der Hand, das zu ändern, indem wir strategisch in
2551 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens investieren. Dabei geht es nicht
2552 zuletzt um unsere eigene Zukunft, um Sicherheit in Europa, um den Erhalt von
2553 Arbeitsplätzen in Deutschland, um den Wohlstand unserer Gesellschaft. Eine
2554 vertrauensvolle Zusammenarbeit, als Win-win-Modell für alle Beteiligten, ist im

2555 europäischen Interesse.

2556 **Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.**

2557 Unsere Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Menschen in Ländern des
2558 Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu
2559 schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die
2560 Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns.
2561 Wir werden eine **feministische Außen- und Entwicklungspolitik** fortführen, die der
2562 Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und
2563 Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.

2564 Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in
2565 multilateralen Foren wie den G20. Ziel ist die **Überwindung von Armut, Hunger und**
2566 **Ungleichheit**. Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine
2567 Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit unterstützen.
2568 Soziale Sicherungssysteme sehen wir dabei als eine notwendige Investition in die
2569 Zukunft. Nur wo ein soziales Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch
2570 Krisen. Im Rahmen einer **globalen Gesundheitspolitik** ist es wichtig, künftig
2571 schnellere, grenzübergreifende Hilfe und unbürokratische internationale Kooperationen
2572 zu ermöglichen. Schaltzentrale sollte eine breit unterstützte
2573 Weltgesundheitsorganisation sein.

2574 Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die **17**
2575 **Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030** der Vereinten Nationen (Sustainable Development
2576 Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon
2577 überzeugt, dass Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um
2578 die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** –
2579 auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas,
2580 Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit
2581 Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im
2582 Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran.

2583 Durch Humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche
2584 Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu
2585 festigen. Wir brauchen ein starkes und **eigenständiges Entwicklungsministerium**, das
2586 zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie
2587 zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen
2588 und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass mindestens **0,7**
2589 **Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen**
2590 (ODA-Quote). Diesen Anspruch haben wir nicht nur an uns, sondern auch an unsere
2591 Partner insbesondere im G7-Kreis.

2592 Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese
2593 Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für
2594 Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer**
2595 **Milliardärssteuer** vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des
2596 Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur
2597 Klimafinanzierung, herangezogen werden.

2598 Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen
2599 Währungsfonds können wir die **internationale Finanzarchitektur** gerechter machen.

2600 Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in
2601 den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem
2602 IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Für **hochverschuldete**
2603 **Länder** setzen wir zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer
2604 Verpflichtungen gegen Investitionen, in die soziale und ökologische Transformation.

2605 ***Wir wollen strategische Partnerschaften.***

2606 Viele Bereiche unseres Alltags und unserer Wirtschaft hängen unmittelbar an **robusten**
2607 **Lieferketten** und dem Zugang zu besonders wertvollen Rohstoffen. Als innovativer
2608 Industriestandort wollen wir Allianzen bilden und mit strategischen Partnerschaften
2609 Brücken bauen – beispielsweise beim Ausbau von grünem Wasserstoff. Nachhaltige und
2610 verantwortungsvolle Wertschöpfungsketten gilt es mit Produktionsstätten vor Ort zu
2611 schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern – auch bei uns zu Hause.

2612 Wir wollen konkrete Vereinbarungen zu internationalen Standards, die **gute Arbeit** mit
2613 existenzsichernden Löhnen sicherstellt. Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie haben wir
2614 klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa
2615 geschaffen.

2616 Von klaren Regelungen und gleichen Voraussetzungen für alle in Europa profitieren
2617 insbesondere deutsche Unternehmen, die schon jetzt auf starke Standards setzen. Auf
2618 weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für
2619 Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für
2620 die universelle Geltung der **Menschenrechte**. Dafür braucht es starke Institutionen wie
2621 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den internationalen
2622 Strafgerichtshof.

2623 Europas Wohlstand und auch die Entwicklungsperspektiven vieler Staaten des Globalen
2624 Südens hängen stark von einem regelbasierten, diskriminierungsfreien globalen
2625 Handelsregime ab. Der Abschluss von weitreichenden **Handels- und Investitionsabkommen**
2626 (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit
2627 Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und

Empfehlung der Antragskommission:

2628 Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen mit unseren
2629 sicherheitspolitischen Zielen übereinstimmen, soziale Rechte wie auch
2629 Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für
2630 Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen. Wir wollen, dass solche
2631 Abkommen künftig einfacher gestaltet und schneller zum Abschluss gebracht werden
2632 können. Zu oft werden Verhandlungen von einzelnen EU-Mitgliedstaaten ausgebremst.

Empfehlung der Antragskommission:

2633 Handelsabkommen sollen daher durch eine qualifizierte Mehrheit im **Europäischen Rat**
2634 Ministerrat der EU

2634 entschieden werden. Damit tragen wir auf europäischer Ebene zu einem erfolgreichen
2635 und zeitlich angemessenen Abschluss von Freihandelsabkommen bei.

2636 Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit
2637 solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die
2638 häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische
2639 Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz
2640 miteinander verbindet.

2641 Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der

2642 **internationalen Klimafinanzierung** bereitstellen. Für die finanziellen
2643 Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die
2644 Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation
2645 umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen
2646 für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise
2647 die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und
2648 Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht
2649 um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum
2650 stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit
2651 einbeziehen. Für ein Vorgehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf
2652 **internationale Vertrauensnetzwerke** wie den internationalen Klimacub angewiesen, der
2653 bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere
2654 Formate initiieren und unterstützen.

RP06: Unser Versprechen

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	RP - Regierungsprogramm 2025

2655 25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.

2656 Fast 26.000 Wörter. 4 große Kapitel. 24 Wahlkampf-Themen. Danke fürs Zeit nehmen und
2657 lesen.

2658 Es ist ein umfassendes Programm. Aber für uns ist es viel mehr. Es ist ein
2659 Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Ein Versprechen an Dich. Ein Versprechen
2660 an unser aller Zukunft. Ein Versprechen an Deutschland.

2661 Die Renten für alle Generationen stabil halten und Familien spürbar entlasten. Das
2662 Wachstum vorantreiben und die Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern und schützen.
2663 Sich für gerechte Löhne einsetzen und die Kaufkraft der Menschen stärken.

2664 Was unser Programm starkmacht und wo wir uns jetzt unterscheiden im Meer der
2665 Wahlkampf-Floskeln: Bei der SPD steckt hinter jedem einzelnen Programmpunkt ein
2666 konkreter Vorschlag zur Umsetzung.

2667 15 Euro Mindestlohn. Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent. 95
2668 Prozent der Steuerzahlenden sollen mehr Netto vom Brutto haben. Eine stabile Rente
2669 für alle Generationen. Made in Germany Bonus, Einrichtung eines Deutschlandfonds, um
2670 die Wirtschaft zu stärken – nur um einige wichtige zu nennen.

2671 Als SPD sind wir fest davon überzeugt: Soll es Deutschland besser gehen, dann muss es
2672 jedem Einzelnen im Land besser gehen. Das ist das Ziel unserer Politik. Das treibt
2673 uns jeden Tag an. Und genau das macht dieses Programm.

2674 In diesem Sinne: Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf, auf den Austausch
2675 überall in Deutschland.

2676 **Deine SPD**

Kap 2/01: Für eine gerechte und gemeinwohlorientierte Finanzpolitik

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Südpfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Eine sozialdemokratische Finanzpolitik muss gerecht und gemeinwohlorientiert sein.
- 2 Diese Forderung sowie die bereits beschlossenen und zur Beratung vorliegenden
- 3 Maßnahmen sollen in der 21. Wahlperiode als zentrales Ziel konsequent verfolgt und
- 4 umgesetzt werden. Im Zukunftsprogramm 2021 wurden Maßnahmen zur Einkommens- und
- 5 Vermögensverteilung als Mittel zur Finanzierung sozialpolitischer Vorhaben
- 6 betrachtet. Wir sind jedoch überzeugt, dass finanzielle Umverteilung weit mehr ist
- 7 als nur ein Instrument: Sie ist ein zentrales Ziel, um soziale Gerechtigkeit,
- 8 wirtschaftliche Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Die
- 9 gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen muss im Mittelpunkt unseres
- 10 Wahlprogramms und einem möglichen Koalitionsvertrag 2025 stehen.

Kap 2/02: Lasten gerecht verteilen! – Vermögenssteuer ist notwendig und gerecht!

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir fordern, die Vermögenssteuer als Gerechtigkeitsmoment bei der Finanzierung des
- 2 Staatshaushalts, zur Vermögensverteilung und bei wichtigen Zukunftsinvestitionen
- 3 diskutiert, thematisiert und gesetzlich auf den Weg bringt!

4

Wir fordern, die Vermögenssteuer zum wichtigen Thema Element im Wahlkampf zur

5

nächsten Bundestagswahl zu machen.

Kap 2/03: Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken und Vertrauen in die kommunale Ebene wieder herstellen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Wuppertal
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02 und RP03

1 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

2

3 1. Förderdschungel entschlacken - pauschale Zuweisungen an Kommunen sollen Vorfahrt
4 haben

5

6 Der Bund wird aufgefordert, die Zahl der antragsgebundenen Förderprogramme für
7 Kommunen erheblich zu reduzieren. Die dadurch freiwerdenden Mittel sind den
8 Kommunen als Pauschalen zuzuweisen. Die Zuweisungen müssen sich nach dem
9 Finanzbedarf und der Finanzkraft der Kommunen richten.

9

10 2. Förderverfahren und -prozesse verschlanken

11

12 Die verbleibenden Förderprogramme sind hinsichtlich der Förderbedingungen sowie
13 der Förderverfahren stark zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Damit werden
14 zugleich die Voraussetzungen für einfache und einheitliche digitale Prozesse und
15 Reduzierung des personellen Aufwands für Antragstellung, Mittelabrufe,
Verwendungsnachweise und Prüfung geschaffen.

Kap 2/04: Unser Weg in ein faires Steuersystem

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Vermögen sind in Deutschland derzeit extrem ungleich verteilt. Nach Zahlen des
2 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehören den reichsten 10 Prozent in
3 Deutschland 65 Prozent der Vermögen. Umgekehrt besitzen die ärmsten 40 Prozent gar
4 kein Vermögen. Sie stehen den derzeitigen Krisen ungeschützt gegenüber. Damit hat
5 Deutschland in Europa im Bereich der Vermögensungleichheit eine negative
6 Sonderstellung. Es gibt in diesem Feld kaum eine Demokratie, die ungleicher ist als
7 Deutschland. Das ist ein Zustand, den wir als Sozialdemokratie nicht hinnehmen können
8 und wollen. Daher wollen wir die Beseitigung der Vermögensungleichheit ins Zentrum
9 unserer Politik stellen. Denn eine ungleiche Gesellschaft ist oft auch eine instabile
10 Gesellschaft. Wir geben wenigen Menschen eine Fülle an Macht, die in einer Demokratie
11 nicht hinnehmbar ist. Wir erleben aktuell wie der Überreichtum weniger Menschen
12 wächst während auf der anderen Seite auch die Armut in Deutschland immer weiter
13 zunimmt. Dabei hängen Reichtum und Armut strukturell zusammen.

14

15 Als zentrales Instrument für die Eindämmung der Vermögensungleichheit sehen wir die
16 Steuerpolitik. In den letzten Jahrzehnten gab es keine großen Reformen im Bereich der

17 Steuern. Wir als Sozialdemokratie wollen eine große Reform wagen, die im Ergebnis die
18 Überreichen belastet und umgekehrt den Großteil der Bevölkerung entlastet. Wir wollen
19 eine Steuerreform die einen handlungsfähigen Staat und Investitionen in die Zukunft
20 ermöglichen.

21

22 **1. Steuerprivilegien abschaffen**

23 Wir stellen Steuerprivilegien auf den Prüfstand und werden sie insbesondere in den
24 Bereichen abschaffen, wo sie gesellschafts-, umwelt- oder klimaschädliche oder
25 unerwünschte Wirkungen entfalten.

26

27 **2. Eine progressive Erbschaftsteuer**

28 Die derzeitige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ist für uns kein hinnehmbarer
29 Zustand. Aktuell zahlen vor allem die mittleren Erbschaften, während die hohen
30 Erbschaften steuerlich meist komplett verschont werden. Ab einer Erbschaft von 10
31 Millionen Euro wird die Steuer sogar regressiv. Daher brauchen wir eine umfassende
32 Reform. Das Bundesverfassungsgericht hat uns mit zwei Urteilen hier den Weg
33 aufgezeigt. Wir müssen erstens die umfassenden Ausnahmen für Erb*innen von
34 Unternehmen ab- schaffen. Wir streben eine Gleichbehandlung aller Erbschaften an, so
35 wie es auch das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zwei Mal geurteilt hat. Für
36 Erbschaften von Unternehmen sollen Stundungen, Streckungen oder der Staat als stiller
37 Teilhaber möglich sein. Damit ist der Weiterbetrieb der Unternehmen sichergestellt.

38

39 Zweitens wollen wir die unzähligen Umgehungswege der Steuer radikal abschaffen. Geld
40 in Stiftungen zu packen, große Summen an Kinder zu verschenken, das darf nicht mehr
41 dazu führen, dass keine Erbschaftsteuer anfällt. Gerade Menschen mit großen
42 Erbschaften müssen ihren Teil zum funktionierenden Staat beitragen. Unser Ziel ist
43 daher die Rückkehr zu einer progressiven Steuer. Eine Flat Tax wie sie die CDU
44 vorschlägt lehnen wir klar ab.

45

46 Im Gegenzug wollen wir den Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf eine Million Euro
47 erhöhen und ihn zu einem einmalig nutz- baren Lebensfreibetrag umwandeln. Die
48 selbstgenutzte Immobilie soll auch weiterhin nicht zum Freibetrag gezählt werden.
49 Eine solche Reform würde höhere Einnahmen bei der Steuer mit sich bringen, würde aber
50 vor allem die sehr hohen Erbschaften betreffen. Es wäre zudem eine klare
51 Vereinfachung einer heute sehr komplexen Steuer.

52

53 **3. Einführung des Grunderbes**

54 Derzeit werden nur zwei Prozent des Erbvolumens im gesamten ostdeutschen Gebiet
55 weitergegeben. Damit verfestigt sich eine gravierende Vermögensungleichheit zwischen
56 Ost- und Westdeutschland immer weiter. Ohne ein Eingreifen in das Erben wird sich an
57 diesem Zustand auch nichts ändern. Da die Erbschaftsteuer den Ländern zugutekommt
58 wird diese alleine die ungleiche regionale Verteilung von Erbschaften nicht ändern.
59 Daher wollen wir das Konzept des Grunderbes weiterentwickeln und entführen. Wir
60 wollen mit dem Grunderbe jedem zwischen 18 und 21 Jahren ein staatliches Erbe von

61 20.000 Euro steuerfrei geben. Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen in einer
62 entscheidenden Lebensphase die Möglichkeit haben, ihre Ideen umzusetzen. Diese können
63 das Geld zum Studieren, für eine Ausbildung oder für Investitionen nutzen. Das DIW
64 hat ausgerechnet, dass die Einführung eines Grunderbes die Vermögen der unteren
65 Hälfte der Bevölkerung um 60 bis 90 Prozent steigen lässt. Die Maßnahme würde
66 jährlich 15 Milliarden Euro kosten und soll durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer
67 für sehr hohe Erbschaften finanziert werden. Weitere Instrumente der Umverteilung
68 wollen wir prüfen.

69

70 **4. Vermögensteuer? Brauchen wir!**

71 Seit den 80er Jahren wurden die Steuern auf Vermögen innerhalb der OECD und vor allem
72 auch in Deutschland massiv abgebaut. Dieser Abbau hat zur Folge, dass wir heute eine
73 in Deutschland noch nie dagewesene Vermögensungleichheit erleben können. Wir haben
74 eine Vermögensungleichheit, die den Fortbestand unserer Demokratie mittlerweile
75 gefährdet. Deswegen ist für uns klar, dass die ausgesetzte Vermögensteuer wieder
76 eingesetzt werden muss. Die Ausgestaltung der Vermögensteuer soll sich dabei vor
77 allem auf die besonders reichen Teile der Bevölkerung konzentrieren. Neben
78 natürlichen Personen sollen auch juristische Personen in die Vermögensteuer
79 einbezogen werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wollen wir bei der
80 Wiedereinsetzung der Steuer naturgemäß umsetzen.

81

82 **5. Kapitalertragsteuer**

83 Wir setzen uns für eine Reform der Kapitalertragsteuer ein. Derzeit werden
84 Kapitalerträge niedriger besteuert als Arbeitseinkommen. Das führt zu einer niedrigen
85 steuerlichen Belastung gerade für Menschen mit viel Geld. Das wollen wir nicht länger
86 hinnehmen. Deswegen wollen wir die Kapitalertragsteuer deutlich erhöhen. Zweitens
87 wollen wir eine progressive Steuer statt eines Einheitssatzes von 25 Prozent. So kann
88 sichergestellt werden, dass gerade Menschen mit sehr hohen Erträgen ihren fairen
89 Anteil an Steuern zahlen.

90

91 **6. Wir senken die Steuern auf Arbeit für Geringverdiener*innen**

92 Kein anderes Land besteuert die Arbeit so hoch und die Vermögen so niedrig, wie es
93 Deutschland tut. Das führt zu großen Ungerechtigkeiten im Steuersystem. Die
94 Besteuerung von Einkommen werden wir daher gerechter gestalten. Das aktuelle
95 Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen
96 Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit
97 der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir
98 wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform
99 vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und
100 dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen
101 öffentlichen Aufgaben heranzieht. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wollen
102 wir senken.

103

104 **7. Überreichtum bekämpfen**

105 Derzeit erleben wir, wie wenige Menschen einen immer größeren Reichtum auf sich
106 vereinen können. Mit 40 Milliarden Euro Privatvermögen sind die BMW Erb*innen Susanne
107 Klatten und Stefan Quandt derzeit die reichsten Deutschen. Trotz wirtschaftlicher
108 Krise sind die Vermögen der Top 500 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um
109 insgesamt 82 Milliarden Euro auf knapp 1,1 Billionen Euro gestiegen. Die Zahl der
110 Milliardär*innen ist auf 226 gestiegen. In eine solche Entwicklung wollen wir
111 eingreifen. Denn für uns ist ein solcher Überreichtum mit einer Demokratie nicht
112 vereinbar. Menschen bekommen eine solche Machtfülle, der wir entgegentreten wollen.
113 Bis zur Erstellung des nächsten Bundeswahlprogramms soll daher eine Kommission
114 gegründet werden und fundierte Vorschläge erarbeiten, wie wir den derzeitigen
115 Überreichtum bekämpfen können, dazu gehört die Umsetzung einer Vermögensabgabe.

116

117 **8. Abschaffung des Ehegattensplittings**

118 Das Ehegattensplitting steht gerade bei den mittleren Einkommen der Steuer- und
119 Geschlechtergerechtigkeit entgegen. Es erhält zusätzlich den Anreiz, mehrheitlich
120 Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und subventioniert eine veraltete
121 Rollenverteilung.

122

123 **9. Gut ausgestattete Steuerbehörden**

124 Wir erleben derzeit, wie viele reiche Menschen versuchen, legal und illegal Steuern
125 zu sparen. Nie war das Kapital mobiler und nie wurde stärker versucht, mit illegalen
126 Mitteln Steuern zu umgehen. Derzeit treffen Kriminelle auf schlecht ausgestattete
127 Steuerbehörden. Wir wollen die Mittel für die Steuerbehörden daher massiv erhöhen.
128 Jede neu geschaffene Stelle bringt derzeit ein Vielfaches an steuerlichen
129 Mehreinnahmen mit sich, es ist ein gutes Geschäft für den Staat. Wir brauchen
130 Steuerfahnder*innen mit den besten digitalen Ermittlungsmöglichkeiten, die gut
131 ausgestattet sind und einen länderübergreifenden Austausch sicherstellen können. Die
132 bessere Ausstattung der Steuerbehörden hat bei den nächsten Haushaltsberatungen für
133 uns eine sehr hohe Priorität.

134

135 **10. Investitionen in die Zukunft**

136

137 Unsere oben skizziertes Steuerkonzept ermöglicht es uns auch, wieder wichtige
138 Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Mit dem Klimakrise, der Bildung der Zukunft
139 und der Digitalisierung brauchen wir Spielräume für staatliche Zukunftsinvestitionen.
140 Nur diese können garantieren, dass wir den gesellschaftlichen Wandel auch sozial
141 gerecht gestalten können. Um weitere Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, müssen
142 wir uns neben dem Umbau des Steuersystems auch mit der Schuldenbremse befassen. Wir
143 fordern die Bundesregierung auf, Spielräume, die die Schuldenbremse ermöglicht, auch
144 zu nutzen. Perspektivisch wollen wir die Schuldenbremse in Gänze abschaffen und dazu
145 auch konkret in Verhandlungen mit anderen Parteien treten.

146

147 **11. Die nächste SPD-Regierung ist eine Regierung der Steuergerechtigkeit**

148 Deutschland verfügt derzeit über ein ungerechtes Steuersystem. Während die niedrigen

149 und mittleren Einkommen hohe Belastungen tragen müssen, müssen Vermögende kaum etwas
 150 beitragen. Für uns hat eine Steuerreform daher hohe Priorität. Denn laut Berechnungen
 151 des Netzwerk Steuergerechtigkeit zahlt die/der deutsche Muster-Millionär*in auf das
 152 Einkommen von 1,6 Millionen Euro nur 21 % Steuern. Während das Durchschnittspaar mit
 153 einem Bruttoeinkommen von 110.000 Euro eine Steuer- und Abgabenquote von 43 % trägt.

Kap 2/05: Mehr Gerechtigkeit und mehr für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes durch höhere Steuern für sehr Reiche

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Bergstraße
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Sehr Reiche müssen stärker als bisher zur Finanzierung der notwendigen Aufgaben des
 2 Bundes, der Länder und der Kommunen herangezogen werden.
 3 Deshalb muss
 4 1. die Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung
 5 des Aufkommens reformiert werden, indem Ausnahmen und Gestaltungsmöglichkeiten,
 6 insbesondere für sehr hohe Erbschaften und Schenkungen reduziert werden, wobei
 7 angemessene persönliche Freibeträge insbesondere für selbstgenutztes Wohneigentum zu
 8 gewährleisten sind,
 9 2. eine Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen eingeführt werden,
 10 3. die Abgeltungssteuer gestrichen und Kapitalerträge künftig wieder gemeinsam mit
 11 dem Erwerbseinkommen progressiv besteuert werden,
 12 4. Steuerhinterziehung konsequent bekämpft werden.
 13 Wir fordern alle Bundesländer auf deshalb eine entsprechende Initiative der Freien
 14 Hansestadt Bremen im Bundesrat zu unterstützen.
 15 Uns ist bewusst, dass in der derzeitigen Ampelkoalition auf Bundesebene eine
 16 entsprechende Initiative keine Unterstützung finden wird.
 17 Wir stellen allerdings fest, dass eine Regierungsbeteiligung der SPD künftig nicht
 18 erfolgen wird, ohne dass eine entsprechende Gesetzesinitiative der Bundesregierung in
 19 einem Koalitionsvertrag ausdrücklich und klar festgeschrieben wird.
 20

Kap 2/06: Keine Koalition ohne die Abschaffung der Schuldenbremse

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Bayern
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD geht nach der Bundestagswahl 2025 keine Koalition ein, in der eine
- 2 Abschaffung oder eine weitreichende Reform der Schuldenbremse nicht im
- 3 Koalitionsvertrag vereinbart ist. Diese Forderung wird schon im Rahmen des
- 4 Wahlkampfes deutlich gemacht.

Kap 2/07: NOTWENDIGE VERMÖGENSSTEUER ALS ELEMENT ZUM NÄCHSTEN SPD-BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat die Verteilungsungerechtigkeit vergrößert
- 2 und den Handlungs- und Gestaltungsspielraum des Staates eingeengt. Hinzu kommt, dass
- 3 die Schuldenbremse dem Staat erschwert, in Krisenzeiten antizyklisch gegen zusteuern.
- 4 Sie muss reformiert werden. Das Steuersystem orientiert sich nicht hinreichend an der
- 5 finanziellen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler:innen, sondern begünstigt hohe
- 6 Einkommen, Unternehmensgewinne und große Vermögen. Gerade Menschen, die über viel
- 7 Geld verfügen, zahlen also im Verhältnis weniger in die öffentlichen Kassen als
- 8 mittlere und kleine Einkommen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen
- 9 Herausforderungen, ist dies aus unserer Sicht nicht länger haltbar.
- 10 Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem als ein wichtiger Baustein für eine
- 11 gerechtere Gesellschaft und das insgesamt höhere Staatseinnahmen als heute sichert.
- 12 Es braucht öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden. Für den
- 13 Breitbandausbau, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, eine beschleunigte und
- 14 bezahlbare Energiewende, den Klima- und Umweltschutz, Smarte Städte, in Forschung und
- 15 Entwicklung, unter anderem für mehr Personal in den Behörden, Gesundheitsämtern,
- 16 Krankenhäusern, der Pflegebranche und dem Bildungswesen, die bessere Ausstattung von
- 17 Schulen mit digitalen Geräten, die Unterstützung der Wirtschaft mit Hilfgeldern.
- 18 Klar ist: Von diesen Investitionen profitieren alle. Wie können sie gerecht aus
- 19 Steuergeldern finanziert werden?
- 20 Wir wollen, dass Beschäftigte und Familien entlastet und große Vermögen wieder
- 21 stärker in die Verantwortung genommen werden.
- 22 Die SPD als Partei der Gerechtigkeit muss sicherstellen, dass die Transformation
- 23 sozial gerecht erfolgt und niemand zurückgelassen wird. Dazu müssen Vermögen und
- 24 Spitzeneinkommen höher besteuert werden. Dies erwarten viele Menschen von unserer
- 25 Partei. Hiermit können wir das Profil der SPD schärfen.
- 26 Wir fordern, dass die SPD die Vermögenssteuer als Gerechtigkeitsmoment festlegt und
- 27 zum wichtigen Element im Wahlkampf zur nächsten Bundestagswahl macht.

Kap 2/08: Europäische Industriepolitik als Antwort auf den Inflation Reduction Act (IRA)

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 • Europäische Förderung von klimaneutralen Investitionen
- 2 • EU-Förderung (Zuschüsse an Unternehmen sowie Vergabe von Aufträgen von der EU) an
- 3 Tarifbindung, Mitbestimmung, Beschäftigungserhalt und Standortsicherung knüpfen
- 4 • Angemessene Mindestlöhne in der EU:
- 5 Hierzu gehört eine feste Lohnuntergrenze, die den doppelten Schwellenwert von 60
- 6 Prozent des nationalen Bruttomedianlohns und 50 Prozent des nationalen
- 7 Bruttodurchschnittslohns – jeweils bezogen auf Vollzeitbeschäftigte – nicht
- 8 unterschreitet.
- 9 • Transnationale Mitbestimmung zu fördern, damit Mitbestimmungsflucht beendet wird
- 10 • Mindestanforderungen für die Mittel der Jugendgarantie geknüpft an Tarifverträge,
- 11 Mitbestimmung
- 12 • Eine gesamtheitliche aktive Industriestrategie
- 13 • Staatliche Förderung nur in Zusammenhang mit Standort- und Beschäftigungsgarantien
- 14 im Sinne der Guten Arbeit
- 15 • Eine schnelle Einführung des Industriestrompreises, um die Dekarbonisierung voran
- 16 zu treiben
- 17 • Ein schneller und intensiver Ausbau der Infrastruktur
- 18 • Eine deutsche aktive Industriepolitik eingebettet in einer europäischen aktiven
- 19 Industriepolitik mit dem Vorbild des IRA in den USA
- 20 • Die Stärkung der Klima- und Transformationsfonds sowie einen europäischen
- 21 Transformationsfond einrichten
- 22

Kap 2/09: eMobilität fördern – Arbeitsplätze der Automobilbranche sichern

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Köln
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 **Wir fordern daher, folgende Maßnahmen konsequent und zügig umzusetzen:**
- 2 **1. Wiedereinführung einer attraktiven Kaufprämie für Elektroautos bzw.**
- 3 **Umtauschprämie beim Umstieg vom Verbrenner auf Elektroauto**
- 4 Die Förderung von Elektrofahrzeugen muss dringend wieder aufgelegt und
- 5 attraktiver als der Umweltbonus gestaltet werden, der im Dezember 2023
- 6 eingestellt wurde. Neben einer Kauf- oder Umtauschprämie als Anreiz zum Umstieg

7 schlagen wir Steuerbegünstigungen und schnellere Abschreibungen für dienstliche
8 E-Fahrzeuge vor. Um das Ziel zu erreichen, dass in der EU bis zum Jahr 2035 nur
9 noch Neufahrzeuge mit Elektromotor verkauft werden, muss insbesondere die
10 Entwicklung erschwinglicher Modelle für breite Bevölkerungsgruppen unterstützt
11 werden, auch um die soziale Gerechtigkeit zu wahren.

12 **2. E-Auto-Kleinkredite für Haushalte mit kleinem Einkommen**

13 Zusätzlich zur Kaufprämie oder Umtauschprämie erhalten Haushalte mit kleinem
14 Einkommen einen zinsgünstigen Kleinkredit für den Kauf oder das Langzeitleasing
15 eines Elektroautos nach französischem Vorbild.

16 **3. Ausbau-Turbo für Ladesäulen**

17 Kommunen müssen umfassend unterstützt werden, um ein flächendeckendes Netz an
18 Ladepunkten zu schaffen. Außerdem ist bundesweit das Planungsrecht auf die neuen
19 Herausforderungen anzupassen. Planungsbeschleunigungen müssen zielgerichtet
20 eingesetzt werden.

21 **4. Beschleunigung des privaten Ladeinfrastrukturausbaues**

22 Private Immobilieneigentümer*innen sowie Vermieter*innen,
23 Immobiliengesellschaften etc. müssen Anreize erhalten, die Ladeinfrastruktur
24 auch im privaten Raum schnell und unbürokratisch einbauen zu lassen.

25 **5. Günstiger Ladestrom durch Steuernachlass**

26 Die Kosten für das Laden von Elektroautos sind ein zentrales Hindernis für den
27 Umstieg. Eine Absenkung der Strompreise für das Laden von Elektrofahrzeugen,
28 etwa durch eine gesetzliche Neuregelung der EEG-Umlage oder spezielle Tarife,
29 ist dringend erforderlich. Dafür ist die Absenkung der Netzentgelte auf 3 Cent
30 umzusetzen.

31 **6. Investitionen in Forschung und Entwicklung für nachhaltige Antriebe**

32 Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, sollten Mittel für Innovationen in
33 der Batterieproduktion, bei alternativen Antrieben und Recyclingtechnologien
34 massiv ausgeweitet werden.

35 **7. Schaffung eines "Zukunftsfonds Automobilwirtschaft"**

36 Der Fonds soll Unternehmen bei der Transformation hin zu nachhaltiger Mobilität
37 unterstützen und Qualifizierungsprogramme für die Beschäftigten fördern.

38 **8. Deutschland-Bonus für Batterieproduktion**

39 Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und unabhängiger von störanfälligen, globalen
40 Lieferketten zu werden, sollen Batterieproduzenten unterstützt werden, die in
41 Deutschland forschen und fertigen. Dabei müssen gezielt die Standorte der
42 Automobilproduktion gestärkt und um die Batterieproduktion aufgewertet werden.
43 Es gilt, in dem Strukturwandel industrielle Kerne der Automobilindustrie
44 zukunftssicher zu ertüchtigen.

45 **9. Gesamtstrategie zur Zukunft der E-Mobilität**

46 Es braucht eine Gesamtstrategie für die Transformation der Automobilindustrie in
47 Deutschland analog zur Roadmap in Baden Württemberg.

Kap 2/10: Reformvorschlag der Bundesnetzagentur vorziehen, Netzentgelte senken, Ausbau der Erneuerbaren Energien

unterstützen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Rheingau-Taunus
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die entsprechenden SPD-Minister im Kabinett sollen
- 2 sich dafür einzusetzen, dass der Reformvorschlag zur Verteilung der Mehrkosten zum
- 3 Netzausbau der Bundesnetzagentur von Dezember 2023 schnellstmöglich eingeführt wird
- 4 (anstatt zum 1. Januar 2025 eher zum 01.09.2024). Somit sollen die Mehrkosten für den
- 5 Netzinfrastrukturausbau in Regionen mit hohem EE-Ausbau gesenkt und der fehlende
- 6 Bundeszuschuss in Höhe von 5,5 Mrd. Euro gedämpft werden.

Kap 2/11: Keine Naturzerstörung im Ausland für unsere Energieversorgung

Antragsteller*in:	SPD-OV Nordstemmen
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP05
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass Naturschutzgebiete respektiert werden, auch im
- 2 Ausland, und nicht zur Erzeugung von Energie für uns zerstört wird.
- 3 Generell ist es kontraproduktiv, den Naturschutz herabzusetzen, um Energieprojekte zu
- 4 realisieren. Das wird uns auf lange Sicht einholen.
- 5 Wir dürfen es aber auf alle Fälle nicht zulassen, dass Projekte in
- 6 Naturschutzgebieten im Ausland realisiert werden, nur damit wir hier unsere
- 7 Energieversorgung sichern und unsere Klimaziele erreichen. Das ist purer Eigennutz
- 8 und passt nicht zu den Werten der SPD.

Kap 2/12: Bayerische Wasserkraftwerke verstaatlichen

Antragsteller*in:	SPD-OV Kochel am See
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir fordern den An- bzw. Rückkauf sämtlicher Wasserkraftwerke in Bayern, welche sich
- 2 derzeit im Besitz des UNIPER-Konzerns befinden.
- 3 Es ist dafür zu sorgen, dass Eigentum, Besitz, Erträge und Verfügungsgewalt über die
- 4 betroffenen Kraftwerke, die dazugehörigen Infrastrukturen und Immobilien vollständig

5 in die öffentliche Hand überführt werden. Dabei ist in engem Einvernehmen mit den von
6 den Kraftwerken betroffenen Kommunen vorzugehen.

Kap 2/13: Ein starker Rahmen für faire Arbeitsbedingungen

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Europawahlprogramm und RP01
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Aus unserer Geschichte der Arbeiterbewegung heraus ist uns klar, dass wahrer Respekt
2 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur entstehen kann, wenn sie auf Augenhöhe
3 ihre Interessen kollektiv vertreten und verhandeln können. Das gilt im Kleinen wie im
4 Großen. In unserem Land und in der EU im Jahr 2024 sind wir davon weit entfernt. Die
5 Verantwortung liegt bei den Staaten und bei der EU.

6 Wir brauchen gute Rahmenbedingungen und grundlegende Regeln im Arbeitsschutz und bei
7 den Löhnen. Auch hier liegt die Verantwortung bei den Staaten und bei der EU. Für die
8 Gestaltung einer guten Zukunft für alle Europäerinnen und Europäer können die
9 künftigen Veränderungen nur gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften
10 gestaltet werden. Dafür braucht es in Deutschland und Europa starke Mitbestimmung,
11 hohe Tarifbindung und eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, bei denen die
12 Interessen der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

13 Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa, sondern gute Arbeit.

14 Wir fordern insbesondere...

15 • dass die gemeinsamen Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik
16 verbessert und weiterentwickelt werden.

17 • dass die Kriterien für gute Arbeit noch stärker in der europäischen
18 Strukturpolitik verankert werden, in den Strukturfonds und in den Regionalbeihilfen.
19 Hier müssen Tarifbindung, Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie
20 Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln
21 verankert werden.

22 • dass die sozialen Rechte mobiler EU-Bürgerinnen und -bürger verbessert und sie
23 vor Ausbeutung und Diskriminierung geschützt werden.

24 • eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer bzw. den digitalen
25 Sozialversicherungspass. Die Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme
26 muss den Sozialschutz mobiler Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam
27 bekämpfen.

28 • dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozialversicherungsbetrug entschiedener vorgegangen
29 und durch Mindeststandards für Unterkünfte die unwürdige Unterbringung von mobilen
30 Beschäftigten beendet wird.

31 • mehr nationale wie europäische Kontrollen, eine stärkere Koordinierung sowie die
32 Ausweitung von Beratungsstellen zur Fairen Mobilität in ganz Europa, um die Lage der
33 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu gehören auch eine Ausweitung
34 des Mandats der Europäischen Arbeitsagentur für die Kontrolle von Beschäftigten aus

35 Drittstaaten, Subunternehmerketten, privaten Arbeitsvermittlungen,
 36 • besserer Zugang zu Daten und mehr Kompetenzen bei grenzüberschreitenden
 37 Kontrollen.
 38 • Dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ in allen
 39 Mitgliedsstaaten durchgesetzt wird.
 40 • eine starke Richtlinie zur Plattformarbeit, die einen Rahmen schafft, mit dem
 41 Scheinselbständigkeit bekämpft wird und kollektive Rechte gestärkt werden.
 42 • faire Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb in der europäischen Logistikbranche
 43 ein, insbesondere für LKW-Fahrerinnen und -fahrer.
 44 • eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen, um auf die Zunahme von
 45 Stress, Arbeitsverdichtung und Zeitdruck zu reagieren.
 46 • Die Umsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes, in Ergänzung eine starke
 47 europäische Lieferkettenrichtlinie um auch außerhalb der Europäischen Union für
 48 faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den Umweltschutz und den
 49 Kampf gegen den Klimawandel sicherzustellen.
 50 • So soll verhindert werden, dass Produkte, die durch Zwangsarbeit oder Ausbeutung
 51 von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in den europäischen Binnenmarkt
 52 gelangen. Deshalb muss die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit
 53 hergestellten Produkten unterstützt werden.
 54 • eine EU-Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung,
 55 die den Flickenteppich unterschiedlicher Mitbestimmungsregeln zusammenfasst.
 56 • dass die Demokratie am Arbeitsplatz im Rahmen einer Reform des europäischen
 57 Gesellschaftsrechts gestärkt wird.
 58 • dass bei nachträglichem Überschreiten nationaler Schwellenwerte für die Geltung
 59 der Mitbestimmung eine Nachverhandlungspflicht gilt.
 60 • die Europäischen Betriebsräte (EBR) im Rahmen der Richtlinie gestärkt werden. Das
 61 gilt vor allem bezüglich des Zugangs zu Gerichten, der Definition von
 62 grenzüberschreitenden Angelegenheiten und angemessenen Sanktionen.
 63 Der Antrag wurde am a.o. Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz am 28.09.2024 zur
 64 Überweisung an den Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, SPD-EU-
 65 Abgeordnete und den Parteivorstand verabschiedet.
 66

Kap 2/14: Ein Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte bei der Personalplanung

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Novellierung des

- 2 Betriebsverfassungsgesetzes sicher zu stellen, dass zwingende Mitbestimmungsrechte
- 3 bei der strategischen, qualitativen Personalplanung- und bemessung eingeführt werden,
- 4 insbesondere zur Stärkung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Kap 2/15: Klimaschutz als sozialdemokratisches Thema

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem Klimaschutz
- 2 dienen. In größeren Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, wo schon die
- 3 Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses verbindlich ist, soll auch eine Pflicht zur
- 4 Errichtung eines Umweltausschusses gelten.

Kap 2/16: sozial-ökologischer Klimaschutz in den Betrieben

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem Klimaschutz
- 2 dienen. In größeren Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, wo schon die
- 3 Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses verbindlich ist, soll auch eine Pflicht zur
- 4 Einrichtung eines Umweltausschusses gelten.

Kap 2/17: Mehr Arbeitsschutz für Arbeitnehmende im Einzelhandel

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD-Bürgerschafts- und Landtagsfraktionen sowie die in Regierungsverantwortung
- 2 stehenden Sozialdemokrat*innen werden aufgefordert zu prüfen,
- 3 ob das jeweilige Gesetz über den Ladenschluss nach dem Beispiel des §12 des Thüringer
- 4 Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) zu Gunsten der Arbeitnehmenden zu überarbeiten
- 5 ist.
- 6 Dies gilt insbesondere im Hinblick auf ein Recht auf mindestens zwei freie Samstage
- 7 im Monat. Wir sprechen uns zudem entschieden gegen verkaufsoffene Sonntage aus. Der
- 8 Sonntagsschutz ist im Grundgesetz verankert.

Kap 2/18: Mehr als nur ein Obstkorb - New Work

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 • Eine generelle Reform der Beschäftigungsform “Minijobs” -keine Arbeit ohne
- 2 Sozialversicherung!
- 3 • Eine Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen
- 4 • Um allen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, muss ein
- 5 solidarisch aufgebautes und solidarisch finanziertes, flächendeckendes Netz an
- 6 qualitativ hochwertiger Care-Dienstleistungen aufgebaut werden - von der Kita bis zum
- 7 Altenheim. Die dort geleistete, bezahlte Care-Arbeit muss fair entlohnt und
- 8 arbeitsrechtlich geschützt werden
- 9 • Lohndumping und Schlupflöcher beim Mindestlohn müssen geschlossen werden! Wir
- 10 möchten, dass Arbeit sich wirklich lohnt - und zwar für die Arbeiter*innen. Löhne,
- 11 die so niedrig sind, dass Menschen staatliche Unterstützung brauchen, da sie sonst
- 12 unterhalb des Existenzminimums liegen würden, gehören verboten
- 13 • Eine Bafög-Reform! Bafög muss, für Studierende wie Auszubildende, die freie,
- 14 eigenständige und unabhängige Entwicklung gewährleisten - und das geht nur, wenn es
- 15 den Empfänger*innen ein Leben überhalb des Existenzminimums garantiert
- 16 • Eine armutsfeste Kindergrundsicherung und kein neoliberales Feigenblatt!
- 17 • Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie - damit kein junger Mensch mehr
- 18 ohne Ausbildungsplatz da steht und damit Betriebe wieder mehr ausbilden
- 19 • Gebührenfreies Fernstudium, insbesondere für Arbeitnehmer*innen
- 20 • Voll vergütete Freistellungen für Weiterbildungen für Arbeitnehmer*innen
- 21 • Übernahme der Kosten (solange sie nicht abgeschafft sind) für sämtliche Unkosten
- 22 von Lernmittel etc. durch die Arbeitgeber*innen
- 23 Um die Gewerkschaften weiter zu stärken und eine Erhöhung der Tarifbindung, auch in
- 24 neuen Formen der Arbeit wie in der Plattformökonomie zu erreichen fordern wir:
- 25 • Dass die Ampel-Regierung das Bundestariftreuegesetz endlich auf den Weg bringt, um
- 26 die Tarifbindung zu stärken. Öffentliche Aufträge und Fördergelder sollen nur
- 27 Unternehmen erhalten, die nach Tarif bezahlen und tarifliche Standards erfüllen
- 28 • Eine Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von
- 29 Tarifverträgen. Dabei ist unbedingt zu beachten, dass unterschiedliche Standards
- 30 berücksichtigt werden, die einen Dumping-Wettbewerb auf Kosten der Arbeitsbedingungen
- 31 verhindern
- 32 • Schluss mit der Tariffucht! Mitgliedschaften von Unternehmen in
- 33 Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung, sogenannte “OT-Mitgliedschaften”, müssen
- 34 abgeschafft, mindestens aber in ihrer Zulässigkeit so weit wie möglich eingeschränkt
- 35 werden

- 36 • Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften. In einer sich stetig digitalisierenden
 37 Arbeitswelt und dem Anstieg von mobilen Arbeiten (also Abwesenheit der
 38 Arbeitnehmer*innen im Betrieb selbst) müssen Gewerkschaften zusätzlich zu den
 39 herkömmlichen Zutrittsrechten auch ein digitales Zutrittsrecht erhalten, um die
 40 Beschäftigten in der oftmals fragmentierten und digital organisierten Arbeitswelt
 41 besser erreichen zu können. Gewerkschaften müssen im
 42 Intranet oder ähnlichen digitalen Systemen präsent sein können.
- 43 • Zur Förderung von Gewerkschaftsmitgliedschaft sollen Mitgliedsbeiträge außerhalb
 44 des sogenannten Arbeitnehmerpauschbetrages (Werbungskosten) steuerlich absetzbar
 45 sein. Auch Mitglieder, die keine Einkommensteuer zahlen müssen eine Entlastung für
 46 ihren Mitgliedsbeitrag erhalten

47

Kap 2/19: Arbeits- und Gesundheitsschutz

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Viele Beschäftigte sind an ihrem Arbeitsplatz in allen Wirtschaftsbereichen, ob
 2 beispielsweise in Industrie, Dienstleistung, Forschung, Pflege oder Verwaltung
 3 übermäßig hohen Belastungen ausgesetzt. Das berührt Schichtarbeiter genauso wie
 4 Kolleginnen und Kollegen in der Entwicklung, in den Büros oder im Außendienst. Es
 5 geht zum einen um die körperliche Belastungen, die vor allem durch schwere Lasten,
 6 durch Heben, Tragen, Bücken, durch Arbeiten über Kopf oder in verdrehter Haltung
 7 entstehen und auch Belastungen durch Gefahrstoffe. Übermäßige Belastungen umfassen
 8 aber zunehmend auch psychische Faktoren, die dazu führen, dass Beschäftigte sich
 9 belastet bzw. gestresst fühlen: Steigende Arbeitsintensität, ständige Erreichbarkeit,
 10 stetig wachsender Druck etwa gehören dazu. Die Folgen solch arbeitsbedingter
 11 Fehlbelastungen sind nicht gering zu schätzen, denn: Psychische wie physische
 12 Belastungen – das haben wissenschaftliche Studien längst klar gezeigt – stellen ein
 13 erhebliches Gesundheitsrisiko für die Beschäftigten dar. Arbeitsgestaltung und
 14 Gesundheitsschutz wird damit zu einem elementar wichtigen Thema in Betrieb und
 15 Verwaltung.

16 Arbeit muss gute, also gesundheitsfördernde und -erhaltende Arbeit sein. Übermäßige
 17 Belastungen am Arbeitsplatz sind wirksam zu bekämpfen und spürbar zu reduzieren. Die
 18 Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Familie und Beruf gut miteinander
 19 vereinbar sind und die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten bis zum Rentenalter
 20 erhalten bleibt. Die Gefährdungsbeurteilung ist hierfür ein gutes Instrument
 21 eingebettet in eine gute Arbeitsschutzgesetzgebung.

22 Noch immer werden aber Gefährdungsbeurteilungen bei weitem nicht in allen Betrieben
 23 durchgeführt. Seit Jahren ist bekannt, dass in vielen Unternehmen eine humane
 24 Arbeitsgestaltung und notwendige Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz viel zu kurz
 25 kommen. Zudem fehlen zunehmend amtliche Aufsicht und Kontrollen.

26 Eine Modernisierung des Arbeitsschutzes ist unumgänglich, die sicherstellt, dass die
27 Beschäftigten nicht an der „elektronischen Leine“ hängen, d.h. nicht immer und
28 überall auf ihre Arbeitskraft zugegriffen werden kann. Höchstgrenzen bei der
29 Arbeitszeit und der Schutz vor psychischen Belastungen sind auch in der „Arbeitswelt
30 4.0“ ein Muss. Kurz: Wir brauchen eine neue und ganzheitliche Humanisierung der
31 Arbeitswelt! Insbesondere fordern wir:

- 32 • die gesetzliche Regelung des 8-Stunden-Tages und die 11-stündige Ruhezeit ist zu
33 erhalten. Diese Regeln sind unverzichtbare Schutzstandards – gerade auch in der
34 modernen Arbeitswelt mit ihrer grenzlosen digitalen Erreichbarkeit. Das
35 Arbeitszeitgesetz darf nicht ausgehöhlt werden.
- 36 • Es ist sicher zu stellen, dass Arbeitgeber ihre Verpflichtung zur Erfassung der
37 Arbeitszeiten zu erfüllen und für eine gesunde Arbeitszeitgestaltung zu sorgen.
- 38 • Der Gesetzgeber ist gefordert, die Regelungslücke bei mobiler Arbeit zu schließen.
39 Mobile Arbeit und die Arbeit in „Modern Workspaces“ muss human gestaltet sein.
- 40 • Belastungen zu ermitteln und abzubauen ist keine Kür für gute Arbeitgeber, sondern
41 eine Pflichtaufgabe für alle. Arbeitgeber sind durch verbindliche, sanktionsbewehrte
42 Regeln stärker in die Pflicht zu nehmen. Dies gilt für große Betriebe genauso wie für
43 KMU.

44 Deshalb muss die für alle Arbeitgeber bestehende Pflicht, Gefährdungsbeurteilungen
45 durchzuführen und entsprechende Arbeitsschutzmaßnahmen zu dokumentieren, von weiteren
46 Maßnahmen flankiert werden, um bestehende Umsetzungsdefizite abzubauen. Die
47 erforderlichen Maßnahmen reichen von einer weiteren rechtlichen Konkretisierung und
48 Systematisierung der Gefährdungstatbestände über eine Effektivierung behördlicher
49 Überwachung bis hin zu wirksamen Sanktionsmaßnahmen. Eine Anti-Stress-Verordnung
50 würde dazu beitragen, dass wirksame präventive Maßnahmen ergriffen werden.

- 51 • Wir brauchen ein Initiativrecht und eine wirksame Mitbestimmung bei der
52 Durchsetzung von Präventionsmaßnahmen im Betrieb durch den Betriebsrat.
- 53 • Sofortprogramm für bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Pflege,
54 insbesondere durch eine Mindestpersonalausstattung.
- 55 • Präventionsinstrumente und Instrumente zur Gefährdungsbeurteilung sind für die
56 verschiedenen Gewerke, insbesondere auch für die Montage- und Servicebereiche wegen
57 den besonderen Unfall- und Gesundheitsgefahren auf wechselnden Baustellen oder
58 Arbeitsorten anzupassen und weiterzuentwickeln. Der Ausbau von Windkraftwerken und
59 Stromtrassen, der durch energetische Sanierungsmaßnahmen steigende Personalbedarf und
60 der vermehrte Einbau dezentraler Energieinfrastruktur wird den Anteil der Montage-
61 oder Servicetätigkeiten künftig noch vergrößern.
- 62 • Arbeitsbedingte psychische Erkrankungen müssen endlich als Berufskrankheit
63 anerkannt und entschädigt werden.
- 64 • Seit 1990 gibt es laut Studien mehr als 40.000 Asbesttote. In den vergangenen 10
65 Jahren wurden in der DGUV im Mittel jährlich 3360 anerkannte asbestbedingte
66 Berufskrankheiten mit 1600 asbestbedingten Todesfällen verzeichnet. Dunkelziffer:
67 vermutlich doppelte Zahl Vorhandene Erkenntnisse, Verordnungen, Regeln, Empfehlungen
68 wurden nicht konsequent umgesetzt. Qualifizierung und Einweisung der Handwerker waren
69 unzureichend. Auch die erforderlichen Kontrollen war nicht ausreichend.

70 Die Sanierung und Umbau von Industrie und Gebäuden (öffentliche/private),
71 insbesondere die vor uns stehende energetische Sanierung ist eines der größten
72 Herausforderungen, ca. 35 Mio. Tonnen Asbest sind noch verbaut. Mehrere 10.000
73 Handwerker:innen (Bau-Gewerbe, Heizungsinstallation, PV-, Elektro,
74 Sanierungsbetriebe, aber auch Feuerwehr und Rettungsdienste sowie die Bevölkerung
75 werden dies in den kommenden Jahren bewältigen müssen.

76 Deshalb sind nachfolgende Maßnahmen unverzichtbar:

77 1. Schnelles Inkrafttreten einer geänderten Gefahrstoffverordnung, einschließlich der
78 Mitwirkungs- und Informationspflichten des Veranlassers von Tätigkeiten sowie der
79 Qualifikationsanforderungen bei Tätigkeiten mit möglicherweise asbesthaltigen
80 Materialien

81 2. Verpflichtung für ein Gebäudeschadstoff-Kataster oder Gebäudepass

82 3. Kontrolle der einschlägigen staatlichen Schutzvorschriften, Richtlinien z.B. GSV,
83 TRGS 519 sowie Sanktionsmaßnahmen

84 4. Qualifizierungs- und Aufklärungsoffensive Asbest

85 • Das Berufskrankheitenrecht muss reformiert werden. Die gesetzlichen Hürden für die
86 Anerkennung einer Berufskrankheit müssen gesenkt werden. Regelungen zur
87 Beweiserleichterung sind zu treffen.

88 • „Betriebsärztinnen und Betriebsärzte sind wie jeder Arzt und jede Ärztin
89 verpflichtet, den Verdacht auf das Vorliegen einer Berufskrankheit an den
90 Unfallversicherungsträger oder an die für den medizinischen Arbeitsschutz
91 zuständige Landesbehörde gemäß § 202 SGB VII. Laut Studien und Praxiserfahrungen
92 über Missständen im BK-Verfahren sind diese Regelungen den meisten Ärzt:innen nicht
93 bekannt. Deshalb finden meistens keine BK-Anzeigen sowie eine Beratung von
94 Betroffenen statt.

95 • Deshalb ist eine Verbesserung der Ausbildung von Ärzt:innen und
96 Arbeitsmediziner:innen notwendig. Der Ausschuss für Arbeitsmedizin möge bitte prüfen,
97 ob man den Wissensstand zu BKen der Arbeitsmediziner:innen durch eine spezielle
98 ‚Arbeitsmedizinische Regel‘ (AMR) oder ‚Arbeits-medizinische Empfehlungen (AME)
99 verbessern kann.

100 • Die Anzahl der Landesgewerbeärzt:innen hat sich seit Mitte der 90iger Jahre mehr
101 als halbiert. Waren es 1996 noch 160, so sind es heute noch 50. Tendenz weiter
102 fallend. Dabei sind Landesgewerbeärzt:innen eine wichtige Kontrollinstanz in
103 Anerkennungsverfahren für Berufskrankheiten. Bei jährlich ca. 232.206 angezeigten
104 Berufskrankheiten wird deutlich, dass diese Kontrolle längst nicht mehr stattfindet.

105 • Auch weitere Stellen in den Landesgewerbeämtern wurden drastisch abgebaut. In der
106 Folge geht die Anzahl der Betriebsrevisionen drastisch zurück. Sonntagsarbeit ohne
107 Genehmigung, völlig unhaltbare Zustände auf Baustellen und eine Zunahme schwerer
108 Unfälle sind die Folge. Dies alles vor dem Hintergrund einer sich schnell wandelnden
109 Arbeitswelt mit neuen Gefährdungen z. B. durch autonome Fahrzeuge, kollaborierenden
110 Robotern und einer deutlichen Zunahme der mobilen Arbeit.

111 • Die staatlichen Aufsichtsbehörden müssen so aufgestellt sein, dass sie die Betriebe
112 regelmäßig und anlassbezogen beraten und kontrollieren können. Eine 5 Prozent
113 Mindestbesichtigungs-Quote, wie sie das Arbeitsschutzkontrollgesetz aktuell vorsieht,

114 reicht dafür bei weitem nicht aus. Ziel muss deshalb eine kontinuierliche und
115 verbindliche Steigerung dieser Quote sein

116 • Eine ausreichende Ausstattung der Behörden mit qualifiziertem Personal sowie
117 ständige Weiterentwicklung des Vorschriften- und Regelwerkes ist seitens zu
118 gewährleisten.

Kap 2/20: BESCHÄFTIGTE VOR ASBEST STÄRKER SCHÜTZEN – BERUFSKRANKHEITENVERFAHREN VERBESSERN

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 In den vergangenen 10 Jahren wurden in der DGUV im Mittel jährlich 3360 anerkannte
2 asbestbedingte Berufskrankheiten mit 1600 asbestbedingten Todesfällen verzeichnet.
3 Dunkelziffer: vermutlich doppelte Zahl Vorhandene Erkenntnisse, Verordnungen, Regeln,
4 Empfehlungen wurden nicht konsequent umgesetzt. Qualifizierung und Einweisung der
5 Handwerker waren unzureichend. Auch die erforderlichen Kontrollen war nicht
6 ausreichend.

7 Die Sanierung und Umbau von Industrie und Gebäuden (öffentliche/private),
8 insbesondere die vor uns stehende energetische Sanierung ist eines der größten
9 Herausforderungen, ca. 35 Mio. Tonnen Asbest sind noch verbaut. Mehrere 10.000
10 Handwerker:innen (Bau-Gewerbe, Heizungsinstallation, PV-, Elektro,
11 Sanierungsbetriebe, aber auch Feuerwehr und Rettungsdienste sowie die Bevölkerung
12 werden dies in den kommenden Jahren bewältigen müssen. Deshalb sind nachfolgende
13 Maßnahmen unverzichtbar:

14 1. Schnelles Inkrafttreten einer geänderten Gefahrstoffverordnung, einschließlich
15 der Mitwirkungs- und Informationspflichten des Veranlassers von Tätigkeiten
16 sowie der Qualifikationsanforderungen bei Tätigkeiten mit möglicherweise
17 asbesthaltigen Materialien

18 2. Verpflichtung für ein Gebäudeschadstoff-Kataster oder Gebäudepass

19 3. Kontrolle der einschlägigen staatlichen Schutzvorschriften, Richtlinien z.B.
20 GSV, TRGS 519 sowie Sanktionierungsmaßnahmen

21 4. Qualifizierungs- und Aufklärungsoffensive Asbest

22 Betriebsärztinnen und Betriebsärzte sind wie jeder Arzt und jede Ärztin verpflichtet,
23 den Verdacht auf das Vorliegen einer Berufskrankheit an den
24 Unfallversicherungsträger oder an die für den medizinischen Arbeitsschutz
25 zuständige Landesbehörde gemäß § 202 SGB VII zu melden.

26 Laut Studien und Praxiserfahrungen über Missstände im BK-Verfahren sind diese
27 Regelungen den meisten Ärzt:innen nicht bekannt. Deshalb finden meistens keine BK-
28 Anzeigen sowie eine Beratung von Betroffenen statt.

29 • Deshalb ist eine Verbesserung der Ausbildung von Ärzt:innen und

30 Arbeitsmediziner:innen notwendig. Der Ausschuss für Arbeitsmedizin möge bitte
 31 prüfen, ob man den Wissensstand zu Berufskrankheiten der Arbeitsmediziner:innen
 32 durch eine spezielle ‚Arbeitsmedizinische Regel‘ (AMR) oder ‚Arbeits-
 33 medizinische Empfehlungen (AME) verbessern kann.

- 34 • Grundsatzuntersuchungen sind bei den Berufen in den o.g. Branchen
 35 vorzuschreiben.
- 36 • Die Anzahl der Landesgewerbeärz:innen muss umgehend stark erhöht werden, denn
 37 ihre Zahl hat sich seit Mitte der 90iger Jahre mehr als halbiert. Waren es 1996
 38 noch 160, so sind es heute noch 50. Tendenz weiter fallend. Dabei sind
 39 Landesgewerbeärz*innen eine wichtige Kontrollinstanz in Anerkennungsverfahren
 40 für Berufskrankheiten. Bei jährlich ca. 232.206 angezeigten Berufskrankheiten
 41 wird deutlich, dass diese Kontrolle längst nicht mehr stattfindet.

42 Durch die jahrzehntelangen Latenzzeiten wird der Beweis der Asbest-Exposition für den
 43 Versicherten immer schwieriger. Es gibt die Betriebe nicht mehr. In der Regel keine
 44 Aufzeichnungen, Messprotokolle oder Gefahrstoff-Kataster mehr. Bei Betriebsübergängen
 45 sind solche lästigen Altlasten-Dokumente oft vernichtet worden. Auch mit Zeugen
 46 (Arbeitsgeber, SiFas, Arbeitskollegen) wird es immer schwieriger.

- 47 • Das Berufskrankheitenrecht muss reformiert werden. Die gesetzlichen Hürden für
 48 die Anerkennung einer Berufskrankheit müssen gesenkt werden. Regelungen zur
 49 Beweiserleichterung sind zu treffen.

50 Bei der letzten BK-Rechtsreform (2019-20) hatte die DGUV freiwillige Maßnahmen zur
 51 Verbesserung der Ermittlungsqualität und Beweis-Erleichterungen für den Versicherten
 52 in solchen Fällen versprochen. Um gesetzlichen Regelungen zuvorzukommen. Ergebnis war
 53 eine DGUV Handlungsempfehlung „Ermittlung und Bewertung der Einwirkung im
 54 Berufskrankheitenverfahren“ (Mai 2021).

55 Diese Handlungsempfehlung schlägt durchaus Beweiserleichterungen vor.

56 Durch

- 57 • Die Beiziehung vergleichbarer Aktenfälle
- 58 • Die Nachstellung früherer Arbeitsbedingungen
- 59 • Analyse historischer Arbeitsstoffe
- 60 • Die Einschaltung der Zentralen Expertenstelle für BK-Einwirkungen (ZExBK).

61 In der Praxis scheint diese Handlungsempfehlung bei den BGen und Unfallkassen nicht
 62 bekannt zu sein. Wenn man darauf verweist, stößt man auf Unkenntnis oder Ablehnung.
 63 In der Regel wird oberflächlich ermittelt und dann wg. nicht bewiesener Einwirkung
 64 abgelehnt.

- 65 • Hier muss das BMAS bei der nächsten Änderung des SGB VII Beweiserleichterungen
 66 durch Vermutungswirkung festschreiben.

67 Der § 63 Abs. 2 zu den Hinterbliebenenrenten von Verstorbenen mit anerkannter BK und
 68 MdE von 50 ist ein gutes Beispiel dafür. Er hat vielen Witwen geholfen und
 69 langjährige Rechtsstreitigkeiten, Gutachter-Streitigkeiten und unnötige Obduktionen
 70 vermieden.

Kap 2/21: Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte in staatlichen

Einrichtungen verbessern

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir wollen, dass die Menschen, die in der öffentlichen Verwaltung Reinigungsdienste
- 2 übernehmen, direkt bei der öffentlichen Verwaltung angestellt werden. Bisher sind sie
- 3 über Firmen angestellt, die von der Verwaltung beauftragt werden. Diese Menschen
- 4 sollen nach den gültigen Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.
- 5 Dafür möchten wir auch mit den Gewerkschaften des DGB zusammenarbeiten. Sie sollen
- 6 Reinigungskräfte über ihre Rechte informieren.

Kap 2/22: Kein Verkauf von staatlichem Eigentum zum Stopfen von Haushaltslücken

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Zeitablauf
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Im Dezember 2023 startete das Verfahren zum Verkauf von DB Schenker.
- 2 Eine hoch rentable Tochter der Deutschen Bahn steht zum Verkauf und viele tausend
- 3 Arbeitsplätze sind davon betroffen.
- 4 Wir fordern einen sofortigen Privatisierungsstopp. Beim geplanten Verkauf von Schenker
- 5 und anderen Anteilsverkäufen wie beispielsweise bei Post und Telekom geht es um die
- 6 Folgen der Schuldenbremse. Um die dringend notwendige Sanierung des Netzes der
- 7 Deutschen Bahn finanzieren zu können, wird statt einer Investitionsoffensive für
- 8 Transformation und Infrastruktur erneut öffentliches Eigentum in die Hände privater
- 9 Investoren gelegt.
- 10 Sollte sich der Verkauf von Schenker nicht mehr verhindern lassen, fordern wir die
- 11 Bundesregierung auf, bei der Vergabe soziale Kriterien verbindlich festzulegen.
- 12 Bei DB Schenker sind Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie
- 13 Schwerbehindertenvertretungen die Regel. Zudem befindet sich das Unternehmen in der
- 14 Tarifbindung bei den jeweiligen Flächentarifverträgen mit ver.di.
- 15 Die Betriebliche Mitbestimmung sowie die Tarifbindung muss von einem Käufer
- 16 übernommen und unbefristet weiter gewährleistet werden. Die Beschäftigten dürfen
- 17 weder ihren Arbeitsplatz verlieren noch finanzielle Einbußen erleiden.
- 18 Es darf nicht nur das höchste Angebot über den Verkauf entscheiden, sondern das
- 19 günstigste auch für uns als Gesellschaft. Die SPD muss glaubwürdig für Mitbestimmung,
- 20 Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen stehen.

Kap 2/23: Berufsausbildung 4.0 flächendeckend einführen und neue Standards setzen!

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Ausbildungspersonal stärken:

2 Gute Qualität in der Ausbildung benötigt gut qualifiziertes Ausbildungspersonal.
3 Dieses muss gestärkt werden: Zum einen durch regelmäßige Weiterbildung, durch
4 Verbesserung der Ausbildung der Ausbilder:innen, zum anderen durch gute
5 Arbeitsbedingungen für das Ausbildungspersonal.

6 Zeit für Ausbildung und Betreuung:

7 Zu einer guten Ausbildung gehört auch, dass es ausreichend Ausbildungspersonal für
8 eine angemessene Anzahl von Auszubildenden gibt. Die Anzahl kann, je nach
9 Betreuungsaufwand, variieren. Als sinnvollen Standard sehen wir einen
10 Betreuungsschlüssel von 1:8 an. In fast allen Betrieben wird die Vermittlung von
11 Ausbildungsinhalten auch von ausbildenden Fachkräften bzw. Ausbildungsbeauftragten
12 ausgeführt. Sie übernehmen einen nicht unerheblichen Teil der Ausbildung und sind
13 ebenfalls entscheidend für die Qualität der Ausbildung. Im Sinne der Sicherung einer
14 guten Ausbildungsqualität, ist die Rolle der ausbildenden Fachkräfte in den Betrieben
15 zu stärken. Sie müssen die berufliche und fachpädagogische Eignung (AEVO) nachweisen.
16 Dies soll für alle Personen gelten, die eine betriebliche Ausbildungsstation betreuen
17 und somit Teil des betrieblichen Ausbildungsplans sind. Notwendig ist die Förderung
18 einer engen Kooperation aller Ausbildungsakteure im Betrieb. Für eine adäquate
19 Anleitung der Auszubildenden soll den ausbildenden Fachkräften ein monatliches
20 zeitliches Kontingent zur Verfügung stehen.

21 Aufwertung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO):

22 Das Ausbildungspersonal leistet einen sehr guten und wichtigen Beitrag zum Wert der
23 dualen Ausbildung. Im heutigen Zeitalter wandeln sich Gesellschaft und Arbeitswelt in
24 einem sehr hohen Tempo, deshalb ist es für das Ausbildungspersonal nicht immer
25 einfach am Zahn der Zeit zu bleiben, um nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und
26 Technik Auszubildende zu können. Viele Ausbilder:innen haben ihre
27 Ausbildereignungsprüfung nach
28 AEVO vor vielen Jahren gemacht, sind aber durch die eng getakteten betrieblichen
29 Aufgaben zeitlich nicht in der Lage ihr Wissen aufzufrischen.
30 Die Herausforderungen einer zunehmenden Heterogenität in der Zusammensetzung der
31 Auszubildenden sowie veränderte Arbeits- und Geschäftsprozesse legen nahe, dass die
32 grundlegende Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals, die AEVO, nicht
33 mehr die Realität in den Betrieben entspricht. Die AEVO muss daher besser
34 aufgeschlüsselt und konkreter definiert werden. Hierzu gehört auch die Vermittlung
35 von sozialer Kompetenz (Umgang mit Diskriminierung, Mobbing, etc.). Zudem fehlt es an
36 einer Sensibilisierung für Diskriminierungsthematiken und einer Diversity-
37 Sensibilität. Gerade Frauen und Menschen der LGBTQIA+ Community erfahren oftmals

38 Sexismus und Diskriminierung in Betrieb und Berufsschule und brauchen dadurch
39 Unterstützung durch die Ausbilder:innen. Es fehlt aber an einer Sensibilisierung für
40 geschlechtergerechte Ausbildung. Zudem soll eine solidarische Grundhaltung in der
41 Ausbildung vermittelt werden. Ebenso müssen Ausbilder:innen dazu befähigt werden,
42 Rassismus zu erkennen und entscheiden entgegen zu treten. Dazu müssen entsprechende
43 Qualifizierungsmaßnahmen für Ausbilder:innen angeboten werden.
44 Aus unserer Sicht sind eine Modernisierung und Aufwertung der
45 Ausbildereignungsverordnung (AEVO) notwendig. Die AEVO soll für alle
46 Ausbildungsbetriebe verbindlich werden und somit auch eine ständige Weiterbildung des
47 Ausbildungspersonals ermöglichen. Um die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals
48 zu stärken, sollen Anforderungen an methodisch-didaktische, arbeitspädagogische und
49 soziale Kompetenzen in der AEVO ergänzt werden. Die Eignung des Ausbildungspersonals
50 soll zudem regelmäßig erneuert werden. Insbesondere einer Aktualisierung
51 arbeitspädagogischer Fähigkeiten soll geprüft werden. Ohne einen Nachweis für
52 entsprechende Eignung »verfällt« der Ausbilder:innenschein, wenn die mangelhaften
53 Kompetenzen nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten mit Weiterbildungsmaßnahmen
54 ausgeglichen werden.

55 Die Inhalte der AEVO sollen um folgende Punkte erweitert werden:

- 56 • Vermittlung der Perspektive des Auszubildenden
- 57 • Sensibilisierung für Diskriminierung
- 58 • Diversity-Sensibilität
- 59 • Sensibilisierung auf geschlechtergerechte Ausbildung
- 60 • Individuelle Förderung der Auszubildenden unter Berücksichtigung der Heterogenität
- 61 • Unterstützungsmöglichkeiten wie AsA plus kennen und nutzen
- 62 • Übergangmanagement Ausbildung zum Beruf
- 63 • Vermittlung einer solidarischen Grundhaltung
- 64 • Einen Betreuungsschlüssel von 1:8 für hauptberufliches Ausbildungspersonal
- 65 • Verpflichtende Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für hauptberufliches
66 Ausbildungspersonal
- 67 • Ein gesetzliches Recht auf Weiterbildung für Ausbildungspersonal (dieser Anspruch
68 muss unabhängig vom Bildungsurlaubsanspruch gelten und für die ausbildenden Betriebe
69 kostenneutral sein)
- 70 • Das Erfordernis einer Ausbildereignung (AEVO) für ausbildende Fachkräfte
- 71 • Eine der AEVO-entsprechende Bestimmung für das betriebliche Ausbildungspersonal in
72 vollzeitschulischen Berufen
- 73 • Zeitkontingent und finanzielle Wertschätzung für ausbildende Fachkräfte, da
74 Ausbildungsleistung nicht als kostenlose Selbstverständlichkeit gelten darf
- 75 • Regelmäßige bezahlte Fortbildungsmöglichkeiten für ausbildende Fachkräfte
- 76 Entwicklung moderner Berufsbilder

77 In der Debatte rund um Ausbildung 4.0 und Digitalisierung muss die Neuordnung der
78 Ausbildungsberufe eine entscheidende Rolle spielen. Voraussetzung für
79 zukunftsgewappnete dual und vollzeitschulische Berufsbilder ist die Vermittlung von

80 zusätzlichen digitalen Kompetenzen. So kann eine Ausbildung 4.0 den Anforderungen der
81 Transformation und Digitalisierung gerecht werden. Grundlage dafür ist, dass die
82 bestehenden Ausbildungsordnungen und Ausbildungsrahmenpläne überprüft und wo nötig
83 angepasst werden.

84 Wir fordern:

85 Bestehende Ausbildungsberufe und Berufsbilder sollen unter den Anforderungen der
86 Transformation und Digitalisierung überprüft und novelliert werden, einschließlich
87 vollzeitschulischer Berufe.

88 Ehrenamtliche Prüfer:innen stärken:

89 Das Prüfungswesen in der Berufsbildung hat eine herausragende Bedeutung.
90 Basierend auf der bundesweiten Einheitlichkeit von Prüfungen und der paritätisch
91 sozialpartner-schaftlichen Besetzung der Prüfungsausschüsse mit Arbeitgeber:innen,
92 Arbeitnehmer:innen und Berufsschullehrkräften hat sich dieses Prüfungswesen bewährt.
93 In diesen unabhängigen Prüfungsausschüssen wird die berufliche Handlungskompetenz
94 geprüft und festgestellt. Dies wird durch die Tätigkeit ehrenamtlicher Prüfer:innen
95 gewährleistet. Damit stehen ehrenamtliche Prüfer:innen an einer entscheidenden
96 Schnittstelle der Qualitätssicherung in der Berufsbildung. Im Rahmen der
97 Digitalisierung ist von einer zunehmenden Komplexität der Berufsausbildung
98 auszugehen, die sich auch auf die Prüfung und die Prüfungsorganisation auswirkt. Neue
99 Lern- und Lehrinhalte müssen abgeprüft, neue Prüfungen entwickelt und ein hoher
100 Qualitätsstandard gesichert werden. Daraus ergibt sich ein kontinuierlicher
101 Qualifizierungsbedarf bei Prüfer:innen. Neben der Vermittlung komplexerer
102 Prüfungsanforderungen und einem erhöhten Zeitaufwand werden auch begleitende
103 Betreuungsaktivitäten für das Prüfer:innenehrentamt nötig. Wir brauchen daher eine
104 Stärkung des Ehrentamtes im Prüfungswesen. Notwendig sind klare Regelungen zur
105 bezahlten Freistellung für die Prüfer:innen-Tätigkeit sowie ein bezahlter
106 Weiterbildungsanspruch. Die aktuellen Regelungen des Berufsbildungsgesetzes sind hier
107 zu ungenau und nicht weitführend genug. Notwendig ist eine Kopplung der bezahlten
108 Freistellung an den geltenden Tariflohn und verpflichtende Weiterbildung und Schulung
109 der Prüfer:innen.

110 Wir fordern:

111 • Die Stärkung des Ehrentamtes im Prüfungswesen. Notwendig ist eine Klarstellung im
112 Gesetz, dass die Freistellung für ehrenamtliche Prüfer:innen bezahlt erfolgt. Darüber
113 hinaus muss das Gesetz um einen bezahlten Weiterbildungsanspruch ergänzt werden.

114 Gute und moderne Lern- und Arbeitsbedingungen an beruflichen Schulen:

115 An beruflichen Schulen herrscht ein enormer Modernisierungstau. Umfangreiche
116 Investitionen in die Gebäudesanierung, -neubau und -ausstattung sind dringend
117 erforderlich.

118 Lehr- und Lernmitteln müssen auf den neusten technischen Stand gebracht werden, um
119 mit den betrieblichen Entwicklungen Schritt halten zu können. Häufig entsprechen die
120 Lehr- und Lernmittel in den Berufsbildenden- und Hochschulen nicht den heutigen
121 Anforderungen.

122 Hierzu bedarf es also an den beruflichen Schulen massive Investitionen in die
123 Ausstattung der digitalen Infrastruktur, um neue Ausbildungsinhalte abbilden zu
124 können. Der Einsatz digitaler Medien und Technologien im Kontext von Lernen und
125 Unterricht ist zum Teil mit erheblichen technischen und zeitlichen Belastungen

126 verbunden. Zum Beispiel durch Ausstattungs- und Wartungsprobleme, die Einarbeitung in
127 neue Unterrichtstechnologien (z.B. Tablets, Kommunikations- und Lernplattformen,
128 Social Media, Whiteboards), das Erschließen von digitalen Bildungsmedien (z.B.
129 Digitale Schulbücher, »Open Educational Resources«), dem Ausbau der Infrastruktur
130 oder auch die Verlagerung von Verantwortlichkeiten im Zuge der digitalen
131 Dokumentation von schulischen Leistungen (z.B. Leistungsbewertung, Tests,
132 Vergleichsarbeiten).

133 Aus diesen Gründen ist eine erhebliche Verbesserung der personellen Ausstattung an
134 beruflichen Schulen notwendig, um die Beschäftigten zu entlasten und eine
135 Arbeitsteilung zu ermöglichen. Fachlehrer:innen sollen die Fachvermittlung- und
136 Betreuung übernehmen. Die soziale Betreuung soll von Sozialpädagog:innen
137 gewährleistet werden und Informatiker:innen und Medienfachkräfte sollen für die
138 technische Betreuung und Hilfestellung für Lehrkräfte und Auszubildende zur Verfügung
139 stehen.

140 Die Berufe des an beruflichen Schulen beschäftigten Personals müssen zudem
141 aufgewertet werden. Wir fordern mehr Sicherheit, gleiche Vergütung für gleiche
142 Arbeit, den Abbau von Befristungen sowie prekärer Arbeitsverhältnisse an beruflichen
143 Schulen. Dies gilt auch für das pädagogische Personal sowie für Sprachlehrer:innen
144 die an beruflichen Schulen eingesetzt werden.

145 Zur Verbesserung der personellen Situation ist der Quereinstieg von
146 Berufsschullehrer:innen zu stärken. Die Finanzierung der Berufsschulen muss endlich
147 verbessert werden. Es ist Aufgabe des Bundes und der Länder den enormen
148 Finanzierungsstau abzubauen und dringende Investitionen zu tätigen. Es ist
149 unabdingbar, dass weiterhin in Bildung und damit Zukunft investiert wird.
150 Dies muss planbar und gezielt geschehen.

151 Wir fordern:

- 152 • Mehr Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für gleiche Arbeit, den Abbau von
- 153 Befristungen sowie prekärer Arbeitsverhältnisse an beruflichen Schulen
- 154 • Qualifizierungsangebote für Lehrpersonal an beruflichen Schulen und Hochschulen um
- 155 Ausbildung auf den aktuellen technischen und wissenschaftlichen Stand zu bekommen
- 156 • Erhebliche Verbesserung der personellen Ausstattung an beruflichen Schulen und
- 157 multiprofessionelle Teams, auch um die inklusive Berufsbildung zu unterstützen
- 158 • Eine absolute und unmittelbare Lehr- und Lehrmittelfreiheit für dual und
- 159 vollzeitschulische Auszubildende
- 160 • Verbesserung der sachlichen Ausstattung einschließlich der Bereitstellung und
- 161 Wartung von Arbeitsmitteln wie Endgeräte für Lehrkräfte, Bereitstellung eines
- 162 (digitalen) Arbeitsplatzes in der Schule oder zu Hause gemäß Arbeitsstättenverordnung

163 Wenn Berufsschule, dann Berufsschule:

164 Das Berufsbildungsgesetz hat die Anrechnung der Berufsschulzeit auf die
165 Ausbildungszeit nur ungenügend geregelt. Aktuell besagt das Gesetz, dass nur ein
166 einziger Berufsschultag ab einer bestimmten Stundenzahl angerechnet werden kann,
167 sofern es sich nicht um Blockunterricht handelt. Das ist zu wenig. Dadurch werden
168 Auszubildende mit zwei oder mehr Berufsschultagen benachteiligt. Von ihnen kann an
169 diesen Tagen verlangt werden, nach der Berufsschule wieder in den Betrieb
170 zurückzukehren.

171 Wir fordern:
 172 Eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes dahingehend, dass grundsätzlich an einem
 173 Berufsschul- oder Hochschultag, unabhängig von der Länge der Unterrichtszeit und der
 174 Entfernung der Berufs- oder Hochschule zum Betrieb, keine Rückkehr in den Betrieb
 175 vorgeschrieben werden kann. Zur Unterrichtszeit in der Berufsschule muss auch immer
 176 Lernzeit im Distanz- und digitalen Unterricht zählen.

Kap 2/24: Versprechen halten – keine harten Sanktionen beim Bürgergeld – Lohnabstandsgebot erhöhen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk München
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02 und RP03
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Das Bürgergeld hat bereits – entgegen unseres Bundestags-Wahlprogramm 2021 –
 2 Sanktionen und wir als SPD München fordern, dass Arbeitnehmer*innen nicht weiter in
 3 Schrecken vor der Arbeitslosigkeit an die bedingungslose Loyalität des Arbeitgebers
 4 binden und somit die Arbeiter*innenbewegung schwächen. Dies geschah bereits mit Hartz
 5 4 - jedoch wollen wir die Arbeitslosenversicherung in Richtung einer
 6 Arbeitsversicherung weiterentwickeln und solange darf Arbeitslosigkeit nicht als
 7 Bestrafung des Arbeitnehmers enden. Deshalb fordern wir, dass es keine
 8 Totalsanktionen für Arbeitslose gibt. Das Existenzminimum muss gewährleistet sein –
 9 zu jeder Zeit. Um den Unmut der unteren Einkommensgruppen bzgl. dem Lohnabstandsgebot
 10 gerecht zu werden, fordern wir weiterhin einen Mindestlohn von 15 € pro Stunde.

Kap 2/25: Tarifbindung stärken – Arbeitgeber an den Tisch zwingen – EU-Richtlinie umsetzen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk München
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Wir fordern, dass die Bundestagsfraktion ein Gesetzesentwurf dem Bundestag mit
 2 folgendem Inhalt einbringt: Bei Betrieben mit einem gewerkschaftlichen
 3 Organisationsgrad von mehr als 33% oder wenn die Gewerkschaft eine arbeitskampffähige
 4 Masse organisiert hat, wird der Arbeitgeber dazu verpflichtet, sich mit der
 5 mitgliederstärksten Gewerkschaft im Betrieb in Verhandlungen zu begeben. Das Ziel der
 6 Verhandlungen ist es, einen Tarifvertrag abzuschließen.
 7 Damit soll die EU-Richtlinie bzgl. 80% Tarifbindung umgesetzt werden, die
 8 Tarifbindung erhöht werden und der Tarifvertrag letztendlich von Gewerkschafter*innen
 9 verteidigt und bestenfalls weiterentwickelt werden.

Kap 2/26: Bezahlbare und flächendeckende Postdienste mit guter Arbeit sichern!

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Postgesetznovelle 2024
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die Postreform II mit der umfassenden Entscheidung für Privatisierung, Deregulierung
2 und Liberalisierung der gesamten Branche liegt nunmehr dreißig Jahre zurück. Die
3 Befürchtungen der seinerzeitigen Kritiker aus Gewerkschaften und Teilen der SPD
4 traten nicht alle sofort ein, dafür aber meist nach und nach. Die „Turnschuh-
5 Brigaden“ sind da und ständig wird versucht, Auflagen zur flächendeckenden Versorgung
6 zu unterlaufen und die Qualität zu verschlechtern.
- 7 Die ideologisch begründeten Heilsversprechen, dass der liberalisierte Markt und
8 private Unternehmen im Wettbewerb automatisch für bezahlbare und flächendeckende
9 Postdienste sorgen würden, wurden nicht erfüllt. Heute steht der Gesetzgeber erneut
10 vor der Aufgabe, das Marktversagen zu korrigieren. Die Fiktion des „fairen
11 Wettbewerbs“ wird dabei nicht aufgegeben.
- 12 Erstmals werden aber sozial-ökologische Standards bei den Arbeitsbedingungen zum
13 Regulierungsziel erklärt und die Rechte der Verbraucher*innen gestärkt. Der
14 Gesetzentwurf der aktuellen Bundesregierung bedeutet einen großen Fortschritt
15 gegenüber dem ist-Zustand und vergangenen Initiativen.
- 16 Im vergangenen Herbst haben 30 000 Beschäftigte der Branche auf Initiative von ver.di
17 in Berlin für Verbesserungen im Gesetzentwurf demonstriert. Der Bundesrat hat dies
18 teilweise aufgegriffen und die Berichterstatter von SPD und Grünen streben ebenfalls
19 Veränderungen an. Angesichts der Tatsache, dass die Löhne im Postbereich im
20 Durchschnitt um 20% unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen und
21 ländliche Räume und bestimmte Bevölkerungsgruppen vom Rückzug von alltäglichen
22 Dienstleistungen betroffen sind, bedarf dies der Unterstützung.
- 23 Wir fordern insbesondere:
- 24 - Der Universaldienst, also das allgemein zugängliche, flächendeckende und bezahlbare
25 Mindestangebot darf nicht geschmälert werden: weiterhin Laufzeiten von in der Regel
26 einem Tag, kein Ersatz von Filialen an Pflicht-Standorten durch Automaten;
 - 27 - Klare und damit kontrollierbare Definition der Begriffe „angemessene und sichere
28 Arbeitsbedingungen“, Subunternehmerverbot in der Zustellung, Beendigung der
29 Scheinselbstständigkeit bei allen Zustelldiensten einschließlich Amazon, Tarifbindung
30 als Kriterium für die Aufnahme in das Anbieterverzeichnis;
 - 31 - Keine ungerechtfertigte Benachteiligung von DHL als Universaldienstleister bei der
32 Entgelt- und Zugangsregulierung, Bürokratieabbau;
 - 33 - Arbeitsschutz durch wirksame Gestaltung der Gewichtsgrenze von 20 kg nur mit zwei
34 Personen;
 - 35 - Einbeziehung der Monopolkommission in die Berichterstattung über die
36 Marktentwicklung im Postsektor abschaffen, da die Bundesnetzagentur ausreichend in
37 Zusammenarbeit mit dem Kartellamt wettbewerbsschädliche Praktiken prüft, auch als

38 Beitrag zum Bürokratieabbau.
 39 Im Übrigen fordern wir den Verzicht auf den Verkauf der noch in Bundesbesitz
 40 befindlichen Aktien der DHL. Es ist sonst, wie in anderen Ländern geschehen, zu
 41 erwarten, dass nicht nur der Renditedruck seitens der Investoren steigt, sondern auch
 42 eine Filetierung des Unternehmens bevorsteht.
 43 In Europa kämpfen wir dafür, dass die Postdienste-Richtlinie, die immer noch den
 44 Geist der Privatisierungseuphorie der 90er Jahre atmet, aufgehoben oder korrigiert
 45 wird. Stattdessen muss die EU für Regeln gegen das Lohn- und Sozialdumping sorgen,
 46 das insbesondere im gesamten Transport- und Logistiksektor besonders weit verbreitet
 47 ist.

Kap 2/27: Subunternehmen bei Zustellern verbieten

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Postgesetznovelle 2024
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Analog zum Gesetz der Sicherung von Arbeitnehmer*innenrechten in der Fleischindustrie
 2 sollen auch die Mitarbeitenden der Paketbranche durch ein Gesetz besser geschützt
 3 werden.
 4 Der Einsatz von Fremdpersonal in der Paketbranche, oft verbunden mit Verstößen gegen
 5 das Arbeitszeitgesetz, sozialversicherungsrechtliche Pflichten, einem Unterschreiten
 6 des Mindestlohns oder einer Scheinselbständigkeit, soll verboten werden.

Kap 2/28: Stärkung der Gewerkschaften

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein der Samtgemeinde Ilmenau
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, verfassungsrechtlichen und
 2 vertragsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass Tarifverträge exklusiv für
 3 Gewerkschaftsmitglieder gelten und die Arbeitgeber:innen die Bedingungen nicht auf
 4 Nicht-Gewerkschaftsmitglieder ausgeweitet werden dürfen.

Kap 2/29: Für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

1 Die Industrie und das Handwerk stehen vor einem massiven Umbruch. Rasante
2 Transformationsprozesse bestimmen derzeit die Arbeitswelt. Die zunehmende
3 Digitalisierung, der ökologische Umbau und damit der Strukturwandel in den
4 unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und Regionen, verändern die Anforderungen an
5 Beschäftigte und Unternehmen. Eine Erfolgreiche Fachkräftegewinnung und -sicherung
6 ist für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen zur Sicherung des
7 Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft in den kommenden
8 Jahrzehnten entscheidend. Der technologische Wandel, die Digitalisierung der
9 Arbeitswelt und Verwaltung, der Weg zu Klimaneutralität bis 2045 lassen sich ebenso
10 wenig wie die dauerhafte Bereitstellung hochwertiger Gesundheits-, Pflege- und
11 Inklusionsleistungen ohne geeignete Fachkräfte realisieren. Durch
12 Fachkräftezuwanderung aus anderen Ländern allein wird sich die Fachkräftenachfrage
13 nicht decken lassen. Um die vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und
14 gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben bewältigen zu können, ist es auch erforderlich,
15 noch nicht ausgeschöpfte Fachkräftepotenziale in allen Bereichen im Zusammenwirken
16 von Sozialpartnern, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu erschließen.

17 Wir brauchen Strategien, um transformationsbedingte Veränderungen im Interesse von
18 Beschäftigten und Unternehmen möglichst verwerfungsfrei und zukunftsorientiert zu
19 gestalten. Insbesondere ist es wichtig, die sich durch technologische Fortschritte
20 und innovative Arbeitsgestaltung ergebenden Möglichkeiten zu nutzen, um
21 Fachkräftebedarfe und Fachkräftepotenziale möglichst gut in Einklang zu bringen. Eine
22 entscheidende Rolle spielt dabei die Frage des Kompetenz- und Qualifikationserwerbs
23 bei sich laufend verändernden Anforderungen. Dabei ist eine massive Verschiebung der
24 Qualifikationsanforderungen zu gestalten. Gleichzeitig ist der Druck durch die
25 aktuellen Krisen noch einmal deutlich gestiegen.

26 Die Bundesregierung investiert Milliarden im Bereich Klimaschutz und Energiewende,
27 aber alle Anstrengungen werden stocken, wenn nicht zeitnah ausreichend gut
28 ausgebildete Beschäftigte bspw. Windparks bauen und warten, Wärmepumpen oder
29 Ladesäulen installieren, emissionsarme Fahrzeuge herstellen etc. Es besteht die
30 Gefahr einer Deindustrialisierung, wenn die ökologische und digitale Transformation
31 nicht durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik begleitet wird.

32 Unsere wesentlichen Forderungen:

- 33 • Es müssen kurzfristig massive finanzielle Mittel für eine Stärkung der Aus- und
34 Weiterbildungsförderung eingestellt werden, um mit passgenauen Instrumenten akuten
35 arbeitsmarktpolitischen Problemen zu begegnen. Ziel muss es sein, die
36 Weiterbildungsbereitschaft der Arbeitgeber und der Beschäftigten zu erhöhen und
37 dadurch Arbeitsplätze insbesondere in der Industrie zu sichern. Sozialpartner-
38 schaftliche Initiativen wie Zukunftstarifverträge müssen gestärkt werden.
- 39 • Wir wissen, dass die Beschäftigten neben den Recht für Aus- und Weiterbildung auch
40 Zeit haben müssen und eine lebensstandsichernde Absicherung während der
41 Qualifizierungsmaßnahme gewährleistet sein muss. Weiterbildung muss ein fester
42 Bestandteil des betrieblichen Alltags werden.
- 43 • Wir wollen, dass neben partiellen Weiterbildungen und Umschulungen, Beschäftigte
44 während ihres gesamten Erwerbslebens die Möglichkeit haben müssen, sich beruflich neu
45 bzw. umzuorientieren. In vielen Bereichen könnten Arbeits- und Fachkräfte durch eine
46 „zweite Ausbildung“ die Qualifikation erhalten, die im Zusammenhang mit der

- 47 Energiewende oder Digitalisierung bereits jetzt und zukünftig benötigt werden.
- 48 • Neben zielgenauer Beratungsangebote sind aktivierende und unterstützende
49 Begleitstrukturen in den Betrieben zu etablieren.
- 50 • Gute Weiterbildung basiert auf einer soliden Ausbildung. Immer mehr junge Menschen
51 gehen leer aus. Nur noch jedes fünfte Unternehmen bildet aus. Wir brauchen eine
52 Ausbildungsgarantie für junge Menschen. Und wenn die Arbeitgeber ihrer Verantwortung
53 nicht freiwillig nachkommen, dann wird es höchste Zeit für eine Ausbildungsumlage.
54 Damit werden die Unternehmen, die ausbilden, gefördert und die Betriebe, die sich
55 zurücklehnen, müssen zahlen.
- 56 • Bei Qualifizierungsgeld sollte der Grundsatz leitend sein, dass das
57 Qualifizierungsgeld im Vergleich zu anderen Instrumenten mindestens ebenbürtig ist.
58 Es ist angemessen, dass Betriebe, die den aufwendigeren Weg des Qualifizierungsgeldes
59 gehen, Fördermöglichkeiten erhalten, die über die des § 82 SGB III (neu) hinausgehen:
- 60 - Die Förderung sollte um eine Variante ergänzt werden: Bisher ist vorgesehen, dass
61 bei einer Weiterbildung im Rahmen des Qualifizierungsgeldes der Träger, nicht aber
62 die Maßnahme zugelassen bzw. zertifiziert sein muss. Dafür müssen die Lehrgangskosten
63 vollständig vom Arbeitgeber getragen werden. Damit würde ein Rahmen geschaffen,
64 gerade auch hochwertige Weiterbildungsmaßnahmen unbürokratisch und zügig durchführen
65 zu können.
- 66 - Angesichts der vielschichtigen Gemengelage sowohl hinsichtlich der
67 Qualifizierungserfordernisse als auch der Ressourcenlage in den Betrieben, sollte
68 auch beim Qualifizierungsgeld ergänzend eine Variante vorgesehen werden, bei der
69 Weiterbildungskosten gefördert werden. Dies ist insbesondere erforderlich, wenn auch
70 erreicht werden soll länger dauernde, transformationsrelevante und damit auch
71 kostenintensivere Weiterbildungen bis hin zu Umschulungen (z.B. IT-System-
72 Elektroniker*in) im Rahmen des Qualifizierungsgeldes zu realisieren.
- 73 • Wie auch bei der Fort- und Weiterbildungsförderung gem. § 82 SGB III sollte auch
74 beim Qualifizierungsgeld eine Förderung der Weiterbildungskosten (entsprechend der
75 Staffelung im § 82 SGB III neu) ermöglicht werden, wenn sowohl Träger als auch
76 Maßnahme zugelassen bzw. zertifiziert sind.
- 77 • Die Wartezeit beim Qualifizierungsgeld sollte analog zur Förderung nach § 82 SGB
78 III (neu) ausgestaltet werden. Eine Verkürzung von vier auf zwei Jahre ist mit Blick
79 auf die genannten Herausforderungen auch beim Qualifizierungsgeld angemessen.
- 80 • Das Qualifizierungsgeld sollte wie das Kurzarbeitergeld als Anspruchsleistung und
81 nicht wie vorgesehen als Ermessensleistung konzipiert sein.
- 82 • an der gesetzlichen Regelung zum Mindestumfang einer Maßnahme im § 82 SGB III (neu)
83 muss festgehalten und diese Regelung analog im vorgesehenen Qualifizierungsgeld
84 verankert werden.
- 85 • der Maßnahmenausschluss nach § 22 Abs. 1a SGB III muss aufgehoben werden, denn der
86 generelle Ausschluss von Fortbildungen die nach dem Aufstiegsfortbildungs-
87 förderungsgesetz (AFBG) förderfähig sind, beschränkt unnötig das Handlungsfeld für
88 Qualifizierungen im Kontext der Transformationsanforderungen.
- 89 • Einführung einer Bildungs(teil)zeit
- 90 • Rechtsanspruch auf Zeit für Weiterbildung und für Weiterbildung

91 Durch den Wandel der Arbeitswelt verändern sich Berufsbilder und
92 Qualifikationsprofile massiv. Weiterbildung ist zentral für Beschäftigungssicherung.
93 Sie darf sich gerade deshalb nicht mehr auf Spezialisten und Führungskräfte
94 beschränken. Alle Beschäftigtengruppen müssen die Chance bekommen, sich zu
95 qualifizieren

- 96 • Rechtsanspruch für Beschäftigte ohne Ausbildung auf Nachholen eines
97 Berufsabschlusses.
- 98 • staatlich geförderte Bildungszeiten und Bildungsteilzeiten sollten eingeführt
99 werden, um Umschulungen und Zusatzqualifizierungen attraktiver zu machen
- 100 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen
101 Ganztagsschulplatz
- 102 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht integrierte Informationen über
103 berufliche Möglichkeiten in der dualen und universitären Ausbildung, die die
104 Rollenstereotypen überwinden, auf die Ausbildung vorbereiten und die Zahl der
105 Ausbildungsabbrüche zu reduzieren.
- 106 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit
- 107 • weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen und mehr Männer in den
108 sozialen Berufen
- 109 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der
110 Ausbildung für alle gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge, sowie die
111 Meisterausbildung.
- 112 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung eines auswahlfähigen und
113 bedarfsgerechten Angebotes an Ausbildungsplätzen und eine Ausbildungsgarantie
- 114 • die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit
- 115 • der Überführung der verschulden Ausbildungen in die duale Ausbildung oder in ein
116 duales Studium
- 117 • Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und Übernahmeregelung
- 118 • der Einführung einheitlicher Rahmenbedingungen für das Duale Studium
- 119 • dem Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitätssicherung und Zertifizierung,
120 Freistellungs- und Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen. Das reformierte und
121 ausgebaute BBiG muss auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsangeboten für alle
122 Beschäftigten sichern. Insbesondere für Ältere, Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte
123 mit familiären Verpflichtungen während Erziehungs- und Pflegezeiten. Dazu gehört im
124 Bedarfsfall auch ein Kinderbetreuungsangebot.
- 125 • der Ausweitung der Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig genutzt
126 werden kann. Dabei wollen wir einheitliche Qualitätsstandards, die das heterogene
127 Umfeld der Weiterbildungssysteme transparenter und qualitätsbezogener macht.
- 128 • Bundeseinheitliche Regelungen der Weiterbildung
- 129 • Das Recht auf berufliche Fortbildung muss gesetzlich verankert und ein öffentliches
130 Weiterbildungs- und Beratungssystem im Verbund von Berufsschulen, Hochschulen und BA
131 muss ausgebaut werden.
- 132 • Zudem brauchen wir einen Anspruch auf Aufstiegs-Bafög auch für eine zweite
133 Ausbildung.

- 134 • Insgesamt brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung für
 135 Berufswechler/innen („zweite Chance“), Geringqualifizierte oder Ausgebildete mit
 136 Studienwunsch: Die Befreiung der Aufstockungsbeträge von der Sozialversicherung in
 137 der Bildungsteilzeit steht noch aus!
- 138 • Eine Demokratisierung der Hochschulgremien verlangt auch, dass die Tarifpartner bei
 139 der Gestaltung der Lernziele und -inhalte von Hochschulen Einfluss nehmen können.
 140 Denn: Die Hälfte aller Berufstätigen kommt mittlerweile aus der Hochschule in unsere
 141 Betriebe.
- 142 • Auch bei der betrieblichen Fortbildung brauchen wir mehr Mitbestimmung: ein
 143 Initiativrecht des Betriebsrats zur Durchsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen und die
 144 Verankerung eines Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats über Lernangebote und deren
 145 Integration in die Arbeitsorganisation.
- 146 • die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung,
 147 die Veränderungen der Arbeitswelt für ArbeitnehmerInnen bewältigbar macht und auch
 148 zweite, und weitere Chancen ermöglicht.
- 149 • die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch im
 150 Hochschulbereich
- 151

Kap 2/30: Die soziale Lage von Studierenden verbessern – das BAföG reformieren

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Alzey-Worms, SPD-Ortsverein Saulheim, SPD-Ortsverein Nierstein
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Nach unserem Eindruck ist eine Reform der Ausbildungsförderung für Studierende
 2 dringend geboten, um Studierenden aus Elternhäusern mit niedrigerem Einkommen einen
 3 erfolgreichen Hochschulbesuch zu ermöglichen.
- 4 Wir halten in diesem Sinne vor allem folgende Maßnahmen für weiterführend:
- 5 • Eine Erhöhung des Mietanteils in der Förderung des BAföG für Studierende, die
 6 nicht bei ihren Eltern wohnen, auf wenigstens 500 €.
- 7 • Eine signifikante Anhebung der Eltern- und Geschwisterfreibeträge.
- 8 • Erbringung der erforderlichen Einkommensnachweise nicht durch die Antragstellenden,
 9 sondern durch eine direkte Erhebung bei den Eltern durch die BAföG-Stellen
 10 als Regelfall.
- 11 • Ausbau der Vorschussregelungen bei zu langer Bearbeitungsdauer: die
 12 Vorschusszahlung soll bei weitgehend vollständiger Antragseinreichung bereits
 13 nach einer Bearbeitungsdauer von sechs Wochen zu 80%, ab drei Monaten zu 100%
 14 gezahlt werden.
- 15 • Eine deutlich bessere Personalausstattung der BAföG-Ämter, eine konsequente

- 16 Digitalisierung (derzeit nur für die Antragstellenden) und eine weitestmögliche
- 17 Vereinfachung der Antragstellung.

Kap 2/31: FÖRDERUNG UND AUSBAU VON WOHNHEIMEN FÜR AUSZUBILDENDE

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD möge sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, dafür einsetzen, für
- 2 Auszubildende bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und diesen durch öffentliche Träger zu
- 3 fördern. Mit Blick auf die Investitionen der einzelnen Länder in
- 4 Studierendenwohnheime, fordern wir hier eine Gleichwertigkeit von akademischer und
- 5 beruflicher Bildung. Gemeinsam mit öffentlichen Trägern - bspw. der Bundesagentur für
- 6 Arbeit soll die Wohnsituation für Auszubildende somit verbessert werden und
- 7 bestehende Angebote transparenter gestaltet werden.

Kap 2/32: Einführung einer Nachholmöglichkeit bei Versäumnis der Abschlussprüfung

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die SPD möge sich auf Landes- und Bundesebene für die Einführung einer
- 2 Nachholmöglichkeit bei Versäumnis der Abschlussprüfung wegen Krankheit oder
- 3 Quarantäne einsetzen.

4
Ein solcher Termin zum Nachholen der Abschlussprüfung sollte nicht später als vier

5
Wochen nach dem ursprünglichen Prüfungstermin liegen. Auszubildende, die mehrere

6
Jahre auf die Abschlussprüfung hinarbeiten und unverschuldet nicht an dem geplanten

7
Termin teilnehmen können, sollen nicht gezwungen sein, ihre Ausbildung für ein

8

weiteres halbes Jahr zu verlängern. Das würde sich positiv auf die derzeitige

9

Fachkräftesituation auswirken.

Kap 2/33: Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen - Alte Abitur- und Abschlussaufgaben kostenfrei zur Verfügung stellen!

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Unterfranken
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Wir fordern, dass alte Abitur- und Abschlussaufgaben ausnahmslos allen Schüler*innen
- 2 einfach zugänglich und kostenlos online zur Verfügung gestellt werden.

Kap 2/34: Arbeitgebenden finanzierte Sprachangebote für Ausländische Fachkräfte

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Die Arbeitgeber müssen sich dafür einsetzen, dass bei der Einstellung von
- 2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund in Einrichtungen und
- 3 Unternehmen, die keine oder nur geringe Deutschkenntnisse aufweisen, ein kostenloses
- 4 Angebot (bei Anrechnung auf die Arbeitszeit) zum Spracherwerb bis mindestens B2 zu
- 5 unterbreiten ist, um sicherzustellen, dass spätestens nach 3 Jahren adäquate
- 6 Deutschkenntnisse nachgewiesen werden können.

Kap 2/35: Mitbestimmungselemente im Dualen Studium analog zur dualen Berufsausbildung etablieren

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 2/ - Ein neuer Aufschwung für Deutschland

- 1 Mitbestimmungselemente im Dualen Studium analog zur dualen Berufsausbildung etabliert
- 2 werden.
- 3 Wir als Sozialdemokrat:innen verfolgen nämlich weiter das Ziel, dass das

4 Berufsbildungsgesetz dahingehend geändert wird, dass der Geltungsbereich das duale
 5 Studium, insbesondere die Praxisphasen, erfasst. Darüber hinaus setzen wir uns dafür
 6 ein, dass gemeinsame regionale und überregionale Koordinierungs- und
 7 Abstimmungsgremien geschaffen werden, in denen ähnlich der Berufsbildungsausschüsse
 8 Gewerkschaftsvertreter:innen, Vertreter:innen der Arbeitgeber und Vertreter:innen der
 9 Hochschulen und der Studierenden Mitglied sind und gemeinsam über die Ausrichtung der
 10 dualen Studiengänge beraten wird. Der Fokus soll hier unter anderem auf der Qualität
 11 der Praxisphasen und der Verzahnung der Lernorte liegen. Die Ausschüsse sind
 12 paritätisch zu besetzen und können bindende Empfehlungen aussprechen. Als weiteres
 13 Element sind für die dualen Studiengänge verbindliche Rahmenpläne zu schaffen, die
 14 ähnlich den Ausbildungsrahmenplänen festlegen, welche Inhalte in den Praxisphasen
 15 während eines dualen Studiums zu vermitteln sind. Ziel ist es, Qualitätsstandards im
 16 dualen Studium zu stärken und Vergleichbarkeit herzustellen. Die Rahmenpläne fallen
 17 ebenso in den Zuständigkeitsbereich der Ausschüsse und sind im Vorfeld der Konzeption
 18 eines dualen Studiengangs zu erstellen, so dass sie Teil der Akkreditierung sind. Sie
 19 sind regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Kap 3/01: Wohnungslosigkeit reduzieren, Räumungsklagen verhindern!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Die Mitglieder der (künftigen) SPD-Bundestagsfraktion sind aufgefordert, Mieter*innen
 2 besser vor Räumungsklagen zu schützen. Hierzu ist eine Reform des Mietrechts zu
 3 erreichen, sodass eine ordentliche Kündigung bei zwischenzeitlich vollständig
 4 beglichenen Mietrückständen ihre Wirksamkeit verliert. Dies soll auch in etwaigen
 5 künftigen Koalitionsverhandlungen entsprechend berücksichtigt werden.

Kap 3/02: Mehr Steuergerechtigkeit: Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Für die Berechnung aller Tarifzonen soll zukünftig das vom Bundesamt für Statistik
 2 jährlich ermittelte sog. Medianbruttoeinkommen zugrunde gelegt werden.
 3 Dafür ist eine Anpassung des § 32a des Einkommensteuergesetzes nötig. Dort ist bisher
 4 unter Abs. 1 geregelt, dass die Tarifzonen durch den Gesetzgeber festgelegt und nicht
 5 auf Basis eines jährlichen Wertes linear berechnet werden. Gemäß Rechtsprechung des

6 Bundesverfassungsgerichts muss ausschließlich in der Tarifzone 1 das Existenzminimum
7 berücksichtigt werden.
8 Unser Vorschlag:
9 Alle fünf Tarifzonen werden – konsequent orientiert am Medianbruttoeinkommen –
10 berechnet.
11 Berechnung:
12 Medianbruttoeinkommen / 2 = Grundfreibetrag
13 Medianbruttoeinkommen * 2 = bis 42 Prozent
14 Medianbruttoeinkommen * 4 +1 = 45 Prozent
15 Eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ist vor dem Hintergrund gestiegener
16 Preise und unabwendbarer privater Investitionen zur klimaneutralen Transformation
17 unbedingt nötig und kann, wie gezeigt, ohne Steuererhöhung im vorhandenen System
18 durch Veränderung der Basis, auf der die Einkommensteuertarife berechnet werden,
19 realisiert werden.
20 Dadurch wird im Hinblick auf die Lastenverteilung deutlich mehr Steuergerechtigkeit
21 gewonnen und gleichzeitig werden obere Einkommen stärker an der Finanzierung des
22 Gemeinwesens beteiligt.

Kap 3/03: DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK WEITER KONSEQUENT FORTSETZEN! - Keine Spekulation mit unseren Rentenbeiträgen – jetzt nicht und auch in Zukunft nicht! -

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von Sicherung des
2 Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft trotz der von
3 der SPD durchgesetzten Verbesserungen noch nicht dauerhaft gerecht. Immer mehr
4 Menschen müssen sich im Alter gewaltig einschränken oder es droht gar der Weg in die
5 Grundsicherung. Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer Rente rechnen die
6 größere Einkommensverluste bedeuten. Schuld sind die Verwerfungen der letzten
7 Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt und eine verfehlte Rentenpolitik, die weiterhin
8 grundlegender Korrekturen bedarf.
9 Menschen, die über einen langen Zeitraum Beiträge einzahlen, müssen im Gegenzug auch
10 darauf vertrauen können, dass sie am Ende ihres Berufslebens eine auskömmliche
11 gesetzliche Rente beziehen werden. Diese Erwartung spiegelt noch immer einen breiten
12 gesellschaftlichen Konsens wider und wird nach wie vor generationenübergreifend
13 geteilt. Über alle Grenzen hinweg wird ein Rentenniveau von mindestens 53% als
14 Grundlage angesehen. Nur bei den Durchführungswegen gibt es gravierende Unterschiede.
15 Das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene
16 Teilprivatisierung ist gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die wachsenden
17 Versorgungslücken in Folge des festgelegten Leistungsabbaus der gesetzlichen

18 Rentenversicherung durch private Vorsorge zu schließen. Eine zusätzliche betriebliche
19 Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend, sie befindet auf dem Rückzug und
20 erreicht gerade diejenigen Arbeitenden am wenigsten, die sie am dringendsten
21 bräuchten.

22 Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt!

23 Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere nach
24 der Jahrtausendwende, waren vom Streben nach einem möglichst niedrigen Beitragssatz
25 getrieben. Dieser Weg bringt die Versicherten in eine Sackgasse, in der den
26 marginalen Entlastungen in der Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter
27 folgen. Deshalb muss es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das
28 Versorgungsprinzip sozialer Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder
29 primäres Sicherungsziel des Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum
30 Kern unseres Sozialstaats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt. Auch in der
31 Zeit nach der Finanzmarktkrise ab 2008 stellte sich die Stärke dieses
32 umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie umfasst alle Generationen im Land,
33 ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen und internationalen Fonds, von
34 privaten Renditeinteressen und auch unabhängig von der Entwicklung einzelner
35 Beschäftigtengruppen, Betriebe oder Branchen. Sie stellt dabei eine hälftige
36 Finanzierung durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den Vorteil
37 möglichst großer, solidarischer Kollektive. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in
38 Zukunft den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb der Generationen zu schützen
39 und weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und gerecht
40 finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert und der
41 Lebensstandard weitgehend gesichert werden. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in
42 der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen
43 Rentenniveaus mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine
44 Wohlstandsentwicklung. Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt
45 und der bevorstehenden Transformation der gesamten Arbeitswelt ist dies besonders
46 dringlich. Das Alterssicherungssystem muss an die bevorstehenden strukturellen
47 Umbrüche angepasst werden. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu
48 immer individuelleren Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung weiter
49 verstärken. Erziehungs-, Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall.

50 Ein zeitgemäßes Rentensystem muss sich an die Tatsache einer dynamischeren
51 Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten des Wandels soziale Sicherheit für alle
52 gewährleisten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist eine
53 umfassende Nachjustierung zugunsten einer wirklich solidarischen und gerechten
54 Alterssicherung unverzichtbar! Das SPD-Zukunftsprogramm und das Sozialstaatspapier
55 sieht viele Verbesserungen in der Rentenpolitik vor: Alle Erwerbstätigen sollen
56 langfristig in die Rentenversicherung aufgenommen werden. Armutsrisiken sollen bei
57 den Erwerbs-minderungsrentner*innen verringert, vieles soll verbessert werden.
58 Langjährige Pflege von Familienmitgliedern sollen sich nicht mehr negativ auf die
59 Rente auswirken. Gesetzlich Versicherte sollen sich in angemessenem Umfang ergänzend
60 freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern können. Eine ergänzende
61 private Altersvorsorge ist kein Ersatz.

62 Das Rentenniveau soll bei mindestens 48% dauerhaft stabilisiert werden.
63 Tarifvertraglich vereinbarte betriebliche Altersversorgungsformen sollen bevorzugt

64 werden. Mit dem Freibetrag bei der Sozialversicherungspflicht der Betriebsrenten
65 wurde ein wichtiger Schritt gemacht. Vieles davon hat die SPD im Koalitionsvertrag
66 zusammen mit einer Absage an die Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters
67 verankert. Schon das war bis vor kurzem kaum vorstellbar und wird von uns als großer
68 Erfolg einer langjährigen Diskussion gesehen. Dennoch: das Festhalten am Status quo
69 reicht nicht aus! Für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente brauchen wir
70 perspektivisch eine Anhebung des Niveaus auf etwa 53 %. Mit der Reaktivierung des
71 Nachholfaktors noch vor der nächsten Rentenanpassung 2022 werden die Löhne in den
72 kommenden Jahren den Renten weiter davonlaufen. Der Einstieg in eine Aktienrente oder
73 in die teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente ist kein Lösungsweg und es
74 gilt, diesen zu verhindern. Keinesfalls darf beispielsweise der Einstieg in die
75 kapitalgedeckte Rentenversicherung aus dem Bundeszuschuss zu Lasten des Rentenniveaus
76 finanziert werden. Es fehlen strukturelle Reformen, weshalb eine fortschrittliche,
77 zukunftsichere und solidarische Rentenpolitik deutlich weiterreichen muss. Vor
78 diesem Hintergrund fordern wir:

79 1. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung

80 Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist
81 und auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der
82 Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland. Das System der gesetzlichen
83 Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder
84 ausschließlich durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle
85 Armut vermieden wird.

86 Nur die Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden Altersrente kann der
87 jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden. Die
88 bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
89 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt
90 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge, tariflich abgesichert und
91 arbeitgeberfinanziert, soll als Ergänzung zu einer gestärkten gesetzlichen Rente
92 einen zusätzlichen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei
93 Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten.

94 Die bisherige Riesterrente mit staatlicher Subventionierung der Versicherungskonzerne
95 darf nicht weitergeführt werden. Für bestehende Verträge soll jedoch der
96 Vertrauensschutz gelten. Alle für die Altersvorsorge notwendigen Steuermittel sind in
97 der gesetzlichen Rentenversicherung zu bündeln.

98 2. Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent

99 Die Abwärtsspirale bei der Rente ist gestoppt. Um ein gutes Leben im Alter zu
100 garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu sichern ist das Rentenniveau
101 perspektivisch auf 53 Prozent anzuheben, also in etwa auf den Stand zu Beginn dieses
102 Jahrtausends. Damit kann der im Erwerbsleben durchschnittlich erreichte
103 Lebensstandard auch im Alter weitgehend erhalten und ein sozialer Abstieg im Alter
104 verhindert werden. Dieses Versorgungsziel ist durch die gesetzliche
105 Rentenversicherung zu ermöglichen. Über lange Zeit wurde so ein Netto-Rentenniveau
106 von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger Berechnungsmethode einem
107 Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent entspricht. Dies erfordert
108 zwingend zwei Maßnahmen:

109 1. Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte
110 Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese
111 Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt
112 tatsächlich erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu
113 definieren.

114 2. Das von der Bundesregierung angenommene Gesamtversorgungsniveau unterstellt,
115 dass die gesetzliche Rente von einer Riester-Rente ergänzt wird. Doch auf viele
116 Beschäftigte trifft diese Annahme gar nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe
117 zu, da sie über keine entsprechenden Anwartschaften verfügen. Zudem geht die
118 Bundesregierung von überzogen optimistischen Annahmen hinsichtlich Rendite,
119 Dynamisierung und Kosten aus. Diese unterstellte Zusatzvorsorge aus einem
120 Riester-Vertrag sollte daher in entsprechender Höhe wieder als Bestandteil der
121 gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

122 Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen muss
123 als das daraus abzuleitende Sicherungsniveau zum Zielniveau werden, welches zügig
124 wieder erreicht und dann dauerhaft gehalten werden muss.

125 Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos
126 gestrichen werden.

127 3. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung durch eine Paritätisch
128 finanzierte Erwerbstätigenversicherung

129 Die Weiterentwicklung der paritätisch finanzierten Rentenversicherung in die
130 zukünftig alle Bevölkerungsschichten in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das
131 Rentensystem einbezogen werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu
132 Beginn der 2020er Jahre der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und
133 politisch geboten.

134 Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich
135 auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich
136 des Niedriglohnssektors ist mindestens am Durchschnitt der Löhne der jeweiligen
137 Branche auszurichten (Arbeitgeber-mindestbeitrag). Die Beiträge der Versicherten
138 werden entsprechend gesenkt und der Anreiz für niedrige Löhne gebremst.

139 Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein
140 eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer
141 Erwerbstätigen-versicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung
142 vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder
143 freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch
144 nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der
145 Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die
146 jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der
147 Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Um Länder und
148 Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre BeamtInnen zu
149 entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die
150 eingesparten Pensionen zurückerstattet wird. Auch hierbei helfen uns die derzeit
151 niedrigen Zinsen. Perspektivisch stellen wir damit die Alterssicherung unabhängig von
152 der arbeitsrechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst
153 breite Beitragszahlendenbasis.

154 Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der
155 Rentenversicherung ge-schaffen werden. Ergänzend zum Aufbau dieser Demografie-Reserve
156 muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur
157 gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.

158 Die Mindestreserve und die Demografie-Rücklage sind sinnvoll zu investieren anstatt
159 sie durch Negativzinsen aufzehren zu lassen. Wir halten es für dringend geboten,
160 damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie dies schon bis 2005 geschah. Damit
161 schaffen wir gesellschaftlichen Nutzen und eine Verzinsung des angesammelten
162 Kapitals. Die hierdurch mobilisierbaren Beträge übersteigen die bisher geplanten
163 Maßnahmen aller öffentlichen Hände für den sozialen Wohnungsbau um ein Mehrfaches.
164 Sinngemäß gilt dies insbesondere auch für den im Koalitionsvertrag vorgesehenen 10
165 Mrd. € - Kapitalstock, der nicht auf den ohnehin überdehnten Finanzmärkten landen
166 darf, sondern realwirtschaftlich, sicher und gesellschaftlich nützlich in den
167 Wohnungsbau zu investieren ist. Dieser Kapitalstock könnte alternativ auch für die
168 Demografie-Rücklage genutzt werden.

169

Aktienrente ablehnen

170 Die Einführung einer Aktienrente in der gesetzlichen Rentenversicherung und die
171 Verwendung von Rentenversicherungsbeiträgen für kapitalgedeckte Finanzierungswege ist
172 abzulehnen.

173 Der grundlegende Gegensatz der Interessen von Kapital und Arbeit bedeutet am
174 Aktienmarkt in der Regel: Was gut ist für die Arbeits- und Entgeltbedingungen der
175 Beschäftigten, ist zum Nachteil für Aktionäre – und umgekehrt. Dieser
176 Interessengegensatz wird durch die Verknüpfung von Alterseinkommen und
177 Finanzmarktentwicklungen nur scheinbar aufgelöst. In Wahrheit überwiegen für
178 Beschäftigte, Rentner*innen und Verbraucher*innen die Nachteile boomender Aktienkurse
179 die Vorteile rentierlich angelegter Rentenanwartschaften bei weitem.

180 Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung dürfen nicht in spekulative Anlagefonds
181 fließen. Mit Rentenbeiträgen spekuliert man nicht – jetzt nicht und auch in Zukunft
182 nicht!

183

Beiträge und Bemessung

185 Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und
186 Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6% in der
187 Rentenversicherung muss schrittweise angehoben werden, dass die Beitragssätze
188 spätestens ab 2025 über die gesetzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent ab
189 2030 steigen werden. So können substantielle Verbesserungen im Rentenniveau erreicht
190 werden.

191 Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die
192 jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als
193 Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut.

194 Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen
195 Aufwand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu

196 prüfen, ob es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte
197 für die Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der
198 persönlichen Entgeltpunkte anzuheben bzw. zum Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen
199 zurückzukehren.

200 Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist
201 aufzuheben, wobei die daraus erwachsenden Leistungsansprüche degressiv abgeflacht
202 werden. Das bedeutet, dass oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens
203 die mit den Beiträgen verbundenen Rentenanwartschaften unter Berücksichtigung der
204 verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden.

205 Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss
206 zurückgenommen werden.

207 Zeiten des Bezugs von ALG II bzw Bürgergeld sind wieder als Beitrags- und
208 Versicherungszeiten mit mindestens einem halben Entgeltpunkt zu werten und von den
209 Grundsicherungsstellen/Jobcentern zu entrichten.

210 Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung oder durch
211 einen Bundes-zuschuss) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele
212 Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs-
213 bzw. Pflegezeit weitergearbeitet. Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche
214 Bewertung zukünftig von Aus- und Fortbildungszeiten.

215 Für einen signifikant höheren steuerlichen Grundfreibetrag für Rentnerinnen und
216 Rentner. „Eck- oder Standardrentner“ in der Rentenversicherung mit 45 Entgeltpunkten
217 orientieren. (Beispiel: Der Grundfreibetrag liegt 2022 für Alleinstehende bei 9.984
218 Euro pro Jahr. Für Verheiratete gilt der doppelte Wert.

219 Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

220 Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen
221 Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.

222 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte
223 auf Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.

224 Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig
225 durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der
226 Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Außerdem
227 sind europaweit Finanzgeschäfte (Finanz-transaktionssteuer) und die Umsätze von
228 digitalen Unternehmen (Digitalsteuer) zu besteuern.

229 Die Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen.
230 Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine
231 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch
232 finanzierbar.

233 Die gesetzliche Obergrenze für Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung von
234 aktuell 1,5 Monatsausgaben ist zu beseitigen oder zumindest deutlich zu erhöhen.

235 Beitragsungedekte Leistungen steuerlich finanzieren

236 Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir
237 solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der
238 rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial
239 notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu

240 gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung,
241 Erwerbsminderungsrente, Erziehungs- und Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung
242 dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

243 Möglichkeit der Einzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen bei der DRV auf
244 Vollzeitentgelthöhe bei Teilzeit wegen ehrenamtlicher politischer Arbeit,
245 ehrenamtlicher Arbeit bei Hilfsorganisationen, Pflegearbeiten und Kinderbetreuung!
246 Wir brauchen eine Möglichkeit für die Auffüllung der Beiträge zur gesetzlichen
247 Rentenversicherung auf Vollzeitentgelthöhe bei Arbeitszeitabsenkung wegen einem
248 politischen Amt (z.B. Gemeinderat, ...) bei ehrenamtlicher Arbeit bei
249 Hilfsorganisationen, sowie bei Teilzeit bzw. Arbeitszeitabsenkung wegen Pflege und
250 Kinderbetreuung zu schaffen und im Gesetz zu verankern. Diese geleisteten Beiträge
251 sind inkl. des durch den Betroffenen bezahlten Arbeitgeberanteils als Altersvorsorge
252 von der Steuer absetzbar. Politische Arbeit und auch die Arbeit bei
253 Hilfsorganisationen ist wichtig. Gerade in den Gemeinde- und Kreisvertretungen finden
254 sich immer weniger Arbeitnehmer*Innen. Die Freistellung für diese Ämter ist
255 gesetzlich geregelt. Wird die/der Betroffene nicht bezahlt freigestellt und kann
256 sie/er die fehlende Arbeitszeit nicht nacharbeiten und muss die Arbeitszeit verkürzen
257 und Teilzeit arbeiten. Das Gehalt kann sie/er in der Regel mit der
258 Aufwandsentschädigung ein Stück ausgleichen. Bei der Rente gibt es keine Möglichkeit,
259 den Verlust bei der Rente im Alter durch Eigenbeiträge aus zu gleichen. Eine
260 Verringerung der gesetzlichen Rente um 200 Euro ist leider bei dieser Personengruppe
261 nicht selten. Wir wollen, dass viele Arbeitnehmer*Innen sich in die Politik
262 einbringen oder ihren freiwilligen Dienst bei Hilfsorganisationen, wie z.B. bei
263 Rettungsdiensten, Feuerwehr und THW engagieren. Ihr Anteil sinkt leider immer mehr.
264 Der Rentenverlust ist ein nachvollziehbares Problem, welches behoben werden muss.
265 Teilzeit ist oft der Grund von Altersarmut. Pflege und Kinderbetreuung ist oft der
266 Grund für Teilzeit, weil es keine Angebote bei Pflege oder fehlende
267 Kinderbetreuungsplätze gibt.

268 Es ist alles zu tun, um ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot sicher zu
269 stellen. Solange dies nicht der Fall ist, sollte es die Möglichkeit einer
270 freiwilligen Einzahlung von Rentenbeiträgen bis zur Höhe des eigentlichen
271 Vollzeitentgeltes geben.

272 Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

273 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
274 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt
275 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre
276 Verbreitung deutlich erhöht werden. Eine betriebliche Altersversorgung (bAV) könnte,
277 tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als Ergänzung zu einer gestärkten
278 gesetzlichen Rente einen zusätzlichen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter,
279 bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten.

280 Die Beitragsfreiheit von Betriebsrenten ist analog zur gesetzlichen
281 Rentenversicherung zu regeln. Eine Förderung oder gesetzliche Privilegierung von
282 Altersvorsorgeprodukten ohne volle Beitrags- und Zinsgarantie lehnen wir ab. Bei
283 vielen Modellen wirbt die Versicherungswirtschaft zwar mit höheren Renditen, kann und
284 will jedoch zumeist nicht einmal für die eingezahlten Beiträge garantieren. Mit Blick

285 auf die Erfahrungen der globalen Finanzkrise und die labile Situation der ohnehin
286 überdehnten Finanzmärkte halten wir dies für eine Alterssicherung breiter
287 Bevölkerungsschichten für unverantwortlich.

288 4. Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67!

289 Die Regelaltersgrenze anpassen

290 Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der Armutsbekämpfung
291 werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um eine immer höhere
292 Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.

293 Die Rente mit 67 geht an der Realität der Beschäftigten vorbei und ist durch das
294 gesetzliche Rentenzugangsalter mit 65 Jahren zu ersetzen.

295 Eine realistisch in Arbeit erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem
296 Hintergrund des Wandels der Arbeit verstärkt von passgenauen Optionen für die
297 Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge während des Erwerbslebens sowie beim
298 Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden. Diese flexiblen, abschlagsfreien
299 Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

300 Lücken in der Erwerbsbiografie haben in der Regel negative Auswirkungen auf die
301 Versorgungs-situation im Alter. Mögliche Instrumente für den Übergang in den
302 Ruhestand sind hier insbesondere die Stärkung der Rahmenbedingungen für die
303 Altersteilzeit, ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge mit 63 Jahren und nach
304 mindestens 45 Beitragsjahren für alle Generationen.

305 Erwerbsminderungsschutz verbessern

306 Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu
307 verbessern. Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern.

308 Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden. Die Zurechnungszeiten für
309 die Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65 Jahre verlängert.

310 Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder psychischer
311 Erkrankung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann. Im vorletzten
312 Bundestagswahlkampf wurde den Erwerbsgeminderten eine deutliche Verbesserung ihrer
313 Erwerbsminderungsrente versprochen. Tatsächlich wurde mit dem Rentenpaket 2014 die
314 Zurechnungszeit bei Rentennewuzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert.

315 Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen
316 Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.

317 Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten bei der
318 Erwerbsminderungsrente in einem weiteren Schritt die ungerechtfertigten Abschläge
319 beseitigt werden. Niemand wird freiwillig erwerbsgemindert.

320 Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und Rehabilitation
321 auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um alters- und
322 altersgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene Erwerb-
323 saustritte möglichst lange zu verhindern.

Kap 3/04: Umlagefinanziertes Rentensystem erneuern und nach österreichischem Vorbild umbauen, zur sozialgerechten Altersversorgung und Verhinderung von Altersarmut

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Der Bundesvorstand der AG 60 plus wird aufgefordert, aktiv mit anderen Landes- und
2 Bundesverbänden, den Arbeitsgemeinschaften, den Sozialverbänden und den
3 Gewerkschaften einen durchgreifenden Reformprozess in Gang zu setzen.
- 4 Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist als Fundament einer lebens-
5 würdigen, sozialgerechten Altersversorgung zu sichern und auszubauen.
- 6 "Lösungselemente, wie in Österreich umgesetzt, sind hierbei wichtige Ansätze, die
7 auch in die deutsche Debatte einfließen müssen: neben dem Gesamterwerbstätigensystem
8 jedenfalls auch Beitragshöhe und -verteilung sowie die Mindestabsicherung".
- 9 Die Elemente des Reformprozesses sollten u.a. sein:
- 10 • Die zügige Schaffung einer armutsfesten Mindestrente nach entsprechender
11 Beschäftigungsdauer und eine unverminderte Koppelung der GRV an die Arbeitsentgelte.
 - 12 • Über die als Verteidigungslinie gegenüber den aktuellen Angriffen durchgesetzte
13 Haltelinie des Rentenniveaus von 48% bis 2039 hinaus die Entwicklung eines
14 Aufbauplanes, der eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus zum Ziel hat.
 - 15 • Einführung einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen, Beamte, Mandatsträger
16 und Selbständige.
 - 17 • Endlich eine klare Abgrenzung zwischen durch Arbeit erworbenen Ansprüchen und durch
18 gesellschaftliche Erfordernisse und Entscheidungen bedingten Ausgleichszahlungen, die
19 ausnahmslos aus Steuermitteln finanziert werden müssen.
 - 20 • deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
 - 21 • keine Finanzierung über Aktienfonds

Kap 3/05: Rente

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Wir fordern einen Umbau des Rentensystems durch die Einführung einer
2 Erwerbstätigenrente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbständige,
3 militärische und zivile Dienste und Mandatsträger.
- 4 Bis zum Zustandekommen sind (Neu-) Renten und Pensionen schrittweise, um den gleichen
5 Prozentsatz anzugleichen, bis eine Gleichstellung bei einem Rentenniveau um 60 %
6 erreicht ist.
- 7 Für Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet haben,
8 ist die Mindestrente auf einen Betrag oberhalb der Armutsgrenze festzulegen.

9 Um die Teilhabe nicht weiter einzuschränken, sind während der Umstellung Zahlungen,
 10 die bei Pensionen gewährt werden, auch den Rentnerinnen und Rentnern zu leisten, zum
 11 Beispiel Inflationsausgleich.

12 De Finanzierung einer auskömmlichen Rente bedarf einer umfassenden Reform von Steuern
 13 auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit;

14 gerechte Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer, deutliche Entlastung bei der
 15 Einkommenssteuer bis zu einem Einkommen von 50.000,- Euro p.a., eine weitere
 16 progressive Staffelung bis zu einem Einkommen von 199.999,- Euro p.a. . Ab einem
 17 Einkommen von 200 000,- Euro p.a. soll ein Höchststeuersatz von 49 % gelten.

18 Kapitalertragssteuer soll mit dem höchstmöglichen Einkommenssteuersatz direkt erhoben
 19 werden bei weiterhin einem Sparerfreibetrag von 1.000,- Euro p.a. (Kleinanleger
 20 verrechnen die Kapitalertragssteuer mit ihrem persönlichen Steuersatz bei der
 21 Einkommensteuererklärung.)

Kap 3/06: Einzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen bei ehrenamtlicher Tätigkeit

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Möglichkeit der Einzahlung von Rentenversicherungsbeiträgen bei der DRV auf
 2 Vollzeitentgelthöhe bei Teilzeit bzw. Arbeitszeitabsenkung wegen ehrenamtlicher
 3 politischer Arbeit, ehrenamtlicher Arbeit bei Hilfsorganisationen, Pflegearbeiten und
 4 Kinderbetreuung!

5 Wir fordern, eine Möglichkeit für die Auffüllung der Beiträge zur gesetzlichen
 6 Rentenversicherung auf Vollzeitentgelthöhe bei Arbeitszeitabsenkung wegen einem
 7 politischen Amt (z.B. Gemeinderat, ...) bei ehrenamtlicher Arbeit bei
 8 Hilfsorganisationen, sowie bei Teilzeit wegen Pflege und Kinderbetreuung zu schaffen
 9 und im Gesetz zu verankern.

10 Diese geleisteten Beiträge sind inkl. des durch den Betroffenen bezahlten
 11 Arbeitgeberanteils als Altersvorsorge von der Steuer absetzbar. Politische Arbeit und
 12 auch die Arbeit bei Hilfsorganisationen ist wichtig. Gerade in den Gemeinde- und
 13 Kreisvertretungen finden sich immer weniger Arbeitnehmer*Innen. Die Freistellung für
 14 diese Ämter ist gesetzlich geregelt. Wird die/der Betroffene nicht bezahlt
 15 freigestellt und kann sie/er die fehlende Arbeitszeit nicht nacharbeiten und muss die
 16 Arbeitszeit verkürzen und Teilzeit arbeiten. Das Gehalt kann sie/er in der Regel mit
 17 der Aufwandsentschädigung ein Stück ausgleichen. Bei der Rente gibt es keine
 18 Möglichkeit, den Verlust bei der Rente im Alter durch Eigenbeträge aus zu gleichen.

19 Eine Verringerung der gesetzlichen Rente um 200 Euro ist leider bei dieser
 20 Personengruppe nicht selten. Wir wollen, dass viele Arbeitnehmer*Innen sich in die
 21 Politik einbringen oder ihren freiwilligen Dienst bei Hilfsorganisationen, wie z.B.
 22 bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und THW engagieren. Ihr Anteil sinkt leider immer

23 mehr. Der Rentenverlust ist ein nachvollziehbares Problem, welches behoben werden
 24 muss.

25 Teilzeit ist oft der Grund von Altersarmut. Pflege und Kinderbetreuung ist oft der
 26 Grund für Teilzeit, weil es keine Angebote bei Pflege oder fehlende
 27 Kinderbetreuungsplätze gibt.

28 Es ist alles zu tun, um ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot sicher zu
 29 stellen. Solange dies nicht der Fall ist, sollte es die Möglichkeit einer
 30 freiwilligen Einzahlung von Rentenbeiträgen bis zur Höhe des eigentlichen
 31 Vollzeitentgeltes geben.

Kap 3/07: Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Leider ist die Situation hin Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 2 noch immer unzureichend. Nicht nur Haushalte mit geringem Einkommen, sondern die
 3 meisten Arbeitnehmer*innen sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder zuverlässig,
 4 kostengünstig und mit einer guten Qualität betreut werden. Wir fordern die politisch
 5 Verantwortlichen auf, die Leistungen für Eltern durch die Kommunen bereitzustellen:
 6 • eine ausreichende Anzahl an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen, aber auch die
 7 Möglichkeit der Betreuung von Kindern an weiterführenden Schulen
 8 • die Finanzierung der Einrichtungen, um jedem Kind eine Teilnahme zu ermöglichen.
 9 Kostenfreie Bildung ab der Krippe bis zum Abschluss!
 10 • ein effizientes Platzvergabeverfahren: In Regionen mit hoher Nachfrage gleicht dies
 11 im Moment einem Glücksspiel
 12 • die Umsetzung verschiedener effektiver Maßnahmen, um der Personalnot zu begegnen:
 13 wie beispielsweise Aus- und Fortbildungen, Anwerbungen, bessere Bezahlung oder
 14 gestellte Wohnungen für Beschäftigte, etc.
 15 • die Sicherstellung der Qualität der Betreuung durch eine regelmäßige staatliche
 16 Prüfung der Einrichtungen alle 2 Jahre
 17 • einer guten Anbindung der Einrichtungen für das selbstständige Erreichen durch
 18 Schulkinder, sei es durch Ortsnähe oder mit ÖPNV etc.

Kap 3/08: Sorgearbeit endlich ernst nehmen: Klares Bekenntnis und Sichtbarkeit von Sorgearbeit als gesamtgesellschaftliche Verantwortung im SPD

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Sorgearbeit wird prominenter Inhalt des Programms der SPD zur Bundestagswahl 2025 und
- 2 der Wahlkampf wird das Thema zentral aufgreifen. Sorgearbeit wird eine herausragende
- 3 Stellung unter den Vorhaben für eine kommende Legislaturperiode einnehmen. Die
- 4 Beteiligung der SPD an einer zukünftigen Bundesregierung setzt eine stärkere
- 5 Gewichtung der Sorgearbeit in der Koalition voraus, als es bis dato der Fall ist.
- 6 Dies wird im Koalitionsvertrag festgehalten.

Kap 3/09: Tarifverträge zu Sorgearbeit im privaten Umfeld unterstützen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Die SPD unterstützt den Abschluss von Tarifverträgen, welche Freistellungen unter
- 2 Fortzahlung des Entgeltes zum Zwecke der Sorgearbeit im privaten Umfeld ermöglichen,
- 3 durch folgende Maßnahmen:
- 4 • öffentliche positive Bewertung von Tarifverträgen, die Sorgearbeit im privaten
- 5 Umfeld durch Freistellung unter Fortzahlung des Entgeltes ermöglichen, an
- 6 geeigneten Stellen
- 7 • aktiver Einsatz für die Regelung zur finanziellen Entlastung der
- 8 Arbeitgeber*innen von Sozialversicherungsbeiträgen für jeden vollen Monat
- 9 Freistellung unter Fortzahlung des Entgeltes zum Zweck der Sorgearbeit im
- 10 privaten Umfeld auf Grundlage eines Tarifvertrages

Kap 3/10: Weil Klatschen nicht reicht: in Kitas braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Deshalb fordern wir:
- 2 - Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden Kita-Systems vor allem durch
- 3 Verbesserung des Personalschlüssels, Ausbau von Mitgestaltungs- und
- 4 Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten,
- 5 - Stopp des Abbaus der Qualitätsstandards: u.a. durch Verkleinerung der Gruppengrößen
- 6 und ausschließliche Anrechnung von qualifiziertem Personal
- 7 - Bundesweiter Kita-Gipfel von Bund, Ländern, Kommunen und Gewerkschaften
- 8 - Umbau der Erzieher*innenausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz einschließlich der
- 9 Fort- und Weiterbildung,

10 - Planvoller Kita-Ausbau einschließlich entsprechender Qualitätsstandards und
11 pädagogischer Konzepte
12 - Arbeitszeit- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Familien sowohl der Nutzenden
13 als auch der Beschäftigten.

14 Das bestehende System der Kitas und seine Beschäftigten sind am Limit. Schlechte
15 Personalschlüssel und Fachkräftemangel machen den Einrichtungen immer mehr zu
16 schaffen. Die Personaldecke in allen Kitas wird immer dünner, der Personalmangel
17 wächst stetig und die Belastungen für die Beschäftigten werden immer größer. Daher
18 müssen Bund, Länder und Kommunen auf Grund der desolaten Situation das aktuell
19 bestehende Kita-System dringend grundlegend überarbeiten.

20 Die aktuelle Situation hat dramatische Folgen: Die Beschäftigten sind an ihrer
21 Belastungsgrenze. Sie erkranken häufiger, fallen aufgrund von Burnout lange Zeit aus
22 oder verlassen das Arbeitsfeld Kita. So kann es nicht weitergehen. Vor dem weiteren
23 Ausbau der Kitas muss an erster Stelle die Forderung nach einer nachhaltigen
24 Stabilisierung des Kita-Systems stehen, damit die Abwärtsspirale durchbrochen wird.
25 Die Arbeit in den Kitas darf nicht krank machen.

26 Die Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung durch gute
27 Fachkraft-Kind-Schlüssel und gut ausgebildetes Personal müssen in den Fokus.
28 Frühkindliche Bildung in einem stabilen Kita-System ist die Grundlage für
29 Bildungsgerechtigkeit, für eine funktionierende Wirtschaft und eine demokratische
30 Gesellschaft. Kitas dürfen keine reine Verwahranstalt werden; die Kitas sind in der
31 jetzigen Situation kaum mehr in der Lage, den an sie gestellten dringend nötigen
32 Bildungsauftrag zu erfüllen.

33 Ländern und Kommunen gelingt es schon lange nicht mehr, die Rechtsansprüche der
34 Eltern auf Erziehung, Bildung und Betreuung einzulösen und für Verlässlichkeit zu
35 sorgen. Deshalb müssen familien- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen
36 werden, die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Der Bund
37 profitiert maßgeblich von den Steuereinnahmen durch die Beschäftigung der Eltern. Er
38 ist daher in der Pflicht, sich dauerhaft und in einem relevanten Umfang an der
39 Finanzierung und der fachlichen Weiterentwicklung des Systems Kita genauso wie an der
40 sozialpädagogischen Ausbildung zu beteiligen.

41 Bund, Ländern und Kommunen müssen einen Plan verfolgen, wie der zukünftige Ausbau der
42 Kindertageseinrichtungen und des Ausbildungssystems, einschließlich der Weiterbildung
43 von Lehrkräften, gelingen und solide finanziert werden kann. Die Stabilisierung des
44 Systems und der geplante Ausbau der Kitas funktionieren nicht ohne den Stufenplan zum
45 Aufbau des nötigen Fachpersonals. Beides muss miteinander synchronisiert werden.
46 Letztendlich ist es wichtig, mit Perspektive auf den wachsenden Fachkräftemangel auf
47 dem gesamten Arbeitsmarkt einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, wie
48 Erwerbs –und Sorgearbeit in unserer Gesellschaft verteilt werden und was uns als
49 Gesellschaft das Aufwachsen unserer Kinder wert ist.

Kap 3/11: Daseinsvorsorge nach Bedarf bei Krankenhausleistungen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor

Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, die
- 2 Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Vergütungsinteresse des
- 3 Krankenhausträgers für einen Krankenhausaufenthalt am tatsächlichen Behandlungsbedarf
- 4 ausrichtet und nicht an möglichst häufiger und intensiver Krankenhausbehandlung, wie
- 5 dies durch das jetzige Fallpauschalen-System gefördert wird.

Kap 3/12: Erstellung eines „Masterplans Pflege“

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Wir fordern auf, einen „Masterplan Pflege“ auszuarbeiten.
- 2 Angesichts des schlechten Zustandes unseres Pflegesystems muss die SPD dieses Thema
- 3 zu ihrer zentralen politischen Arbeit machen. Politik, Kranken- und Pflegekassen,
- 4 Arbeitgeber:innen und Gewerkschaften, Vertreter:innen der Versicherten/soziale
- 5 Selbstverwaltung sowie Betroffenen-Verbände können gemeinsam mehr in der Pflege
- 6 bewegen. Nicht zuletzt zeigt uns die Corona Pandemie, wie anfällig unser
- 7 Gesundheitssystem ist. Deshalb wird mit diesem Forderungskatalog eine umfassende
- 8 Restrukturierung unseres Pflegesystems mit sozialdemokratischem Anspruch
- 9 vorgeschlagen. Wir brauchen einen „Masterplan Pflege“, der sich nicht damit begnügt
- 10 Details zu korrigieren und an sogenannten „Stellschrauben“ zu drehen. Vielmehr gilt
- 11 es, den gesamten Pflegebereich und seine Einbettung in unser Gesundheitssystem auf
- 12 den Prüfstand zu stellen und angesichts des demographischen Wandels nachhaltig
- 13 zukunftsfähig zu verbessern. Dabei sind die unten aufgeführten Punkte zu beachten:
- 14
- 15 Zurück zur bedarfsgerechten Personalplanung statt Finanzierung über die sogenannten
- 16 Fallpauschalen.
- 17 Da das Finanzierungsmodell der Krankenhäuser über Fallpauschalen und DRG's (Diagnosis
- 18 related groups) bei uns genauso wie zuvor in anderen Ländern versagt hat. In der
- 19 Krankenpflege sowie in der ambulanten und stationären Altenpflege sind für alle
- 20 Fachbereiche Personaluntergrenzen auf Bundesebene gesetzlich festzulegen. Bis dies
- 21 erreicht ist, sind die Länder ermächtigt, über Landesgesetzgebung dies
- 22 sicherzustellen. Die Refinanzierung muss über die Kranken- und Pflegekassen
- 23 garantiert sein. Die gängige Praxis, dass Pflegebedürftige wegen der Fallpauschalen-
- 24 Regelung nicht austherapiert aus dem Krankenhaus entlassen werden und die weitere
- 25 Behandlungspflege der entlassenen Pflegeheimbewohner zu Lasten der Pflegekassen statt
- 26 der Krankenkassen geht, ist nicht weiter hinnehmbar und muss korrigiert werden. Die
- 27 Pflegeleistung wie auch der Patientenschlüssel in einem Krankenhaus oder Pflegeheim
- 28 werden als Qualitätsmerkmal definiert. Um die Durchsetzungsfähigkeit pflegerischer

29 Anliegen zu gewährleisten, sollen die Führungsgremien in Kliniken und
30 Pflegeeinrichtungen paritätisch mit Pflegedirektoren/-innen und medizinischem
31 Fachpersonal besetzt werden. Ausbildungssystem und Einwanderungsgesetzgebung sind der
32 künftigen Sicherstellung des Personalbedarfs anzupassen.

33 Zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs wird ein bundeseinheitliches
34 Fachkräftemonitoring auf der Grundlage fortlaufend aktualisierter regionaler Daten
35 entwickelt. Um diese regionalen Daten zu erhalten, wird eine bundeseinheitliche
36 Pflegeprognoseformel für die wahrscheinliche Pflegesituation in den Jahren 2025 und
37 2030 ausgehend von den aktuellen Demographie-Werten für Kommunen zu entwickeln sein,
38 damit Kommunen mit mehr als 5000 Einwohner:innen damit eine Berechnungs- und
39 Versorgungsplanung durchführen können, wenn sie mehr als 20 – 25% Einwohner:innen
40 über 60 Jahre haben. Abgeleitet von der Bedarfsprognose werden die erforderlichen
41 Ausbildungskapazitäten der Bundesländer ermittelt. Diese setzen ihre
42 Ausbildungskapazitäten entsprechend fest. Um den Bedarf der erforderlichen Lehrkräfte
43 in Schulen und der Praxisanleiter/-innen in den Betrieben zu decken, werden Aus- und
44 Weiterbildungsmöglichkeiten bedarfsgerecht erhöht. Um den Bedarf der
45 Berufsfachschulen für Pflege zu decken, wird flächendeckend ein staatlicher
46 Studiengang „Pflegepädagogik“ eingerichtet (in Bayern nur 7-mal angeboten). Die
47 Anerkennung qualifizierter und qualifikationswilliger Migranten ist umgehend zu
48 beschleunigen und zu entbürokratisieren. Bedarfsgerechte Integrationshilfen sind
49 vorzusehen. Migranten, die bereit und fähig sind, in der Pflege zu arbeiten oder sich
50 ausbilden zu lassen, erhalten kostenlose Sprachkurse. Herkömmliche Integrationskurse
51 reichen nicht aus! Das Einwanderungsgesetz muss die Möglichkeit des „Spurwechsels“
52 vom Asyl- ins Einwanderungsrecht ausdrücklich anbieten.

53 Überführung der Ausbildung zur Pflegefachkraft in das duale System. Die neue duale
54 und generalistische dreijährige Ausbildung zur Pflegefachkraft soll Kern eines
55 durchlässigen, und anschlussfähigen Ausbildungssystems werden. Die Helfer:in-
56 Ausbildungen werden ebenfalls generalistisch ausgerichtet, ermöglichen
57 Schulabschlüsse und sind anschlussfähig hin zur Fachkraftausbildung. Dabei ist
58 sicherzustellen, dass eine Generalisierung der Ausbildung nicht zu Lasten der
59 Pflegefachschulen geht. Akademische Weiterbildungen werden praxisgerecht ausgebaut.
60 Ausbildung in Teilzeit muss ermöglicht und berufsbegleitende Ausbildung muss
61 finanziell attraktiver werden. Auszubildende erhalten eine Ausbildungsvergütung gemäß
62 Berufsbildungsgesetz BBiG. Wie in der dualen Ausbildung werden die Ausbildungsplätze
63 in der Pflege an die Agentur für Arbeit gemeldet und dort statistisch erfasst. Dies
64 ermöglicht eine bessere Vermittlungsquote der Bewerber:innen und erleichtert die
65 Anpassung der Kapazitäten auf regionaler Ebene. Im Rahmen der Berufsorientierung in
66 den Schulen und der Jugendberufsagenturen wird das Berufsbild Pflege offensiv,
67 begleitet von einer bundesweiten Werbekampagne, integriert.

68

69 Sofortige Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsumfeld.

70 Das bedeutet im Wesentlichen:

71 + Sicherstellung der Fachkraftquote und Entbürokratisierung der Arbeit. +Verlässliche
72 Dienstpläne, die familiengerechte Arbeits- und Freizeiten ermöglichen + keine
73 Monsterschichten, geteilten Dienste oder Schaukelschichten

74 + Verbindliche Jahres- und Urlaubspläne, Aufbau entsprechender Springer-Pools
75 + betriebliches Gesundheitsmanagement, denn Pflege ist physische und psychische
76 Schwerstarbeit
77 + Bauliche, technische und materielle Verbesserungen am Arbeitsplatz, Auflage eines
78 entsprechenden Investitionsprogramms.
79 Pflege ist eine Mensch-zu-Mensch Beziehung. Doch müssen Möglichkeiten der
80 Digitalisierung genutzt werden, um die Qualität der Pflege zu erhöhen und
81 Pflegekräfte zu entlasten. Gewonnene zeitliche Spielräume durch Digitalisierung,
82 durch assistierte Lösungen oder durch Robotik dienen dazu, mehr Zeit für die Mensch-
83 zu-Mensch-Beziehung in der Pflege zu gewinnen. Instabile IT und Zeitlupeninternet
84 wirken jedoch entgegengesetzt und sind unzumutbar. Eine Entbürokratisierung, d.h. vor
85 allem Verminderung des überbordenden Dokumentationsaufwandes, setzt Ressourcen frei.
86 Gute Arbeitsbedingungen umfassen also eine Senkung der Arbeitsintensität durch
87 bessere Personalausstattung, betriebliches Gesundheitsmanagement,
88 Entbürokratisierung, Digitalisierung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
89 Gute berufliche Fort- und Weiterbildung beugt Überforderung durch unzureichende
90 Kenntnis vor, sichert eine gleichbleibende Qualität der Pflege, ermöglicht
91 Aufstiegschancen und macht den Pflegeberuf insgesamt attraktiver.

92

93 Leistungsgerechte Bezahlung.

94 Mit den Sozialpartnern wird ein Pakt "Neustart in der Pflege" initiiert mit dem Ziel
95 eines bundesweiten sozialen Flächentarifvertrags in Anlehnung an TVÖD, dem sich auch
96 die gemeinnützigen und kirchlichen Träger anschließen haben. Seit dem 1. September
97 2022 muss eine Pflegeeinrichtung, um als solche zugelassen zu sein, entweder selbst
98 tarifgebunden sein oder ihre Pflege- und Betreuungskräfte mindestens in Höhe von in
99 der Region anwendbaren Pflege-Tarifverträgen entlohnen. Die privaten Träger werden
100 ihre Bezahlung somit automatisch anpassen müssen.

101 Im Gegenzug sind die Pflegekassen verpflichtet, die steigenden Lohnaufwendungen bei
102 den Verhandlungen der Vergütung der Pflegeleistungen zu berücksichtigen und damit die
103 Refinanzierung der Tarifbindung oder -orientierung zu gewährleisten.

104 Damit ist auch die Angleichung des immer noch unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen
105 Kranken- und Altenpflege gewährleistet. Für den künftigen Gesundheitsfachberuf
106 "Pflegekraft", muss eine einheitliche Vergütung sichergestellt werden.

107

108 Zeitgemäße und praxisorientierte Qualitätssicherung.

109 Gute Pflege benötigt gute Qualität auch durch Aufsicht und Kontrolle. Im Pflegegesetz
110 Zwei (PLG II) sind die Kontrollrechte des Medizinischen Dienstes der Kassen (MDK)
111 gestärkt worden. Die Kassen müssen die Umsetzung sicherstellen. Dies darf aber nicht
112 durch immer mehr bürokratische, damit pflegefremde Anforderungen erfolgen. Im Sinne
113 einer Minderung des Dokumentationsaufwandes, damit Entbürokratisierung der
114 pflegerischen Arbeit, ist eine Neugewichtung der Funktionen der Kontrollgremien
115 Heimaufsicht und MDK hin zu mehr Beratung notwendig. Konkret heißt dies
116 beispielsweise eine höhere Wertung des Zustandes eines Pflegebedürftigen als ein
117 sechs Monate zurückliegender fehlender Eintrag in die Dokumentation. Bezüglich der

118 häuslichen Pflege ist im Sozialgesetzbuch zwei (SGB II) vorgesehen, dass auch der
119 Sozialhilfeträger die Prüfungen des MDK beauftragen kann. Beratungsbesuche bei
120 pflegenden Angehörigen durch die Kassen sollen qualifiziert nach einheitlichen
121 Standards durchgeführt werden. Auch Kontinuität in der Unterbringung und Betreuung
122 sind ein wichtiges Qualitätsmerkmal, welche einer regelmäßigen Kontrolle bedürfen.

123

124 Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch flächendeckende Pflegestützpunkte.
125 2008 wurden in der Pflegeversicherung (§ 92c SGB XI) Pflegestützpunkte eingeführt,
126 um eine flächendeckende, neutrale und niedrigschwellige Beratung für alle Angehörigen
127 und Pflegebedürftigen zu schaffen. Diese Aufgabe haben die Länder sehr
128 unterschiedlich umgesetzt' Deshalb müssen im SGB XI für das gesamte Bundesgebiet
129 gesetzlich bindende Standards festgelegt und in allen Ländern einheitlich
130 verwirklicht werden. Aus den bisherigen Erfahrungen kann auch eine qualitative
131 Weiterentwicklung abgeleitet werden:

132 Vernetzung im Sozialraum, aufsuchende Beratung, interkulturelle Öffnung, aktive
133 Begleitung der Digitalisierung sollen gestärkt werden. Beratungsangebote für
134 pflegende Kinder und Jugendliche sowie für Familien, die ihre Kinder pflegen, müssen
135 gestärkt werden. Dies trifft auch für die pflegenden Angehörigen zu, die Senior:innen
136 zu Hause pflegen.

137 Pflegende Angehörige übernehmen derzeit mehr als dreiviertel der Pflegeleistungen in
138 Deutschland Sie benötigen mehr finanzielle und strukturelle Unterstützung. Hierzu
139 gehört ein deutlicher Ausbau der Angebote der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie
140 eine höhere finanzielle Absicherung der Kurzzeitpflegeplätze. Es muss den pflegenden
141 Angehörigen, die eine „24/7-Pflege“ übernehmen, ermöglichen den notwendigen
142 Erholungsurlaub zu nehmen. Auch darf es nicht sein, dass pflegende Angehörige bei
143 Inanspruchnahme eines Erholungsurlaubs und bei Ausfall durch Erkrankung im selben
144 Kalenderjahr alle anfallenden Pflegekosten bei einer erneuten Unterbringung des zu
145 Pflegenden zu zahlen. Daher müssen die Kosten für Kurzzeitpflege individuell so
146 berechnet werden, dass sie die unterschiedliche Höhe des Pflegeaufwandes und das
147 Risiko der Erkrankung der Pflegeperson innerhalb eines Kalenderjahres decken.

148 - Kostenübernahme / Nachtzuschläge in der ambulanten Pflege

149 Bis die Pflegevollversicherung greift, müssen mehr als 2 Termine pro Tag in
150 besonderen Fällen maximal 3 Termine im ambulanten Bereich pro Person realisiert
151 werden.

152 Ein Nachtdienst oder ein Notdienst wird nicht über die Pflegeversicherung finanziert,
153 außer bei der Intensivpflege.

154 In diesem Zusammenhang muss, wie in anderen Berufen ebenfalls auch ein entsprechender
155 Nachtzuschlag für die Mitarbeiter:innen gezahlt werden, der über die
156 Pflegeversicherung gedeckt wird.

157

158 Bessere Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf.

159

160 Der VdK-Forderung folgend sind eine „Pflegepersonenzeit und „Pflegepersonengeld“
161 einzuführen. Dabei sind Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und Familienpflegezeitgesetz

162 (FPfZG) entsprechend zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Nutzerfreundliche
163 Ausgestaltung des Rechtsanspruchs für pflegende Angehörige auf 10-tägige Freistellung
164 mit Lohnfortzahlung, um einen niederschweligen Zugang analog zum Kinderkrankengeld
165 zu ermöglichen. Freistellung sowie eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung über
166 einen längeren Zeitraum, analog zum Elterngeld. Überarbeitung des Konzepts
167 Familienpflegezeit. berücksichtigt werden sollen auch die Einbeziehung von
168 Nichtfamilienangehörigen und existenzsichernde Teilzeitarbeit. Ein Rechtsanspruch zum
169 Erwerb von Rentenansprüchen der berufstätigen pflegenden Angehörigen ist einzuführen
170 und ggf. aus Bundesmitteln zu finanzieren.

171

172 Verstärkte Überführung ehrenamtlich zuhause Gepflegter in professionelle Pflege
173 Aus qualifikatorischer und familienpsychologischer Sicht ist der Wechsel aus
174 ehrenamtlicher, häuslicher Pflege zu professionellen häuslichen Pflegediensten bzw.
175 stationären Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen wo dies gewünscht wird. Das
176 Selbstbestimmungsstärkungsgesetz soll dabei nicht unterlaufen, sondern eine gute und
177 qualitative Pflege in der jeweiligen Lebenssituation ermöglicht werden.

178

179 Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung mit festem Eigenanteil.
180 1995 war die Einführung der Pflegeversicherung ein Meilenstein zur sozialen
181 Absicherung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Doch obwohl Sie unter
182 der Maßgabe eingeführt worden war, sie zu gegebener Zeit auf ihre Nachhaltigkeit und
183 Tragfähigkeit zu überprüfen, hat diese Prüfung nie stattgefunden. Nach wie vor ist
184 sie eine Teilversicherung, die nur einen festen Zuschuss zu den tatsächlichen
185 Pflegekosten gewährt. Dadurch steigt der zu leistende Eigenanteil kontinuierlich an.
186 Auch aufgrund des demographischen Wandels, wachsender Pflegebedürfnisse und moderner
187 Familien- und Erwerbsstrukturen fordern wir daher entsprechend dem Vorbild der
188 Krankenversicherung eine Pflegevollversicherung mit festem Eigenanteil. In diesem
189 Zusammenhang sind aus Gründen der Transparenz, Gerechtigkeit und zur Vermeidung von
190 Wettbewerbsverzerrungen eine Vereinheitlichung der Abrechnungsgrundlagen für
191 stationäre und ambulante Pflege herbeizuführen.

192

193 Ein wichtiger Baustein der Kostenreduzierung sind die Investitionskosten.

194 - Komplette Übernahme der Investitionskosten für die Einrichtungen durch die Länder
195 (Keine Abwälzung auf Kommunen und Pflegebedürftige)

196 - bzw. verstärkte Förderung von genossenschaftlichen betreuten Wohnungs- und
197 Pflegeeinrichtungen durch Senioren:innen mit an dessen Einkommenssituation
198 angepassten Förderbedingungen.

199 Insbesondere ist hier die Verordnung zu ändern, dass einige Länder trotz geringer
200 Einkommen entsprechend dem sozialen Wohnraumförderungsgesetz kein Bezug einer
201 geförderten Wohnung ermöglichen, wenn der Betreffende ein Wohneigentum hat. Das ist
202 dahingehend zu ändern, dass Senioren, die sich mit ihrem früheren Einkommen
203 Wohneigentum geschaffen haben und auf andere Weise keine ihrer Situation und ihrem
204 Einkommen entsprechende angemessene betreute Wohnung beschaffen können, soziale
205 Wohnraumförderung gewährt wird, wenn sie als Einlage in die Genossenschaft einen

206 erheblichen Teil ihres Vermögens (aus Wohneigentum) einsetzen.
207 Entstehen dabei Tagespflege und Pflegewohngruppen in einer genossenschaftlich
208 organisierten betreuten Wohnanlage sind die mit dem gleichen Verhältnis aus dem
209 sozialen Wohnungsbau, wie die Wohnungen in der gesamten betreuten Wohnanlage zu
210 fördern.

211 Damit entstehen kurzfristig mehr bezahlbare betreute Wohnungen, die mit Tagespflege
212 und Wohngruppe die rein stationären Einrichtungen ergänzen und entlasten können.

213

214 Die Altersvorsorge für pflegende Angehörige ist der geleisteten Arbeit sowie dem
215 Berufsrisiko anzupassen.

216 Die Arbeit in der Pflege ist, ebenso wie eine gesicherte Altersversorgung, Maßstab
217 eines funktionierenden Sozialstaates. Berufstätige in der Pflege sollen deshalb
218 Anspruch auf eine Altersvorsorge haben, die jener der Bergleute unter Tage im Rahmen
219 der knappschaftlichen Rentenversicherung entspricht. Auf Grund der vorteilhafteren
220 Berechnungsfaktoren zeitlich früher eine höhere Rente bekommen zu können sowie
221 bessere Bedingungen für Berufsunfähigkeitsrente und berufliche Reha, wäre auch Anreiz
222 für eine entsprechende Berufswahl. Die Finanzierung der höheren Rentenbeträge hat aus
223 Steuermitteln zu erfolgen, da zukunftsichere und menschenwürdige Pflege eine
224 gesellschaftliche Verpflichtung darstellt, deren Kosten insofern nicht von den
225 Beitragszahlern, sondern von der gesamten Steuergemeinschaft zu tragen sind. Die
226 Steuermittel können über den bereits jetzt gezahlten jährlichen Bundeszuschuss an die
227 gesamte Rentenversicherung bereitgestellt werden. Arbeits- und
228 Ausbildungsunterbrechungen wegen Pflege von Familienangehörigen sind ebenso wie die
229 Zeiten zur Überführung in stationäre Pflege als Anrechnungszeiten zu berücksichtigen.

230 Vermeidung von sachfremden Leistungen in der Pflegeversicherung

231 - Rückerstattung der pandemiebedingten Zusatzkosten an die Pflegeversicherung aus
232 Steuermitteln.

233 - Übernahme der kompletten Ausbildungskosten von Pflegenden durch den Staat
234 (Bund, Land), nicht durch immer höhere Eigenanteile

235 - Finanzierung aller Sozialbeiträge für pflegende Angehörige aus Steuermitteln, nicht
236 aus den Kassen der gesetzlich Versicherten. Dies trifft vor allem auf alle
237 Rentenbeiträge zu.

238 - Übernahme der medizinischen Behandlungspflege (z. B. Blutdruck- und
239 Zuckermessungen) durch die privaten und gesetzlichen Krankenkassen.

240

241 Die Mittel zur Finanzierung sind bereitzustellen.

242 Gegenstand dieses Antrags ist die zur Rettung der Pflege notwendige Neuausrichtung
243 des politischen Handelns auf allen Ebenen, nicht dessen Finanzierung. Eine
244 Finanzierung ist möglich. Entscheidend ist einzig und allein der politische Wille. So
245 haben sich praktisch alle Bundesländer aus der Krankenhausfinanzierung immer mehr
246 zurückgezogen, so dass notwendige Investitionen zunehmend aus den unzureichenden
247 Betriebserlösen der Fallpauschalen sowie der Kreishaushalte geleistet werden. Wir
248 fordern deshalb den Wiedereinstieg in die Krankenhausfinanzierung gemäß Gesetz (KFG)
249 durch die Bundesländer.

250 Pflege gehört in die Mitte unserer Gesellschaft.

251 Entscheidungen in der Pflege werden nicht nur für die eine Million professionell
 252 Pfleger:in, sondern sie werden für jede Bürger:in spürbar sein. Denn jede/r ist
 253 irgendwann einmal in seinem Leben auf ein funktionierendes Pflegesystem angewiesen.
 254 Wie das Gesundheitssystem insgesamt, ist ein funktionierendes Pflegesystem deshalb
 255 ureigenste staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und Verfassungsauftrag und gehört
 256 deshalb in öffentlicher Hand und nicht an die Börse. Die Kommunikation darüber muss
 257 in die Lebenswelten der Menschen getragen werden: Kita, Familie, Schule, Universität,
 258 Kultur, Arbeitsplatz, Sportverein, Seniorenorganisationen u.v.m. Pflege gehört zur
 259 Lebensplanung dazu.

260 Neben den Maßnahmen der Pflegeprognose und der Ermittlung des Fachkräftebedarfs sowie
 261 dem Zusammenspiel von Pflege und Krankenhausversorgung gehört auch der große Bereich
 262 der Prävention.

263 Die Menschen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Hierzu ist
 264 u.a. ein flächendeckender präventiver Hausbesuch ab dem 70. Lebensjahr in Deutschland
 265 zu etablieren. In einigen Bundesländern wird dies bereits sehr erfolgreich
 266 durchgeführt, allerdings nicht flächendeckend. Mit Hilfe des präventiven Hausbesuchs
 267 können durch kleine Unterstützungsmaßnahmen viele Menschen länger selbstbestimmt
 268 leben. Hierzu ist eine Finanzierung über die Pflege- und Krankenkassen realisierbar,
 269 da ja bereits andere Präventionsmaßnahmen zur Gesunderhaltung hieraus geleistet
 270 werden.

271 Auch muss bei Pflege stärker die Vernetzung von ärztlicher Versorgung,
 272 Krankenhausstrukturen, Pflegeheimen und Hospizen geplant und umgesetzt werden. Ohne
 273 ein aufeinander abgestimmtes und aus den Pflege- und Krankenkassen sowie mit
 274 staatlicher Unterstützung finanziertes Zusammenwirken, werden die Herausforderungen
 275 der kommenden Jahre kaum leistbar sein.

276 Die Notwendigkeit unseres Anliegens ergibt sich neben grundsätzlichen
 277 gesellschaftspolitischen und sozialen Begründungen aus der aktuellen Situation im
 278 Gesundheits- und Pflegebereich. Daher bitten wir um die Annahme dieses Antrages zum
 279 Wohle aller Beteiligten in der Pflege.

Kap 3/13: Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zur Vollversicherung und notwendige Sofortmaßnahmen

Antragsteller*in:	SPD-OV Bremen Hemelingen/Sebaldsbrück
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Die SPD möge im Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025 die Weiterentwicklung
 2 der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung verankern, analog zur gesetzlichen
 3 Krankenversicherung.

4 Ziel ist es, dass die Pflegeversicherung sämtliche pflegebedingten Risiken
 5 vollständig abdeckt – so wie die Krankenversicherung alle Behandlungskosten

6 übernimmt. Jede und jeder erhält garantiert eine bedarfsgerechte Pflege unabhängig
7 von der individuellen finanziellen Situation.

8 Um bis zur Einführung der Vollversicherung eine finanzielle Entlastung von
9 Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sicherzustellen, fordern wir folgende
10 Sofortmaßnahmen:

11 1. Deckelung der Eigenanteile: Die Eigenanteile an den Pflegekosten müssen gedeckelt
12 werden, damit die Pflegekosten einen bestimmten Wert nicht überschreiten.

13 2. Übernahme der Investitionskosten durch die Länder: Die Finanzierung der
14 Investitionskosten darf nicht länger den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden,
15 sondern muss durch die Länder übernommen werden.

16 3. Finanzierung der medizinischen Behandlung in der Pflege durch die Krankenkassen:
17 Da die Krankenkassen für medizinische Behandlungen zuständig sind, sollen diese
18 Kosten vollständig von ihnen übernommen werden.

19 4. Auflösung des Pflegevorsorgefonds: Die im Pflegevorsorgefonds gebundenen Mittel
20 sollen zur Finanzierung dringend benötigter Leistungen freigesetzt werden, anstatt
21 sie weiterhin dem Pflegesystem zu entziehen.

22 5. Herauslösung versicherungsfremder Leistungen aus der Pflegeversicherung:
23 Leistungen, die gesamtgesellschaftliche Aufgaben betreffen, sollen zukünftig über
24 Steuern finanziert werden, anstatt die Pflegeversicherung weiter zu belasten.

25 Diese Maßnahmen sollen eine nachhaltige und gerechte Finanzierung der Pflege
26 gewährleisten und sicherstellen, dass alle Menschen in Würde altern und gepflegt
27 werden können.

Kap 3/14: Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Eine bundeseinheitliche Statistik soll über die Versorgung mit Hebammenhilfe Auskunft
2 geben. Dazu sollen Erhebungen zum Bedarf an Studienplätzen, an benötigten Hebammen
3 zur Umsetzung der Eins-zu-Eins Betreuung und dem Gesamtbedarf an Hebammen in
4 Deutschland erarbeitet werden.

Kap 3/15: Künstliche Befruchtung auch für unverheiratete Paare, verpartnerte oder alleinstehende Frauen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Niederbayern
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder
2 des Bundesrates werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die bestehende
3 Ungleichbehandlung zwischen sowohl verheirateten und unverheirateten Paaren bzw.
4 verpartnerten Paaren als auch alleinstehenden Frauen hinsichtlich der Anwendung des §
5 27a SGB V (Künstliche Befruchtung) durch eine entsprechende gesetzliche Regelung
6 beseitigt wird.

7 Denn obwohl die Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften bereits in
8 einigen wichtigen Bereichen abgebaut werden konnte, so z.B. durch das
9 Lebenspartnerschaftsgesetz oder durch diverse Rechtsprechung des
10 Bundesverfassungsgerichts, besteht im Bereich der künstlichen Befruchtung für sowohl
11 unverheiratete Paare, verpartnerte Frauen als auch alleinstehenden Frauen nach wie
12 vor eine große Ungleichbehandlung. So müssen Personen, die Maßnahmen nach § 27a SGB
13 V, Abs. 1 Nr. 3. (Künstliche Befruchtung) in Anspruch nehmen wollen, bei denen die
14 gesetzlichen Krankenkassen im Normalfall bis zu 50% der Kosten übernehmen,
15 miteinander verheiratet sein. Richtlinien der Bundesärztekammer (BÄK) untersagen die
16 Durchführung von fortpflanzungsmedizinischen Behandlungen bei gleichgeschlechtlicher
17 Partnerschaft und bei alleinstehenden Frauen nach diesem Paragraphen („heterologe
18 Insemination [ist] zurzeit bei Frauen ausgeschlossen, die [...] in keiner Partnerschaft
19 oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben.“, Richtlinie der BÄK zur
20 Durchführung der assistierten Reproduktion, 2006). Begründet wird dies damit, dass
21 für das Kind eine „stabile Beziehung zu beiden Elternteilen zu sichern sei“. Dies
22 steht jedoch im Widerspruch zur Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts,
23 wonach die eingetragene Lebenspartnerschaft die gleiche, auf Dauer übernommene, auch
24 rechtlich verbindliche Verantwortung für den Partner darstellt, wie die Ehe (vgl.
25 BVerfG zur Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im
26 Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung, 1 BvR 1164/07, Rdn. 104f.)

27 Die Richtlinie schließt zusätzlich alleinstehende Frauen aus. Alleinerziehende
28 Frauen, die auf natürlichem Wege schwanger wurden, erziehen aber genauso
29 verantwortungsvoll ihre Kinder. 2022 waren insgesamt ca. 1,5 Millionen Menschen in
30 Deutschland alleinerziehend. Davon sind 84,7 Prozent Frauen.

Kap 3/16: Sicherstellung der Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Wie fordern eine Sicherstellung der Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden
2 Maßnahmen wie Haarentfernungen, Stimmtherapien und ästhetischen Eingriffen durch die
3 Krankenkassen.

Kap 3/17: Rahmenbedingungen für die Energiewende schaffen

Antragsteller*in:	SPD-Ortsverein der Samtgemeinde Ilmenau
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP02
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, Tätigkeiten in den Branchen, die
- 2 die Energiewende (Klimatechniker:in, Anlagenbauer:in o.ä.) vorantreiben, steuerlich
- 3 zu bevorteilen.

Kap 3/18: Für eine konsequente, sozial gerechte und gut organisierte Klimaanpassung

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung
- 2 und des Bundesrates werden aufgefordert, zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels
- 3 folgende Gesetzesvorhaben und Maßnahmen anzustrengen:
- 4 1. Artikel 91a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland über die
- 5 Mitwirkungsbereiche des Bundes bei Länderaufgaben wird in Abs. 1 um das
- 6 Gemeinschaftsziel der Klimaanpassung ergänzt.
- 7 2. Die geplante Klimaanpassungsstrategie der Bundesregierung wird im Deutschen
- 8 Bundestag beschlossen. Darüber hin- aus soll es regelmäßige Berichtspflichten der
- 9 Bundesregierung an das Parlament zu den Fortschritten bei und der Anwendung von der
- 10 Klimaanpassungsstrategie geben. Die Überprüfung der Aktualität der Strategie, die im
- 11 derzeitigen Referentenentwurf des Gesetzes nur alle vier Jahre vorgesehen ist, soll
- 12 mithin weit regelmäßiger erfolgen.
- 13 3. Das „Zentrum Klimaanpassung“, das dem Bundeswirtschaftsministerium untersteht,
- 14 soll um die notwendigen finanziellen Ressourcen und personellen Kapazitäten
- 15 aufgestockt werden, die das Zentrum dazu befähigen, Träger öffentlicher Aufgaben in
- 16 Sachen der Klimaanpassung ausreichend beraten zu können. Es soll dann einen Anspruch
- 17 auf Beratung geben.
- 18 4. Ferner braucht es für zukünftige Schäden durch Extremwetterereignisse einen
- 19 Mechanismus, der verhindert, dass Opfer aus unterschiedlichen Bundesländern und
- 20 Regionen - gravierend - unterschiedliche Hilfen bekommen. Konkret muss der
- 21 Gesetzgeber eine Grundlage dafür schaffen, dass es in Notsituationen nicht
- 22 willkürlich unterschiedliche Nothilfen für die jeweiligen Betroffenen gibt, sondern
- 23 etwa einen Mindeststandard bei finanziellen Hilfen und Verfahren in bestimmten
- 24 Situationen, die etwa in einem Katalog ausgestaltet werden könnten.

Kap 3/19: Klimageld

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Wir begrüßen den im Koalitionsvertrag vereinbarten sozialen Ausgleich für die
- 2 steigende CO₂-Bepreisung (Klimageld).
- 3 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf
- 4 - darauf zu dringen, dass der Bundesminister der Finanzen demnächst einen Vorschlag
- 5 zur Umsetzung vorlegt; falls dies nicht geschieht, sollte die SPD-Bundestagsfraktion
- 6 einen eigenen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen
- 7 - dabei Überlegungen anzustellen, wie ein Ausgleich für die Gruppen möglich ist,
- 8 deren Belastung aufgrund steigender Energiekosten durch ein Klimageld nur
- 9 unzureichend ausgeglichen werden (nach vorliegenden Schätzungen insbesondere Pendler
- 10 und untere Einkommensgruppen mit Wohneigentum im ländlichen Raum).

Kap 3/20: Änderung des Eisenbahnkreuzgesetzes

Antragsteller*in:	SPD-UB Erding
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Wir fordern, dass das Eisenbahnkreuzungsgesetz geändert wird. Die Folgekosten eines
- 2 Kreuzungsbauwerks müssen vom Verursacher getragen werden und nicht von den
- 3 beteiligten Kommunen, die kein Verlangen geäußert haben. Das bedeutet, dass nicht nur
- 4 die Baukosten eines neuen Kreuzungsbauwerks, sondern auch die Erhaltungs-, Instand-
- 5 und Betriebskosten sowie die Erneuerung des Bauwerks vom Verursacher getragen werden
- 6 müssen.

Kap 3/21: AUFBRUCH ZU EINER BESSEREN BAHNPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND EUROPA - BEISPIEL NEHMEN AN VORBILDERN WIE ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZ

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Die AfA-Bundeskonferenz möge beschließen:
- 2 Ohne die Schiene im Personennah- und Fernverkehr und auch im Güterverkehr werden die
- 3 Klimaschutzziele nicht erreicht werden können.
- 4 Dafür brauchen wir in Deutschland und Europa endlich eine umwelt- und klimagerechte

5 Verkehrspolitik. Der Fokus muss auf leistungsfähigen Eisenbahnen und flächendeckendem
6 öffentlichen Nahverkehr als Rückgrat eines nachhaltigen Transportsystems liegen.

7 Wir brauchen jetzt ein Bekenntnis für die Schiene und eine stabile langfristige
8 Finanzierung, wie in Österreich und der Schweiz. In der Schweiz wurden 2022 pro
9 Einwohner 450 Euro in die Schiene investiert, in Österreich waren es 319. Deutschland
10 hat dagegen 2022 nur 114 Euro pro Kopf ausgegeben. Ab 2024 investiert der Bund
11 deutlich mehr in den Erhalt der Schieneninfrastruktur, allerdings sind die
12 Investitionen für den Aus- und Neubau bei Weitem nicht ausreichend und müssen
13 mindestens verdoppelt werden.

14 Auch bei der Organisation und dem Bekenntnis zur Schiene kann sich Deutschland ein
15 Beispiel an diesen Ländern nehmen. Dort ist der Anteil der Schiene am Gesamtverkehr
16 deutlich höher als in Deutschland und Europa – mit guten und sicheren Arbeitsplätzen
17 in integrierten Bahnunternehmen.

18 Entscheidend für einen besseren Schienenverkehr ist nicht die Struktur der Deutschen
19 Bahn, sondern eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung der
20 Infrastruktur.

21 In die Schiene der Zukunft investieren - Sanierungsstau abbauen

22 Die Schieneninfrastruktur ist von elementarer Bedeutung für Arbeitsplätze,
23 Wertschöpfung und Lebensqualität. Nur mit einem leistungsfähigen Netz sind ein
24 attraktiver Personenverkehr auf der Schiene und wettbewerbsfähige Güterbahnen in
25 Deutschland und Europa möglich. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die
26 Personenverkehrsleistung auf der Schiene bis 2030 zu verdoppeln und ein Viertel des
27 gesamten Güterverkehrs mit der Eisenbahn abzuwickeln.

28 Doch die Schieneninfrastruktur ist störanfällig. An vielen Stellen im Netz stauen
29 sich die Züge. Die Pünktlichkeit hat einen Tiefpunkt erreicht und notwendige
30 Kapazitäten für die Verkehrsverlagerung auf die Schiene fehlen. Inzwischen ist der
31 Modernisierungsstau auf 90 Milliarden Euro angewachsen und seine Beseitigung duldet
32 keinen Aufschub. Der Bund hat anerkannt, dass von 2024 bis 2027 zusätzliche 45
33 Milliarden Euro für die Schieneninfrastruktur notwendig sind. Politisch zugesagt sind
34 davon allerdings bisher lediglich 11,5 Milliarden Euro Haushaltsmittel sowie weitere
35 20 Milliarden Euro bis 2029 als Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn.

36 Während aber hierzulande jährlich der Bundestag erneut über die Höhe staatlicher
37 Mittel entscheidet, geht die Schweiz mit ihrem hervorragenden Bahnsystem einen ganz
38 anderen Weg: Dort fließen Mauterlöse, Steuereinnahmen und Haushaltsmittel in einen
39 überjährigen Schieneninfrastruktur-Fonds. Damit gibt es immer langfristige
40 Planbarkeit und eine ausreichend hohe Mittelausstattung für das Schienennetz.

41 Auch in Österreich gibt es mehrjährige Finanzierungssicherheit durch den
42 fortschreibend auf sechs Jahre ausgelegten Rahmenplan, der die Investitionen in die
43 Schieneninfrastruktur ausweist und aufgrund von Vorgaben im Bundesbahngesetz jährlich
44 aktualisiert werden muss.

45 Die Expert:innen der von der Bundesregierung eingesetzten Beschleunigungskommission
46 Schiene haben sich ebenfalls für eine mehrjährige Finanzierung ausgesprochen und
47 empfehlen zwei Fonds: einen für den Aus- und Neubau sowie einen weiteren für den
48 Erhalt. Der Bund muss diese vereinfachte und überjährige Finanzierungsarchitektur
49 jetzt schaffen und die Investitionen hochfahren. Dafür müssen ab dem Bundeshaushalt

50 2025 – neben den Geldern für die Generalsanierung – jährlich mindestens 4 Milliarden
51 Euro in den Aus- und Neubau des Bundesschiennetzes investiert werden.

52 Damit die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, müssen Infrastrukturgelder im
53 Bundeshaushalt vom Fernstraßenbau zum Bedarfsplan Schiene umgeschichtet werden. Klar
54 ist, dass Deutschland seine Straßen und Brücken in einem ordnungsgemäßen Zustand
55 erhalten muss. Doch weitere Milliardensummen in neue Autobahnen zu investieren, ist
56 längst nicht mehr zeitgemäß.

57 Gleichzeitig müssen die unsozialen und klimaschädlichen Subventionen im Verkehr
58 abgebaut werden, um neue Finanzierungsspielräume zu schaffen. Auch bei der Eisenbahn-
59 Infrastruktur zeigt sich, dass die Schuldenbremse in der Verfassung falsch und
60 schädlich ist. Sie schützt nicht künftige Generationen vor hohen Schulden, sondern
61 sorgt für einen Investitionsrückstau mit maroden Infrastrukturen, schlechten
62 Lebensbedingungen und eine Verschärfung der Klimakrise. Deshalb muss der Bundestag
63 die Schuldenbremse jetzt dringend reformieren, um Zukunftsinvestitionen zu
64 ermöglichen.

65

Integrierte Bahnunternehmen erhalten und

66

Kooperation stärken statt Wettbewerbswahn

67 Die Deutsche Bahn ist einer der wichtigsten Akteure für die klima- und
68 sozialverträgliche Mobilität in Deutschland und Europa. Eine Zersplitterung würde das
69 gesamte Bahnsystem schwächen und viele tarifgebundene Arbeitsplätze kosten. Für die
70 Kund:innen würden sich Angebote und Service verschlechtern. Zudem würden Einsparungen
71 bei Forschung und Entwicklung die Sicherheit gefährden und Innovationen verhindern.
72 Neue Trennungsdebatten würden die Eisenbahnbranche auch auf Jahre lähmen und wichtige
73 Reformen, wie eine stärkere Gemeinwohlorientierung bei der Infrastruktur, ausbremsen.

74 Für die Beschäftigten hat ein integriertes Unternehmen viele Vorteile wie
75 konzernweite Entgelte, gemeinsame Arbeitszeitregelungen und betriebliche
76 Altersvorsorge. Auch bleiben bei einem Wechsel innerhalb des Unternehmens die
77 Anrechnungszeiten und der Kündigungsschutz erhalten. Mit einer Trennung würden sich
78 tarifliche Entgeltregelungen dagegen auseinanderentwickeln und einzelne Bereiche den
79 Anschluss verlieren. Eine integrierte Deutsche Bahn sichert darüber hinaus durch den
80 internen Arbeitsmarkt Beschäftigung und die berufliche Mobilität der Arbeitnehmenden.
81 Durch eine Trennung von Netz und Betrieb würden diese guten tarifgebundenen
82 Arbeitsplätze gefährdet.

83 Deshalb lehnen wir eine Trennung von Eisenbahn-Infrastruktur und Bahnbetrieb strikt
84 ab. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, die Rolle der Deutschen Bahn als
85 Systemführer der Eisenbahn zu stärken. Dafür muss auch das rein
86 wettbewerbsorientierte EU-Eisenbahnrecht dringend reformiert werden.
87 Kundenorientierung, Daseinsvorsorge und Beschäftigungssicherung müssen Vorrang vor
88 ruinösem Wettbewerb, Kostenoptimierung und Gewinnmaximierung bekommen.

89 Ein attraktiver und verlässlicher Schienenverkehr braucht funktionierende
90 Eisenbahnunternehmen mit mehr Kooperation statt knallhartem Wettbewerb auf dem Rücken

91 der Beschäftigten. Integrierte Bahnunternehmen bedeuten auch weniger Schnittstellen
92 statt weiterer Aufsplitterung von Wertschöpfungsketten und Vergaben an
93 Subunternehmen. Auch bei der Organisationsfrage sind Österreich und die Schweiz
94 anerkannte Beispiele und Vorbilder für erfolgreiche, gute Bahnsysteme mit
95 integrierten Bahnunternehmen.
96 Verlagerungsziele im Güterverkehr nicht gefährden, Schiene stärken und Hände weg von
97 DB Cargo!

98 Im Güterverkehr kommt die Verlagerung von der Straße auf die Schiene bislang nicht
99 voran. Das bis 2030 angestrebte Verlagerungsziel von einem Viertel des Güterverkehrs
100 in Deutschland kann ohne zusätzliche Investitionen und Fördermaßnahmen nicht erreicht
101 werden.

102 Immer mehr private Unternehmen fahren lukrative Ganzzüge teils mit prekär
103 beschäftigten Lokführer:innen und zahlreichen belegten Verstößen gegen geltende
104 Arbeits- und Ruhezeiten, oft fehlender Orts-, Strecken- und Fahrzeugkenntnisse und
105 ohne Tarifvertrag.

106 Gleichzeitig will die EU DB-Cargo zerschlagen. Der zukunftssträchtige Kombinierte
107 Verkehr soll nach dem Willen der Unternehmensführung von DB Cargo ausgelagert werden
108 und der defizitäre Einzelwagenverkehr droht auf den überlasteten Straßen zu landen.
109 Das ist der falsche Weg.

110 Wollen Bund und EU die Verlagerung von der Straße auf die Schiene erreichen, dann
111 dürfen sie dies nicht dem Wettbewerb überlassen. Privatunternehmen fahren nur dort,
112 wo das meiste Geld winkt. Mit profitablen Ganzzügen picken sie sich die Rosinen im
113 Schienengüterverkehr heraus. Die Bedienung in der Fläche überlassen sie dagegen der
114 DB Cargo, die mit Billiganbietern auf der Straße konkurrieren muss.

115 Daher müssen volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Beihilfen für den
116 Schienenverkehr gestärkt werden, damit es den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht wird,
117 diesen Schlüsselsektor zu unterstützen.

118 Wir fordern Investitionen in ein leistungsfähiges Güterverkehrsnetz auf der Schiene
119 und eine Absicherung von Staatsbahnen wie der DB-Cargo. So kann die
120 Verkehrsverlagerung im Kombinierten Verkehr organisiert werden, der
121 Einzelwagenverkehr Industriestandorte in der Fläche versorgen und die Einführung der
122 Digitalen Automatischen Kupplung gelingen.

123

Leistungsfähiger Schienennahverkehr und ÖPNV statt ruinösem Wettbewerbsstreben.

124 28 Jahre Wettbewerb im SPNV haben tiefe Furchen im Öffentlichen Nahverkehr
125 hinterlassen. Bis auf wenige Ausnahmen konkurrieren ausschließlich Staatsbahnen und
126 kleine Bahnen im Eigentum regionaler Gebietskörperschaften oder Bundesländer
127 miteinander im europäischen Schienennahverkehr, so auch in Deutschland. Ganze acht
128 Prozent Marktanteil halten privat finanzierte Bahnen. Nur noch durchschnittlich 1,4
129 Unternehmen bewerben sich bei neuen Vergaben und damit hat sich der Wettbewerb selbst
130 erledigt.

131 Arbeitsbedingungen und Personalreserven wurden kontinuierlich abgebaut, der Druck auf
132 die Eisenbahner:innen hat viele Kolleg:innen aus der Branche getrieben. Heute bleiben
133 täglich Züge stehen wegen Personalmangel. Damit muss endlich Schluss sein. Wir

134 brauchen einen robusten und verlässlichen Schienennahverkehr und dafür braucht es
135 gute Arbeitsbedingungen.

136 Dafür muss der Bund dringend das Vergaberecht reformieren - mit praktikablen
137 Regelungen im Rahmen des sogenannten Vergabetransformationspaketes. Im
138 Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es: „Wir setzen uns für faire
139 Arbeitsbedingungen im ÖPNV ein. Zu diesem Zweck stärken wir die Tariftreue und
140 schaffen die gesetzliche Grundlage dafür, Tarifverträge zur Bedingung bei
141 Ausschreibungen zu machen.“ Bundesweit müssen die Aufgabenträger des SPNV und des
142 straßengebundenen ÖPNV dazu verpflichtet werden, den Verkehrsunternehmen die
143 Anwendung repräsentativer Tarifverträge als Mindestbedingungen vorzuschreiben.

144 Es muss sichergestellt werden, dass diese Vorgaben auch nicht mit
145 eigenwirtschaftlichen Angeboten im Busverkehr umgangen werden können. Darüber hinaus
146 muss nach einem Betreiberwechsel der neue Auftragnehmer die Beschäftigten übernehmen.
147 Alle erworbenen Ansprüche sowie die bisherigen Arbeits- und Entgeltbedingungen müssen
148 als Mindestvorgaben für alle Tätigkeitsgruppen weitergelten. Die betroffenen
149 Beschäftigten sollten bereits während des Vergabeverfahrens eine Möglichkeit
150 erhalten, zivil- oder arbeitsrechtlich auf Übernahme durch den ggf. neuen Betreiber
151 zu klagen.

152 Ebenso ist die zwingende Berücksichtigung von qualitativen, umweltbezogenen und
153 sozialen Aspekten bei der öffentlichen Auftragsvergaben nötig – von der Definition
154 des Auftrags bis zur Zuschlagserteilung. Dazu gehören beispielsweise die
155 Verpflichtung für Auftragnehmer, in einem angemessenen Umgang neue Beschäftigte
156 auszubilden und vor der Vergabeentscheidung robuste Personalkonzepte vorzulegen.

157 Die Fixierung auf den Ausschreibungswettbewerb hat dem SPNV und dem ÖPNV geschadet.
158 Wir fordern daher, die Direktvergabe wieder als ein Regelverfahren für die Vergabe
159 von Verkehrsdiensten im deutschen und im europäischen Recht zu verankern.

160 Prekäre Beschäftigung bekämpfen, Kontrollen erhöhen!

161 Zur Bekämpfung der teils prekären Beschäftigungsbedingungen bei kleinen Güterbahnen
162 und Lokführer-Verleihfirmen sowie zur Kontrolle der Einhaltung von Arbeits- und
163 Ruhezeiten fordern wir die Einführung des Digitalen Tachographs der neuesten
164 Generation, oder vergleichbare Kontrollmöglichkeiten.

165 Wir fordern zudem den Bund auf, das Eisenbahn-Bundesamt damit zu beauftragen, die
166 Arbeits- und Ruhezeiten sowie Triebfahrzeugführerscheine und Streckenkenntnis
167 bundesweit und regelmäßig zu kontrollieren.

168

Gute Ausbildung statt Abzocke von Bildungsgutscheinen!

169 Wer früher Tätigkeiten im Eisenbahnbetriebsdienst, auf dem Stellwerk in den Zügen
170 oder auf der Lok wahrnehmen wollte, der absolvierte eine Berufsausbildung nach dem
171 Berufsbildungsgesetz. Kaufleute für Verkehrsservice oder Eisenbahner im
172 Betriebsdienst stellten die Qualität und Sicherheit auf der Schiene sicher.

173 Heute ist dies eher die Ausnahme. Verfehlte Personalpolitik über Jahrzehnte und
174 Wettbewerbsdruck verleiten immer mehr dazu, mit Quereinsteiger:innen und sogenannten
175 Funktionsausbildungen innerhalb weniger Monate die Lücken der Personalengpässe zu

176 füllen. Besonders zu beanstanden ist, dass bei vielen der über 100 Lokführerschulen
 177 nur dann ausgebildet wird, wenn es Geld von der Bundesagentur für Arbeit gibt. Die
 178 Ausbildung ist oft schlecht, aber der Bildungsgutschein sichert den Profit. Damit
 179 muss endlich Schluss sein.

180 Die Regel muss künftig wieder die Berufsausbildung sein und Zuschüsse müssen daran
 181 geknüpft werden, dass Unternehmen selbst für den eigenen Personalbedarf ausbilden.
 182 Wir fordern deshalb einheitliche Regelungen, von den Einstellungsvoraussetzungen bis
 183 zu Rahmenlehrplänen und einer zentralen Prüfungsdatenbank um gleiche
 184 Prüfungsbedingungen sicherzustellen. Dazu gehört auch eine verpflichtende
 185 Prüfungsabnahme durch z.B. die IHKen. Zulassungen von Ausbildungsbetrieben und
 186 Prüfer:innen durch reine „Dokumentenprüfungen“, wie derzeit vom Eisenbahn-Bundesamt
 187 praktiziert, darf es nicht mehr geben.

188 Sicherheit und Qualität des Eisenbahnverkehrs in Deutschland lässt sich nur durch gut
 189 ausgebildetes Personal, gute Sozial- und Beschäftigungsstandards, gleiche und
 190 verbindliche Vorgaben auf hohem Standard und stetige Kontrollen gewährleisten.

191

Öffentliche Mobilität ist Dienstleistung in allgemeinem Interesse!

192 Die umweltfreundliche Schiene und der ÖPNV sind das Rückgrat der Mobilitätswende hin
 193 zu einem klimaneutralen Europa. Um dieses wichtige Ziel mit der notwendigen
 194 Verlagerung von der Straße auf die Schiene und in den ÖPNV zu erreichen müssen jetzt
 195 die Weichen neu gestellt werden.

196 Aus diesem Grund fordern wir ebenfalls, dass der Eisenbahnverkehr und der ÖPNV
 197 generell auch in der europäischen Gesetzgebung als Dienstleistung im allgemeinen
 198 Interesse anerkannt und verankert werden und damit von der grundsätzlichen Anwendung
 199 der Binnenmarkts- und Wettbewerbsregelungen ausgenommen werden.

Kap 3/22: FÜR GUTEN SCHIENENGÜTERVERKEHR IN DEUTSCHLAND UND EUROPA - HÄNDE WEG VON DB CARGO

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Die AfA-Bundeskonferenz möge beschließen:
 2 Rund 37.000 Menschen sind in Deutschland im Schienengüterverkehr beschäftigt. Sie
 3 sorgen dafür, dass unser Land am Laufen bleibt. Vor allem die Industrie ist auf die
 4 Güterbahnen dringend angewiesen – für die Rohstoffversorgung und den Transport ihrer
 5 Produkte.
 6 Doch der Güterverkehr auf der Schiene hat noch weitere Vorteile für uns alle, er ist:
 7 7-mal klimaschonender, 13-mal schadstoffärmer und 42-mal sicherer als der Lkw. Und:
 8 Ein Güterzug ersetzt 52 Lastwagen.
 9 Deshalb wollen die Menschen mehr Schienenverkehr: Nach Studien des Umweltbundesamts
 10 sagen 80 %, dass nicht genug getan wird, um die Treibhausgasemissionen des Verkehrs

11 zu verringern und 91 % sind für die Verlagerung von Gütertransporten vom Lkw auf die
12 Schiene.

13 Die Bundesregierung weiß, dass der Schienengüterverkehr mehr leisten kann und muss,
14 um die Klimaziele zu erreichen. Im Koalitionsvertrag finden sich daher auch die
15 richtigen, ambitionierten Ziele: Bis 2030 soll ein Viertel des Güterverkehrs in auf
16 der Schiene unterwegs sein. Dafür soll der klimaschonende Einzelwagenverkehr gestärkt
17 und die Nutzung der Schiene günstiger und wettbewerbsfähiger werden.

18 Doch die Verkehrsverlagerung kommt bislang nicht voran und wichtige Fördermaßnahmen
19 für den Schienengüterverkehr, wie die Trassenpreissenkung, sind aktuell zusammen-
20 gestrichen worden.

21 Nun droht weitere Gefahr für die durch massive Schrumpf- und Zerschlagungspläne bei
22 DB Cargo:

23 Aktuell versucht die Unternehmensführung von DB Cargo unter dem Deckmantel einer so
24 genannten „Transformation“ Personal abzubauen und bei Tochterfirmen unter anderen
25 Arbeitsbedingungen neu aufzubauen. Obwohl der Kombinierte Verkehr wächst, soll er
26 komplett an die Tochtergesellschaften ausgelagert und zusammengeschrumpft werden.
27 Mindestens 1.800 gute und mitbestimmte Arbeitsplätze sollen bei DB Cargo gestrichen
28 werden.

29 Das ist völlig verantwortungslos und ein Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der
30 Beschäftigten. Ihre Interessen werden mit Füßen getreten, obwohl gerade sie den
31 Schienengüterverkehr am Laufen halten.

32 Und das ist erst der Anfang, denn weitere Umstrukturierungen sollen folgen. Es
33 besteht die Gefahr der kompletten Aufspaltung von DB Cargo und die Verlagerung der
34 Transporte auf Subsubunternehmen mit Dumpinglöhnen und schlechten
35 Arbeitsbedingungen.

36 Wir erklären uns solidarisch mit dem Gesamtbetriebsrat der DB Cargo und den
37 Betriebsrät:innen der gesamten Unternehmensgruppe, die diesen verantwortungslosen
38 Schrumpf- und Zerschlagungskurs ablehnen. . Wir fordern die Unternehmensführung von
39 DB Cargo auf, diesen rücksichtslosen Kurs unverzüglich zu beenden und die Zukunft des
40 Unternehmens gemeinsam mit den Beschäftigten zu planen.

41 Seit 15 Jahren schreibt DB Cargo rote Zahlen. 15 Jahre hatten die Vorstände und ihre
42 Unter-nehmensberater Zeit, gegenzusteuern. Praktikable Vorschläge der
43 Betriebsrät:innen hat es immer gegeben, doch passiert ist nichts. Stattdessen fährt
44 DB Cargo jährlich neue Millionenverluste ein. Jetzt droht die EU-Kommission mit
45 Strafen – und plötzlich soll eilig durch Arbeitsplatzabbau gespart werden.

46 DB Cargo spielt als größtes europäisches Unternehmen im Schienengüterverkehr eine
47 zentrale Rolle für das Erreichen der politisch gesetzten Klimaschutz- und
48 Verkehrsverlagerungsziele. Deswegen rufen wir alle politischen Verantwortlichen auf,
49 ihrerseits Druck auszuüben und Einfluss auf die Unternehmensführung zu nehmen. Der
50 Bund als Eigentümer darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Der
51 Schienengüterverkehr muss volkswirtschaftlichen Zielen dienen und nicht der
52 Bilanzoptimierung.

53 Wir beobachten mit Sorge den neoliberalen Kurs der Europäischen Kommission, die
54 weiter Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten austragen und die staatlichen
55 Güterbahnen zerschlagen will.

56 Volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Beihilfen für den Schienenverkehr müssen
57 gestärkt werden, damit es den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht wird, diesen

58 Schlüsselsektor zu unterstützen.
 59 Die umweltfreundliche Schiene ist das Rückgrat der Verkehrswende hin zu einem klima-
 60 neutralen Europa. Daher muss der Eisenbahnverkehr in der europäischen Gesetzgebung
 61 zur Dienstleistung im allgemeinen Interesse erklärt und damit von der grundsätzlichen
 62 Anwendung der Binnenmarkt- und Wettbewerbsregelungen ausgenommen werden.
 63 Vor dem Hintergrund des laufenden EU-Beihilfverfahrens gegen DB Cargo erwarten wir
 64 von der Bundesregierung eine klare Haltung für die Zukunft des Unternehmens, für die
 65 Versorgungssicherheit der Industrie und für die Beschäftigten.

Kap 3/23: LADESÄULEN FÜR ELEKTROAUTOS MÜSSEN BARRIEREFREI ZUGÄNGLICH SEIN

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind zum Teil heute und werden zukünftig auf
 2 E-Mobilität angewiesen sein. Derzeit sind Ladesäulen von ihrer Bauart zu hoch oder
 3 sie sind zu hoch angebracht und machen die Bedienung für Menschen im Rollstuhl
 4 unmöglich.

5 Oftmals finden sich auch Gitter vor einer Ladesäule, die Menschen im Rollstuhl, mit
 6 einem Rollator oder mit Gehhilfen den Zugang versperren. Darüber hinaus sind selbst
 7 die Antragsformulare für die Förderung nicht barrierefrei.

8 Das Bundesverkehrsministerium propagiert „Benutzerfreundlichkeit“, schließt aber
 9 Menschen mit eingeschränkter Mobilität aus.

10 Unter Beachtung der von Deutschland ratifizierten UN-BRK besteht hier dringender
 11 Handlungsbedarf seitens des Fördergebers und der zuständigen Behörden.

12 In die Förderrichtlinie des Bundes zum flächendeckenden Ausbau der E- Ladesäulen ist
 13 die Pflicht zur barrierefreien Zugänglichkeit und Einrichtung aufzunehmen.

Kap 3/24: Tempo 130 auf deutschen Autobahnen

Antragsteller*in:	SPD-OV Kochel am See
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Wir fordern, dass eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h in das
 2 Regierungsprogramm aufgenommen und schnellstmöglich umgesetzt wird.

Kap 3/25: Privatflüge verbieten

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Keine Starts und Landungen von Privatflügen in Deutschland mit Ausnahme von
- 2 medizinischen Flügen, Flügen von besonders schützenswerten Personen und mit Ausnahme
- 3 des vereinsmäßigen Luftsports
- 4 Die SPD-Abgeordneten im EU-Parlament und die sozialdemokratischen Mitglieder in der
- 5 Bundesregierung werden auf- gefordert sich dafür einzusetzen, dass ein EU weites
- 6 Verbot von Starts und Landungen von Privatflügen (mit Ausnahme von medizinischen
- 7 Flügen, Flügen von besonders schützenswerten Personen und mit Ausnahme des
- 8 vereinsmäßigen Luftsports) eingeführt wird

Kap 3/26: Luftverkehr

Antragsteller*in:	Ortsverein Mülheim-Speldorf
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP03
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Wir wollen die staatlich Standortkosten (Luftsicherheits-, Flugsicherungsgebühr etc.)
- 2 kritisch überprüfen und nach Möglichkeit im EU-Kontext vereinheitlichen.

Kap 3/27: Weil wir dich lieben: Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültigen Fahrschein

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

- 1 Die sozialdemokratischen Berliner Mitglieder des Bundestags dazu aufgefordert, sich
- 2 auf Bundesebene dafür einzusetzen, § 265a StGB jetzt abzuschaffen, so dass das Fahren
- 3 ohne gültigen Fahrschein juristisch nicht mehr als Straftat eingestuft wird (Antrag
- 4 176/I/2018 & Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Für die Entkriminalisierung
- 5 des Fahrens ohne Fahrschein und Streichung des § 265a StGB“).

Kap 3/28: Stärkung des Öffentlichen Dienstes: Wir brauchen keinen Personalabbau, sondern massive Investitionen!

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
--------------------------	---

Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Wir fordern die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, insbesondere die SPD-
2 Vertreter in Bundes- und die Landesregierungen sowie in den kommunalen Verwaltungen,
3 auf, massiv in die materielle und personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes zu
4 investieren.

5 Die SPD-Vertreter*innen sollen bei Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst darauf
6 hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen massiv verbessert werden, um Personal zu
7 halten und zu gewinnen und so die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Hand und die
8 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten zu können. Die Transformation der
9 Wirtschaft, die Modernisierung der Infrastrukturen, der Abbau von Bürokratie, die
10 gesellschaftliche gewünschte Daseinsvorsorge und moderne und gerechte Verwaltungen
11 brauchen einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

12 Das muss sich auch in angemessenen Arbeitsbedingungen niederschlagen. Deshalb müssen
13 die öffentlichen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen zu Verhandlungsbeginn einen
14 sinnvollen und konsensfähigen Vorschlag in die Verhandlungen einbringen, anstatt
15 zunächst ihre Beschäftigten leeren Händen, Sparappellen und düsteren Perspektiven zu
16 brüskieren.

17 Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund haben darüber hinaus
18 gesetzgeberisch und durch Verwaltungshandeln dafür Sorge tragen, dass der öffentliche
19 Dienst eine Vorreiterrolle, was Attraktivität, Entgelt, Arbeitsorganisation und
20 Arbeitsbedingungen angeht, einnehmen. Das gilt ebenso für Weiterbildung und
21 Aufstiegsmöglichkeiten, gerade in Zeiten der Transformation, Digitalisierung und
22 Künstlichen Intelligenz.

23 Zudem sind alle staatlichen Ebenen gefordert, eine gesellschaftliche Debatte über die
24 Zukunft des öffentlichen Dienstes zu eröffnen. Es kann nicht dabei bleiben, diesen
25 als notwendiges Übel oder als Last für Wirtschaft und Gesellschaft abzuqualifizieren.

Kap 3/29: Personalausweis gebührenfrei

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk München
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 3/ - Beschäftigte und ihre Familien entlasten

1 Es ist gesetzlich vorgeschrieben einen gültigen Personalausweis zu besitzen und
2 diesen mit zu führen - er ist aber Eigentum der Bundesrepublik. Deshalb soll die
3 Ausstellung des Personalausweis - sowie die Regel-Verlängerung - für den
4 Antragsteller künftig gebührenfrei sein. Dies dient auch der Entbürokratisierung.

5 Die Ausstellung während der Laufzeit z. B. wegen Verlustes bleibt weiterhin
6 kostenpflichtig.

Kap 4/01: Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Die AfA-Landeskonferenz möge Beschließen:
- 2 Das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aus dem Innenministerium ist zu
- 3 erhalten und finanziell aufzustocken.
- 4 Das Förderprogramm „betriebliche Demokratiebildung fördern“ des BMAS wird über das
- 5 Jahr 2025 hinaus erhalten und finanziell aufgestockt.
- 6 Weitere Fördermöglichkeiten für den Kampf gegen Rechts in Betrieben – z.B. für
- 7 Sozialpartner*innen, Pausenräume, etc. müssen geprüft, etabliert und idealerweise
- 8 institutionalisiert werden.

Kap 4/02: Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Symbole

Antragsteller*in:	Migration und Vielfalt Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden
- 2 aufgefordert, sich für den bundesweites Verbot der Grauen Wölfe, ihrer Vereine und
- 3 ihrer Symbole einzusetzen. Dies umfasst insbesondere die Aufnahme der Kennzeichen und
- 4 Symbole der Grauen Wölfe in die Liste der verfassungswidrigen Kennzeichen gemäß §§ 86
- 5 und 86a StGB (Strafgesetzbuch) sowie deren Einordnung als Volksverhetzung im Sinne
- 6 des § 130 StGB. Zu den Symbolen zählen unter anderem der Wolfsgruß, die
- 7 Wolfskopfflagge, der brüllende Wolf im Halbmond, TURK-Runen (Köl Türk/Göktürk) und
- 8 drei Halbmonde im Kontext rassistischer, faschistischer und/oder antisemitischer
- 9 Verwendung. Auch grafisch veränderte Darstellungen dieser Symbole sollen erfasst
- 10 werden.
- 11 Wir fordern von der Bundesregierung insbesondere hierbei, dass:
- 12 1. bestehende und neu zu etablierende Maßnahmen zur Extremismusprävention
- 13 gewährleistet werden.
- 14 2. demokratische und migrantische Organisationen/Vereine/Verbände, die das Verbot
- 15 rechtsextremer migrantischer Vereine und Verbände fordern und auch von diesen bedroht
- 16 sind, eingebunden werden.

Kap 4/03: Bundestagsausweis nur im Mandat

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
--------------------------	------------------------------

Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestags sollen in dieser Funktion zukünftig
- 2 keinen Bundestagsausweis mehr erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf
- 3 hinwirken, dass §2 Absatz 2 Satz 2 der Hausordnung des Deutschen Bundestages
- 4 ersatzlos gestrichen wird. Ebenso soll sie darauf hinwirken, dass die Bundestags-
- 5 Verwaltung die Sicherheitsüberprüfung für Mitarbeiter:innen der Bundestags-
- 6 Abgeordneten intensiviert, um gesichert rechtsextremistische vorbelastete Personen im
- 7 Dienst zu verhindern.

Kap 4/04: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für Deutsche im Ausland

Antragsteller*in:	SPD Freundeskreis London
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Wir fordern, dass Deutsche im Ausland eine angemessene demokratische Repräsentation
- 2 im Deutschen Bundestag durch die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts
- 3 erfahren. Für eine angemessene demokratische Mitsprache im Deutschen Bundestag ist es
- 4 notwendig, das allgemeine Wahlrecht (insb. § 2 und § 12 BWahlG) so anzupassen, dass
- 5 Stimmen aus dem Ausland nicht nur in den 299 Wahlkreisen des Bundesgebiets
- 6 untergehen, sondern der politische Wille der Deutschen im Ausland in geeigneter Form
- 7 im Deutschen Bundestag abgebildet wird. Dies würde nicht nur die Interessen der
- 8 Deutschen im Ausland wahren, sondern auch die demokratische Legitimation des
- 9 Parlaments durch eine höhere Wahlbeteiligung stärken.
- 10 Die legislative Ausgestaltung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts für deutsche
- 11 Staatsbürger:innen im Ausland fällt in die Zuständigkeit des Deutschen Bundestags.
- 12 Wir lassen es offen, wie die das Auslandswahlrecht im Detail aussehen soll, wenn
- 13 sichergestellt wird, dass die Präferenzen der Deutschen im Ausland im Wahlrecht
- 14 widergespiegelt werden und das Wahlgebiet geographisch erweitert wird.

Kap 4/05: Organisierte Kriminalität

Antragsteller*in:	SPD-OV Mülheim-Speldorf
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 7 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 Wir bekämpfen die Organisierte Kriminalität wirkungsvoll und nachhaltig.
- 2 ~~Wir modernisierten hier die aus den 90er Jahren stammende~~ Dafür modernisieren wir die
Definition der
- 3 Organisierten Kriminalität. ~~Wir betonen~~ und stärken unsere Sicherheitsbehörden. Wir
wollen dabei ~~die organisierte~~ auch die Organisierte
- 4 Wirtschaftskriminalität ~~als Phänomen von eigener Bedeutung und berücksichtigen~~
besonders in den Fokus nehmen und
- 5 netzwerkartige Strukturen besser.
- 6 ~~Wir prüfen eine Überarbeitung der Strafnorm § 129 Bildung einer kriminellen~~
- 7 ~~Vereinigung bzw. der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren RiStBV~~
berücksichtigen.

Kap 4/06: Umweltkriminalität

Antragsteller*in:	Ortsverein Mülheim-Speldorf
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 9 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 ~~Um stärker gegen diese Verbrechen vorgehen zu können, die unsere Lebensgrundlagen~~
- 2 ~~zerstören, indem sie u.a. das Artensterben beschleunigen, haben wir bereits eine neue~~
- 3 ~~Ansprech- und Koordinierungsstelle beim BKA eingerichtet. Wir ermutigen die Länder,~~
- 4 ~~weitere Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder staatsanwaltschaftliche Zentralstellen~~
- 5 ~~einzurichten.~~
- 6 ~~Wir wollen den Kampf weiter forcieren, indem wir uns dafür einsetzen, dass auch die~~
- 7 ~~Europäische Staatsanwaltschaft hierfür zuständig wird und EUROPOL seine Ressourcen in~~
- 8 ~~diesem Bereich ausbaut. Wir ergreifen auch im Rahmen der G7 und G20 Initiativen, um~~
- 9 ~~Interpol weiter zu stärken.~~

Wir wollen den Kampf gegen Umweltkriminalität weiter forcieren, indem wir uns dafür einsetzen, dass auch die Europäische Staatsanwaltschaft hierfür zuständig wird und EUROPOL seine Ressourcen in diesem Bereich ausbaut.

Kap 4/07: Bundesakademie für Prävention und Kriminalwissenschaften

Antragsteller*in:	Ortsverein Mülheim-Speldorf
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 8 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 Wir ~~gründen eine neue~~ wollen die Gründung einer interdisziplinäre unabhängige Bundesakademie für Prävention und
- 2 Kriminalwissenschaften. ~~Damit schaffen wir erstmals in Deutschland eine zentrale~~
- 3 ~~Stelle, die~~ voranbringen. Sie soll einen Überblick über wirksame Konzepte der Kriminalprävention ~~hat, die~~ liefern,
- 4 Standards etabliert schaffen und bei der Implementierung neuer Präventionsvorhaben
- 5 ~~unterstützt. Die Bundesakademie~~ unterstützen. Sie soll zudem ~~einen neuen~~ Knotenpunkt für
- 6 kriminalwissenschaftliche Forschungsvorhaben bilden und einen Wissenstransfer in die
- 7 Praxis ermöglichen, ~~z.B. in den Bereichen Gewalt, Extremismus, Terrorismus oder~~
- 8 ~~Organisierte Kriminalität."~~

Kap 4/08: Bossing unter Strafe stellen

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Das systematische Schikanieren von Beschäftigten durch Vorgesetzte (Bossing) soll ein
- 2 eigener Straftatbestand im Strafgesetzbuch werden. Ein besonders schwerer Fall liegt
- 3 vor, wenn das Ziel des Bossings ehrenamtliche Mandatsträger oder andere
- 4 Beschäftigtengruppen mit besonderem Kündigungsschutz sind. Als Beweismittel können
- 5 hier besonders ungerechtfertigte Abmahnungen und Kündigungen, verspätete oder
- 6 unvollständige Lohnzahlungen, unverhältnismäßige Versetzungen und Ähnliches dienen.
- 7 Es soll sich dabei um ein Officialdelikt handeln, welches auch von unbeteiligten
- 8 Dritten angezeigt werden kann.

Kap 4/09: BEGRENZTE REGULIERUNG VON KI AUSWEITEN, RECHTE DER EINZELNEN AUF DATEIEIGENTUM STÄRKEN

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln und Öffnungsklauseln
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 In Anbetracht der rapiden Entwicklung und Implementierung Künstlicher Intelligenz
- 2 (KI) in verschiedenen Sektoren unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
- 3 Lebens, erkennt dieser Antrag die Notwendigkeit einer umfassenden und
- 4 vorausschauenden Regulierung dieser Technologien an. Insbesondere wird darauf
- 5 hingewiesen, dass die aktuelle Fokussierung des Artificial Intelligence Act auf die
- 6 Gesichtserfassung als Mittel zur Identifikation und Profilierung von Personen eine

7 erhebliche Einschränkung darstellt, die nicht dem breiten Spektrum der Möglichkeiten
8 entspricht, wie KI zur Erstellung detaillierter Profile von Einzelpersonen genutzt
9 werden kann.

10 Die Anwendung von KI-Technologien hat das Potenzial, weit über die bloße
11 Gesichtserfassung hinauszugehen und umfasst eine Vielzahl von Datenpunkten, die von
12 digitalen Fußabdrücken über Verhaltensmuster bis hin zu biometrischen Daten reichen.
13 Diese umfassende Datenerfassung und -analyse birgt das Risiko tiefgreifender
14 Eingriffe in die Privatsphäre und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger.

15 Die derzeitige Beschränkung des Artificial Intelligence Act auf
16 Gesichtserkennungstechnologien vernachlässigt andere Formen der Datenerfassung und
17 Profilerstellung, die ebenfalls tiefgreifende Auswirkungen auf die Privatsphäre und
18 Grundrechte haben können.

19 Ebenfalls werden KI nahe Algorithmen zu wenig betrachtet. Diese müssen explizit mit
20 im Artificial Intelligence Act mit enthalten werden.

21 Die Regulierung von KI und auch von Algorithmen muss das Recht des Einzelnen auf
22 Eigentum und Kontrolle über seine persönlichen Daten anerkennen und wirksam schützen.
23 Dieses Recht ist fundamental für die Wahrung der Autonomie und der Selbstbestimmung
24 in der digitalen Ära.

25 Wir fordern, die begrenzte Regulierung von KI und Algorithmen auszuweiten und die
26 Rechte der Einzelnen auf Dateieigentum zu stärken:

- 27 • Erweiterung des Geltungsbereichs: Der Artificial Intelligence Act muss über die
28 Gesichtserfassung hinaus erweitert werden, um alle Formen der KI-gestützten
29 Datenerfassung und Profilerstellung abzudecken. Dies schließt, aber ist nicht
30 beschränkt auf, Verhaltensanalyse, Stimmanalyse, und die Verarbeitung anderer
31 biometrischer oder verhaltensbezogener Daten ein.
- 32 • Anerkennung und Schutz des Dateneigentums: Die Regulierung muss klare
33 Richtlinien und Mechanismen etablieren, die das Recht des Einzelnen auf
34 Dateneigentum anerkennen und schützen. Dies umfasst das Recht, über die
35 Erhebung, Verwendung und Weitergabe persönlicher Daten informiert zu werden,
36 sowie das Recht auf Korrektur, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung
37 dieser Daten.
- 38 • Transparente KI-Anwendungen und Algorithmen: Förderung der Transparenz bei der
39 Anwendung von KI-Technologien, um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger
40 verstehen können, wie ihre Daten erfasst, analysiert und verwendet werden.
- 41 • Stärkung der Aufsichtsbehörden: Die Kompetenzen und Ressourcen der Datenschutz-
42 und Aufsichtsbehörden müssen gestärkt werden, um eine effektive Überwachung und
43 Durchsetzung der KI-Regulierung sicherzustellen.

44
45
46

47 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Artificial Intelligence Act eine
48 ganzheitliche Perspektive auf die Möglichkeiten der Profilerstellung durch KI und
49 auch von Algorithmen einnimmt und das fundamentale Recht des Einzelnen auf
50 Dateneigentum anerkennt und schützt. Nur so kann eine gerechte, sichere und

51 verantwortungsvolle Nutzung von KI-Technologien gewährleistet werden, die die Rechte
52 und Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger respektiert.

Kap 4/10: Trans*liberation now: Elf Forderungen für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz

Antragsteller*in:	SPDQueer Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1 Der Bundesparteitag möge beschließen:

2 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
3 Mitglieder der Bundesregierung auf, für eine schnelle Verabschiedung des
4 Selbstbestimmungsgesetzes einzutreten und sich in den weiteren Beratungen für die
5 Anpassung jeglicher Teile des Selbstbestimmungsgesetzes einzusetzen, welche zur
6 Verschlechterung der Situation von trans*, nichtbinären und intergeschlechtlichen
7 Personen führen können.

8

Damit nicht Ängste und Misstrauen, sondern gleichberechtigte gesellschaftliche

9

Teilhabe und der Abbau von Diskriminierung im Mittelpunkt stehen, bedarf es

10

insbesondere folgender Verbesserungen und Klarstellungen:

11

12 1. Dass die Anpassung von Vornamen und Geschlechtseintrag durch eine dreimonatige
13 Warteperiode ab Anmeldung beim Standesamt künstlich verzögert werden soll,
14 lehnen wir ab. Insbesondere intergeschlechtliche Personen würde dies eine
15 Verschlechterung zur aktuellen Rechtslage bedeuten. Die überflüssige Pflicht zur
16 vorherigen Anmeldung ist ersatzlos zu streichen. Auch für die einjährige
17 Sperrfrist gibt es keinen sachlichen Grund; sie sollte ebenfalls gestrichen
18 werden.

19 2. Es ist sicherzustellen, dass der Schutz von trans*, nichtbinären und
20 intergeschlechtlichen Menschen vor Diskriminierung nicht eingeschränkt,
21 abgeschwächt oder verwässert wird. Wir unterstützen die Klarstellung durch die
22 Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, dass es pauschale
23 Ausschlüsse von Menschen wegen ihrer geschlechtlichen Identität – ob im Job, auf
24 dem Wohnungsmarkt oder in der Sauna – auch in Zukunft nicht geben darf. Um
25 Rechtsunsicherheit an dieser Stelle auszuschließen, ist die im Entwurf
26 enthaltene Regelung zum „Hausrecht“ und zur Vertragsfreiheit ersatzlos zu
27 streichen oder um eine Klarstellung zu ergänzen, dass die Regelungen des

- 28 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ungeschmälert weiterhin Geltung
29 haben. Auch die Regelung zur Bewertung sportlicher Leistungen ist überflüssig
30 und sollte gestrichen werden.
- 31 3. Die Erklärungen zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag müssen an jedem
32 Standesamt abgegeben werden können. Es wäre nicht zumutbar, wenn Menschen nur
33 für die Abgabe dieser Erklärung das Standesamt ihrer Geburt aufsuchen müssten.
- 34 4. Auch bei Minderjährigen unter 14 Jahren soll das Familiengericht eine am
35 Kindeswohl orientierte Entscheidung treffen können, wenn die Sorgeberechtigten
36 die Zustimmung zur Anpassung von Namen oder Geschlechtseintrag verweigern, oder
37 bei Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung einem Elternteil übertragen
38 können. Hierzu ist die mehrdeutige Formulierung im Gesetzentwurf, dass die
39 Erklärung „nur“ vom gesetzlichen Vertreter abgegeben werden kann, anzupassen
40 oder ein klarstellender Verweis auf die allgemeinen familienrechtlichen
41 Regelungen aufzunehmen. Im familiengerichtlichen Verfahren ist sicherzustellen,
42 dass ein*e Verfahrensbetreuer*in bestellt wird, die mit der Situation und den
43 Bedürfnissen von trans* und nichtbinären Menschen vertraut ist.
- 44 5. Bei Minderjährigen ist das Verfahren altersunabhängig so zu gestalten, dass
45 diese die Erklärung zur Änderung von Namen und Geschlechtseintrag selbst
46 abgeben, wie es im Entwurf bereits für Minderjährige ab 14 Jahren vorgesehen
47 ist. Das Erfordernis der elterlichen Zustimmung oder der Zustimmung des
48 Familiengerichts bleibt davon unberührt.
- 49 6. Das Standesamt soll von Amts wegen das Familiengericht anrufen, wenn ein*e
50 Minderjährige*r die Anpassung von Namen und Geschlechtseintrag verlangt und die
51 Sorgeberechtigten auch nach Aufforderung durch das Standesamt keine Zustimmung
52 erteilen, um zu klären, welches Vorgehen im Sinne des Kindeswohls geboten ist.
- 53 7. Auch im Sinne der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention müssen sowohl die
54 Sorgeberechtigten als auch das Familiengericht verpflichtet sein, die Wünsche
55 eines minderjährigen Kindes bezüglich des eigenen Namens und Geschlechtseintrags
56 vorrangig zu berücksichtigen. Bei entsprechender Reife muss die Entscheidung in
57 das Selbstbestimmungsrecht des Kindes fallen. Daher muss auch die pauschale
58 Altersgrenze für eine eigenständige Entscheidung ohne Beteiligung der Eltern
59 abgesenkt werden.
- 60 8. Die im Zusammenhang mit dem Offenbarungsverbot vorgesehene Bußgeldvorschrift ist
61 anzupassen, sodass es nicht darauf ankommt, ob eine konkrete Schädigung der
62 betroffenen Person beabsichtigt war. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das
63 Offenbarungsverbot völlig ins Leere läuft und dies als „Freifahrtschein“ für
64 trans*feindliche Äußerungen verstanden wird. Vorhandene Schutzlücken müssen
65 geschlossen werden.
- 66 9. Die Sonderregelungen für den Verteidigungsfall sind kritisch zu überprüfen, ob
67 sie wirklich erforderlich sind, um Missbrauch zu verhindern. Zumindest sollte
68 die Vorlauffrist von zwei Monaten vor Eintritt des Verteidigungsfalls deutlich
69 verkürzt und die Regelung um eine Härtefallklausel ergänzt werden, um
70 sicherzustellen, dass in evident nicht missbräuchlichen Fällen die Anpassung des
71 Geschlechtseintrags weiterhin möglich bleibt.
- 72 10. Dass trans* Eltern in der Geburtsurkunde ihrer Kinder künftig als „Elternteil“

73 bezeichnet werden können, bedeutet zwar einen Fortschritt gegenüber der
74 aktuellen Rechtslage, die eine Bezeichnung nach dem unzutreffenden Geschlecht
75 vorsieht („Mutter“ für trans* Männer, „Vater“ für trans* Frauen). Dass die
76 neutrale Formulierung „Elternteil“ nur für trans* Elternteile vorgesehen ist,
77 würde allerdings praktisch zu einem Zwangsouting führen. Daher sollte die
78 Möglichkeit geschaffen werden, dass trans* Elternteile in der Geburtsurkunde
79 ihrem Geschlechtseintrag entsprechen als „Mutter“ oder „Vater“ bezeichnet
80 werden.

81 11. Der Geschlechtseintrag muss in jedem offiziellen Dokument in Deutschland nach
82 dem Selbstbestimmungsgesetz geändert werden können. Dies muss für alle Personen
83 ohne deutsche Staatsangehörigkeit gelten, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in
84 Deutschland haben. Die gegenüber dem Referentenentwurf vorgenommene
85 Einschränkung auf Personen mit unbefristetem Aufenthaltsrecht, verlängerbarer
86 Aufenthaltserlaubnis oder Blauer Karte EU ist zu streichen.

87 Um trans* und nichtbinäre Menschen zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihr
88 Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen, ist die im ursprünglichen
89 Eckpunktepapier von Bundesfamilien- und -justizministerium vorgesehene Stärkung von
90 Beratungsangeboten besonders wichtig. Insbesondere für Minderjährige sind
91 niedrigschwellige spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen auszubauen, abzusichern
92 oder neu zu schaffen, die diese bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen und
93 während des Verfahrens, das das Selbstbestimmungsgesetz vorsieht, begleiten können.
94 Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine qualifizierte Beratung ist zu prüfen.

95 Das Ziel, trans* und nichtbinäre Menschen bei der Ausübung ihres
96 Selbstbestimmungsrechts zu unterstützen, kann die Beratung allerdings nur erreichen,
97 wenn sie von Freiwilligkeit und Vertrauen geprägt ist. Eine Pflichtberatung lehnen
98 wir deshalb eindeutig ab.

Kap 4/11: Rechte der LSBTTI+ stärken

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Düsseldorf
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP04
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 • Es soll im Bundeswahlprogramm die Forderung die Erweiterung des Artikel 3
2 Grundgesetz um die Gruppe LSBTTI* aufgenommen werden.
- 3 • Die Ausnahme der kirchlichen Arbeitgeber des Allgemeinen
4 Antidiskriminierungsgesetzten (AGG) muss gestrichen werden. Die
5 Verbandsklagerecht muss eingeführt werden. Die Fristen für Entschädigungen
6 verlängert und die Entschädigungen erhöht werden.
- 7 • Bei dem Thema Flucht und Asyl muss die Situation der LSBTTI* Situation stärker
8 berücksichtigt werden.
- 9 • Wir werden als Bundesregierung die Rechte der LSBTTI+ stärken.

Kap 4/12: KI-Inhalte eindeutig kennzeichnen – Urheberrecht anpassen

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Unterfranken
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP04
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Wir fordern, dass alle Inhalte, die von einer Künstlichen Intelligenz erstellt
- 2 werden, für alle nachvollziehbar als KI-generiert markiert werden müssen, sobald sie
- 3 veröffentlicht werden. Das Urheberrecht soll hierzu entsprechend angepasst werden.

Kap 4/13: Ermäßigter Umsatzsteuersatz für alle Künstlerinnen und Künstler

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Wir fordern die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und im Bundestag auf, eine
- 2 Gesetzesänderung mit folgender Zielsetzung auf den Weg zu bringen:
- 3 Einheitliche Besteuerung von allen Künstlerinnen und Künstlern: Alle Kunstwerke
- 4 sollen unabhängig von ihrem Medium oder ihrem Entstehungsprozess dem ermäßigten
- 5 Umsatzsteuersatz von 7% unterliegen.

6

Kap 4/14: Für die Haltung von Haustieren eine Positivliste zu verabschieden und damit einhergehend strenge Auflagen für Handel und Versand von Wildtieren zu beschließen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die
- 2 Bundesregierung und die zuständigen Ministerien – insbesondere der Bundesminister für
- 3 Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir sowie die Beauftragte der Bundesregierung
- 4 für Tierschutz Ariane Kari - einen stark verbesserten Schutz von Wildtieren iRd

5 Privathaltung entwickeln und umsetzen:

6

7 Das umfasst im Wesentlichen:

8

- 9 • Eine verbindliche Positivliste für Haustiere, die regelt, welche Tierarten für
- 10 den Handel und die Privathaltung geeignet sind
- 11 • Ein Handels- und Versandverbot von Wildtieren über Online-Portale und Social
- 12 Media
- 13 • Strenge Auflagen für Tierbörsen: u.a. Ausschließen gewerblicher Händler*innen,
- 14 Verkaufsverbot für Wildfänge, Begrenzung des Einzugsgebietes und des angebotenen
- 15 Artenspektrums sowie der Individuenzahl
- 16 • Einführung von angemessenen Bußgeldern bei Zuwiderhandlung
- 17 • Einführung einer Meldepflicht für gehaltene Tiere, deren Arten nicht auf der
- 18 Positivliste stehen.

Kap 4/15: Ein Import- und Umschlagverbot für Jagdtrophäen

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1 Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die
2 Bundesregierung und die zuständigen Ministerien – insbesondere die Bundesministerin
3 für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Steffi Lemke, die
4 Einfuhr von Jagdtrophäen sowie den Umschlag über Deutschland ohne Ausnahmen
5 unverzüglich untersagt.

6 Das umfasst im Wesentlichen:

- 7 • Kompletter Importstopp von Jagdtrophäen, zumindest aller geschützten und
- 8 bedrohten Arten
- 9 • Komplettes und ausnahmsloses Verbot von Umschlägen über Deutschland
- 10 • Umgehender Stopp des Verkaufs von Jagdreisen und ein Verbot des Bewerbens in
- 11 Deutschland
- 12 • Einführung von angemessenen Bußgeld- und Straftatbeständen bei Zuwiderhandlung

Kap 4/16: Progressive Migrations- und Teilhabepolitik im Bundeswahlprogramm 2025

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Berlin
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP04
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1 Sozialdemokratische Lösungen für eine vielfältige Gesellschaft

2 Unser Land ist vielfältig, umso mehr in der jungen Generation: Ein Drittel der unter
3 25-Jährigen hat eine Migrationsgeschichte. Diversität ist damit so normal wie nie
4 zuvor. Zu oft ist ein Migrationshintergrund jedoch noch mit schlechteren
5 Lebenschancen verknüpft – ob beim Bildungserfolg oder der Wohnungssuche.

6 Wir treten dafür ein, dass alle staatlichen Institutionen, alle Förderprogramme
7 darauf ausgerichtet sind, Rassismus zu unterbinden und gleiche Teilhabe zu fördern.
8 Konkret stehen wir für die Schaffung eines Partizipationsgesetzes auch auf
9 Bundesebene und die Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, für
10 Mentoring und Studien- und Ausbildungsförderung für von Diskriminierung betroffene
11 Gruppen sowie den weiteren Ausbau community-basierter Beratungs- und Empowerment-
12 Strukturen.

13 Gleichberechtigte Teilhabe schafft auch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz.
14 Menschen, die teils seit Jahrzehnten Teil unserer Gesellschaft geworden sind, können
15 endlich eingebürgert werden. Das ist gut für die gesamte Gesellschaft, denn die
16 Einbürgerung ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe und stärkt unsere Demokratie. Wir
17 werden dieses Gesetz verteidigen und bundesweit für eine effiziente Umsetzung
18 eintreten.

19 Zu einer vielfältigen Gesellschaft gehören auch Behörden, die der
20 Einwanderungsgesellschaft gerecht werden. Wir stehen für Respekt, Digitalisierung und
21 ausreichendes Personal und damit für schnelle Verfahren bei Aufenthaltstiteln und
22 Einbürgerungen und für Planungssicherheit für die Betroffenen. Für das Vertrauen
23 aller Menschen in die öffentliche Verwaltung ist auch die interkulturelle Kompetenz
24 aller Beschäftigten unabdingbar.

25 Einwanderungsland und sicherer Hafen

26 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Schon die sog. Gastarbeiterinnen
27 sind maßgeblich an dem wirtschaftlichen Erfolg in der Bundesrepublik beteiligt
28 gewesen. Das bedeutet zum einen, dass ohne Einwanderung der heutige Wohl- stand nicht
29 möglich gewesen wäre. Auch für die Zukunft ist klar, dass Einwanderung dringend
30 notwendig ist. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2.0 hat die SPD daher die
31 Voraussetzungen geschaffen, dass Menschen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt
32 dringend gebraucht werden, unbürokratischer und schneller nach Deutschland kommen
33 können. Auch Migrationsabkommen mit einzelnen Staaten wollen wir zunehmend nutzen, um
34 die Mobilität von außerhalb der EU zu fördern. Wir schauen pragmatisch, welche
35 Instrumente wirklich den Weg nach Deutschland erleichtern und weiten funktionierende
36 Regelungen entsprechend aus. Zu einem pragmatischen Umgang mit Migration gehört für
37 uns auch, dass alle Menschen ab dem ersten Tag arbeiten dürfen und dass wir im Stile
38 des Chancenaufenthaltsrechts neue Wege finden, um Kettenduldungen zu beenden. Für ein
39 gutes Ankommen und Teilhabe ab dem ersten Tag setzen wir uns weiterhin für
40 flächendeckende Integrationskurse und Beratungsangebote in Kommunen und Betrieben
41 ein.

42 Deutschland muss auch ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht bleiben.
43 Aufweichungen des individuellen Rechts auf Asyl oder des subsidiären Schutzes treten
44 wir konsequent entgegen. Sogenannte Drittstaatslösungen wie den britischen Ruanda-

45 Deal lehnen wir ab – Deutschland und die EU dürfen ihre Verantwortung für die
 46 Aufnahme von Schutzbedürftigen nicht auf andere, oft deutlich ärmere Staaten
 47 abwälzen. Und Menschen müssen sichere Länder auch ganz praktisch erreichen können:
 48 Einschränkungen der Seenotrettung und der anhaltenden Gewalt an den EU-Außengrenzen
 49 treten wir entgegen. Bundesaufnahmeprogramme, Landesaufnahmeprogramme und
 50 Resettlement unterstützen wir weiterhin, da nur solche Programme sicherstellen, dass
 51 auch vulnerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Frauen oder
 52 Familien gleichermaßen eine Chance auf Schutz haben. Wir setzen uns für eine
 53 staatliche Seenotrettung und gegen illegale Pushbacks ein, um das Sterben im
 54 Mittelmeer zu beenden.

55 Klar ist auch: Ein aufnahmefähiges Land braucht eine starke Infrastruktur – ein
 56 weiterer Grund für mehr progressiv finanzierte öffentliche Investitionen in Wohnraum
 57 und Bildung. Besonders aufnahmebereite Kommunen sollen hier verstärkt unterstützt
 58 werden. Und klar ist für uns auch: Asylpolitik funktioniert nur mit der gesamten EU.
 59 Wir werden daher weiter einfordern, dass alle EU-Staaten menschenwürdige
 60 Aufnahmebedingungen schaffen und ihren fairen Anteil an der Aufnahme von
 61 Schutzsuchenden leisten.

Kap 4/17: Kein Rechtsabbiegen in der SPD-Asyl- und Migrationspolitik!

Antragsteller*in:	SPD-Kreis Pankow
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch RP04
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

- 1 • Die Ablehnung von Abschiebungen in nicht-sichere Herkunftsstaaten, also Staaten,
 2 in denen Konflikte herrschen bzw. die Menschenrechtsslage dies nicht zulässt,
 3 entsprechend der Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes und des Bundeskanzlers
- 4 • Die Ablehnung von Verschärfungen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik; das
 5 heißt, ein Klares Bekenntnis zu einer Flucht- und Migrationspolitik, die im
 6 Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 3), der EU-
 7 Grundrechtecharta (Art. 4) sowie der VN-Menschenrechtskonvention (Art. 10 u.11)
 8 steht
- 9 • Die Ablehnung von Asylabkommen/Rückführungsabkommen mit Drittstaaten
- 10 • Eine deutliche Ablehnung jeglicher Aufweichungen des geltenden Asylrechts, wobei
 11 auch im bestehenden Rechtsrahmen Geflüchtete jederzeit menschenwürdig behandelt
 12 werden müssen
- 13 • Eine Ausweitung von Aufnahmeprogrammen aus Drittstaaten, um Alternativen zu
 14 gefährlichen Fluchtrouten, etwa über das Mittelmeer, zu schaffen
- 15 • Eine Ausweitung von Abkommen mit Drittstaaten für eine geregelte
 16 Arbeitsmigration
- 17 • Bei einer möglichen Reform des Waffenrechts darf es durch zusätzliche Befugnisse
 18 für die Sicherheitsbehörden nicht zu einem Racial Profiling kommen.

- 19 • Bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden zur frühzeitigen Erkennung von
- 20 Radikalisierungstendenzen, wobei die Einhaltung der Bürger:innenrechte zu jeder
- 21 Zeit sichergestellt sein muss
- 22 • Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung für die Extremismusprävention und
- 23 Ausstiegsprogramme für bereits radikalisierte Personen
- 24 • Der schnellstmögliche Beschluss des Demokratiefördergesetzes, um die
- 25 Unterstützung für die Arbeit der Akteur:innen langfristig sicherzustellen
- 26 • Eine Ausweitung der finanziellen Ausstattung der Kommunen und weiteren
- 27 Akteur:innen von Integrationsmaßnahmen von Seiten des Bundes, um langfristig
- 28 eine flächendeckend funktionierende Integrationsinfrastruktur zu schaffen, eine
- 29 Stärkung von Modellen der Fluchtbewegungssteuerung wie z.B. über eine Teilnahme
- 30 an der sog. „Safe Mobility Offices“ Initiative (USA, Kanada und Spanien) sowie
- 31 höhere bilaterale und EU-Investitionen in die Aufnahme- und
- 32 Integrationskapazitäten in sicheren Transitstaaten wie den Westbalkanländer

Kap 4/18: Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortführen – bedrohte Menschen aufnehmen

Antragsteller*in:	SPD-LV Rheinland-Pfalz
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Kap 4/ - Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 2 - 33 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

Empfehlung der Antragskommission:

1 ~~Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 verschlimmert sich die ohnehin~~ Nach dem Abzug der NATO-Truppen aus
Afghanistan im August 2021 verschlimmert sich die ohnehin wollen wir weiter
Verantwortung übernehmen für besonders gefährdete Personengruppen aus Afghanistan.
Dafür werden wir das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortführen.

Empfehlung der Antragskommission:

2 ~~schon katastrophale Lage in Afghanistan dramatisch. Das Land versinkt im Chaos,~~
3 ~~während die Taliban ungehemmt agieren und zunehmend brutal gegen Frauen, Mädchen und~~
4 ~~Oppositionelle vorgehen. Mit dem jüngst verhängten „Tugend-Gesetz“ verlieren Frauen~~
5 ~~in Afghanistan ihre Stimme. Es ist ihnen nun verboten, in der Öffentlichkeit laut zu~~
6 ~~lesen, da ihre Stimmen als zu intim gelten. Das Gesetz schränkt die Reisefähigkeit,~~
7 ~~insbesondere für Frauen erheblich ein.~~

8 ~~In Afghanistan verschwindet die Zivilgesellschaft.~~

9 ~~Die Taliban betrachten Menschenrechtsverteidiger*innen, darunter demonstrierende~~
10 ~~Frauen, Journalist*innen oder politische Aktivist*innen als Feinde. Wer protestiert,~~
11 ~~fällt dem Verschwindenlassen zum Opfer, wird willkürlich festgenommen, inhaftiert,~~
12 ~~gefoltert oder in anderer Weise misshandelt.~~

13 ~~Unter den Taliban wurde die Rechtlosigkeit von Frauen wieder staatliche Politik: Sie~~
14 ~~wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt. Ihr Zugang zu zivilen Rechten und~~

15 ~~Freiheiten wurde radikal beschnitten. Alternative Lebensentwürfe von Frauen und~~
16 ~~LGBTQI+-Menschen, die ein von der Familie unabhängiges Leben führen oder ihre~~
17 ~~Homosexualität leben möchten, sind unmöglich geworden.~~
18 ~~Die Frauen, waren früher in verschiedenen Bereichen wie Justiz, Politik,~~
19 ~~Journalismus, Bildung und Sport tätig. Nach drei Jahren unter der Herrschaft der~~
20 ~~Taliban haben sie alle das Gefühl, "niemand" mehr zu sein. Sie haben kaum~~
21 ~~Möglichkeiten der Beschäftigung und können kaum einen wirtschaftlichen oder~~
22 ~~kulturellen Beitrag leisten. Es sind Menschen wie sie, denen über das BAP eine~~
23 ~~humanitäre Aufnahme in Deutschland ermöglicht werden sollte.~~
24 ~~Die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, Verantwortung für bedrohte~~
25 ~~Afghaninnen und Afghanen zu übernehmen und sich im Koalitionsvertrag unter anderem~~
26 ~~dazu zu verpflichten, ein Bundesaufnahmeprogramm für akut gefährdete Afghaninnen und~~
27 ~~Afghanen einzurichten war richtig und ist aktuell wichtiger als je zuvor. Dieses~~
28 ~~Aufnahmeprogramm bietet die Möglichkeit, bedrohte Menschen aufzunehmen, die nicht~~
29 ~~über das Ortskräfteverfahren, humanitäre Visaverfahren oder über einen~~
30 ~~Familiennachzug gerettet werden können.~~

31

~~Auch wenn bis heute nur wenige hundert Menschen aus Afghanistan über das BAP nach~~

32

~~Deutschland kommen konnten, kann ein funktionierendes humanitäres Aufnahmeprogramm~~

33

~~eine wichtige Ergänzung zum Recht auf Asyl in Deutschland sein.~~

34

35

Kap 5/01: Sicherheitspolitik der SPD

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Wiesbaden
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	Kap 5/ - Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

1 1. Die SPD stellt sich den neuen Herausforderungen der Sicherheit Deutschlands und
2 Europas. Diese sind ernst und müssen in der Gesellschaft breit diskutiert
3 werden, weil sie für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. Es
4 betrifft unsere Fähigkeiten, mit neuen Verhältnissen und Bedrohungen umzugehen,
5 sowie die Verantwortung, Antworten zu finden, die die Bedrohungen vermindern und
6 die Sicherheit stärken. Dabei darf äußere Sicherheit nicht auf Kosten der
7 inneren Sicherheit oder der sozialen Sicherheit gehen.

8

9 2. Die Stationierung neuer U.S. Mittelstreckenraketen sollte vermieden werden,
10 da diese Systeme strategische Ziele in Russland in extrem kurzer Zeit und ohne

11 Vorwarnung treffen könnten, was das Risiko eines nuklearen Fehllarms erhöht und
12 die strategische Stabilität zwischen den USA und Russland massiv untergraben
13 würde. Der bilaterale Ansatz zwischen Deutschland und den USA berücksichtigt
14 keine Rüstungskontrollmaßnahmen, die solche Eskalationsrisiken eindämmen
15 könnten. Auch ist unklar, wie die Vorstellungen der neuen Trump-Administration
16 zur Sicherheit in Europa aussehen. Ein neuer Rüstungskontrollvertrag, der eine
17 Begrenzung und Inspektion der neuen Systeme ermöglicht, wäre daher notwendig, um
18 eine destabilisierende Wirkung zu vermeiden und die Sicherheit in Europa
19 langfristig zu stärken. Ebenso ist die aktuelle Diskussion über eine
20 Erstschlagsfähigkeit, die in der Bundeswehr begonnen hat, abzulehnen. Darüber
21 hinaus muss die deutsche Bevölkerung informiert werden, und es sollte eine
22 transparente politische Debatte geführt werden.

23
24 3. Wir werden die Ukraine gegen die anhaltende russische Aggression weiter
25 unterstützen und gleichzeitig im ukrainischen wie im europäischen Interesse
26 darauf drängen, die Kämpfe einzustellen und schrittweise Bedingungen zu
27 schaffen, die der Ukraine erlauben, mit europäischer Hilfe ihr Land wieder
28 aufzubauen und in Sicherheit zu leben. Dazu gehört auch die unveränderte
29 Unterstützung der Menschen, die aus der Ukraine zu uns geflohen sind und nicht
30 in ihr Heimatland zurückkehren können oder wollen.

31
32 4. Deutschland muss seine Außenpolitik im Nahen Osten neu ausrichten und den
33 Fokus klar auf humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention legen, anstatt sich
34 in militärische Konflikte hineinziehen zu lassen. Es ist an der Zeit, zur
35 bewährten Prinzipienpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzukehren und
36 konsequent auf Waffenlieferungen in Krisengebiete zu verzichten. Dies würde
37 nicht nur der historischen Verantwortung Deutschlands entsprechen, sondern auch
38 den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung respektieren, die sich gegen
39 eine militärische Führungsrolle in internationalen Konflikten ausspricht.
40 Stattdessen sollte Deutschland seine Anstrengungen darauf konzentrieren, den
41 Menschen vor Ort durch den Aufbau von Infrastruktur, medizinische Versorgung und
42 Bildungsprojekte sowie durch Friedensförderungsinitiativen konkrete
43 Unterstützung zu bieten. Auf diese Weise kann Deutschland als neutraler Akteur
44 zur Stabilisierung der Region beitragen und unnötiges Leid vermeiden.

45
46 5. Wir müssen unser Augenmerk weiterhin und zukünftig noch stärker auf die
47 globalen Entwicklungen richten. Die Krisen und Konflikte betreffen uns
48 zunehmend. Flucht und Vertreibung durch Kriege sowie Armutsmigration sind
regelmäßig die Folge, ebenso der Klimawandel, der ganze Regionen unbewohnbar
macht. Das Mindeste, was wir dagegen tun können, ist die ausreichende
Finanzierung von humanitärer Hilfe, ziviler Krisenprävention sowie
Friedensförderung durch die Bundesregierung.

Th/01: Mut zur Veränderung

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Unterfranken
Status:	Empfehlung der AK liegt vor

Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

- 1 1. Die Menschen in unserem Land erwarten in Zeiten multipler Krisen und
2 wirtschaftlicher Unsicherheit eine klare und verständliche Führung. Diese
3 Führung muss der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland übernehmen, nach
4 innen wie nach außen.
- 5 2. Unsere sozialdemokratischen Errungenschaften müssen offensiv kommuniziert
6 werden. Von unseren vielen Mitgliedern genauso wie von allen
7 Mandatsträger*innen. Wir haben viel erreicht, auf das wir stolz sein können: Die
8 Erhöhung des BAföG, eine Reform des Wohngeldes, die größten Rentenerhöhungen in
9 der Geschichte der Bundesrepublik, die Erhöhung des Mindestlohns und nicht
10 zuletzt auch das Deutschlandticket sind einige von vielen sozialdemokratischen
11 Herzensprojekten, die das Leben der Menschen in Deutschland spürbar verbessert
12 haben. Darauf sind wir stolz. Das gilt es den Bürger*innen immer wieder zu
13 vermitteln.
- 14 3. Als Friedenspartei blicken wir mit Sorge auf den Krieg in der Ukraine und den im
15 Nahen Osten. Wir stehen an der Seite der Ukraine und Israels. Wir unterstützen
16 den Friedensplan des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden für den Nahen
17 Osten, wie ihn sich auch die UNO zu eigen gemacht hat. Wir fordern den
18 russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, den verbrecherischen Krieg in der
19 Ukraine zu beenden und seine Truppen auf russisches Gebiet zurückzuziehen, damit
20 baldmöglichst Verhandlungen aufgenommen werden können. Das Ziel muss eine
21 Nachkriegsordnung und Sicherheitsarchitektur sein, die insbesondere dem
22 Sicherheitsbedürfnis der Ukraine ausreichend Rechnung trägt. Bis dahin
23 unterstützen wir die Ukrainer in ihrem Abwehrkampf mit allen notwendigen Mitteln
24 und solange wie nötig.
- 25
26 4. Wir dürfen nicht den Blick auf die Mehrheit der Menschen in unserem Land
27 verlieren. Sozialdemokratische Politik ist immer auch eine Politik für die
28 arbeitende Mehrheit der Menschen in Deutschland, ohne dabei Minderheiten außen
29 vor zu lassen, Die wirtschaft-liche Unsicherheit in Zeiten multipler Krisen
30 sorgt bei vielen Menschen für Verunsicherung. Diese spiegelt sich beispielweise
31 auch in der Aktion der IG Metall Schweinfurt wider, die mit „SOS
32 Kugellagerstadt“ auf die Herausforderungen der Transformation aufmerksam macht.
33 Auf diese Herausforderungen braucht es sozialdemokratische Antworten. Die
34 Sicherung des Industriestandorts Deutschland hat deshalb für uns höchste
35 Priorität. Zurecht wird von uns erwartet, Arbeitsplätze und Wohlstand zu
36 erhalten. Dafür braucht es eine Zukunftsvision, die Sicherheit in Zeiten des
37 Wandels bietet. Mit dem Selbstbestimmungsgesetz, dem Staatsange-hörigkeitsrecht,
38 der Cannabislegalisierung und Wahlrechtsreform haben wir eine gesellschaftliche
39 Modernisierung angeschoben. Darauf sind wir stolz.
- 40
41 5. Wir sind eine pluralistische und weltoffene Gesellschaft. Trotzdem
42 beschäftigt uns die Debatte um Migration seit Jahren. Rechte Parteien nutzen das

43 Thema, um einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben. Neiddebatten und
44 Falschaussagen (z. B. Zahnersatz bei Ukrainer*innen) entfachen eine gefährliche
45 Mischung, der wir entgegenwirken müssen. Dabei ist für uns klar, dass das Recht
46 auf Asyl, die Grund- und Menschenrechte, gültig sind und geachtet werden müssen.
47 Wir bieten geflüchteten Menschen jedoch Chancen. Dafür braucht es die richtigen
48 Voraussetzungen. Noch immer ist das Angebot an Integrations- und Sprachkursen zu
49 gering. Noch immer dauert die Bearbeitung von Asylanträgen zu lange. Daneben
50 wird deutlich, dass weiterhin erheblicher Investitionsbedarf in unsere
51 Infrastruktur besteht. Dieser Umstand ist nicht den Geflüchteten geschuldet.
52 Vielmehr zeigt er das Versäumnis der vergangenen Jahrzehnte auf. Deshalb fordern
53 wir den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für alle Menschen in Deutschland,
54 eine deutliche Erhöhung des Kursangebotes für Integrations- und Sprachkurse,
55 eine schnellere Digitalisierung und Bearbeitung der Asylanträge sowie einen
56 einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt.

57
58 6. Mit dem Bürgergeld haben wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der
59 letzten 20 Jahre umgesetzt. Wir geben Menschen in schwierigen Lebenssituationen
60 mehr Sicherheit und bessere Chancen auf gute Arbeit. Wer Hilfe braucht, soll
61 keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Damit werden
62 wir dem Respektsbegriff aus der letzten Bundestagswahlkampagne gerecht und
63 darauf sind wir stolz. Gleichzeitig muss klar sein, dass wir die Ausnutzung des
64 Bürgergeldes nicht tolerieren können, denn das führt zu gesellschaftlichen
65 Verwerfungen. Wer darauf angewiesen ist, muss es unbürokratisch bekommen. Wer es
66 ausnutzt, muss mit den Mitteln des Rechtsstaates bestraft werden. Das Ziel der
67 Integration in den Arbeitsmarkt steht für uns an oberster Stelle. Dafür braucht
68 es funktionierende Mechanismen und, wo nötig, Sanktionsmöglichkeiten. Daneben
benötigen wir mehr Personalstellen bei der Kontrolle von Schwarzarbeit, in den
Gewerbeaufsichtsämtern und bei der Steuerfahndung. Denn egal ob arm oder reich,
wer den Staat betrügt muss zur Rechenschaft gezogen werden.

Th/02: SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

- 1 Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit setzt sich daher ein für:
- 2 1. Eine Verminderung der ungleichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse in
3 Deutschland durch eine angemessene Besteuerung von großen Vermögen und
4 Erbschaften
 - 5 2. Für eine faire Verteilung der Steuerlast gemessen am tatsächlichen Gewinn von
6 Personen und Unternehmen bei gleichzeitiger effektiver Bekämpfung von
7 Steuervermeidung und Wirtschaftskriminalität.

- 8 3. Für die Einführung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Gewinne die
9 durch spezialisierte, automatisierte Dienstleitungen und Produktionsprozesse
10 generiert werden
- 11 4. Für den Ausgleich von Nachteilen die durch Strukturwandel in industriellen
12 Fertigungsprozessen und durch die flächendeckende Einführung der Digitalisierung
13 im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft für die Bevölkerung entstehen können
- 14 5. Für die Aufhebung von Nachteilen insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen
15 oder Transferleistungen beziehenden Familien
- 16 6. Für die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen, die es auch Bürgerinnen
17 und Bürgern mit niedrigem Einkommen ermöglichen, zu erschwinglichen Mieten in
18 guten städtischen Lagen eine Wohnung zu finden.
- 19 7. Für eine faire und angemessene materielle Würdigung einer langen
20 Erwerbsbiographie auch wenn diese wesentlich durch ein niedriges Einkommen
21 geprägt war
- 22 8. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Bürgerinnen und Bürger als
23 Verbraucher vor den übervorteilenden und betrügerischen Machenschaften und
24 Geschäftsmodellen lediglich an Profit ausgerichteter internationaler und
25 nationaler Konzerne und Wirtschaftsunternehmen
- 26 9. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Meinungsfreiheit und der
27 politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger, vor manipulativer
28 Ausnutzung der über das Internet und die Sozialen Netzwerke zur Verfügung
29 stehenden BIG DATA
- 30 10. Für die Kontrolle und Transparenz von Lobbying durch Wirtschaftsunternehmen,
31 Verbände und sonstige Interessengruppen und Einzelpersonen
- 32 11. Für eine Stärkung und Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf
33 nationaler und europäischer Ebene
- 34 12. Für die Stärkung demokratischer Prozesse, transparenter Strukturen und
35 transparenter inhaltlicher und personeller Entscheidungsfindung innerhalb
36 unserer Partei
- 37 13. Für eine effektive Bekämpfung der Ursachen und Folgen der weltweiten
38 Klimakatastrophe, insbesondere soweit diese auch soziale Konsequenzen für
39 Deutschland hat. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass Deutschland historisch
40 betrachtet einer der Hauptverursacher des Menschen bedingten Klimawandels ist
41 und dass die Bekämpfung der Klimakatastrophe deshalb auch gerechterweise mit
42 einer Veränderung, d. h. auch mit Einschränkungen der bisherigen Lebensweise der
43 Menschen in Deutschland verbunden sein kann.
- 44 14. Für die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Interesse einer
45 solidarischen, kreativen Entwicklung der Gesellschaft.
- 46 15. Für eine tatsächliche Steuerung des Staates durch die gewählte Regierung selbst,
47 nicht durch die anonymen Berater*innen.
- 48 16. Für eine qualifizierte Integration von Menschen die als Flüchtlinge oder bereits
49 zur Aufnahme bestimmter qualifizierter Tätigkeiten nach Deutschland kommen.
50 Integration bedeutet in diesem Zusammenhang die nachhaltige Vermittlung von
51 ausreichenden Sprachkenntnissen, die Zurverfügungstellung von angemessenen

52 Wohnraum und insbesondere auch die Vermittlung der in Deutschland geltenden und
53 die deutsche Gesellschaft maßgeblich tragenden Grundlagen eines demokratischen
54 Rechtsstaats, der den Schutz der Menschenwürde, so wie sie in den Grundrechten
55 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kommen, als
56 wichtigste Aufgabe von Staat und Gesellschaft beschreibt.

57 17. Zu den maßgeblich in Deutschland geltenden Werten gehört auch der
58 Gleichheitsgrundsatz und insbesondere der Anspruch auf der Gestaltung aller
59 Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt der
60 Geschlechtergerechtigkeit.

61

Th/03: Zukunft und Zusammenhalt: Für ein starkes Programm der SPD zur Bundestagswahl 2025

Antragsteller*in:	SPD-Bezirk Hannover
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

1 Die Bundestagswahl am 23.02.2025 wird eine Richtungsentscheidung: Zurück in die
2 Vergangenheit mit der Merz-CDU oder Fortschritt mit der SPD für eine soziale,
3 demokratische und inklusive Gesellschaft – das sind die Alternativen, die zur Wahl
4 stehen. Wir als SPD im Bezirk Hannover setzen dabei auf ein starkes Programm zur
5 Bundestagswahl und fordern darin die Einbringung folgender Punkte:

6

- 7 1. Arbeitsplätze und Standorte sichern, klimaneutrale Wirtschaft und
8 Energieversorgung aufbauen: Wir fordern ein starkes Angebot einer SPD-geführten
9 Bundesregierung zur Sicherung der Industrie in Niedersachsen und Deutschland.
10 Dazu gehören die Einführung eines Industriestrompreises als auch die Einführung
11 von neuen Prämien für die Stärkung der Nachfrage bei der Elektromobilität, die
12 Investition in die Ladeinfrastruktur als auch bei der Förderung der
13 klimaneutralen Strom- und Wärmeerzeugung und -speicherung.
- 14 2. Faire Löhne gibt es nur mit mehr Tarifbindung: Deutschland muss zügig die EU-
15 Mindestlohnrichtlinie umsetzen und den gesetzlichen Mindestlohn auf mindestens
16 15 Euro erhöhen. Wir fordern zudem die Umsetzung des zweiten Teils der EU-
17 Richtlinie: Eine SPD-geführte Bundesregierung soll den Weg eines neuen
18 Tarifreuegesetzes konsequent fortsetzen und eine gesetzliche Regelung zur
19 Erreichung des EU-Ziels von 80% Tarifbindung in Deutschland einbringen.
- 20 3. Ein aktiver Staat braucht Zukunftsinvestitionen: Wir fordern von einer SPD-
21 geführten Bundesregierung die umgehende Einbringung eines Gesetzesentwurfs zur
22 Abschaffung der Schuldenbremse in ihrer bisherigen Form. Investitionen in
23 Wirtschaft und Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, Wohnen
24 und Sicherheit dürfen durch diese nicht mehr gebremst werden. Dafür brauchen wir
25

26 eine gerechte Finanzierung: Wir wollen die Senkung der Einkommenssteuer für
27 kleinere und mittlere Einkommen und im Gegenzug einen höheren Spitzensteuersatz
28 für Einkommensmillionär*innen und gleiche Besteuerung von Kapitalerträgen im
29 Vergleich zu Arbeitseinkommen.

30 4. Wir wollen Sicherheit und Zusammenhalt: Wir sind die Partei der sozialen
31 Gerechtigkeit. Deshalb fordern wir die Stabilisierung des Rentenniveaus auch
32 über das Jahr 2040 hinaus durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sowie
33 den Einbezug aller Erwerbstätigen und die Einführung einer Mindestrente, um
34 Altersarmut zu verhindern. Auch beim BAföG haben wir viel erreicht – diesen Weg
35 wollen wir weitergehen: Die automatische Anhebung der Bedarfssätze mit der
36 Inflation, die Anhebung der Wohnkostenpauschale und die Zahlung als
37 elternunabhängiger Vollzuschuss ist unser Ziel.

38 5. Ein starkes Deutschland braucht ein starkes Europa – und umgekehrt. Wir fordern
39 von einer künftigen SPD-geführten Bundesregierung eine Fokussierung auf die
40 europäische Ebene. Hierzu gehört vor allem, die weitere Integration des
41 europäischen Binnenmarkts voranzutreiben, das europäische Beihilferecht zu
42 vereinfachen und den Fiskalpakt ausgerichtet auf eine aktive Investitionspolitik
43 der Mitgliedsstaaten zu orientieren. Dauerhafte Grenzkontrollen innerhalb
44 Europas sind auf diesem Weg das falsche Signal, die Errungenschaften von
Schengen sind für uns nicht verhandelbar.

Th/04: Deutschland fit für die Zukunft machen.

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

1 Unser Land befindet sich in einer herausfordernden Lage. Da gibt es kein Drumherum-
2 Reden. Die Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen um ihr Heute, weil sich der
3 Alltag zu oft wie ein Abstrampeln anfühlt, bei dem einem oft noch zusätzliche Steine
4 in den Weg gelegt werden. Gerade berufstätige Familien sind dabei einer Doppel- und
5 Dreifachbelastung ausgesetzt, wenn die Kita plötzlich in die Notbetreuung wechselt.
6 Wenn sie zu spät zur Arbeit kommen, weil mal wieder eine Bahn ausfällt oder der Stau
7 nicht enden will. Oder einfach wenn die Waschmaschine den Geist aufgibt. Denn da das
8 Leben zuletzt verdammt teuer geworden ist, können solche plötzlichen Ausgaben schnell
9 bedeuten, dass der Familienurlaub nicht stattfinden kann oder das neue Fahrrad fürs
10 Kind warten muss.

11 Wenn das Heute viel belastender ist als das Gestern, dann führt das natürlich auch zu
12 großen Sorgen, wie das Morgen wird. Viele glauben nicht mehr daran, dass auch ihre
13 Kinder und Enkelkinder in Zukunft noch in Wohlstand und Frieden leben können. Und was
14 vielleicht noch schlimmer ist: Einige haben leider auch den Glauben daran verloren,
15 dass Politik wirklich etwas daran ändern kann. Diese Sorgen und Ängste nehmen wir als
16 Sozialdemokratie sehr ernst. Wir wissen, dass auch wir Vertrauen verloren haben.

17 Trotz größter Bemühungen ist es nicht gelungen, die Ampel-Koalition erfolgreich zu
18 Ende zu führen. Doch es geht bei der jetzt anstehenden Bundestagswahl nicht um das,
19 was war und schon gar nicht geht es um uns. Politik ist kein Spiel, auch wenn die FDP
20 das anders sehen mag. Im Februar nächsten Jahres geht es um die vielen berufstätigen
21 Familien in diesem Land, die das Leben führen können sollen, das sie führen möchten.
22 Denn ja, die Lage ist herausfordernd, aber Deutschland ist nach wie vor ein starkes
23 Land. Stark nicht wegen seiner Rohstoffe, sondern wegen der Hände und Köpfe der
24 Menschen, die hier leben. Seien es die Facharbeiter*innen in der Industrie, die
25 Erzieher*innen in den Kitas, die Kassierer*innen im Supermarkt oder all die anderen
26 Menschen, die jeden Tag aufstehen und anpacken. Damit sie ihren Job machen können,
27 müssen wir jetzt unseren Job machen. Und das heißt: Deutschland fit für die Zukunft
28 machen. Dieser Verantwortung stellen wir uns als Sozialdemokratie. Und um das
29 Vertrauen dafür werben wir bei der kommenden Bundestagswahl. Wir stemmen uns gegen
30 eine Politik des Entweder-Oder und treten ein für eine Politik des sozialen
31 Zusammenhalts. Innere, äußere und soziale Sicherheit dürfen nicht gegeneinander
32 ausgespielt werden.

33 Dabei sind für uns die folgenden vier Themenfelder von zentraler Bedeutung:

- 34 1. Ein modernes Deutschland ist möglich.
- 35 2. Der Alltag muss funktionieren.
- 36 3. Berufstätige Familien spürbar entlasten.
- 37 4. Ein Sozialstaat, der da ist.

38 Die Menschen in Deutschland spüren deutlich, dass sich was ändern muss, wenn wir auch
39 in Zukunft noch eine der größten Volkswirtschaften der Welt sein wollen. Das hat
40 natürlich viel mit den Krisen der vergangenen Jahre zu tun – allen voran der Corona-
41 Pandemie und den gestiegenen Energiekosten infolge des russischen Angriffskriegs auf
42 die Ukraine. Vieles ist aber auch hausgemacht. Deutschland hat in den letzten
43 Jahrzehnten von der Substanz gelebt und viele Probleme in die Zukunft verlagert. Doch
44 diese Herausforderungen dulden keinen Aufschub mehr. Die Zeit, sie anzugehen, ist
45 jetzt. Die SPD war und ist dazu bereit.

46 Dabei wissen wir, dass es neues Wirtschaftswachstum nicht zum Nulltarif geben wird.
47 Deshalb setzen wir uns für eine Reform der Schuldenbremse ein, die uns zielgerichtete
48 Investitionen in die Zukunft unseres Landes ermöglicht. Mit einer breiten Mehrheit
49 von Ökonom*innen über Gewerkschaften bis hin zu Arbeitgeber*innen sind wir uns einig,
50 dass die Investitionen von heute für den Wohlstand von morgen sorgen.

51 Um den Wirtschaftsstandort darüber hinaus zu stärken, reicht es eben nicht mehr,
52 ausschließlich Ziele zu benennen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Wir
53 müssen auch den konkreten Weg beschreiben, wie wir das Ziel eines wirtschaftlich
54 starken und klimaneutralen Deutschlands erreichen können. Nur so haben Unternehmen
55 wie Beschäftigte die Sicherheit, diesen gemeinsam zu gehen. Für uns führt dieser Weg
56 über eine weitere Beschleunigung bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren, einen
57 umfassenden Abbau der Bürokratie bei gleichzeitigem Ausbau der Erneuerbaren Energien
58 und schließlich über eine Kraftwerkstrategie und ein modernes Erneuerbare-Energien-
59 Gesetz, welches den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Bis dahin müssen die
60 Strompreise gerade für energieintensive Unternehmen runter. Denn während politische
61 Mitbewerber den industriellen Kern unserer Wirtschaft für entbehrlich halten, kämpfen

62 wir nicht nur um den Erhalt jedes Industriearbeitsplatzes, sondern sorgen auch für
63 neue Ansiedlungen. Wir sind fest davon überzeugt: Ein modernes Deutschland ist
64 möglich.

65 Um Deutschland fit für die Zukunft zu machen, braucht es neben wirtschaftlichen
66 Impulsen auch dringend Investitionen in unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier
67 darf es kein Entweder-Oder geben. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können,
68 dass sie im Alltag nicht ständig ausgebremst werden. Doch gerade für die vielen
69 berufstätigen Familien in Deutschland gerät ihr Leben zu oft aus dem Takt. Sie müssen
70 sich in Zukunft wieder sicher sein können, dass die Kitas offen sind und der
71 Unterricht in den Schulen stattfindet. Wer morgens zur Arbeit fährt, soll sich nicht
72 auch noch fragen müssen, wie viel Stau wohl heute wieder auf den Straßen ist oder ob
73 die Bahn überhaupt kommt. Und es muss wieder möglich sein, einen Facharzttermin zu
74 bekommen, wenn man ihn braucht und nicht erst in einigen Monaten. Die SPD kämpft an
75 der Seite der Kommunen für einen Alltag, der wieder funktioniert.

76 Um das zu erreichen, werden wir nicht nur Geld in die Hand nehmen, um unsere Straßen,
77 Brücken und Schienen zu modernisieren, sondern auch um unsere Kitas und Schulen
78 instand zu setzen und für genügend Erzieher*innen und Lehrkräfte zu sorgen. Unser
79 gesellschaftlicher Zusammenhalt wird dabei vor allem vor Ort organisiert. Hier
80 entscheidet sich eben, ob es noch ein Schwimmbad, eine Turnhalle und einen Sportplatz
81 gibt, wo die Kinder Schwimmen, Werfen und Kicken lernen können. Vielerorts jedoch
82 sind die Kommunen längst am Limit, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr
83 Aufgaben übernehmen mussten, ohne von Land und Bund auch ausreichend Geld dafür zu
84 erhalten. Deshalb ist es für uns auch eine soziale Frage, die Städte und Gemeinden
85 von ihren Altschulden zu befreien und für eine bessere finanzielle Grundlage zu
86 kämpfen, damit sie wieder für ein soziales Zusammenleben vor Ort sorgen können.

87 Das Leben ist zuletzt durch die Inflation so teuer geworden, dass auch Beschäftigte
88 mit mittlerem Einkommen immer wieder Ersparnis aufbrauchen mussten. Das darf kein
89 Dauerzustand sein. Wir müssen das Aufstiegsversprechen wiederherstellen, dass man
90 sich durch eine gute Ausbildung und einen vernünftigen Job auch ein Leben in
91 Wohlstand erarbeiten kann. Deshalb werden wir die breite Mitte in unserem Land
92 spürbar entlasten, indem wir die Steuern für diejenigen senken, die jeden Tag
93 aufstehen und anpacken. Auch die Energiekosten müssen runter, damit berufstätige
94 Familien ganz konkret mehr Geld zur Verfügung haben. Und zugleich muss für alle
95 gelten: Wer arbeitet, muss davon leben können. Deswegen ist für uns klar, dass wir
96 den Mindestlohn entsprechend erhöhen werden.

97 Gute Jobs wird es aber auf Dauer nur durch starke Betriebsräte und Gewerkschaften
98 geben. Der beste Freund der Beschäftigten ist und bleibt der Tarifvertrag. Deshalb
99 werden wir uns vehement dafür einsetzen, dass die Tarifbindung erhöht und die
100 Tariftreue geschützt wird.

101 Der Sozialstaat ist das konkrete Versprechen, dass wir uns umeinander kümmern. Als
102 Sozialdemokratie werden wir dieses Versprechen immer verteidigen. Dabei wissen wir:
103 Diejenigen, die den Sozialstaat tragen, müssen merken, dass er auch für sie da ist.
104 Deshalb steht keine andere Partei so klar für stabile Renten und ein gutes
105 Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur wie die Sozialdemokratie. Wer ein Leben lang
106 gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, dass er oder sie von seiner Rente
107 leben kann. Eine Absenkung des Rentenniveaus wird es mit uns nicht geben. Das

108 Gesundheits- und Pflegesystem wiederum werden wir so reformieren, dass Arzttermine
109 keine Sache mehr von Monaten sind und dass niemand bei der Pflege seiner Angehörigen
110 allein gelassen wird.

111 Und unser Sozialstaat muss nicht nur am Ende, sondern in allen Lebenslagen gerade für
112 berufstätige Familien da sein. Viele unterstützende Leistungen werden oft nicht in
113 Anspruch genommen, weil die Antragsstellung zu kompliziert oder die Leistung schlicht
114 nicht bekannt ist. Damit muss Schluss sein. Damit alle Familien die Unterstützung
115 bekommen, die sie brauchen, werden wir eine umfassende Kindergrundsicherung
116 einführen, die unkompliziert zur Verfügung stehen muss. Durch zusätzliche
117 Investitionen in Kitas und Schulen sorgen wir außerdem dafür, dass alle Kinder die
118 gleichen Chancen haben und ihr Bildungserfolg nicht vom Wohnort oder Geldbeutel der
119 Eltern abhängt.

120 Fazit

121 Als SPD gehen wir selbstbewusst in den vor uns liegenden Wahlkampf. Wir sehen den
122 Ernst der Lage und laufen vor der Verantwortung nicht weg. Es geht jetzt darum, alle
123 Kräfte zu mobilisieren, um verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Dafür formulieren
124 wir ein klares Angebot an die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen Deutschland fit für
125 die Zukunft machen. Dazu braucht es Investitionen für den Wohlstand von morgen und
126 für einen Alltag, der wieder funktioniert. Die vielen berufstätigen Familien in
127 unserem Land werden wir spürbar entlasten und ihnen einen Sozialstaat zur Seite
128 stellen, der da ist, wenn er gebraucht wird. Packen wir es an!

Th/05: Mehr München für Berlin – Beitrag der Münchner SPD zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk München
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

1 In München befinden wir uns in einer besonderen Lage deutschlandweit für die
2 Sozialdemokratie: Seit 1946 wird die Landeshauptstadt mit wenigen Ausnahmen von SPD-
3 Oberbürgermeistern, SPD-Bürgermeisterinnen und SPD-geführten Stadtratsmehrheiten
4 erfolgreich regiert. In herausfordernden Zeiten zeigt München, wie eine starke Stadt
5 die Menschen bestmöglich unterstützt, auch und besonders in den Krisen der letzten
6 Jahre. Es sind zentrale Zukunftsfragen entschlossen angegangen und viele wichtige
7 Schritte für die Modernisierung unsere Infrastruktur eingeleitet worden. Gleichzeitig
8 gerät auch in unserer Stadt einiges ins Rutschen:

9 Mit dem Krieg mitten in Europa, einer sehr angespannten Situation im Nahen Osten und
10 einem globalen Wettlauf des Autoritarismus, des Wettbewerbsdrucks und des Raubbaus an
11 Mensch und Natur ist das Vertrauen vieler Menschen in unsere Demokratie, in das
12 Parteiensystem und mitunter auch unsere sozialdemokratische Politik verloren
13 gegangen. Es ist eine Situation, wie wir sie uns vor wenigen Jahren nicht vorstellen
14 konnten - die Demokratie, Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte stehen immens unter

15 Druck, scheinbar Selbstverständliches steht in Gefahr. Das trägt dazu bei, dass viele
16 Münchnerinnen und Münchner Angst vor Wohlstandsverlusten, ja, mehr noch, Angst haben,
17 sich das Leben in unserer erfolgreichen, in vielerlei Hinsicht reichen und so
18 wunderbaren Stadt, nicht mehr leisten zu können.

19 Die Sozialdemokratie steht für ein Versprechen von Aufstieg, Gerechtigkeit und
20 Fortschritt:

- 21 • für eine starke Stadt und einen starken Staat, der allen Menschen
22 Chancengerechtigkeit ermöglicht und Respekt vor unterschiedlichen
23 Lebensentwürfen hat
- 24 • für eine Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift und jede Leistung und
25 jeden Lebensentwurf anerkennt
- 26 • dafür, dass Stadt und Staat den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnen
27 und dem Anspruch gerecht werden, ihr Leben einfacher zu machen und sie auf
28 Veränderungen vorzubereiten.

29 Nur wir stehen dafür, dass das Leben besser wird, wenn man sich anstrengt und es
30 jedem individuell, aber auch der Gesellschaft als Ganzer besser gehen kann –
31 organisiert über den Staat, kollektive Vereinbarungen, demokratische Aushandlung, und
32 für ein besseres und gerechteres Morgen.

33 Dieses Versprechen geben wir allen Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer
34 Herkunft, ihrer Religion oder ihres Bildungshintergrunds. Die Kombination aus
35 sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität macht München wiederholt zur
36 lebenswertesten Stadt Deutschlands. Wir bekennen uns explizit zu Feminismus, LGBTIQ*-
37 Rechten, Gleichberechtigung, Toleranz und Antidiskriminierung und werden diese Werte
38 auch gegen den wachsenden Rechtsruck verteidigen.

39 Bei der Bundestagswahl wird es darum gehen, das sozialdemokratische Versprechen zu
40 erneuern. Wir wollen erneut zeigen, dass nur unsere sozialdemokratische Politik die
41 richtige für unsere Gesellschaft und für die Herausforderungen ist, vor denen wir
42 stehen. Eben weil wir dafür sorgen, dass niemand diese Angst vor Wohlstandsverlusten,
43 vor der Transformation, vor der schwierigen internationalen Lage haben muss – sondern
44 trotz aller Unkenrufe eine bessere und gerechte Zukunft möglich ist.

45 In großen Ballungsräumen führt der Trend der Urbanisierung zu wachsenden
46 Herausforderungen. Städte sind Orte des Wandels und Motoren des Fortschritts. Wenn
47 die kommunalen Aufgaben wachsen, braucht es Entlastung und Unterstützung durch Bund
48 und Länder. Wir brauchen angesichts der Urbanisierung, der Disruptionen und
49 Herausforderungen eine kluge Politik – um nicht immer weiteren Spaltungen in unserer
50 Gesellschaft und auch zwischen Stadt und Land gegenüberzustehen.

51 Wir liefern hiermit kein abgeschlossenes Bundestagswahlprogramm, sondern zentrale
52 Schwerpunkte aus Perspektive der Münchner SPD für die nächste SPD-geführte
53 Bundesregierung: Mehr München für Berlin.

54 **1) Arbeit und Soziales**

55 München ist eine sehr lebenswerte, wohlhabende und damit auch teure Stadt. Trotz des
56 beträchtlichen Wohlstands und der hohen Gehälter bei den einen, profitieren andere
57 kaum oder gar nicht davon. Arbeit ist der zentrale Faktor, durch den das Leben
58 finanzierbar sein soll. Wer Vollzeit arbeitet, muss sich das Leben in München auch

59 leisten können – ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Die SPD hat
60 mit der Erhöhung des Mindestlohns durchgesetzt, dass der Anteil an Menschen, die im
61 Niedriglohnsektor arbeiten müssen, massiv zurückgegangen ist. Das müssen wir
62 fortführen und dafür sorgen, dass man aus Respekt vor guter Arbeit auch in München
63 gut leben kann – deswegen brauchen wir eine Aufnahme der Mindestlohninitiative
64 unseres OBs durch die nächste Bundesregierung.

65 München ist eine Arbeiterstadt. Im Unterschied zu vielen Städten, in denen nur noch
66 Dienstleistungen erbracht werden, wird bei uns auch im Herzen der Stadt in
67 unterschiedlichen Branchen - eben insbesondere auch in Industrie, im Handwerk, im
68 Mittelstand – gearbeitet und dabei Wertschöpfung erzeugt. Wir wollen die Münchner
69 Mischung stärken und gestalten aktiv die Transformation. Wir wollen die
70 Arbeitsbedingungen verbessern und gute Arbeit stärken. Mit der eigenen Münchner
71 Arbeitsmarktpolitik setzen wir entscheidende Schwerpunkte für die Entwicklung des
72 Arbeitsmarkts und bauen Langzeitarbeitslosigkeit ab – dabei brauchen wir mehr
73 Unterstützung vom Bund.

74 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 75 • Aufnahme der Initiative unseres OB zum Münchner Mindestlohn durch die
76 Bundesebene - Erhöhung des Mindestlohns auf ein Niveau, das auch für teure
77 Städte wie München armutsfest ist.
- 78 • Neue Initiativen zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit sowie Unterstützung und
79 Förderung bei Umschulungs- und Qualifikationsmaßnahmen – besonders vor dem
80 Hintergrund der Transformation.
- 81 • Tarifbindung ist der zentrale Schlüssel zu guter Arbeit und Einkommen. Hierfür
82 braucht es ein wirksames Bundestariftreuegesetz. Nicht zu akzeptieren bleibt,
83 dass Bayern das einzige Bundesland ohne ein Landesvergabegesetz ist.
- 84 • Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
- 85 • Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- 86 • Lohngleichstellung von Leiharbeiter*innen und Festangestellten.

87 **2) Wirtschaft und Finanzen**

88 München ist eine wirtschaftlich prosperierende und erfolgreiche Stadt. Auf dieses
89 Ergebnislängjährige sozialdemokratische Politik sind wir stolz. Verantwortlich
90 dafür ist die Münchner Mischung. Wir haben Unternehmen aller Größen bei uns: vom
91 Start-Up über KMUs bis zu den großen Industrieunternehmen. Gleichzeitig ist München
92 eine weltoffene, tolerante Stadt, die Menschen aller Hintergründe ein sicheres
93 Zuhause bietet und damit attraktiv für hochqualifizierte Arbeitnehmer*innen ist.
94 Diese gute Position gilt es nun zu halten und weiter auszubauen, um auch zukünftig
95 erfolgreich zu bleiben und damit gute Arbeitsplätze in der Stadt weiterhin
96 garantieren zu können. Dazu müssen wir die Transformation erfolgreich bewältigen. Das
97 ist eine besondere Herausforderung. In einer wirtschaftlich so starken Region ist der
98 Druck für eine erfolgreiche Transformation hoch. Es steht besonders viel auf dem
99 Spiel - nicht nur, aber auch aufgrund der hier so bedeutenden Automobil- und
100 Zuliefererindustrie. Der Staat muss als ordnende und gestaltende Kraft agieren, um
101 den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Daher wollen wir verstärkte
102 Anstrengungen zur Unterstützung der sozial-ökologischen Transformation unternehmen.

103 In ihrer heutigen Ausgestaltung führt die Schuldenbremse nicht zu nachhaltigen
104 Finanzen. Im Gegenteil: Zufällige Verschuldungsgrenzen und überkommene ökonomische
105 Formeln machen eine nachhaltige Finanzpolitik unmöglich. Aber nicht nur das: Die
106 Schuldenbremse schwächt die Demokratie, wenn sich Politik hinter ihr versteckt,
107 anstatt die eigenen Entscheidungen zu begründen. Dabei braucht es heute mehr denn je
108 eine Schuldenregel, denn selten waren die Bedarfe größer. Anstelle veralteter
109 Formeln, die zu Arbeitslosigkeit und Hausfrauentum zwingen, sollte die
110 Konjunkturkomponente auf Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung ausgerichtet
111 werden. Unsere Stadt ist eine der wohlhabendsten Städte in Deutschland, doch auch
112 hier sind die herausfordernden Zeiten im Haushalt zu spüren. Dringend benötigte
113 Schulbauprojekte mussten geschoben werden, da der Stadt das Geld fehlt. In anderen
114 Kommunen werden aufgrund der schwachen Gewerbesteuerereinnahmen Museen und
115 Schwimmhallen geschlossen. Dabei bergen umfassende Sparprogramme auf kommunaler Ebene
116 sozialen Sprengstoff und stellen ein massives Wachstumsrisiko dar. Daher muss der
117 Bund den Kommunen einen zusätzlichen Mehrwertsteuerpunkt bereitstellen.

118 Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 35% des Vermögens. Die weniger wohlhabende
119 Hälfte besitzt dagegen fast nichts. Mit einer solchen Vermögenskonzentration
120 funktioniert weder eine Marktwirtschaft, noch dient Eigentum so der Sicherheit des
121 Einzelnen. In München ist die Schere zwischen arm und reich besonders groß. Daher
122 sollten Erbschaften und insbesondere sehr große Erbschaften, wie sie hier häufig
123 sind, konsequent besteuert werden. Die Ausnahmen für Betriebsvermögen sollten daher
124 gestrichen werden. Damit dadurch keine Liquiditätsengpässe hervorgerufen oder
125 Investitionen geschwächt werden, können sich Erben für eine stille Beteiligung des
126 Staats entscheiden, die zu einem beliebigen Zeitpunkt abgelöst werden kann.

127 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 128 • Verstärkte Förderung von regionalen Transformations- und Innovationsclustern.
- 129 • Förderung der Transformation im Automobilsektor durch schnelleren Ausbau der
130 Ladesäuleninfrastruktur und mehr Anreize für den Kauf von E-Autos.
- 131 • Ausbau der digitalen Infrastruktur – immer mit einem Blick auf nicht-digitale
132 Optionen für Menschen, die keine Smartphones und Co. nutzen
- 133 • Öffentliche Infrastrukturgesellschaften (z.B. zum Ausbau der Wärmenetze)
134 gründen, die konjunkturunabhängig und dauerhaft Infrastruktur-Investitionen
135 tätigen können. Die Infrastrukturgesellschaften werden mit zinsfreien Darlehen
136 aus dem Bundeshaushalt und den Länderhaushalten finanziert.
- 137 • Reform der Einkommenssteuer zur Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen
- 138 • Abschaffung der Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form – Ermöglichung von
139 massiven Investitionen in unsere Infrastruktur.
- 140 • Erbschaftssteuerreform und Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- 141 • Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, da es nicht sein darf, dass
142 leistungsloser Gewinn nicht einmal versteuert wird.
- 143 • Die Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter*innen

144 **3) Mieterschutz und Bezahlbares Wohnen**

145 Mieterschutz und mehr bezahlbares Wohnen sind die drängendsten sozialen Fragen in
146 unserer Stadt. Die durchschnittlichen Kaltmieten für Neubauten in München lagen 2023

147 bei 23,82 € pro qm und waren damit für die meisten kaum mehr erschwinglich.
148 Gleichzeitig wirkten sie sich preistreibend auf die bestehenden Mieterschutz-
149 Maßnahmen aus (Mietspiegel, Mietpreisbremse). Die Umsetzungsbilanz der SPD geführten
150 Ampelregierung im Bereich Mieterschutz und Wohnen ist alles andere als
151 zufriedenstellend; wir konnten uns an vielen Stellen nicht gegen die FDP durchsetzen.
152 Die Entwicklungen durch den Ukraine-Krieg mit Lieferkettenproblemen,
153 Fachkräftemangel, gestiegenen Preisen und Energiekosten haben sowohl in der
154 Wohnungswirtschaft und Baubranche wie auch bei den Haushalten und Mieter*innen
155 weitere negative Entwicklungen nach sich gezogen. Wir in München setzen mit unserer
156 Politik erfolgreich auf den Schutz der Bestandsmieten sowie den Aufbau eines neuen
157 gemeinnützigen Wohnsektors – und fordern eine massive Fokussierung der SPD auf
158 Bundesebene auf diese beiden Kernfelder sozialdemokratischer Wohnungspolitik.

159 **Schutz der Bestandsmieten**

160 Wir fordern zum Schutz der Mieten im Bestand einen bundesweiten Mietenstopp. Einen
161 Mietenstopp gab es bereits früher in der Bundesrepublik und er ist angesichts der
162 schwierigen Situation auch derzeit wieder die richtige politische Antwort. Als
163 Sofortmaßnahme muss der Bund – statt wie bisher die Länder – eine Zuordnung der
164 Städte und Gemeinden zu den unterschiedlichen Wohnungsmarkttypen vornehmen. Dabei
165 wäre München in einer neu festzulegenden Gebietskategorie für stark angespannte
166 Wohnungsmärkte, in der Mieterhöhungen im Bestand befristet für sechs Jahre ausgesetzt
167 werden würden. In etwas weniger angespannten Wohnungsmärkten wird eine maximale
168 Mietsteigerung von 6 % in drei Jahren erlaubt, wenn die Miete die ortsübliche
169 Vergleichsmiete nicht übersteigt. Für die restlichen Gebiete soll bundesweit und
170 flächendeckend eine Kappungsgrenze von 10 % in drei Jahren gelten. Die
171 unterschiedlichen Mietvertragstypen werden künftig gleichbehandelt. Dadurch wird es
172 künftig keine Ausnahmen mehr für Mieterhöhungen nach dem Verbraucherpreisindex, bei
173 befristeten Wohnraummietverträgen oder bei Staffelmietverträgen geben.

174 Wir müssen zum Schutz der Mieter*innen die Mietpreisbremse entfristen und verbessern.
175 Außerdem müssen wir die Grundlagen für die Ermittlung des Mietspiegels dahingehend
176 anpassen, dass er künftig tatsächlich die bestehende ortsübliche Vergleichsmiete
177 widerspiegelt. Dies erreichen wir durch eine Abschaffung des Betrachtungszeitraums,
178 denn es gibt keinerlei Grund, den Mietspiegel auf die Mieten der letzten sieben Jahre
179 zu begrenzen. Des Weiteren werden künftig alle Arten von Mieten in die Erhebung
180 einfließen. Der Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen muss durch die Übertragung der
181 Beweislast auf den/die Vermieter*in erschwert werden. Das Recht der
182 Eigenbedarfskündigung für Zweitwohnsitze muss abgeschafft werden. München kämpft
183 aufgrund unseres Drucks mit einigem Erfolg gegen die Zweckentfremdung – aber hier
184 müssen dringend weitere gesetzliche Verbesserungen für die Kommunen ermöglicht
185 werden.

186 **Aufbau des gemeinnützigen Sektors**

187 Wohnen ist ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Neue
188 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ist unser nachhaltiges Instrument zum Aufbau eines
189 gemeinwohlorientierten Wohnungsmarktes mit dauerhaft bezahlbaren Wohnungen. Die
190 bisherige Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur NWG kann hier nur ein erster
191 Schritt sein. Wir fordern die Fortführung der NWG mit einem
192 Investitionskostenzuschuss, um neue Wohnungen zu schaffen und um erforderliche

193 Sanierungen zu finanzieren. Dieser Investitionskostenzuschuss kann mittel- bis
194 langfristig die derzeitigen Mittel für die Wohnbauförderung ersetzen, ganz nach dem
195 Prinzip: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung. Für die Begünstigten der NWG
196 müssen zusätzlich die Grunderwerbsteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer bei
197 dem Erwerb von Immobilien entfallen. Die NWG wird Genossenschaften und kommunale
198 Wohnungsbaugesellschaften an vielen Stellen stärken und Kriterien festlegen, mit
199 denen auch Private profitieren, wenn sie dauerhaft bezahlbares Wohnen gewährleisten.
200 Dabei wird besonders der Werkwohnungsbau gestärkt und auch die generelle
201 Bautätigkeit gefördert werden. Darüber hinaus muss damit ein neues Vorkaufsrecht
202 eingeführt werden.

203 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 204 • Ein bundesweiter Mietenstopp bis mindestens 2029: Um die angespannte Lage in den
205 Städten unmittelbar abzumildern, sollten die Mieten bis mindestens 2029
206 eingefroren werden. In angespannten Wohnungsmärkten wie München soll bis
207 mindestens zum Ende der nächsten Legislaturperiode komplett auf Mieterhöhungen
208 im aktuellen Bestand verzichtet werden.
- 209 • Schärfung der Mietpreisbremse: Das bestehende Instrument muss gegen Mietwucher
210 unbedingt geschärft werden. Das gilt insbesondere für die Begrenzung von
211 Mietpreiserhöhungen in Neubauten und bei neuen Mietverträgen.
- 212 • Verschärfung des Zweckentfremdungsgesetzes: Um die Wohnungsnot aufzuhalten,
213 müssen Leerstand und andere Zweckentfremdungen von Wohnraum in angespannten
214 Wohnungsmärkten stärker verfolgt werden können. Wir fordern mehr Handhabe für
215 Kommunen, um dem Verdacht auf Zweckentfremdung effektiver nachzugehen und höhere
216 Bußgelder verhängen zu können.
- 217 • Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht: Kommunen mit einem angespannten
218 Wohnungsmarkt sollen den Erstzugriff auf Grundstücke bekommen, um einfacher und
219 mehr sozialen Wohnraum anbieten zu können. Dieser Erstzugriff kann auch
220 kommunalen oder anderen gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften übertragen
221 werden.
- 222 • Stärkung des sozialen Wohnungsbaus: Vom Bund durchgesetzte Zusammenarbeit in den
223 Ballungsregionen zur Schaffung neuer moderner und lebenswerter
224 Großwohnsiedlungen, Unterstützung von Kommunen und ihren
225 Wohnungsbaugesellschaften mit der vergünstigten Abgabe staatlicher Grundstücke
226 zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

227 **4) Senior/innen, Rente und altersgerechte Stadt**

228 Viele Seniorinnen und Senioren haben es in München besonders schwer: Die Kombination
229 von kleinen Renten und hohen Mieten stellt sie vor existentielle Herausforderungen.
230 Dabei haben sie ihr Leben lang hart gearbeitet. Es darf nicht sein, dass Menschen im
231 Alter aus finanziellen Gründen ihre Heimatstadt verlassen müssen. Unterstützungen und
232 gezielte Förderungen sind für uns deshalb essenziell, um die Verdrängung aus München
233 zu stoppen und Rentnerinnen und Rentnern den berechtigten Respekt zu zollen.
234 Gleichzeitig sehen wir bundesweit eine auf uns zurollende graue Wohnungsnot, da die
235 Wohnungen selten altersgerecht gebaut sind, sich Gewohnheiten verändern und immer mehr
236 Menschen lange in ihren Wohnungen bleiben wollen. Darüber hinaus sorgt auch die
237 Demographie für einen massiv ansteigenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen.

238 Deswegen haben wir in München ein Sonderprogramm für Seniorenwohnen gestartet und
239 fordern von der nächsten Bundesregierung besondere Akzente zum Bau bezahlbarer
240 seniorengerechter Wohnungen und zur Sanierung bisheriger Bestände in den Städten.

241 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 242 • Stabilisierung des Rentenniveaus.
- 243 • Keine Anhebung des Renteneintrittsalters, die eine faktische Rentenkürzung
244 bedeutet.
- 245 • Integration der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.
- 246 • Stärkung und Anhebung der Grundrente.
- 247 • Stärkung der kommunalen Programme für Seniorenwohnen.
- 248 • Investitionen des Bundes gegen die graue Wohnungsnot und für den altersgerechten
249 Umbau der Städte.

250 **5) Gesundheit und Pflege**

251 Die akutstationäre Versorgung in München ist durch zwei Universitätskliniken und die
252 München Klinik hervorragend und gewährleistet die Versorgung weit über das
253 Stadtgebiet hinaus. Wir haben mit unserer Politik die München Klinik gut auf die
254 Veränderungen der Krankenhausfinanzierung vorbereitet. Die bundesweite
255 Gesundheitsreform muss die Finanzierung langfristig sichern und die Qualität und
256 Erreichbarkeit der Versorgung verbessern.

257 Zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung gehören die zielgerichtete Qualifizierung
258 der zahlreichen Berufsgruppen im Gesundheitswesen sowie gute Arbeitsbedingungen.
259 Unser Ziel ist und bleibt es, die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch zu
260 finanzieren. Um flächendeckend und sektorenübergreifend Versorgungsinfrastruktur zu
261 gewährleisten, muss die Krankenhausplanung zur Gesundheitsplanung der gesamten
262 stationären und ambulanten medizinischen und pflegerischen Infrastruktur
263 weiterentwickelt werden.

264 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 265 • Solidarische Bürgerversicherung: Ein gerechtes Versicherungssystem für Kranken-
266 und Pflegeversicherung, das alle Bürger*innen einbezieht.
- 267 • Umfassende Gesundheitsplanung: Planung der stationären und ambulanten
268 Infrastruktur zur sektorenübergreifenden Versorgung.
- 269 • Fortführung der begonnen Krankenhausreformen: Evaluation der
270 Krankenhausfinanzierung, regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung,
271 insbesondere der Vorhaltepauschalen, zur Sicherung der Grundversorgung.
- 272 • Verbindliche Personaluntergrenzen: Personaluntergrenzen für alle Berufsgruppen
273 zur Sicherung einer hochwertigen Versorgung und Entlastung der Beschäftigten.
- 274 • Förderung regionaler Versorgungszentren und Ausbau ambulanter Angebote zur
275 Entlastung der Krankenhäuser.

276 **6) Energie**

277 Neben hohen Mieten sind vor allem steigende Energiekosten eine enorme und stetige
278 finanzielle Belastung für viele Münchner*innen. Auch für die Münchner Wirtschaft und
279 Unternehmen ist eine verlässliche wie bezahlbare Energieversorgung von besonderer

280 Relevanz und darf trotz der verfehlten Politik der Staatsregierung und des
281 Wirtschaftsministers Aiwanger kein negativer Standortfaktor für München werden. Die
282 SPD-geführte Bundesregierung hat nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine mit
283 der Strom- und Gaspreisbremse entschieden gehandelt. Auch die Stadt München hat mit
284 dem Münchner Wärmefonds einen starken Beitrag geleistet, damit niemand in unserer
285 Stadt in seiner Wohnung frieren oder im Dunklen sitzen muss. Strom und Wärme als Teil
286 der Daseinsvorsorge müssen bezahlbar bleiben und die Transformation entschieden
287 angegangen werden. Dabei fordern wir insbesondere eine bessere Unterstützung der
288 Stadtwerke, die in den Städten die Motoren für eine saubere und bezahlbare Energie
289 der Zukunft sind. Im Münchner Osten entsteht zum Beispiel die größte Geothermie-
290 Anlage Europas, um die Münchnerinnen und Münchner mit klimafreundlicher Wärme zu
291 versorgen.

292 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 293 • Wettbewerbsfähige (und planbare) Energiekosten durch einen soliden
294 Industriestrompreis und Versorgungssicherheit durch mehr Tempo beim
295 Infrastruktur- und Netzausbau.
- 296 • Förderung der Energie- und Wärmewende in den Kommunen: Überführung des BEW-
297 Förderprogramms in ein eigenes Gesetz.
- 298 • Energiesicherheit durch flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien stärken:
299 Es muss mehr klimafreundliche Energie (insbesondere Solarenergie, Windenergie
300 und Geothermie) produziert werden.
- 301 • Ausbau von Energietrassen von Nord- nach Süddeutschland: Trotz eigener Anlagen
302 wird der in Zukunft steigende Strombedarf in München und anderen Städten in
303 Süddeutschland nicht komplett regional gedeckt werden können. Wir sind auf den
304 Ausbau von Trassen, die erneuerbaren Strom von Nord nach Süd transportieren,
305 angewiesen.
- 306 • Die bundesweite Bereitstellung zinsfreier Darlehen an Stadtwerke/kommunale
307 Energieunternehmen als Finanzierungsinstrument zum Bau der notwendigen Anlagen
308 und Energieinfrastrukturen, insbesondere zum Aus- und Umbau kommunaler
309 Wärmenetze.

310 **7) Verkehr**

311 Mobilität muss für alle Münchner*innen bezahlbar sowie sicher und umweltfreundlich
312 gestaltet werden. Gerade in den wachsenden Städten sind die Herausforderungen
313 deswegen groß. Die CSU-Verkehrsminister haben notwendige Maßnahmen aufgeschoben und
314 bei der Erstellung langfristig tragfähiger Konzepte versagt. Es herrscht ein
315 Investitionsstau, der anfangs nur Modernisierungen betroffen hat, um die
316 Infrastruktur zukunftsfest zu machen. Durch weitere Verschleppung ist inzwischen die
317 bestehende Infrastruktur erodiert – vor allem bei der Bahn, die vor dem Kollaps
318 steht. Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden ignoriert, die Entwicklungen in den
319 Nachbarländern ausgeblendet. 2024 stellt sich daher ein fatales Bild der deutschen
320 Verkehrspolitik dar – daran konnte auch die Ampelregierung bislang wenig Zählbares
321 ändern. Klimaziele werden nicht erreicht. Unfallzahlen gehen nicht zurück. Der Modal-
322 Split bewegt sich nur langsam. Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs
323 (ÖPNV) und die Etablierung des Fahrrads als gleichwertiges Verkehrsmittel sind
324 zentrale Hebel, bei denen gerade auch die Bundespolitik mehr tun muss, um uns in

325 München besser zu unterstützen.

326 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 327 • Mehr Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), neue
328 Ausgestaltung der „standardisierten Bewertung“ für eine bessere Berücksichtigung
329 der Investitionen.
- 330 • Stärkung des Radverkehrs und umfassende nationale Fußverkehrsstrategie, die
331 Kommunen mit ausreichend Mitteln für eine fußgängergerechte Infrastruktur
332 ausstattet.
- 333 • Verstärkte Investitionen in den Ausbau von Bahnstrecken, die Elektrifizierung
334 von Strecken und der Ausbau des regionalen und überregionalen Bahnangebots mit
335 Festschreibung der Mittelzusagen für 10 Jahre.
- 336 • Bundesweite Festschreibung des Deutschlandtickets auf 29 Euro und ein
337 kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle jungen Menschen, die sich in Ausbildung
338 befinden.
- 339 • Um die Belastung der Anwohner*innen bei Großprojekten wie dem Brennergürtel
340 zu mindern, braucht es eine adäquate Finanzierung für bauliche Maßnahmen wie
341 Einhausungen und Tunnel, die den Lärmschutz und die Lebensqualität entlang der
342 Strecken verbessern.
- 343 • Brückenprogramm zur Sanierung und Instandhaltung.
- 344 • Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, Reformen bei der Dieselförderung.
- 345 • Tempolimit 130.

346 **8) Frauen und Familie**

347 Familie, Kinder oder die Pflege von Angehörigen sind keine Frauenaufgabe, sondern
348 betreffen alle. Eine Gesellschaft, in der die fürsorglichen Tätigkeiten gut
349 organisiert und abgesichert sind, kann nur funktionieren, wenn Geschlechterparität
350 aktiv hergestellt wird.

351 Eine fürsorgliche Gesellschaft bekämpft und verhindert insbesondere auch
352 geschlechtsspezifische Gewalt. Dafür müssen sowohl Schutzstellen als auch
353 Täter*innenarbeit und präventive Angebote dauerhaft ausgebaut und finanziert werden.

354 Die Entscheidung, Eltern zu werden, darf insbesondere für Frauen nicht zum
355 finanziellen Nachteil werden. Jede Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass Kinder
356 geboren werden. Wir arbeiten aktiv an einer familienfreundlichen und
357 kinderfreundlichen Gesellschaft. Dazu gehört aber auch, sich selbstbestimmt für oder
358 gegen Kinder entscheiden zu können. Die reproduktive Selbstbestimmung hat im
359 Strafgesetzbuch nichts zu suchen. Außerdem wollen wir Frauengesundheit in den Fokus
360 rücken und die medizinische Forschung über Auswirkungen von Krankheiten und
361 Medikamenten voranbringen.

362 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 363 • Parität im Parlament.
- 364 • Reproduktive Selbstbestimmung und frauenzentrierte medizinische Forschung.
- 365 • Reform zu einem paritätischen Elterngeld und Anhebung des Basiselterngelds.
- 366 • Drei Jahre Kindergarten verpflichtend und kostenlos für alle.

- 367 • Steuerrecht, das Familien entlastet und das Ehegattensplitting abschafft.
- 368 • Kostenloses Essen in allen Bildungseinrichtungen.
- 369 • Armutsfeste Kindergrundsicherung.
- 370 • Familienarbeitszeit.
- 371 • Gewaltprävention und Täterarbeit ausbauen.
- 372 • Freierbestrafung im Sperrbezirk und Überarbeitung des
- 373 Prostitutionsschutzgesetzes
- 374 • Ausbau der Schutzstellen für Frauen und auskömmliche Finanzierung mit
- 375 Bundesmitteln.

376 **9) Wir investieren in junge Menschen!**

377 Gute Bildung, die Wahl der Ausbildung bzw. des Studiums oder die Finanzierung vom
 378 Führerschein oder dem ÖPNV-Ticket zur Schule - diese Anliegen dürfen nicht von der
 379 sozialen Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen investieren wir
 380 ganz besonders in junge Menschen, damit alle die gleichen Chancen auf einen
 381 selbstbestimmten Start in ihr Leben haben.

382 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 383 • Ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle jungen Menschen, die sich in Ausbildung
- 384 befinden.
- 385 • Ein bundesweiter Ausbau von Wohnraum für Studierende und Auszubildende, welches
- 386 zum Großteil von eben diesen selbst verwaltet wird und ihre Mitsprache stärkt.
- 387 • Ein Grunderbe zum 18. Geburtstag, das jungen Menschen eine Perspektive und
- 388 gerechtere Chancen für ihre Zukunft gewährleistet, finanziert aus einer
- 389 stärkeren Besteuerung von extremen Vermögen und Erbschaften.
- 390 • Eine Kinder- und Jugendgrundsicherung.
- 391 • Eine BAföG-Reform, die den Höchstförderungssatz an reale Bedürfnisse anhebt,
- 392 elternunabhängig ist und niedrigschwellige Beantragung sicherstellt.

393 **10) Kultur**

394 Eine starke Demokratie braucht eine starke Kultur, die Werte vermittelt und einen
 395 gesellschaftlichen Diskurs tragen kann. Deshalb darf die Kultur nicht nur Ländersache
 396 sein oder auf den Schultern der Kommunen lasten – sie muss auch auf Bundesebene
 397 unterstützt werden. Die Ausstattung der Bundeskulturfonds und die
 398 Bundeskulturstiftung sind in diesem Zusammenhang mit besonderem Nachdruck zu
 399 erwähnen: Sie müssen finanziell gut ausgestattet sein, denn sie ermöglichen
 400 nachhaltige Projekte, die von der Soziokultur bis zum Festivalfonds unterschiedliche
 401 Menschen in ganz Deutschland erreichen. Nur so können Kommunen und kulturelle
 402 Initiativen unter anderem aus der Freien Szene dabei unterstützt werden, Honorare
 403 nach den beschlossenen Honoraruntergrenzen zu bezahlen.

404 In Zeiten von Populismus und der Verlagerung eines Großteils des Soziallebens in die
 405 virtuelle Welt, brauchen wir die unmittelbare Erfahrbarkeit kulturellen
 406 Zusammenlebens und gemeinsamer Reflexion. Deshalb gilt es, Kultur weiter zu denken
 407 und gute Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden und Künstlerinnen und Künstler
 408 sowie für die Bereiche der Kreativwirtschaft zu schaffen.

409 **LGBTIQ***

410 München ist eine weltoffene und liberale Stadt, in der die LGBTIQ+-Community fest
411 verankert ist. Alle sollen so leben und lieben können, wie sie es möchten, aber auch
412 in München nehmen Anfeindungen und Straftaten zu. Wir werden hinter das
413 gesellschaftlich Erreichte nicht zurückfallen, auch wenn die Akzeptanz in vielen
414 Regionen Deutschlands und der Welt gefährdet scheint. Wir fordern von der
415 Bundesregierung deshalb einen entschlosseneren Kampf gegen Vorurteile und Homophobie
416 und zusätzliche Initiativen und Programme.

417 **Zentrale Forderungen im Überblick:**

- 418 • Förderung bundesweiter Anti-Diskriminierungsprogramme.
- 419 • Einführung schulischer Anti-Diskriminierungsprogramme.
- 420 • Unterstützung und Fortbildungsangebote für Lehrer*innen.
- 421 Aktualisierung und Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Queerfeindlichkeit.

Th/06: Handlungsfähiger Staat - soziale Gerechtigkeit - Demokratie - Solidarität (Aufruf von Sozialdemokrat*innen für eine politische Offensive)

Antragsteller*in:	AfA Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

1 Es gehört zum Standard in den aktuellen Kommentaren zur politischen Lage: Demokratie,
2 Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt - alles ist in höchster Gefahr. Als
3 Sozialdemokrat*innen wollen wir aber statt über die täglichen Symptome über Ursachen
4 und Lösungen diskutieren und entscheiden. Die Sozialdemokratie muss wieder den Mut
5 fassen, die Widersprüche und Aufgaben unserer Zeit klar zu benennen und um Mehrheiten
6 für die notwendigen Veränderungen zu kämpfen.

7 **Ausgangslage:**

8 Wir leben in einer Welt, in der wir es mit verschiedenen ineinander verschränkten
9 Krisen zu tun haben:

10 - Seit Mitte der 1970er Jahre befinden wir uns in einer neuen Phase der
11 weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung: das Wohlstandsmodell der Nachkriegszeit
12 wurde schrittweise vom Neoliberalismus abgelöst. Globale Unternehmen und superreiche
13 Einzelpersonen befreien sich von den Fesseln staatlicher Regulierung, von
14 Sozialstaat, Steuern, Arbeitsbeziehungen, Rechtsetzung. Finanzmärkte ermöglichen das
15 Abheben von lokalen und regionalen Bindungen. Es läuft eine Periode der Umverteilung
16 des wachsenden Reichtums von unten nach oben mit einer sich zuspitzenden sozialen
17 Krise. Immer mehr Menschen erleben unsere Gesellschaft als ungerecht und zweifeln an
18 der Demokratie.

19 - Auch die weltweiten Ungleichgewichte zwischen den entwickelten kapitalstarken
20 Industrieländern und den Regionen des sogenannten globalen Südens nehmen zu. Die

21 kapitalschwachen Länder bleiben weiter in Abhängigkeit. Dies übt, zusammen mit dem
22 Wohlstandsgefälle zu den ehemaligen Ostblockstaaten, Druck auf die Arbeits- und
23 Lebensbedingungen in den entwickelteren Ländern aus. An den Rändern dieser Zonen
24 unterschiedlichen Reichtums entstehen immer neue Konflikte und Brandherde. Hier
25 werden neue Mauern und Grenzen gezogen. Globale geopolitische Krisen und Kriege um
26 Rohstoffe, Märkte, Handelswege und Einflusszonen nehmen zu. Das westliche Modell von
27 Freiheit und Demokratie büßt weltweit und im Inneren an Zustimmung ein.

- 28 - Die Endlichkeit und begrenzte Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen, von
29 Rohstoffen, Wasser und Klima werden immer wahrnehmbarer. Die Konkurrenz der
30 Volkswirtschaften und Staaten schwächt die Wirkung von Programmen gegen die
31 ökologische Krise.
- 32 - Die Arbeitswelt unterliegt, beschleunigt durch die Pandemie, einer umfassenden
33 Transformation. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Ausstieg aus dem fossilen
34 Zeitalter, neue Formen der Mobilität erfassen alle Bereiche der gesellschaftlichen
35 Arbeit von der Landwirtschaft über die Industrie bis zu Dienstleistungen und Kultur.
36 Sie führen zu neuen Spaltungen, Abstiegen und Individualisierungen, zu Status- und
37 Zukunftsängsten.
- 38 - Reichtumsgefälle, Klimawandel, zunehmende inner- und zwischenstaatliche Gewalt
39 verursachen Migration über ein Maß hinaus, das von den Herkunfts-, Transit- und
40 Zielländern erwünscht, steuerbar und verträglich ist.
- 41 - Der neoliberale Traum vom „Schlanken Staat“, die kapitalgetriebene
42 Globalisierung, der hierdurch mitverursachte Einnahmenschwund bei der Besteuerung von
43 Kapital, die Erpressbarkeit nationaler Politik durch globale Konzerne und Investoren,
44 erhöhter Regulierungsbedarf, steigende Reparaturkosten für die Krisenfolgen und
45 militärische Aufrüstung höhlen staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische
46 Handlungsspielräume aus. Aus einer verunsicherten, mehrfach gespaltenen Gesellschaft
47 erwachsen derzeit keine politischen Mehrheiten, die die Kraft hätten, eine
48 Umverteilung von Macht und Geld durchzusetzen. So wirkt beispielsweise die
49 Selbstfesselung Deutschlands und der EU durch diverse „Schuldenbremsen“ als
50 Zukunftsblockade und wird zum sozialen Sprengsatz.
- 51 - Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche Bewegungen, die auf solidarischem
52 Handeln fußen, wirken zwar noch in ihrem unmittelbaren Umfeld, verlieren aber
53 gegenüber mächtigen Sonderinteressen an politischem Einfluss. Die Veränderungen in
54 der Zivilgesellschaft verstärken die Krisen der Demokratie. Es entsteht ein Kreislauf
55 von Entsolidarisierung, Radikalisierung und Rechtsverschiebung im gesamten
56 gesellschaftlichen und politischen Spektrum.

57 In dieser Situation ist die Sozialdemokratie gefordert, diese tiefen Krisen zu
58 erkennen und sozialdemokratische Antworten darauf zu geben. Sie muss dies erst recht
59 tun in Regierungsverantwortung, in der Koalitionskompromisse mangels eigener
60 Mehrheiten notwendig sind. Ausgangspunkt eines solchen Sofortprogramms müssen
61 Demokratie, Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sein.

62 Wir fordern eine Mobilisierung der sozialen Demokratie mit folgenden Hauptzielen:
63 I. Handlungsfähiger Staat: Vorrang für Gerechtigkeit, Respekt, Gleichstellung,
64 Solidarität:

- 65 1) Erhalt/Schaffung einer flächendeckenden, qualitativ angemessenen Infrastruktur
66 in Bereichen des alltäglichen Bedarfs wie Mobilität, Kinderbetreuung, Bildung, Post-
67 und Finanzdienstleistungen, Gesundheit. Erhalt des 49€-Tickets und Erhöhung der

68 Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonenverkehr. Stopp aller weiteren
69 Privatisierungen und Verkäufe staatlichen und öffentlichen Eigentums. Rückführung
70 wesentlicher Bereiche der Daseinsvorsorge in vollständiges öffentliches Eigentum in
71 Bereichen wie Bahn, Post, Telekommunikationsnetze, Energie und Gesundheit. Schaffung
72 eines marktbeherrschenden Korridors öffentlichen Eigentums in zentralen Bereichen der
73 Daseinsvorsorge wie soziale Dienstleistungen, Banken und Wohnen. Finanzierung durch
74 eine Vermögensabgabe und eine Sonderbesteuerung von Krisengewinnen, beispielsweise im
75 Energie- und Rüstungssektor. Reform des öffentlichen Dienstes: angemessene
76 Personalausstattung, Transparenz, Demokratisierung, geordnete Digitalisierung über
77 alle staatlichen Ebenen hinweg. Dadurch mehr Bürgerfreundlichkeit, bessere
78 Rechtsdurchsetzung bei Schwarzarbeit, Steuerdelikten, Geldwäsche, Sicherheit und
79 Demokratiegefährdung und schnellere Umsetzung von wichtigen Zukunftsprojekten.

80 2) Mindestlohn von 60 % des Medianlohnes nach den Richtlinien der EU;
81 3) Tarifbindung von 80%, insbesondere durch ein neues Vergaberecht mit Tariftreue
82 für alle wesentlichen Teile der gesamten Lieferkette; durch ein Zuwanderungsrecht,
83 das die Arbeitserlaubnis für Beschäftigte aus Drittstaaten an die Tarifbindung des
84 Arbeitgebers und die Zustimmung des Betriebsrates knüpft. Keine Kürzungen in der
85 Arbeitsmarktpolitik. Recht auf arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung. Abschaffung des
86 kirchlichen Arbeitsrechts. Erfassung und Kontrolle aller Arbeitszeiten, Schließung
87 der „gender pay gap“.

88 4) Paritätische Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 500 Beschäftigten mit
89 erweitertem Katalog an zustimmungspflichtigen Geschäften für Betriebs-, Personal- und
90 Aufsichtsräte.

91 5) Rentenreform: Erwerbstätigenversicherung, Rentenniveau 53% ohne Privatisierung,
92 degressiv gestaffelte Übernahme des Arbeitnehmerbeitrags für Geringverdienende durch
93 den Arbeitgeber. Einführung einer Pflege-Vollversicherung.

94 6) Offensive für öffentliche Investitionen, u.a. Schaffung eines Sondervermögens
95 für Infrastruktur, Transformation und den Bau bezahlbaren Wohnraums; Investition der
96 Rücklagen der Gesetzlichen Rentenversicherung in den Bau bezahlbaren Wohnraums im
97 Eigentum der GRV. Unterstützung der industriellen Transformation durch staatlich
98 geförderte und gewerkschaftlich mitbestimmte „Transformationscluster“, Förderung
99 einer klimagerechten, nachhaltigen Produktion. Bindung aller staatlichen Zuschüsse an
100 tarifliche Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und mindestens zehnjährige
101 Standorttreue.

102 7) Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (Beratung, Beschwerden, Überleitung in
103 das staatliche Rechtssystem) in der Regie der Gewerkschaften für alle Konflikte und
104 Verstöße im Bereich der Arbeitswelt: von beispielsweise Whistleblowing über
105 Nichteinhaltung von Schutzrechten, Mindestlohn und Tarifverträgen, Union-Busting,
106 Betriebs- und Personalvertretungsrecht.

107 8) Umfassende Steuerreform zugunsten der Arbeitseinkommen zulasten von großen
108 Vermögen und Spitzeneinkommen. Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts. Rückerstattung
109 der CO₂-Abgabe ab 1.1.2025 durch ein Klimageld für Bezieher*innen mittlerer und
110 geringer Einkommen.

111 II. Internationaler Bereich: Mehr Diplomatie wagen, Handel im Dienst der
112 Gerechtigkeit

113 9) Ergänzende diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine
114 und in Nahost. Keine Wehr- und Dienstpflicht, keine Entsendung der Bundeswehr ohne

115 UN-Mandat.
 116 10) Reform der Handelspolitik durch Ausbau des Systems der Klimazölle und
 117 Einführung eines Sozialen Grenzausgleichssystems mit Zöllen gegen Lohn- und
 118 Sozialdumping.
 119 III. Parlamentarische Demokratie leben - Partei von oben her demokratisieren
 120 11) Belebung der parlamentarischen Demokratie: keine einsamen Entscheidungen
 121 größerer Tragweite durch kleine Spitzenrunden, rechtzeitige Beteiligung von Fraktion
 122 und Partei.
 123 12) Wiederbelebung und Modernisierung der innerparteilichen Demokratie: Schluss
 124 mit dem Leitantragswesen auf Bundesparteitagen, mehr Zeit für inhaltliche Debatten,
 125 Teilplenen, Transparenz bei Personalentscheidungen, Zugang zu Protokollen von
 126 Vorstandsgremien für Vorstandsmitglieder der jeweils nächsten Ebene, Kernwählerschaft
 127 durch Stärkung der strategischen Arbeitsgemeinschaften einbinden, Gremiendschunel
 128 auf Bundesebene lichten, analogen Austausch und digitale Vernetzung der Parteigremien
 129 und -Mitglieder untereinander ermöglichen und unterstützen. [?]

Th/07: Leitantrag 60 plus Bundeskonferenz

Antragsteller*in:	60 plus Bundeskonferenz Bund (Parteizentrale)
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Regierungsprogramm
Sachgebiet:	Th/ - Themen- und Kapitelübergreifende Anträge zum Regierungsprogramm

1 Unser Leitantrag, den wir auf der vergangenen Konferenz 2022 beschlossen haben, war
 2 der erste Schritt auf einem langen Weg. Vieles wurde noch nicht aufgegriffen, einiges
 3 ist auf gutem Wege oder in der Realisierung. Unser Leitantrag 2022 ist also noch sehr
 4 aktuell. Deshalb greifen wir hier nur wenige Punkte zur Verstärkung, Erinnerung und
 5 Ergänzung auf.

6 Die Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus möge beschließen,
 7 auf dem kommenden Bundesparteitag der SPD folgenden Antrag einzubringen, der als eine
 8 Grundlage für die nächsten Koalitionsverhandlungen dienen soll.

9 Auf eine Detaildarstellung, beziehungsweise die Erläuterung notwendiger
 10 Regelungsanpassungen, wie etwa der Neujustierung der Beiträge für die
 11 Sozialversicherungen und der Anpassung steuerlicher Zuschüsse beispielsweise im
 12 Kontext versicherungsfremder Leistungen wird hier verzichtet, weil zwar keiner der
 13 nachfolgenden Vorschläge einerseits neu ist, andererseits aber keiner dieser
 14 Vorschläge in Koalitionsverhandlungen eine maßgebliche Rolle gespielt hat – wir
 15 wollen aber, dass auch die großen Systemfragen zur Zukunftssicherung der sozialen
 16 Sicherung – Rente, Gesundheit, Pflege – in Koalitionsverhandlungen eingebracht
 17 werden.

18 Altersvorsorgesystem

19 Das bisherige zersplitterte Altersvorsorgesystem wird im Verlauf des ersten
 20 Regierungsjahres der kommenden Legislaturperiode auf ein System der
 21 Erwerbstätigenversicherung umgestellt, in das alle Erwerbstätigen einzahlen und aus

22 dem künftig alle dann Anspruchsberechtigten eine Altersversorgung erhalten.
23 Ergänzende betriebliche oder echte private oder geförderter kapitalgedeckte
24 Altersvorsorge oder Versicherungen bleiben – alte Rechtsansprüche – davon unberührt.
25 Geförderte Kapitaldeckung in der Altersvorsorge wird zurückgefahren.

26 Krankenversicherungssystem
27 Das bisherige, in zwei Systemen – gesetzlich und privat - organisierte
28 Krankenversicherungssystem wird in der kommenden Legislaturperiode auf eine
29 Bürgerversicherung umgestellt. Darüber hinaus gehende zusätzliche private
30 Versicherungen sind weiterhin möglich, aber nicht öffentlich gefördert.

31 Pflegeversicherungssystem
32 Das bisher in weiten Teilen unterfinanzierte Pflegeversicherungssystem wird in der
33 kommenden Legislaturperiode auf ein System der Pflegevollversicherung umgestellt.

34 Inflationsausgleich auch für Renten
35 Die respektlose Regelung, die Pensionen mit dem Inflationsausgleich von 3.000 €
36 anteilig anzuheben und gleichzeitig die Renten von dieser Regelung auszunehmen, muss
37 durch einen Gesetzentwurf, den die SPD-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den
38 Koalitionspartnern einbringt, korrigiert werden. Aus fiskalischen Gründen ist es
39 sinnvoll, sowohl bei den Pensionen als auch bei den Renten eine einkommensabhängige
40 Regelung zu treffen.

41 Rentenüberleitung für ehemalige DDR-Rentnerinnen und Rentner korrigieren
42 Der schwere Fehler der CDU CSU und FDP bei der Rentenüberleitung für ehemalige DDR-
43 Rentnerinnen und Rentner, Anfang der Neunzigerjahre, durch den noch immer viele
44 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus 17 Berufsgruppen nach Eintritt in den
45 Ruhestand stark benachteiligt sind und ungerecht behandelt werden, muss durch einen
46 Gerechtigkeitsfond für alle Rentnerinnen und Rentner aus diesen Berufsgruppen
47 korrigiert werden.

48 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland – in Land und Stadt
49 Trotz einer sehr langen wirtschaftlichen Wachstumsphase hat sich die
50 „sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland“ in den vergangenen Jahren verfestigt
51 Auch wenn sich die Vermögensunterschiede drastisch zu Gunsten der Vermögenden
52 verschoben haben und die Einkommen noch immer extreme Unterschiede aufweisen – hier
53 geht es viel mehr um die Ausstattung der Kommunen mit sozialer und technischer
54 Infrastruktur, die gegenwärtig, auch in Folge unterschiedlicher Finanzkraft der
55 Kommunen und Investitionshilfen der Länder und des Bundes, räumlich sehr ungleich
56 verteilt sind. Dies alles zeigt schon der Disparitäten Bericht 2019.

57 Wir wollen im nächsten Wahlprogramm und den nächsten Koalitionsverhandlungen, als
58 ersten Schritt, dass Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz geändert, also gleichwertige
59 Lebensverhältnisse in Deutschland gesetzlich fest verankert werden. Wir denken dabei
60 einerseits an den Paragraphen 71 im SGB XII, dessen Inhalt – was in einer Kommune für
61 die Älteren damit für alle Bürger zu tun wäre – zu einer Pflichtaufgabe zu machen und
62 zweitens hinsichtlich der regionalen Daseinsvorsorge an eine indikatorengestützte
63 Regionalisierung bei der Förderung der Regionen.

64 Migrantinnen, Migranten und Beschäftigung
65 Noch niemals gab es in Deutschland mehr Erwerbstätige als im Moment: 46 Millionen.

66 Davon einige Millionen Arbeitnehmer in (oft prekären) Sonderarbeitsformen
67 (Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijob, ...). Gleichwohl fehlt es an allen Ecken und Enden.
68 Es gibt zu wenige Altenpflegerinnen und -pfleger es gibt zu wenige Krankenschwestern
69 und Krankenpfleger, in fast allen Gewerken gibt es zu wenige Handwerkerrinnen und
70 Handwerker. Es gibt zu wenige Lehrer, zu wenige Ärzte, zu wenige Lokomotivführer, in
71 der Gastronomie fehlen Köche und Servicekräfte.

72 Mit einem riesigen Verwaltungsapparat in einem komplizierten Gestrüpp aus
73 Rechtsvorschriften, folgen wir einer primitiven Ausländerfeindlichkeit unter dem
74 Deckmantel, uns vor der sehr kleinen Zahl Faulen, Gaunern und Kriminellen schützen zu
75 wollen und davor, dass andernfalls „die halbe Welt“ zu uns käme.

76 Gleichzeitig haben wir offensichtlich keine Probleme in unserem Rechtsstaat eine
77 riesige Schar an Schwarzarbeitgebern und Schwarzarbeit zu dulden.
78 Schwarzarbeitgeberinnen und Schwarzarbeitgeber wie auch Schwarzarbeiterinnen und
79 Schwarzarbeiter hinterziehen Steuern und Sozialabgaben und am schlechten Ende
80 degeneriert dieses System illegal beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
81 gesundes Rechtsempfinden und produziert Altersarmut.

82 Die Arbeitsgemeinschaft der SPD 60 Plus will hier die Gelassenheit etwas neu
83 verteilen und schlägt vor, alle Migranten (Wanderer) unmittelbar auszubilden und in
84 Beschäftigung zu bringen, um uns zu helfen, die großen Lücken im Arbeitsmarkt zum
85 beiderseitigen Vorteil auszufüllen.

86 Hinsichtlich der weitverbreiteten Schwarzarbeit bei Schwarz Arbeitgebern wollen wir
87 eine Kampagne, die hier das Unrechtsbewusstsein schärft, um die gemeinschaftlichen
88 Nachteile wie fehlende soziale Absicherung und Steuerhinterziehung, wie auch die
89 subjektiven Nachteile, etwa Altersarmut zu überwinden. Gelegentliche Kontrollen wären
90 von Vorteil.

91 Nachfolgeregelung des Dublin-Verfahrens - Herkulesaufgabe

92 Das Dublin-Verfahren regelt seit 1993, welcher EU-Mitgliedstaat für ein Asylverfahren
93 zuständig ist. Jeder Asylantrag soll „materiell-rechtlich nur durch einen Staat“ (dem
94 ersten Ankunftsstaat) geprüft werden, um Sekundärwanderung innerhalb Europas zu
95 steuern und zu begrenzen. Nachdem ein Antrag auf Asyl bei einer Außenstelle des
96 Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder im zuständigen Ankunftszentrum
97 gestellt wurde, werden der zuständig Mitgliedstaat festgestellt und mögliche
98 Abschiebungshindernisse geprüft. Da Deutschland keine EU-Außengrenzen hat, also alle
99 Flüchtlinge, sofern sie nicht auf dem Luftweg einreisen, in anderen Ländern zuerst
100 ankommen, konnte sich Deutschland viele Jahre auf dem Rücken anderer Länder ausruhen
101 – Merkel hatte Dublin – bis das System 2015 überspannt wurde. Und mit den schönen
102 Worten „wir schaffen das“, war zwar viel gesagt, aber nichts getan. Darunter leiden
103 viele Flüchtlinge noch heute, Gemeinden geraten unter Druck und Rechtsextreme
104 missbrauchen die Sorgen vielen Leute für ihre menschenfeindlichen Parolen.

105 Das Dublin-Verfahren ist zusammengebrochen und nun müssen Nachfolgeregierungen in
106 Europa die Migration aus außereuropäischen Ländern neu verhandeln. Rechtstaatlich und
107 human – eine Herkulesaufgabe.

108 Friedenspartei – unser Vorschlag: „Mehr Diplomatie wagen“

109 Die USA werden atomwaffenfähige Marschflugkörper in Deutschland stationieren, die das
110 russische Radar unterfliegen können und eine große Reichweite haben. Die Mitteilung

111 aus den USA kam ohne die Möglichkeit einer breiteren Debatte in unserer Gesellschaft,
112 nicht einmal unser Parlament wurde gefragt, ob es die Stationierung von
113 atomwaffenfähigen Marschflugkörpern in Deutschland begrüßt, erlaubt oder ablehnt.

114 Unser Präsidium schreibt von „Vereinbarung“ der SPD-geführten Regierung mit der US-
115 Administration und beschließt am 12. August 2024 – als ob dies die einzig mögliche
116 „Reaktion“ auf die plötzlich entdeckten Entwicklungen der vergangenen Jahre sei:
117 „Dieser Schritt ist eine Reaktion auf den eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands in
118 der Ukraine und trägt der Bedrohung Europas durch die massive russische Aufrüstung
119 der vergangenen Jahre gerade im Bereich der Raketen mittlerer Reichweite Rechnung.“

120 Während wir im Zusammenhang mit russischen Iskander-Raketen in Kaliningrad oft von
121 einer Verteidigungslücke hören, erfahren wir recht wenig von der Raketenabwehr der
122 NATO – denn die Vereinigten Staaten haben beispielsweise längst Aegis-Ashore-Anlagen
123 auf osteuropäischen Militärflugplätzen installiert: Deveselu in Rumänien und Stupsk-
124 Redzikowo in Polen.

125 Aber die AG SPD 60 plus sieht Alternativen, die militärisch eindimensional Denkende
126 als naiv und lächerlich abtun können: der Plan beispielsweise, Luftabwehrraketen zu
127 stationieren, die der Verteidigung dienen, der Landes- und Bündnisverteidigung.

128 Auch wenn es nicht der militärischen Logik entspricht, sowohl das Einfrieren eines
129 Konfliktes schafft Raum für Friedensverhandlungen als auch der Stopp von
130 Kampfhandlungen bzw. eine Waffenruhe. Aber Friedenspolitik braucht Diplomatie,
131 braucht Reden, braucht Austausch und Erklärung, braucht Geld für Entwicklungspolitik
132 und Friedensarbeit. Unsere Regierung muss also neben der Aufrüstungsoffensive zur
133 Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit eine diplomatische Verhandlungsoffensive
134 starten. Hier könnte sich die Beschäftigung einiger hundert Diplomaten auszahlen.

135 Wir begrüßen die jüngsten Äußerungen bzw. Vorhaben unseres Kanzlers, sich um eine
136 weltumspannende Friedenskonferenz zu kümmern und auch die Russische Föderation
137 einzuladen. Diese Vorhaben entsprechen unserem lang gehegten Vorschlag „mehr
138 Diplomatie wagen“.

139 Mit Willy Brandt: „Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Mittel zur
140 Massenvernichtung, wir brauchen weniger.“ Wir müssen die alten Pfade „Abschreckung
141 durch Wettrüsten“ verlassen.

142 Wir müssen schon deshalb einen neuen Pfad zum Frieden suchen, weil Militärstrategen,
143 die eindimensional in militärischen Kategorien denken, versagt haben:

- 144 • Unter Putins Führung wurde die Ukraine überfallen – Putins „Strategie“ mit einem
145 Blitzkrieg die Ukraine mit Waffengewalt zu unterwerfen, ist gescheitert.
- 146 • Die Strategie „des Westens“, mit Waffengewalt das Ziel „Putin darf nicht
147 gewinnen“ zu erreichen, ist nach zweieinhalb Jahren gescheitert. Waffen und
148 gleichzeitig Prothesen für amputierte Beine zu liefern, zeigt den ganzen
149 Zynismus.
- 150 • Die Strategie, Deutschland und „der Westen“ verhängen Sanktionen, auf dass die
151 russische Wirtschaft kriegsunfähig und Putin international isoliert werden, ist
152 gescheitert.

153 Keine dieser „Strategien“ hat ihre Ziele erreicht – aber Ergebnisse: Tausendfacher
154 Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur, Wohnhäusern,

155 Krankenhäusern, Extrembelastung von Natur, Umwelt und Klima. Und Deutschland
156 importiert Fracking-Gas aus den USA. Menschlich ein Desaster, ökonomisch ein
157 Desaster, ökologisch ein Desaster.

158 Keine Unterstützung von Rechtsextremismus – Zweistaaten: Israel und Palästina

159 In kaum einer Rede fehlt der „Kampf gegen Rechtsextremismus“. Konkret wäre das etwa:
160 gut vorbereitetes Verbotsverfahren rechtsextremer Zeitschriften, Onlineplattformen
161 und Parteien zum Schutz unserer Gesellschaft, der Verfassung und damit der
162 Demokratie. Wir denken an Carlo Schmid: „Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt
163 einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für
164 die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann
165 muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie
166 gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

167 Gut ist schon die Verurteilung extremistischer Straftäterinnen und Straftäter, damit
168 unser Land sicherer ist, gut wäre auch noch besser über rechte Gewalt und die Folgen
169 rechtsextremer Politik aufzuklären. Rechtsextremismus endet in Unterdrückung, der
170 Abschaffung des Rechtsstaates, in Gewaltherrschaft, Entmenschlichung und hat die
171 Eigenschaft, dass erst dann alle merken, was passiert, wenn es zu spät ist.

172 Wir „bekämpfen“ die Rechte, Rechtsextremismus. In Deutschland. Aber wir unterstützen
173 eine rechtsextreme israelische Regierung, Premier Benjamin Netanyahu, Finanzminister
174 Bezael Smotrich, Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir – ein
175 rechtsextremes Gruselkabinet. (In diesem Kabinet ist übrigens Antisemitismus zu
176 finden, denn solche Leute zerstören Israel, zerstören den Glauben an jüdischen
177 Glauben – mit dem Ziel des persönlichen Machterhalts. Purer Egoismus.)

178 Deutschland liefert einerseits Waffen an Israel (Netanyahu, Smotrich, Ben-Gvir) zu
179 Händen einer rechtsextremen Regierung und andererseits Nahrung und medizinische
180 Hilfsmittel an die Palästinenser in Gaza. Dabei ist die Besetzung von Ost-Jerusalem,
181 der Westbank und Gaza rechtswidrig und statt Waffenlieferungen wäre ein verschärfter
182 Einsatz für eine Zweistaatenlösung von Nöten – das bedeutet, sich für das
183 Existenzrecht sowohl von Israel als auch Palästina einzusetzen.

184 Den Vorwurf, Antisemitismus sei dort, wo die Politik dieser Netanyahu-Regierung
185 verurteilt wird, dort, wo der Siedlerterrorismus im Westjordanland verurteilt wird,
186 lassen wir nicht gelten. Dieser Vorwurf kommt in unterschiedlichen Gewändern von
187 „Betroffenheit“ und „Bedrohungsängsten“ – in Deutschland – und soll von der
188 Brutalität der israelischen Regierung und dem Siedlerterror im Westjordanland
189 ablenken. Nein: weder können die Hamas von ihrer Brutalität am 7. Oktober ablenken,
190 noch kann die israelische Regierung davon ablenken, dass sie völkerrechtswidrig und
191 brutal agiert.

192 Nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 führt Israel (Premier
193 Benjamin Netanyahu, Finanzminister Bezael Smotrich, Minister für Nationale
194 Sicherheit Itamar Ben-Gvir) im Gazastreifen einen Krieg, nennt ihn
195 „Vergeltungsmaßnahmen“, verschärft die Blockade. Die Menschen hungern, flüchten in
196 Zeltlager, die anschließend bombardiert werden. Die Zahl der Todesopfer geht in die
197 Zehntausende, darunter viele Kinder. Dabei ist die Zahl der Menschen, die an Hunger,
198 Krankheiten oder fehlender medizinischer Behandlung starben, unbekannt.

199 Gleichzeitig eskaliert die Gewalt von Siedlern (im Schutz des israelischen Militärs)

200 im Westjordanland. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben oder umgebracht.
201 Außerdem werden israelische Angriffe auf den Libanon und Syrien ausgeweitet – zur
202 Unterstützung der Palästinenser greift die libanesische Hisbollah Ziele in Israel an.
203 Schiitische Milizen greifen die US-Armee in Syrien und Irak an – als Vergeltung für
204 die US-Unterstützung Israels. Kriegslogik führt zum Flächenbrand. Die Bombardements,
205 beispielsweise einer Schule, weil sich dort Hamas-Führer verbergen sollen, ruft den
206 Iran auf den Plan. Die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller, die Anzahl der
207 Angriffe steigt und steigt.

208 Weder die “Strategie” der Hamas Terroristen noch die Strategie der rechtsextremen
209 Führung Israels haben ihre Ziele erreicht – aber sie haben ein Ergebnis:
210 Tausendfacher Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur,
211 Wohnhäusern, Krankenhäusern, Extrembelastung von Natur, Umwelt und Klima,
212 tausendfache Flucht und Vertreibung.

213 Wer Tod und Zerstörung als Ziel ausschließt, muss feststellen, dass die bisherigen
214 Strategien der Militärs auf allen Seiten gescheitert sind. Weder die Aufrüstung
215 Russlands, noch die Aufrüstung der Ukraine, weder die Kriegseskalation Israels, noch
216 die Verlängerung der Geiselnahme durch die Hamas-Terroristen, waren ein Schritt in
217 Richtung Frieden.

218 Und wie klug ist es in dieser Lage, am Merkel-Begriff „Staatsräson“ gegenüber Israel
219 festzuhalten? Gerade mit Blick auf die Opposition in Israel sehen wir den Unterschied
220 zwischen Israel und israelischer Regierung, die um Haaresbreite an der Abschaffung
221 des Rechtsstaates vorbeigeschlittert ist. Die rechtsextreme Regierung tötet nicht nur
222 mit deutschen Waffen, nein, sie bekommen auch noch unsere „Staatsräson“.

223 Weil rechtsextreme Mitglieder der israelischen Regierung ihre Macht-Interessen mit
224 den Interessen von Israel gleichsetzen, wird jede Kritik an dieser rechtsextremen
225 Regierung als antisemitisch zurückgewiesen – als der „neue Antisemitismus von links“?
226 Diese zynische Logik lehnen wir ab und sind solidarisch mit der israelischen
227 Friedensbewegung und den israelischen Demonstranten für die Freilassung der Geiseln
228 in den Händen der Hamas.

229 Der brutale Überfall des terroristischen Flügels der Hamas kann nur mit der
230 Bekämpfung von Terrorismus und dem Schutz der israelischen Bevölkerung vor
231 Terrorismus beantwortet werden. Menschliche Schutzschilder sind perfide, aber ob die
232 Zerstörung ganzer Landstriche, die Tötung von Zivilisten, Frauen und Kindern in Gaza
233 noch irgendwie zu unserer Staatsräson gegenüber Israel passt, müssen wir bezweifeln.
234 Auch der internationale Gerichtshof und viele Länderregierungen bezweifeln dies.

235 Nach der Verurteilung des Hamas-Terrors am 7. Oktober 2023 und Forderung alle Geiseln
236 freizulassen, muss unsere Antwort auf die Politik der Regierung Netanjahu erstens die
237 Forderung sein, das flächendeckende Morden und die Zerstörung von in Gaza zu beenden
238 und zweitens die Forderung alle Geiseln freizulassen und drittens die Forderung einer
239 Zweistaatenlösung.

240 Wir sehen das Leid auf beiden Seiten und eine (schwierige) Lösung in einer
241 Zweistaatenlösung. Das wäre alle diplomatischen Anstrengungen wert. Wir schlagen als
242 ein Signal von Deutschland an die Welt vor, ein Sondervermögen von drei Milliarden
243 für den Friedens- und Aufbauprozess in Israel/Palästina einzustellen.

Impressum

Herausgegeben vom
SPD-Parteivorstand
Abteilung 3 / Beteiligung
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10911 Berlin

SPD.DE